

# DAS ARGUMENT 83

## Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien

- Bärbel Meurer  
Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie 883
- Manfred Wetzel  
Wider den soziologischen Behaviourismus 909
- Jürgen Hofmann  
Das Theater mit der Rollentheorie 927
- \* \* \*
- Frigga Haug  
Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus 938
- Horst Petri  
Die ärztlichen Standesorganisationen und der § 218 948
- Besprechungen 953  
Schwerpunkte: Massenmedien und Manipulation,  
Geisteskrankheit und Umwelt, Pariser Kommune, Sozialstaat  
und Sozialdemokratismus, Jura

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Kairo), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin/West), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/55 59 55  
Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (030) 8 31 49 15

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Riedel, Manfred (Hrsg.): Rehabilitierung der praktischen Philosophie (Wagner)</i> . . . . .	953
<i>Landmann, Michael: Das Ende des Individuums (H.-M. Lohmann)</i> . . . . .	955
<i>Berger, Peter L.: Auf den Spuren der Engel (Laermann)</i> . . . . .	956



Das Argument erscheint 1974 in 12 Hefen mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) als Doppelhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise siehe beiliegende Bestellkarte. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1973. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 1051 14, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 55 59 55. — 1.—15. Tausend Dezember 1973.

### Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages sowie Beilagen vom Verlag „Das Europäische Buch“, Berlin; Fromman Verlag, Stuttgart und teilweise vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M.

Bärbel Meurer

## Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie

### Das Beispiel Niklas Luhmann

Luhmanns funktional-strukturelle Systemtheorie beansprucht eine übergreifende theoretische Gesamtkonzeption für die Soziologie zu liefern. Der Universalitätsanspruch dieser Theorie besteht in der Annahme, mit Hilfe des Systembegriffs sei ein befriedigender theoretischer Zugang zu *allen* gesellschaftlichen Tatbeständen möglich. Dabei wird der Eindruck erweckt, es handle sich bei der Wahl eines theoretischen Begriffsrahmens um ein rein wissenschaftliches Problem, das ausschließlich nach Kriterien *theoretischer* Zweckmäßigkeit zu entscheiden sei. Es ist die Absicht der folgenden Auseinandersetzung mit Luhmanns Systemtheorie, den illusionären Charakter der Konzeption rein wissenschaftlicher Erkenntnisziele aufzuzeigen und die ihnen wirklich zugrunde liegenden praktischen gesellschaftlichen Zwecke herauszuarbeiten.

Der Gedanke, das innere Gefüge der Gesellschaft als Struktur aufzufassen und die einzelnen gesellschaftlichen Einrichtungen in bezug auf ihre Funktion für das Gesamtsystem zu betrachten, ist nicht neu. Wesentlich für diese Art der Gesellschaftsbetrachtung ist der Begriff des Gesellschaftsganzen und die Frage danach, was dieses Ordnungsgefüge zusammenhält. In der Geschichte der Gesellschaftstheorien findet sich die Frage nach den Funktionsbedingungen gesellschaftlicher Ordnung schon bei Hobbes und läßt sich weiterverfolgen über Comte, Durkheim und Spencer bis zu Parsons und Luhmann. Daß bürgerliches Systemdenken die Absicherung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse und die Abwehr von Veränderungsbestrebungen impliziert, ist die Grundthese der folgenden Ausführungen.

Die Idee, innerhalb der Geschichte der Sozialtheorien eine gesellschaftlichen Stabilisierungsinteressen dienende Entwicklungslinie auszumachen und sie von einer mehr oppositionellen, gesellschaftliche Veränderungen befördernden Entwicklungsrichtung abzuheben, scheint sich in der soziologischen Diskussion allgemeiner Anerkennung zu erfreuen, zumindest was ihre Geltung für vergangene Theorien anbetrifft. Klages spricht von einer „Dialektik der Theoriemodelle, die für die Entstehungsgeschichte der modernen Soziologie konstitutiv ist“<sup>1</sup>. Habermas stellt eine „eigentümliche Verschränkung ihrer zugleich kritischen und konservativen Intentionen“<sup>2</sup> fest. Daß der Funktionalismus, das Denken in Systemen und Ganzheiten, sich auf gesellschaftliche Stabilisierung und Integration richtet, ist

1 Helmut Klages, *Geschichte der Soziologie*, München 1969, S. 29.

2 Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis*, Neuwied 1963, S. 218.

von Jonas besonders herausgearbeitet worden<sup>3</sup>. Um den historischen Zusammenhang herzustellen, in dem Luhmanns Systemtheorie zu sehen ist, sollen zunächst die Gesellschaftsmodelle von Hobbes und Comte kurz dargestellt werden. Die Darstellung verfolgt zwei Absichten: 1. sollen die allgemeinen, gleichbleibenden Grundannahmen und Denkfiguren des Systemdenkens hervorgehoben werden, 2. soll auf die historisch bedingte Weiterentwicklung der allgemeinen Denkkategorien hingewiesen werden. Das Ziel dieser exemplarischen Erörterung der Vorgeschichte der heutigen Systemtheorie ist die Entwicklung einer Argumentations- und Vergleichsbasis, die es ermöglicht, die Einordnung der Luhmannschen Theorie als die „fortgeschrittenste Aktualisierung bürgerlichen Denkens“, als „Theorie, die der historischen Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand einer hochindustriellen Massengesellschaft entspricht“ (Willms)<sup>4</sup>, zu überprüfen.

### **I. Politische Theorie in der Übergangsperiode von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft: Hobbes**

Das Beispiel Hobbes ist deswegen gewählt worden, weil dieser Theoretiker „als der charakteristischste Philosoph des aufsteigenden Bürgertums bezeichnet werden kann“<sup>5</sup>. In Hobbes' Theorie vereinigen sich bürgerlich-fortschrittliche, bürgerlich-konservative und reaktionäre Elemente. Hobbes ist bestrebt, überkommene gesellschaftliche Legitimationstheorien, die den Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft hemmen, zu überwinden und die Funktionsgesetze der politischen Ordnung unvoreingenommen und mit Hilfe rationaler Methoden zu untersuchen. Dieses zentrale Element seiner Theorie ist als wesentlicher Fortschritt gegenüber den spekulativen Gesellschaftsauffassungen der vorbürgerlichen Epoche zu kennzeichnen. Ein anderes Merkmal der Hobbeschen Theorie ist jedoch die Tendenz, die gewonnenen Erkenntnisse zu verabsolutieren und die an einer Gesellschaftsform entwickelten Gesetzmäßigkeiten als *allgemeine* gesellschaftliche Funktionsgesetze auszugeben. Hierin ist ein bürgerlich-konservatives Moment zu sehen, es ist auf die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ausgerichtet. In seinen politischen Forderungen verteidigt er Elemente der alten Feudalordnung, die sich für die Durchsetzung der bürgerlichen Ordnung bald als hinderlich erweisen und vom Standpunkt des entwickelten Bürgertums als reaktionär gewertet werden können. Der Zusammenhang dieser drei Aspekte in Hobbes' Theorie soll im folgenden dargestellt werden.

Die aus der Feudalordnung überkommene religiöse Interpretation politischer Verhältnisse wird bei Hobbes durch eine mechanisch-materialistische Theorie ersetzt. Was Galilei für die Naturwissenschaft

3 Friedrich Jonas, *Geschichte der Soziologie*, 4 Bde., Reinbek bei Hamburg 1968/69, besonders: Bd. I, S. 143 ff.

4 Bernard Willms, *Funktion, Rolle, Institution. Zur politik-theoretischen Kritik soziologischer Kategorien*, Düsseldorf 1971, S. 36 f.

5 Herbert Marcuse, *Vernunft und Revolution*, Neuwied 1962, S. 156.

leistete, nämlich die Emanzipation von metaphysischen Prämissen, strebt Hobbes für die Staatstheorie an. Er stellt fest, „daß die bisherigen moralischen Schriften der Philosophen zur Erkenntnis der Wahrheit nichts beigetragen“<sup>6</sup> hätten, und tritt für eine analytische Betrachtung des menschlichen Zusammenlebens ein, die sich naturwissenschaftlicher Methoden bedient. „Die größte Förderung verdankt das menschliche Geschlecht der Technik, d. h. der Kunst, Körper und ihre Bewegungen zu messen“<sup>7</sup>. Hobbes vergleicht die Bewegungsabläufe in der Gesellschaft mit der Mechanik eines Uhrwerks: „Schon bei einer Uhr, die sich selbst bewegt, und bei jeder etwas verwickelten Maschine, kann man die Wirksamkeit der einzelnen Teile und Räder nicht verstehen, wenn sie nicht auseinandergenommen werden und die Materie, die Gestalt und die Bewegung jedes Teiles für sich betrachtet wird. Ebenso muß bei den Rechten des Staates und bei Ermittlung der Pflichten der Bürger der Staat zwar nicht aufgelöst, aber doch wie ein aufgelöster betrachtet werden, d. h. es muß die menschliche Natur untersucht werden, wieweit sie zur Bildung des Staates geeignet ist oder nicht, und wie die Menschen sich zusammen tun *sollen*, wenn sie eine Einheit werden *wollen*“<sup>8</sup>. Diese mechanische Betrachtungsweise der Gesellschaft entspricht dem Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise, der durch die Herausbildung der Manufaktur gekennzeichnet ist. Die Manufaktur ist „ein Produktionsmechanismus, dessen Organe Menschen sind“<sup>9</sup>. Zum Funktionieren dieses Mechanismus ist es notwendig, daß die Arbeiter sich ähnlich bewegen wie die Rädchen eines Uhrwerks.

Hobbes gewinnt mit dieser Betrachtungsweise die Erkenntnis, daß die Individuen einen ständigen Konkurrenzkampf gegeneinander führen und daß nur die Gesetze verhindern, daß dieser Machtkampf auf Leben und Tod ausgetragen wird. Damit ist — wie Marx in der Deutschen Ideologie feststellt — „die Macht als die Grundlage des Rechtes dargestellt“ und „die theoretische Anschauung der Politik von der Moral emanzipiert“<sup>10</sup>. Mit dem Kampfprinzip legt Hobbes ein wesentliches Element der bürgerlichen Gesellschaft offen. „Die theoretische Proklamation des dieser Bourgeoispraxis entsprechenden Bewußtseins, des Bewußtseins der wechselseitigen Exploitation als des allgemeinen Verhältnisses der Individuen zueinander, war . . . ein kühner und offener Fortschritt, eine profanierende Aufklärung über die politische, patriarchalische, religiöse und gemüthliche Verbrämung der Exploitation unter der Feudalität“<sup>11</sup>.

Daß dieser bürgerliche Gesellschaftszustand der einzig mögliche sei, begründet Hobbes mit einem Rückgriff auf die menschliche Natur. Seine Anschauung von der Natur des Menschen entwickelt er an den

6 Hobbes, Grundzüge der Philosophie, Leipzig 1915, Bd. II, S. 61.

7 Ebd., Bd. I, S. 9 f.

8 Ebd., Bd. II, S. 68.

9 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, in: MEW 23, Berlin (DDR) 1971, S. 358.

10 Karl Marx, Die Deutsche Ideologie, in: MEW 3, Berlin (DDR) 1969, S. 304.

11 Ebd., S. 430.

Verhaltensweisen seiner Zeitgenossen; er stellt sich vor, wie diese Individuen sich verhalten würden, wenn die gesetzliche Ordnung nicht vorhanden wäre, und glaubt, damit den Naturzustand des Menschen erfaßt zu haben. „Hobbes' Naturzustand ist also eine logische . . . und keine historische Hypothese . . . Um zum Naturzustand zu gelangen, schob Hobbes das Gesetz beiseite, nicht jedoch die gesellschaftlich erworbenen Verhaltensweisen und Begierden des Menschen“<sup>12</sup>. Ist der Egoismus als Wesensmerkmal der menschlichen Natur aufgestellt, läßt sich daraus wiederum die Notwendigkeit einer entsprechenden politischen Ordnung, die diesen selbstzerstörerischen Machtrieb einschränkt und reguliert, ableiten. Die unvoreingenommene, von überkommenen Ideologien unbelastete Betrachtung gegebener Zustände gerät selbst wieder zu einer Verteidigungs- und Rechtfertigungsideologie, wenn sie den status quo aus dem historischen Zusammenhang löst und als selbständigen Gegenstand der Erfahrung behandelt. Das Abschneiden der Dimension der Entstehungsgeschichte und der Entstehungsursachen von Gesellschaftszuständen schaltet auch die Dimension gesellschaftsverändernder Praxis aus der Gesellschaftstheorie aus: Gesellschaft ist, was sie ist. „Eine bestimmte gesellschaftliche Situation, wird zum Beweis einer allgemeinen gesellschaftlichen Natur“<sup>13</sup>.

Die isolierte Betrachtung der Natur des Menschen einerseits und der Funktion von Gesellschaft andererseits läßt das dialektische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft auseinanderfallen. Die gesellschaftliche Ordnung wird zu einer neutralen Regelungsinanz, die unabhängig von bestimmten Interessen funktioniert und alle Individuen den gleichen Gesetzen unterwirft. Hobbes nimmt an, „die Objektivität des Marktes habe die Ungleichheit der Ränge und Stände aufgehoben (oder könnte dies tun) und stattdessen eine Gleichheit der Unsicherheit geschaffen“<sup>14</sup>. Auf Grund dieser Fiktion einer klassenlosen Gesellschaft hält Hobbes die Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft für durchaus vereinbar mit einer absolutistischen Staatsgewalt. Dabei berücksichtigt er nicht, daß für die Festigung der bürgerlichen Gesellschaft eine staatliche Gewalt notwendig ist, die die Durchsetzung bürgerlicher Interessen garantiert, indem sie z. B. das Recht auf Eigentum und Profit schützt. Die Erfahrung des Bürgerkrieges veranlaßt Hobbes, eine völlig souveräne Staatsmacht als unabdingbares Element des Schutzes gegen solche Gewaltausbrüche zu fordern: „die größte Unannehmlichkeit, die unter einer jeden Regierungsform einem Volk nur zustoßen kann, ist verglichen mit dem Elend und schrecklichen Unheil, die mit einem Bürgerkrieg einhergehen, kaum spürbar“<sup>15</sup>. Die Staatsgewalt soll nach Hobbes' Vorstellungen bei einer Person oder Institution liegen, die unabhängig vom

12 C. B. Macpherson, *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*, Frankfurt/M. 1967, S. 34 f.

13 Jonas, a.a.O., Bd. I, S. 166.

14 Macpherson, a.a.O., S. 107.

15 Hobbes, *Works*, ed. by Molesworth, vol. III, p. 170, zitiert nach: Marcuse, a.a.O., S. 161.

Willen des Volkes oder einzelner Gruppen ihre eigenen Nachfolger bestimmt. Hobbes sieht in der Marktgesellschaft ein vollständiges Chaos drohen, das nur durch eine starke und unabhängige Staatsmacht gebannt werden könne. Er sieht nicht, daß sich im „Kampf aller gegen alle“ dennoch eine bürgerliche Klasse herausbildet, die bereit und fähig ist, trotz allgemeiner Konkurrenz gemeinsame Klasseninteressen politisch wirksam zu vertreten. Hobbes, der die Triebkräfte der neuen kapitalistischen Klassengesellschaft noch nicht durchschauen konnte, erscheint demgegenüber als Verteidiger des Bestehenden: „Das Bestehende sollte stets vorgezogen, erhalten und für das Beste erachtet werden“<sup>16</sup>.

## II. Theorie der bürgerlichen Gesellschaft: Comte

Die widersprüchlichen Elemente der „Bürgerlichkeit“ des Hobbeschen Denkens finden sich bei Comte verstärkt wieder. Comtes Anliegen ist die Begründung einer Gesellschaftswissenschaft, die die unvoreingenommene Analyse der gegebenen Tatsachen des sozialen Lebens zum Ziel hat. Wie Hobbes ist Comte bemüht, den mit Hilfe dieses fortschrittlichen Ansatzes erkannten Gesellschaftszustand zu befestigen, indem er ihn als den einzig möglichen ausgibt. Wie bei Hobbes verbindet sich die Tendenz der Bestandserhaltung auch mit reaktionären, z. B. religiösen Elementen.

Comte will die Eigengesetzlichkeit des Sozialen aufzeigen; der Gesetzesbegriff gewinnt bei ihm schon die „moderne“ Form von empirischen Regelmäßigkeiten, auf die Erkenntnis der Ursachen für diese Regelmäßigkeiten wird nunmehr verzichtet. „Mit einem Wort, die grundlegende Revolution, die das Mannesalter unseres Geistes charakterisiert, besteht im wesentlichen darin, überall anstelle der unerreichen Bestimmung der eigentlichen Ursachen die einfache Erforschung von *Gesetzen*, d. h. der konstanten Beziehungen zu setzen, die zwischen den beobachteten Phänomenen bestehen. Ob es sich nun um die geringsten oder die höchsten Wirkungen, um Stoß und Schwerkraft oder um Denken und Sittlichkeit handelt, wahrhaft erkennen können wir hier nur die verschiedenen wechselseitigen Verbindungen, die ihrem Ablauf eigentümlich sind, ohne jemals das Geheimnis ihrer Erzeugung zu ergründen“<sup>17</sup>. Neben dem Verzicht auf den Kausalitätsbegriff, der später auch bei Luhmann noch einmal ausdrücklich ausgesprochen wird, vollzieht Comte einen weiteren Schritt in Richtung auf noch heute anerkannte Grundlagen positivistischer Soziologie, indem er den Anspruch auf „absolute“ Erkenntnis aufgibt. „Nicht nur müssen sich unsere positiven Forschungen überall im wesentlichen auf die systematische Beurteilung dessen, was ist, beschränken, indem sie darauf verzichten, seinen ersten Ursprung und seine letzte Bestimmung zu entdecken; sondern es ist auch wichtig einzusehen, daß dieses Studium der Phänomene, statt irgendwie abso-

16 Ebd., p. 548, bei Marcuse: S. 161.

17 Auguste Comte, Rede über den Geist des Positivismus, frz.-dt., Hamburg 1956, S. 29.

lut werden zu können (im Gegenteil), stets auf unsere Organisation und unsere Lage *relativ* bleiben muß<sup>18</sup>." Comte ist auch bereits jene erkenntnistheoretische Schwierigkeit bewußt, die sich aus der Forderung, daß die wissenschaftliche Erkenntnis sich auf empirische Erfahrungen gründen solle, ergibt. Die reine Empirie führe zu zusammenhanglosen Einzelfakten, die einer verbindenden Theorie bedürften. „Denn, wenn die Denker der Neuzeit auch verkünden mußten, daß es unmöglich sei, eine Theorie anders als durch hinreichende Mithilfe geeigneter Beobachtungen zu begründen, so ist es doch nicht weniger unbestreitbar, daß der menschliche Geist niemals diese unentbehrlichen Materialien miteinander verknüpfen oder auch nur sammeln konnte, ohne stets von irgendwelchen vorher aufgestellten theoretischen Ansichten geleitet zu sein<sup>19</sup>.“ Die wesentlichste theoretische Vorannahme ist bei Comte die Anerkennung des gegebenen Gesellschaftszustandes; denn: wenn die Erkenntnisse auf diesen Zustand in ihrer Geltung beschränkt sind, ein Zugang zu den Entstehungsursachen dieses Zustandes aber nicht möglich ist, gehen die Bestandsvoraussetzungen des status quo stets als undiskutierte Voraussetzung in die Analyse ein. „Das intuitive Erfassen des Ganzen geht der zergliedernden Analyse voraus<sup>20</sup>.“

Die Gesellschaft erscheint als sich selbst bewegende Ganzheit, die sich unabhängig vom Willen und Handeln der Menschen nach eigenen, ihr innewohnenden Kräften und Gesetzen entwickelt. Diese Gesetzmäßigkeiten bleiben letztlich undurchschaut, sie gehen als Voraussetzungen, als „erste Prinzipien“, die in die Zuständigkeit der „Alltagsweisheit“ gehören, in die wissenschaftliche Theorie ein, deren „spontane und daher undiskutierbare Grundlage“<sup>21</sup> sie bilden. Voraussetzung dieser Theorie eines übermächtigen Gesellschaftsganzen ist die Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft. „Erst in dem 18. Jahrhundert, in der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘, treten die verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Zusammenhanges dem einzelnen ... als äußerliche Notwendigkeit“<sup>22</sup> entgegen. In einer Periode, in der sich die Manufaktur verbreitet hat und innerhalb der Manufaktur bereits der Übergang zur industriellen Produktion sich vollzieht — es werden nicht mehr Gesellen, sondern Lohnarbeiter beschäftigt — verengen sich zunehmend die Grenzen der Entfaltung individueller Fähigkeiten. Der Unterschied der Arbeitsbedingungen in der Manufaktur einerseits und der großen Industrie unter kapitalistischen Bedingungen andererseits kann folgendermaßen bestimmt werden: „In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Me-

18 Ebd., S. 29.

19 Ebd., S. 18.

20 Jonas, a.a.O., Bd. III, S. 10.

21 Comte, Rede, S. 95.

22 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 6.



chanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt<sup>23</sup>."

Comtes Tabuisierung der Frage nach den Entstehungsursachen von Gesellschaftsformen impliziert, daß Geschichte nicht als Ergebnis menschlicher Praxis, sondern als Selbsterzeugungsprozeß des positiven Geistes aufgefaßt wird. Comte setzt voraus, „daß die soziale Bewegung notwendig unveränderlichen Naturgesetzen unterliegt, anstatt von diesen oder jenen Willenskräften regiert zu werden“<sup>24</sup>. Menschliches Bemühen kann nur innerhalb dieses naturgesetzlich konstituierten Rahmens gewisse Veränderungen im Sinne einer optimalen technischen Anpassung erreichen. Diese technische Verfügung über soziale Gegebenheiten ist letztes Ziel der Soziologie. Bisher ist Technik auf die „Einwirkung“ des Menschen auf die „anorganische Welt“ beschränkt gewesen, es geht nach Comtes Ansicht jetzt darum, auch „politische“ und „moralische“ Techniken zu entwickeln<sup>25</sup>. Daß es sich bei dieser sozialtechnologischen Einwirkung auf das Verhalten der Menschen um Herrschaftstechniken handelt, wird verschwiegen. Es geht hier ja nicht um eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, die die Menschen befähigen würde, ihre natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu beherrschen; Sozialtechnik bedeutet vielmehr eine Rationalisierung und Technisierung der Formen, in denen Menschen über Menschen herrschen. Dabei dient die These von der sozialen Eigengesetzlichkeit dazu, die wirklichen Herrschaftszusammenhänge zu unabhängigen Sachgesetzmäßigkeiten zu stilisieren.

Die Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung wird bei Comte — ebenso wie bei Hobbes — durch Annahmen über die menschliche Natur abgestützt. Aus dieser Theorie des Menschen kann Comte alle wesentlichen Elemente der bürgerlichen Ordnung ableiten und rechtfertigen. Es erscheint Comte möglich, „a priori alle wesentlichen Beziehungen der Erscheinungen, unabhängig von ihrer förmlichen Erforschung, nach den unentbehrlichen, durch die biologische Theorie vom Menschen im voraus gelieferten Grundlagen zu erfassen“<sup>26</sup>. Ähnlich wie Hobbes gewinnt Comte seine Theorie der menschlichen Natur aus der Betrachtung der Individuen seiner Zeit. Diese Grundgesetze der menschlichen Natur seien ebenso wenig veränderbar wie die sich aus ihnen ergebenden Gesetze der sozialen Natur. Menschliche Geschichte bedeute somit nie Veränderung, sondern „stufenweise Evolution“<sup>27</sup>. Die biologische wie die soziale Evolution vollziehe sich durch funktionelle Differenzierung. Wie der höhere Grad an Differenzierung die Überlegenheit des menschlichen über den tierischen Organismus begründe, so bilde die größere Ausdifferenzierung von Funktionen auch die besondere Eigenart des „sozialen Organismus und die Hauptursache seiner notwendigen Überlegenheit über jeden

23 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 445.

24 Comte, Soziologie, Jena 1923, Bd. I, S. 270.

25 Comte, Rede, S. 61.

26 Comte, Soziologie, Bd. I, S. 478.

27 Ebd., S. 505.

individuellen Organismus“<sup>28</sup>. Beim sozialen Organismus werde die Differenzierung als Arbeitsteilung sichtbar, die die Gesellschaft zunehmend komplizierter und undurchschaubarer mache. Die „intellektuelle Mittelmäßigkeit“ verhindere, daß die Individuen sich einen „genügend klaren Begriff“<sup>29</sup> von dem weitläufigen sozialen Beziehungsnetz machten, so daß die ohnehin schwachen Sozialtriebe das Gesellschaftsgefüge nicht zusammenhalten könnten. Die Natur des Menschen sei bestimmt durch eine geringe Fähigkeit und Neigung zu geistiger Tätigkeit gegenüber einem Übermaß an Leidenschaft, sowie durch ein Überwiegen der egoistischen gegenüber den sozialen Trieben. Kooperative Arbeitsbeziehungen könnten daher nicht die Grundlage der Gesellschaft bilden, die zunehmende Arbeitsteilung bewirke vielmehr unvermeidlich „eine stets wachsende elementare Unterordnung“, die zwangsläufig „die Regierung aus dem Schoße der Gesellschaft selbst hervorgehen“<sup>30</sup> lasse. Die Entwicklung der Gesellschaft tendiere zur Entfaltung der natürlichen Ungleichheiten, die besonders auf geistige Ungleichheiten zurückzuführen seien. Für Comte ist „die intellektuelle Evolution“ das „notwendig vorherrschende (...) Prinzip der Gesamtheit der Evolution der Menschheit“<sup>31</sup>. Natürliche geistige Überlegenheit sei es auch, die bestimmte Menschen zu Unternehmern und politischen Führern mache. Die Frage nach der Entstehung von Herrschaft wird damit ebenso ausgeblendet wie die nach ihrer Aufhebung. Die natürliche geistige Unterlegenheit verhindere auch eine kollektive Befreiung der Unterworfenen, denn Geist sei im Gegensatz zum Reichtum und zur Körperkraft nicht akkumulierbar, Führungsgabe sei nicht durch eine „Vereinigung gewöhnlicher Geister“<sup>32</sup> ersetzbar. Die prästabilisierte Harmonie der natürlichen Ordnung bewirkt — nach Hobbes — auch, daß das soziale Gesetz der Unterordnung einer individuellen Neigung des Menschen zum Befehlen oder zum Gehorchen entspricht. „Derart ist also die elementare Tendenz jeder menschlichen Gesellschaft zu einer natürlichen Regierung. Diese notwendige Tendenz steht in unserer individuellen Natur in Übereinstimmung mit einem entsprechenden System besonderer Neigungen, der einen zum Befehlen, der anderen zum Gehorchen“<sup>33</sup>.

Da auf Grund dieser Naturgesetze gesellschaftlicher Fortschritt allenfalls als technischer möglich ist, müsse der Begriff der „Vervollkommnung“ durch den „streng wissenschaftlichen Ausdruck ‚Entwicklung‘ ersetzt“<sup>34</sup> werden. Da eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ohnehin nicht möglich sei, müsse jeder Versuch, eine solche Veränderung herbeizuführen, unterbunden werden. Es gelte, „die leitenden Klassen gegen den Einbruch der An-

28 Ebd., S. 427.

29 Ebd., S. 430.

30 Ebd., S. 444.

31 Ebd., S. 470.

32 Ebd., S. 448.

33 Ebd., S. 449.

34 Ebd., Bd. IV, S. 267.

archie“<sup>35</sup> zu schützen und darum, „alle gegenwärtige Gewalt bei ihren augenblicklichen Machthabern, wer diese auch sein mögen, zu befestigen“<sup>36</sup>. Comte hält den erreichten Zustand für den Endzustand der menschlichen Geschichte, es gehe darum, diesen Zustand zu festigen und die Unruhen der nachrevolutionären Situation zu beseitigen. „Im neuen positiven Zeitalter sind es vor allem die Soziologen und Industriellen, die nach Comte die Revolution ein für allemal beenden und damit Fortschritt und Ordnung in Einklang bringen sollen“<sup>37</sup>.

### III. Von der strukturell-funktionalen zur funktional-strukturellen Systemtheorie: Parsons und Luhmann

Luhmanns funktional-strukturelle Theorie versteht sich als Weiterentwicklung der Parsonsschen Theorie. Dieser bezeichnet den Zusammenhang aller relativ stabilen Elemente innerhalb eines Gesellschaftssystems als Struktur. Grundfrage dieses Ansatzes ist das Problem der Ordnung, die Frage danach, was eine Gesellschaft zusammenhält, die schon Hobbes bewegt hatte. Parsons beruft sich auf Hobbes, wie auch auf Durkheim und Spencer. Er entwickelt die alten organistischeren Gesellschaftsvorstellungen zum Begriff des Sozialen Systems weiter. Wie der Organismus ist auch das System dadurch gekennzeichnet, daß es eine autonome Bedeutung gegenüber den einzelnen handelnden Menschen hat. Wie bei Hobbes und Comte wird eine biologistische Triebpsychologie mit einer abstrakten formal-logischen Soziologie verbunden. Wenn Parsons das soziale Handeln als soziologischen Grundbegriff formuliert, so bedeutet das keineswegs, daß gesellschaftliche Institutionen als Ergebnis menschlichen Handelns gelten sollen. Vielmehr spielen sich das Handeln der Menschen innerhalb von Systemen ab, die eine eigene, von diesem Handeln unabhängige Dignität aufweisen. Alle Systeme „stellen nicht Verfassungen oder Institutionen dar, die die Handelnden sich selbst geben, sondern sind Ordnungen, in die sich die Handelnden aus höheren — nämlich funktionalen — Gesichtspunkten fügen müssen“<sup>38</sup>. Zwar distanziiert sich Parsons von Spencers Organismusvorstellungen, der Systembegriff bedeutet jedoch keine Veränderung in den gesellschaftstheoretischen Grundannahmen, sondern lediglich eine Modernisierung, die sich auch im naturwissenschaftlichen Bereich vollzogen hat: auch hier hat der Begriff des Systems den Organismusbegriff abgelöst, spricht man heute von Strukturen und Funktionen, von Differenzierung und Integration, von offenen Systemen, von strukturbildenden Prozessen, von Komplexität usw. Durch den Erkenntnisfortschritt in Natur- und Gesellschaftswissenschaft sind die Begriffssysteme in beiden Wissenschaftsbereichen differenzierter und komplexer geworden.

Parsons behandelt die Frage nach der gesellschaftlichen Ordnung mit der Konzeption eines sich selbst regulierenden Systems. Er geht

35 Ebd., S. 149.

36 Comte, Rede, S. 161.

37 Kurt Lenk (Hrsg.), *Ideologie*, Neuwied 1970, S. 47.

38 Jonas, a.a.O., Bd. IV, S. 158.

von Begriffen wie Gleichgewicht, Konsensus, Integration und Stabilität aus. Mit Hilfe der strukturell-funktionalen Theorie können Systeme nur in bezug auf die Erhaltung ihrer Struktur analysiert werden. Systemveränderungen sind der Analyse entzogen. Dysfunktionale Erscheinungen müssen als pathologische Abweichungen interpretiert und damit zugleich diskreditiert werden. Diesen Konservatismus meint Luhmann überwinden zu können, indem er die strukturell-funktionale durch eine funktional-strukturelle Theorie ersetzt. Den wesentlichen Mangel der bisherigen Systemtheorien sieht er in der Beschränkung auf die internen Systembeziehungen und in der Vernachlässigung der Außenbeziehung; die Systemstruktur wird als gegeben vorausgesetzt, die internen Beziehungen werden durch ihre Funktion für die Systemstruktur bestimmt. Luhmann hingegen stellt die Frage nach der Funktion der Systemstruktur selbst in den Vordergrund und wählt als Bezugspunkt dieses erweiterten Ansatzes die Außenwelt des Systems, die „Weltkomplexität“.

Das Erkenntnisinteresse der funktional-strukturellen Systemtheorie heißt Funktionalisierung der das System transzendierenden Möglichkeiten in bezug auf das System.

Systeme konstituieren sich nach Luhmann durch Abgrenzung von ihrer Umwelt; alles, was ein Außen habe, sei als System aufzufassen, daher bleibe als letzter Funktions Gesichtspunkt die Unendlichkeit der Welttotalität übrig, die dadurch bezeichnet sei, daß sie keine Umwelt habe. Unter Welt versteht Luhmann nicht die Gesamtheit des wirklich Gegebenen. Dabei würde es sich ja um soziale Systeme handeln, die Grenzen und Umwelt haben. Die Welt aber sei grenzenlos, „ihr Bestand ist nie gefährdet“<sup>39</sup>. „Solange überhaupt irgend etwas ist, ist auch die Welt“<sup>40</sup>. Welt ist hier kein Begriff, der materiell Gegebenes meint, er bezieht sich vielmehr auf Geistiges, er bezeichnet das Weltbild, das sich ein soziales System schafft. Es gibt — nach Luhmann — ein „Gesetz der Entsprechung“<sup>41</sup> zwischen Welt und System. „Einfachere Gesellschaften haben eine einfachere Welt als differenzierte Gesellschaften“<sup>42</sup>. „Auf allen Ebenen der Systembildung... wird Welt durch Selektion erst erzeugt. Das ‚Woraus‘ der Selektion entsteht in den Selektionsprozessen selbst, gleichsam als ihre Ablagerung, die für *einzelne* Selektionen dann vorgegebene Ordnung wird“<sup>43</sup>. Jedes System habe seine eigene Welt, die man als seinen Möglichkeitshorizont umschreiben könnte. Welt sei nichts Seiendes, sondern Mögliches als Komplexität möglicher Ereignisse<sup>44</sup>. Diese

39 Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Opladen 1971, S. 115.

40 Ebd., S. 115.

41 Ebd., S. 117.

42 Ebd., S. 117.

43 Luhmann, *Systemtheoretische Argumentationen. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas*, in: Habermas/Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung?*, Frankfurt/M. 1971, S. 307 f.

44 *Soziologische Aufklärung*, S. 115.

Möglichkeiten seien systemspezifisch: „Die Weltkomplexität hängt ab von den Systemen in der Welt; man kann auch sagen, was sich ereignen kann, hängt ab von den Beständen“<sup>45</sup>. Die Welt wird begriffen als Vorstellung im Sinne Schopenhauers, die Welt ist Objekt nur in bezug auf das erkennende Subjekt. Welt beinhaltet dann nichts anderes als die vom Gesichtspunkt eines Systems aus gesehenen Möglichkeiten. Möglichkeit ist so zu verstehen als eine „Generalisierung von Wirklichkeit“, die „Erzeugung von Möglichkeiten“ ist eine „strukturabhängige Leistung“<sup>46</sup>. Luhmann will also den Bezugspunkt der Systemerhaltung überwinden, indem er die Vorstellungen, die das System sich über seine Möglichkeiten macht, in die Theorie einbezieht. Zwar behauptet Luhmann, Weltkomplexität sei nur abhängig von Systemstrukturen an sich, nicht aber von einer bestimmten Systemstruktur, und er folgert gegen Habermas gewendet: „Ein weltbezogener Funktionalismus kann deshalb nicht als bloße Scheinlösung entlarvt, auf das Bestandsproblem zurückgeworfen und dann als technologisch definiert werden“<sup>47</sup>. Nun bedeutet aber die scheinbare Transzendenz der Weltbezogenheit des Luhmannschen Funktionalismus lediglich, daß Möglichkeiten aufgerissen werden, um sie in den Horizont des Bestehenden zu integrieren. Die strikte „begriffliche Trennung von Welt und System in einem gleichwohl interdependenten Konstitutionszusammenhang“<sup>48</sup> bedeutet schließlich nichts anderes als die Verarbeitung des alten konservativen Gedankens, daß man im Reich des Geistes über menschliche Möglichkeiten endlos philosophieren könne, daß aber das wirklich Gegebene zugleich das wirklich Mögliche bestimmt, durch die Gesellschaftstheorie selbst. Das Neue in Luhmanns Theorie besteht darin, daß er die konservative Funktion der alten Systemtheorien noch selbst theoretisch formuliert. Die ehemals latente Theoriefunktion der Erhaltung des status quo wird explizit gemacht durch Anwendung systemtheoretischer Kategorien auf das Denken selbst. Die System-Welt-Theorie dient nicht bloß der Stabilisierung des status quo, indem sie diesen als prinzipiell unänderlich charakterisiert, sie funktionalisiert darüber hinaus das Denken, das sich über diesen Zustand erheben will, selbst in bezug auf seine Systemleistung; alles Denken, das sich nicht auf die systemfunktionale Ebene einläßt, wird autoritativ als irrelevant und antiquiert behandelt. Das zeigt sich besonders deutlich in Luhmanns Auseinandersetzung mit Habermas. Luhmann beantwortet alle Kritik an seinem sozialtechnologischen Herrschaftsabsicherungsprogramm mit der stereotypen Formulierung, daß vom Standpunkt des Komplexitätsproblems solche Fragen wie der Unterschied von Praxis und Technik, die Frage der Herrschaft, der Klassen, der Emanzipation, etc. irrelevant seien. „Die Systemtheorie hat sich von Vernunft und Herrschaft emanzipiert“<sup>49</sup>. Dabei impliziert er, daß z. B. Herrschaft ledig-

45 Ebd., S. 115.

46 Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen, S. 315.

47 Ebd., S. 299.

48 Ebd., S. 314.

49 Ebd., S. 401.

lich eine Kategorie des Denkens sei, die als „agrargeschichtliche“ mit der einer „Leistungsgesellschaft“<sup>50</sup> nicht vereinbar sei. Luhmann meint, für die Beibehaltung des Herrschaftsbegriffes gebe es „keine wissenschaftlichen, sondern allenfalls noch politische Motive“<sup>51</sup>. Leider versäumt er es zu erklären, wie er zu wissenschaftlichen Motiven gelangt, die unabhängig von politischen sein sollen. In der Abschaffung des Herrschaftsbegriffes zeigt sich gerade, daß wissenschaftliches Denken den herrschenden politischen Erwägungen folgt. Daß der Verzicht auf die Diskussion aller inhaltlichen gesellschaftlichen Aspekte zugunsten einer rein formalen systemfunktionalen Analyse nicht in „methodischer Selbstbeschränkung“<sup>52</sup>, sondern in politisch begründeter Selbstbeschränkung seine Ursache hat, bestätigt sich, wenn man Luhmanns Systemtheorie näher betrachtet.

### 1. Ideologienbildung als Funktionsprinzip sozialer Systeme

Nach Luhmann besteht die Grundfunktion aller Systeme darin, daß sie Komplexität reduzieren. Ein System schränke die Gesamtheit aller Möglichkeiten für das Erleben und Handeln ein, es lasse nur eine beschränkte Anzahl von Handlungsmöglichkeiten zu. Die Funktion der Komplexitätsreduktion erfüllten Systeme durch Strukturbildung, d. h. durch die Strukturierung, Generalisierung und Stabilisierung von Verhaltenserwartungen. Als Grundproblem aller sozialen Systeme wird das Problem der Erfassung und Reduktion von Komplexität apodiktisch vorausgesetzt. Die Frage „Was heißt Komplexität?“<sup>53</sup> ist das Grundproblem, mit dem „unsere Gesellschaft adäquat interpretiert werden kann“<sup>54</sup>. Ein Problem ist die Komplexität insofern, als sie als prinzipiell unerfaßbar gilt, sie ist „nur erfaßbar . . . , wenn sie auch reduziert werden kann“<sup>55</sup>. Das Grundproblem ist nur lösbar, wenn es unter dem Gesichtspunkt der Systemerhaltung betrachtet bzw. auf ihn reduziert wird. Luhmann transzendiert also den auf Erhaltung der Systemstruktur ausgerichteten strukturell-funktionalen Ansatz, indem er in tautologischer Wendung erklärt, daß die Funktion sozialer Systeme darin besteht, sich selbst zu erhalten. „So verwandelt sich die unbestimmte Komplexität der Welt in genauer spezifizierbare Probleme der Selbsterhaltung“<sup>56</sup>. „Welt ist gedacht als raum- und zeitunabhängige Dimension, die das theoretische Erkenntnisvermögen übersteigt. Komplexität ist erst faßbar, wenn sie in das Problem der Systemerhaltung verwandelt ist. Diese Verwandlung sei gerade die Funktion von Systembildungen. Soziale Systeme konstituierten sich durch Strukturbildung, dabei löse die Strukturbildung die Grundprobleme des Systems (Komplexität) nicht, sondern verbanne sie (durch Reduktion) in den Zustand der Latenz. Dieser Konstruktions-

50 Ebd., S. 400.

51 Ebd., S. 402.

52 Ebd., S. 402.

53 Ebd., S. 295.

54 Luhmann, *Soziologische Aufklärung . . .*, S. 260.

55 Ebd., S. 86.

56 Ebd., S. 76.

mechanismus sozialer Systeme wird nun andererseits zu ihrer Funktion erklärt. Die Funktion sozialer Systeme bestehe nämlich darin, alles über das System Hinausgehende (d. h. die Komplexität der Welt) auf die Systemstruktur zu beziehen (durch Reduktion). Soziale Systeme bilden sich, indem sie bestimmte Strukturentscheidungen treffen und erhalten sich, indem sie diese „gegen Einsicht und Variation ... schützen“<sup>57</sup>. Beide Tatbestände, daß jedes System auf bestimmten Strukturentscheidungen beruht und daß es diese Entscheidungen latent zu halten sucht, also der historische Aspekt der Entstehung von Systemen und der politisch-ideologische Aspekt ihrer Stabilisierung werden aporetisch unter den Begriff der Komplexitätsreduktion gefaßt. Damit wird der Unterschied zwischen der wirklichen Funktion sozialer Systeme in bezug auf die Interessen verschiedener Gesellschaftsklassen einerseits und der vorgeblichen, durch die herrschenden Ideologien formulierten Funktion andererseits eingeebnet. Die Funktion der Ideologiebildung wird damit zu einem unaufhebbaren Konstruktionsprinzip sozialer Systeme gemacht: Komplexitätsreduktion gilt als Grundproblem. „In gewissem Sinne beruht demnach alle Struktur auf Täuschung — auf Täuschung über die wahre Komplexität der Welt. Für Strukturbildung ist daher zweierlei wesentlich: ein gewisses Maß an funktionaler Latenz, die eine Reproblematisierung der Struktur unterbindet, und eine Bereitstellung von Mechanismen, die den Umgang mit den unvermeidlichen Enttäuschungen regeln“<sup>58</sup>. Der Zugang zu der Frage, wer von wem worüber getäuscht wird, wird durch das Mysterium „wahre Komplexität der Welt“ versperrt, das auch die Frage nach Subjekt und Objekt der „Enttäuschungsmanipulation“<sup>59</sup> erübrigt. Es manipuliert nicht jemand andere, Manipulation ist vielmehr ein „sozialer Mechanismus“<sup>60</sup>, der ohne bewegendes Subjekt funktioniert. Luhmann erklärt so zu einer prinzipiellen Eigenschaft sozialer Systeme, was in Wahrheit nur für herrschaftlich organisierte Sozialsysteme gilt. In den scheinbar rein formalen Begriffen über die Funktionsbedingungen sozialer Systeme scheinen noch die durch diesen Formalismus unterschlagenen Inhalte durch. Die Strukturvoraussetzung „Latenz der Grundentscheidungen“ ist z. B. nur zwingend, wenn man annimmt, daß das Manifestwerden der Inhalte eben dieser Entscheidungen eine Gefahr für den Systembestand darstellt. Diese Annahme ist aber nur für herrschaftlich verfaßte Sozialsysteme gültig. Luhmann stützt seine These von der Notwendigkeit der Latenz bestimmter grundlegender Strukturinhalte noch durch ein anthropologisches Argument. Er behauptet, die Individuen seien auf vorgegebene Reduktionen angewiesen, nämlich wegen der „sehr geringen, aus anthropologischen Gründen kaum veränderbaren Fähigkeit des Menschen zu bewußter Erlebnisverarbeitung“<sup>61</sup>. Luhmann reiht sich

57 Ebd., S. 41.

58 Ebd., S. 120.

59 Ebd., S. 120.

60 Ebd., S. 120.

61 Ebd., S. 116.

hier in die Tradition aller organischen, mechanistischen und systemtheoretischen Vorstellungen ein und leitet aus Annahmen über den Menschen eine höhere Qualität des Ganzen ab. Da die Menschen nur eine begrenzte Aufnahme- und Verarbeitungskapazität hätten, müsse die Komplexitätsreduktion überindividuell durch die Systembildungen geleistet werden. Diese Argumentation ist insofern nicht stringent, als die Individuen dann gar nicht fähig wären, die Grundstrukturentscheidungen zu durchschauen, so daß eigene Mechanismen, um diese vor dem Durchschauen zu schützen, überflüssig wären. Es scheint sich somit eher um ein Nicht-Sollen als um ein Nicht-Können zu handeln, eher um die Tatsache erzwungener kollektiver Verdrängung als um ein Problem von individuellen Bewußtseinskapazitäten und Informationsquantitäten.

## *2. Die wissenschaftliche Methode: Analyse funktional äquivalenter Möglichkeiten (Systemerhaltung durch Wandel)*

Diese theoretischen Annahmen über die Gesellschaft als soziales System bilden die „sachliche Theorie“, der die Methode der funktionalen Analyse ihre „Problemgesichtspunkte“ entnehmen muß, damit ihre Forschungsansätze nicht „unbegründbar“ und „unbestimmt“ bleiben<sup>62</sup>. Die funktionale Analyse soll an die Stelle der kausalen Analyse treten. Während die kausale Analyse versuchte, gesetzmäßige Beziehungen zwischen bestimmten Ursachen und bestimmten Wirkungen festzustellen — z. B. das Gesetz: Ursache A bewirkt immer Folge B —, fragt die funktionale Analyse nach der Austauschbarkeit möglicher Faktoren für die Erzielung einer Wirkung, sie untersucht also, ob außer Faktor A auch noch die Faktoren C oder D die Wirkung B erzielen können. Luhmann spricht hier von einer funktionalen Äquivalenz der Faktoren, d. h. A, C und D sind gleichwertig in bezug auf eine bestimmte Wirkung, sie sind austauschbar in bezug auf eine bestimmte Systemfunktion. Funktionale Analyse ist also vergleichende Analyse. Dabei kann derselbe Tatbestand verschiedene Funktionen haben, je nachdem, auf welchen Bezugsgesichtspunkt man ihn bezieht. Da nach Luhmanns Ansicht solche Bezugsgesichtspunkte logisch beliebig und immer einseitig und abstrakt sind, müssen verschiedene Analysen unter verschiedenen Gesichtspunkten verknüpft werden. Jeder Bezugsgesichtspunkt ist von einem anderen Bezugspunkt her wieder funktionalistisch aufzulösen. Die funktionale Methode ist also im Prinzip eine Methode des „unendlichen Regresses“<sup>63</sup>. Wie der Begriff der unendlichen Weltkomplexität nur den universalen Anspruch bestehender Endlichkeit meint, so läuft auch die von der funktionalen Methodik aufgerissene Unendlichkeit möglicher funktionaler Alternativen darauf hinaus, daß das Seiende das Mögliche vereinheitlicht. Mögliches wird analysiert, um Seiendes zu befestigen: „Ein Vergleich dient . . . der Befestigung des Seienden im Verhältnis zu an-

62 Ebd., S. 38.

63 Ebd., S. 15.



deren Möglichkeiten<sup>64</sup>.“ Gerade indem die funktionale Analyse sich „nicht auf empirische Zustände in ihrer faktischen Bewirktheit“<sup>65</sup> bezieht und daher auch nicht das „faktische Vorkommen bestimmter funktionaler Leistungen“<sup>66</sup> erklärt, verleiht sie der Wirklichkeit den Charakter absoluter Kontingenz, der alle funktionalen Leistungen zu beliebigen, austauschbaren Elementen macht, sofern nur die Erhaltung des Funktionssystems insgesamt gesichert ist. Funktionalisierung bedeutet hier, daß alle sozialen Erscheinungen zufällig und austauschbar sind, das System selbst aber erhalten bleiben muß. Die Relativierung der Einzelfunktionen ist notwendig, da soziale Systeme nicht mehr in splendid isolation verharren können, sondern sich ständig gegen bestandsgefährdende Tendenzen schützen müssen, indem sie sie integrieren. In Luhmanns Theorie spiegelt sich die scheinbare Paradoxie des Stabilisierungsproblems unter den derzeitigen historischen Bedingungen wider: Systeme können sich nur erhalten, indem sie sich verändern. „Stabilität (gilt) nicht mehr als das eigentliche Wesen eines Systems, das andere Möglichkeiten ausschließt; sondern die Stabilisierung eines Systems wird als Problem aufgefaßt, das angesichts einer wechselhaften, unabhängig vom System sich ändernden, rücksichtslosen Umwelt zu lösen ist und deshalb eine laufende Orientierung an anderen Möglichkeiten unentbehrlich macht. So ist Stabilität nicht mehr als unveränderliche Substanz zu begreifen, sondern als eine Relation zwischen System und Umwelt, als relative Invarianz der Systemstruktur und der Systemgrenzen gegenüber einer veränderlichen Umwelt. Die Erhaltung einer relativen Indifferenz gegenüber Umweltbewegungen, einer distanzierten Autonomie und einer reaktionsbeweglichen Elastizität, die unvermeidbare Umwelteinwirkungen unter Kontrolle halten kann, das sind die wichtigsten Systemleistungen, deren Untersuchung Gegenstand der funktionalen Forschung ist“<sup>67</sup>.“ Luhmann formuliert hier das Grundproblem des entwickelten kapitalistischen Systems, das immer größere Schwierigkeiten hat, die von ihm selbst hervorgebrachten Widersprüche zu kompensieren, und deshalb gezwungen ist, alle sozialen Teilbereiche immer direkter in bezug auf das einzige Problem der Systemerhaltung hin zu funktionalisieren<sup>68</sup>. In einer Gesellschaft, die ihren Bestand nur durch ständige Anpassung sichern kann, soll sich die Sozialwissenschaft dieser Forderung nach Stabilität durch Wandel verschreiben, indem sie „alle sozialen Tatbestände . . . systemtheoretisch“ interpretiert<sup>69</sup>, d. h. alle Erscheinungen auf den Stabilisierungsge-

64 Ebd., S. 47.

65 Ebd., S. 23.

66 Ebd., S. 16.

67 Ebd., S. 39.

68 „Die Komplexität, die Luhmann meint, ist das Hauptproblem nur von solchen Gesellschaften, die ihre Hauptantagonismen einerseits ziemlich zuverlässig unterdrückt haben, andererseits aber mit den Folgeproblemen, die dieser Unterdrückungs- und Regulierungsapparat aufrührt, nicht zurechtkommen.“ Claus Offe, zitiert von Habermas, in: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, a.a.O., S. 269, Anm. 29.

69 Luhmann, *Systemtheoretische Argumentationen*, S. 378.

sichtspunkt hin analysiert: „... alle funktionalistischen Analysen (müssen) letztlich in bezug auf Stabilisierungsprobleme als Leitfäden geführt“<sup>70</sup> werden. Der universale theoretische Anspruch, alle denkbaren Probleme unter allen denkbaren Gesichtspunkten zu analysieren, bedeutet nichts anderes, als den praktischen Systemanspruch auf Selbsterhaltung zum universalen Ziel theoretischer Analyse zu machen<sup>71</sup>. Funktionale Aussagen gelten in der Tat nur, wenn man den „abstrakten Bezugsgesichtspunkt“<sup>72</sup> voraussetzt. Abstrakt ist dieser Bezugspunkt aber nur insofern, als er verlangt, von allen inhaltlichen Konkretionen abzusehen und alle gesellschaftlichen Tatbestände nur im Hinblick auf die Systemstruktur zu sehen. Konkret ist er insofern, als er die Systemstruktur selbst in ihrer gegebenen Konkretion undiskutiert voraussetzt.

### 3. *Wissenschaft als soziales System: Verdrängung ungelöster gesellschaftlicher Probleme als Voraussetzung wissenschaftlichen Denkens (Wissenschaft als Ideologie)*

Der unmittelbare Zusammenhang von wissenschaftlich-theoretischen Begriffen und praktisch-gesellschaftlichen Interessen wird noch deutlicher, wenn man Luhmanns These, daß Wissenschaft selbst als soziales System funktioniere, zur Explikation mit heranzieht. Die Wissenschaft sei selbst ein System, das Komplexität reduziere. Wie die Welt unendlich komplex sei, so stehe auch die Wissenschaft vor einer unendlichen Vielfalt möglicher Probleme, möglicher Erkenntnisse. Da die Wissenschaft selbst für die Wahl „kein sachliches Kriterium“<sup>73</sup> habe, könne sie nur die Probleme übernehmen, die das Gesellschaftssystem habe, zu haben glaube bzw. lösen wolle. Die Wege der Komplexitätsreduktion, die die Wissenschaft als soziales System einschlägt, können also nur die sein, die ihr vom gesellschaftlichen System vorgegeben werden. Die Wissenschaft arbeitet mit der „Technik der überlegten Rezeption vorgefundener Strukturentscheidung (damit auch: praktisch relevanter Wertsetzungen) in die Theorie, die dann als Prämissen dienen für die Analyse“<sup>74</sup>. Die Praxis der Theorie ist die Praxis der Gesellschaft. Die Wissenschaft erfüllt Funktionen innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtsystems wie jedes andere Teilsystem. Denken als soziales System respektiert so auch die Denktabus, die das Gesamtsystem setzt, indem es die Latenz der Grundstrukturentscheidungen aufrechtzuerhalten hilft. Die Notwendigkeit dieser Latenz gilt nicht nur für die einzelnen Menschen, sondern auch für gesellschaftliche Teilsysteme wie das System Wissenschaft. Der Be-

70 Luhmann, *Soziologische Aufklärung*, S. 27.

71 Im Gegensatz zu K. H. Tjaden (vgl. seine Rezension der Habermas-Luhmann-Diskussion in: *Das Argument* Nr. 71, S. 153–160) glaube ich nicht, daß sich die Systemtheorie durch die Aufnahme des Evolutionsbegriffs dem Vorwurf der Systemerhaltung entziehen kann.

72 Luhmann, *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, Berlin-West 1964, S. 383.

73 Luhmann, *Soziologische Aufklärung*, S. 47.

74 *Ebd.*, S. 261.

griff der Latenz, wie auch der Verdrängung und der der Ignoranz bezeichnen Funktionsnotwendigkeiten menschlicher Handlungssysteme. Verdrängung wird z. B. definiert als „ein notwendiger Selbstschutz personaler und sozialer Handlungssysteme, ohne den sie nicht in der Lage wären, ihre eigene Identität und ihre integrierende Struktur in einer höchst komplexen Umwelt konstant zu halten“<sup>75</sup>. Das Phänomen der Verdrängung wird aus seinem historisch-gesellschaftlichen Kontext gelöst, es wird nicht als spezifischer Mechanismus zur indirekten Absicherung von Herrschaftsverhältnissen auf dem Umweg über die individuelle Psyche begriffen, sondern zur allgemeinen Funktionsbedingung komplexer Sozialsysteme erklärt. Aus dieser Perspektive kann die Verantwortbarkeit von Bemühungen bezweifelt werden, gesellschaftliche Tabus zu entlarven. Luhmann wendet sich gegen die illusionären Hoffnungen der Psychoanalyse, mit Hilfe der Bewußtmachung latenter Probleme allein schon etwas bewirken zu können. Dabei unterschlägt er, daß das Bewußtwerden immer nur als Voraussetzung der Lösung von Problemen gefordert worden ist. Da aber für ihn die grundlegenden Probleme per se unlösbar sind, ist Latenz eine systemstrukturelle Notwendigkeit. Aufklärung über Latenzen ist nur gestattet, wenn funktional äquivalente Alternativen für die Latenzfunktion angeboten werden können, wenn also das Problem der ungelösten Probleme anders als durch Latenz gesellschaftlich verarbeitet und integriert werden kann.

Der Begriff der Latenz steht in einem engen Zusammenhang mit den Begriffen Ideologie und Wahrheit. Für Luhmann ist die Ideologie ein wesentliches Mittel, um die Latenz aufrechtzuerhalten, d. h. also den Systembestand zu sichern. Kennzeichnend für die Ideologie als besonderer Bestandserhaltungsmechanismus sei, daß sie mit Wertsetzungen arbeite. Diese Wertungen seien nicht „wahrheitsfähig“<sup>76</sup>, sie seien nur im Hinblick auf ihre Ideologiefunktion analysierbar, d. h. sie könnten unter dem Gesichtspunkt ihrer Fungibilität, ihrer Ersetzbarkeit durch andere Vorstellungen, wissenschaftlich analysiert werden. Ideologien hätten die Funktion, Werte in eine Rangordnung zu bringen, „Widersprüche zu integrieren“<sup>77</sup> und nicht integrierbare Widersprüche zu kaschieren. Die Wissenschaft könne untersuchen, ob eine Ideologie diese Funktion erfülle, und mögliche andere, bessere Ideologien entdecken und somit ideologische Systeme planbar machen. Ideologien werden nach Luhmanns Ansicht zwar benötigt, Diskussionen über ihren Wahrheitsgehalt seien jedoch überflüssig. Wir brauchen nach seiner Meinung vielmehr „eine routinierte Pflege ideologischer Orientierungen“ durch „Ideologieplaner“<sup>78</sup>. Ideologien könnten nur noch auf ihre Brauchbarkeit für Zwecke der Systemstabilisierung, nicht aber auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Luhmann rechtfertigt diesen Ansatz mit der These, daß der Wahrheitsbegriff in seiner tradierten Form überhaupt überholt sei. Die Leitvorstellungen

75 Ebd., S. 69.

76 Ebd., S. 59.

77 Ebd., S. 62.

78 Ebd., S. 64.

des Handelns seien nicht mehr Wahrheiten, sondern Ideologien. Es gebe funktional keinen Unterschied mehr zwischen Wahrheit und Ideologie. Luhmann behauptet, daß „die Leitvorstellungen des öffentlichen Denkens und Handelns ihre Wahrheitsfähigkeit verloren haben, und das heißt: weder wahr noch falsch sein können, sondern außerhalb des Bereichs möglicher Erkenntnis liegen“<sup>79</sup>. Die Wissenschaft beschränkt sich auf die formale Analyse dieser ideologischen Funktion von Aussagesystemen, ohne auf die inhaltlichen Wertentscheidungen der Ideologien zu rekurrieren. Diese vermeintliche Unabhängigkeit von den Wertgehalten der Ideologien macht die Wissenschaft aber gerade abhängig vom „Wert“ der Systemstabilisierung, denn die Stabilisierung ist auch für die Ideologieanalyse der letzte erkenntnisleitende Gesichtspunkt. Die Frage, ob etwas wahr oder falsch ist, ist nicht nur im Rahmen sozialer Handlungssysteme, sondern letztlich auch im Sozialsystem Wissenschaft irrelevant. Wahrheit ist nur noch als funktionaler Begriff verwendbar, als Medium unter anderen, die Komplexität zu reduzieren. Was für das ideologische Denken gilt, daß es andere Möglichkeiten nicht ausschaltet, sondern neutralisiert, trifft auch auf das wissenschaftliche Denken zu. Es geht nicht um die ontologische Erkenntnis, daß etwas so und nicht anders ist, sondern — nach Luhmann — um die funktionale Erkenntnis, daß etwas so oder auch anders sein könnte, also um die Ordnung des Seins im Vergleich zu seinen anderen Möglichkeiten, mit dem Ziel, diese zu neutralisieren. Luhmann geht davon aus, daß jede Erkenntnis dessen, was ist, ontologisch ist, also Aussagen über das Sein an sich, über das eigentliche Wesen von Gesellschaft beinhaltet. Mit Hilfe dieser Identifikation von Wirklichkeitserkenntnis und Ontologie und der Denunziation des Anspruchs auf wahre Aussagen als Metaphysik wird die Wissenschaft auf systemfunktionales Denken festgelegt. Die Soziologie gelangt dann etwa zu der Erkenntnis, daß Ideologie und Recht in bezug auf bestimmte Systembedürfnisse als funktional äquivalent angesehen werden können<sup>80</sup>. Liegt die Funktion von Ideologien in der „durchdachte(n) Rechtfertigungsstruktur“ und in dem „künstliche(n) Abschneiden anderer Möglichkeiten“<sup>81</sup>, so funktioniert die Wissenschaft als Ideologie der Ideologie, indem sie funktional äquivalente Möglichkeiten künstlichen Abschneidens sucht. Alle Ideologien erscheinen der soziologischen Wissenschaft als funktional äquivalent, „da sie alle . . . Folgen des Handelns neutralisieren“<sup>82</sup>. Da die Ideologien aber nur in bezug auf ihre Funktion für den Fortbestand des gegebenen Systems analysiert werden können, die Funktion dieser Sozialordnung selbst aber im dunkeln bleiben muß, unterscheidet sich wissenschaftliches Denken nicht von anderen Ideologien in seiner Funktion, andere Möglichkeiten abzuschneiden. Während die Alltagsideologien bestimmte Reduktionen vornehmen, thematisiert die Soziologie den Bereich aller im Rahmen eines gegebenen Systems mög-

79 Ebd., S. 55.

80 Ebd., S. 106.

81 Ebd., S. 60.

82 Ebd., S. 60.

lichen Reduktionen. Die besondere Funktion der Wissenschaft liegt in ihrer doppelten Universalität: Zum einen bezieht sie sämtliche für das bestehende System denkbaren Systemzustände mit den damit verbundenen ideologischen Rechtfertigungsbedürfnissen und Möglichkeiten in ihr Denken ein und liefert damit Sozialtechniken zur Systemstabilisierung im institutionellen wie im ideologischen Bereich; zum anderen behauptet sie, mit dieser äquivalenzfunktionalen Methode alle Möglichkeiten gesellschaftlichen Seins — d. h. die Weltkomplexität — erschließen zu können, während sie in Wirklichkeit nur systemimmanente Probleme aufgreifen kann. Die soziologische Theorie erfüllt so selbst die Funktion einer Ideologie, indem sie alle nicht systemimmanenten Probleme der unbestimmten und unbestimmbaren Weltkomplexität zuordnet und somit „künstlich abschneidet“. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die stabilisierenden Funktionen der Luhmannschen Theorie die folgenden sind: Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaftsform als auf dieser Stufe der Entwicklung im Prinzip einzig möglicher, Aufweisen von institutionellen ideologischen Anpassungs- und Veränderungsstrategien zum Zwecke der praktischen Abwehr systemtranszendierender Tendenzen, schließlich die theoretische Abwehr solcher Fragestellungen durch die Wissenschaft selbst. Luhmann erklärt so z. B. die Frage, „wie sich an den Lebensverhältnissen der Menschen Wesentliches ... ändern ließe“ für „gleichsam ‚out of step‘ mit der gesellschaftlichen Realität“<sup>83</sup>. Die mögliche politische Wirkung seiner Theorie ist nicht — wie Luhmann meint — als etwas ihr selbst Äußerliches anzusehen, sie gründet sich vielmehr auf die politischen Gehalte der theoretischen Annahmen selbst. Die ideologischen Folgen der Systemtheorie werden sich einmal darin manifestieren, daß Systemtheorie als Instrument für empirische Forschungen verwendet wird mit dem Effekt, soziologische Forschung auf systemimmanente Fragestellungen zu beschränken, deren Ergebnisse sozialtechnisch verwertbar sind. Es mag zwar zutreffen, daß die Systemtheorie „gute Chancen“ hat, „rein akademisch zu bleiben, weil sie unverständlich ist“<sup>84</sup>, das hindert aber nicht eine ideologische Wirkung im akademischen Bereich selbst. Nach Luhmanns eigenen Aussagen funktioniert die Wissenschaft zwar als ein eigenes soziales System, das auf der funktionalen Ausdifferenzierung des Wahrheitsmediums beruht, und das wegen seiner relativen Abgeschlossenheit keinen direkten Einfluß auf die anderen sozialen Systeme ausübt, dafür aber „indirekt, und dadurch um so wirksamer, auf dem Umweg über technisch realisierte und sozial (z. B. wirtschaftlich und rechtlich) kontrollierte Anwendungen“<sup>85</sup> die Gesellschaft beeinflusst. Luhmanns Verteidigung gegen den Konservatismus-Vorwurf beruft sich schließlich auf das Argument der etablierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen dem System Wissenschaft und den anderen Sozialsystemen. Zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

83 Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen, S. 293.

84 Ebd., S. 403.

85 Ebd., S. 234.

sieht Luhmann eine „Schwelle relativer Indifferenz“<sup>86</sup>, die es gegen politische Ansprüche und Forderungen nach politischem Engagement — wie z. B. in der Hochschulreformdiskussion — „höher zu mauern“ gelte; es hieße — nach Luhmann — „Verantwortung ins Unverantwortliche ausdehnen“, wollte man der Wissenschaft „die Verantwortung für gesellschaftliche Folgen ihrer Erkenntnisse“<sup>87</sup> übertragen. Wissenschaftliche Fragen fallen in die Kompetenz des Systems Wissenschaft, politische Fragen in die des politischen Systems. Da Luhmann diese Arbeitsteilung nicht nur konstatiert, sondern mit allen Konsequenzen für notwendig erklärt, kann er sich darauf berufen, am „Indifferenzpunkt von Apologie und Kritik“<sup>88</sup> anzusetzen. Daß es bei dieser Indifferenz nicht bleiben solle, wird von Luhmann lediglich behauptet, aber nicht näher ausgeführt. Der Ideologievorwurf setzt aber ohnehin vorher an, also nicht bei wissenschaftlichen Sekundärscheinungen, bei Implikationen oder Folgen, sondern bei den wissenschaftlichen Theorien selbst. Er wendet sich etwa gerade gegen die Annahme eines solchen Indifferenzpunktes, an dem Wissenschaft unpolitisch sein soll. Dieser Indifferenzpunkt soll im Verhältnis von Welt und System gegeben sein, was doch wohl heißt, daß im Verhältnis System-Umwelt eine politisch-neutrale, vom menschlichen Erleben und Handeln unabhängige Seinsebene formuliert ist. Diese Vermutung bestätigt sich bei einer näheren Betrachtung des Luhmannschen Gesellschaftsbegriffs.

#### 4. Das Sozialsystem „Gesellschaft“ als Träger der Evolution

Wesentlich für das Verständnis der gesellschaftstheoretischen Annahmen von Luhmann ist sein Rationalitätsbegriff. Luhmann erklärt die Annahme, daß das menschliche Handeln in bezug auf seine Rationalität betrachtet werden muß, zur Grundlage der Systemtheorie und der funktionalen Methode. Diese Möglichkeiten der Rationalisierung sieht Luhmann in der Gegenwart nicht mehr im Handeln selbst, sondern auf der Ebene der Systeme. Das Handeln selbst kann nur auf sekundäre Weise rational sein, nämlich „sofern es zur Lösung von Systemproblemen und damit zur Erhaltung reduktiver Strukturen in einer äußerst komplexen Welt beiträgt“<sup>89</sup>. Die anthropologische These von der begrenzten Bewußtseinskapazität wird wieder herangezogen, um gegen die Aufklärungstradition zu behaupten, daß Rationalitätsfortschritte nurmehr durch Systembildungen möglich seien, also durch Komplexitätssteigerung und gleichzeitige Komplexitätsreduktion. Systemrationalität sei unabhängig vom Handeln und Bewußtsein der Menschen, sie sei weder „bewußtseinsfähig“ noch „kommunikationsfähig“<sup>90</sup>. Weder die einzelnen Menschen noch Gruppen

86 Ebd., S. 234.

87 Ebd., S. 265.

88 Luhmann, *Systemtheoretische Argumentationen*, S. 401.

89 Luhmann, *Soziologische Aufklärung*, S. 79, s. auch: S. 45 u. 47.

90 Luhmann, *Systemtheoretische Argumentationen*, S. 354, s. auch S. 355.

können nach Luhmanns Ansicht in den Stand gesetzt werden, den in den Systemen verankerten Wissensvorsprung aufzuholen. Die historisch erzeugte Verselbständigung der Verhältnisse gegenüber den Menschen wird als zwangsläufige Begleiterscheinung steigender Komplexität aufgefaßt und als weder theoretisch begreifbar noch praktisch revidierbar bezeichnet. Die Soziologie, die es mit dem Sozialen „an sich“ zu tun hat, kann daher auch auf den Subjektbegriff verzichten. „Für Subjekt steht hier System, für Objekt Welt, für das Problem des Widerspruchs das Problem der Komplexität (die Widersprüche einschließt) und für die Dialektik die Selektivität des Verhaltens<sup>91</sup>.“ Mit der Aufgabe des Subjektbegriffs wird die Entstehungsgeschichte gesellschaftlicher Verhältnisse als Ergebnis menschlichen Handelns umgedeutet in einen von diesem Handeln unabhängigen Prozeß, in dessen Verlauf sich die Systeme selbsttätig erzeugen. Habermas stellt mit Recht fest, daß bei Luhmann die Systeme die Rolle des transzendentalen Ichs der Gesellschaftsphilosophie übernehmen<sup>92</sup>, Luhmann selbst setzt — nach dem obigen Zitat — das System an die Stelle des Subjektbegriffs. Entwicklung kann sich dann nicht mehr aus der Dialektik von Subjekt und Objekt ergeben, sondern wird als Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen wirklichen Objektivationen (Systemen) und geistigen Objektivationen (Welt) begriffen. Systeme werden als sich selbst bildende und erhaltende Einheiten verstanden, wobei sich diese Vorstellung von traditionellen Organismusbildungen lediglich darin unterscheidet, daß sie offene Systeme annimmt, die sich im Austausch mit der Umwelt reproduzieren, durch Lernprozesse steuern und an veränderte Bedingungen anpassen.

Wenngleich Luhmann von einem komplexen Gefüge verschiedenartiger sozialer Teilsysteme spricht, die jeweils spezielle Funktionen innerhalb des Gesamtsystems erfüllen, so wird doch der Gesellschaft eine besondere, den übrigen Systemen übergeordnete Qualität zugesprochen. Gesellschaft sei das soziale System, das grundlegende Reduktionen einrichte, nach denen sich die anderen Systeme richten. Während die übrigen Systeme eine schon vorstrukturierte Umwelt vorfinden, seien für das Gesellschaftssystem die anderen Systeme lediglich innere Umwelt. Das Gesellschaftssystem habe als einziges soziales System als äußere Umwelt die gesamte (unbestimmte) Weltkomplexität zur Verfügung. „Erst die Gesellschaft macht die Menschen zu Subjekten . . . , indem sie zugleich System und Umwelt konstituiert<sup>93</sup>.“ Die Gesellschaft sei das Subjekt der Geschichte, sie sei Träger des Evolutionsprozesses. Evolution bedeute Steigerung der gesellschaftlichen Komplexität, die nur vom übergeordneten gesellschaftlichen Gesamtsystem geleistet werden könne. Luhmann wendet zwar gegen ältere Gesellschaftstheorien ein, daß sie den Primat eines Teilsystems, etwa des wirtschaftlichen oder des politischen, behaupten, er selbst konstituiert aber eine ebenso hierarchische Systemord-

91 Luhmann, *Soziologische Aufklärung*, S. 132, Anm. 11.

92 Habermas, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, S. 237.

93 Luhmann, *Soziologische Aufklärung*, S. 144.

nung, in der die abstrakter definierte Gesellschaft den Primat über die anderen Systeme einnimmt. Dabei geht es Luhmann erklärtermaßen darum, die Tendenzen zur Auflösung des Gesellschaftsbegriffes abzufangen, die sich durch die Rede von der Eigenständigkeit der einzelnen sozialen Systeme ergeben haben. Dieser Rettungsversuch des Gesellschaftsbegriffs macht die Grenzen des systemtheoretischen Ansatzes deutlich. Von Gesellschaft kann in der Systemtheorie nur gesprochen werden, wenn man dem Gesellschaftssystem eine übergeordnete Rolle zuschreibt. Eine hierarchische Beziehung zwischen Gesellschaft einerseits und den anderen sozialen Systemen andererseits sprengt aber im Grunde bereits die Grenzen einer rein funktionalen Betrachtungsweise. Das von der Systemtheorie unterschlagene Problem der Herrschaft erweist sich hier als unerledigt. Die Systembeziehungen sind nicht bloße Funktionen, sondern Herrschaftsbeziehungen. Luhmann kann den Herrschaftsbegriff eliminieren, weil er Herrschaft nur als Kategorie persönlichen Verhaltens gelten läßt, unpersönliche (System-)Beziehungen aber für ihn anscheinend auf Grund ihrer Abstraktheit *per se* herrschaftsfrei sind. Der Begriff der Herrschaft ist für Luhmann ebenso wie die Begriffe Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit ein einfach strukturierter Begriff, der daher auch nur auf einfach strukturierte Gesellschaften anwendbar sei. Heute dagegen sei die Gesellschaft so komplex und abstrakt, daß es Herrschaft, Freiheit oder Gerechtigkeit als soziale Erscheinungen nicht mehr gebe, so daß auch die entsprechenden Begriffe nicht mehr anwendbar seien und man statt dessen von Struktur, Funktion, System, Komplexität und Selektion sprechen müsse<sup>94</sup>. Es wäre zu fragen, ob nicht vielmehr die Luhmannschen Begriffe die einfacheren sind, während die von ihm abgelehnten einen umfassenderen Anwendungsbereich haben. Luhmanns Begriffe erfassen lediglich den formalen Aspekt sozialer Erscheinungen und treffen insofern auf moderne Gesellschaftssysteme zu, als in ihnen Formalisierung und Funktionalisierung eine immer größere Bedeutung gewinnen. Das bedeutet aber nicht, wie Luhmann meint, daß die gesellschaftlichen Inhalte verschwinden; für die kapitalistische Gesellschaft kann lediglich der Bedeutungsverlust unmittelbar erfahrbarer *persönlicher* Herrschaft festgestellt werden. Luhmanns Begriffe setzen die objektive Ordnung der Dinge, der die Menschen ausgeliefert sind, undiskutiert voraus und analysieren dann die systeminternen Funktionen, ohne darauf zu rekurrieren, daß es sich bei diesen Funktionen um Formen des Ausgeliefertseins, und damit um Herrschaft, handelt. Der gesellschaftliche Entfremdungszustand geht als „Systemrationalität“ in die Theorie ein und wird von ihr als das Nonplusultra gesellschaftlich erreichbarer Vernunft deklariert. Die Dialektik zwischen bestehender Wirklichkeit und zwar an ihr gewonnener, aber durch Entfaltung der ihr innewohnenden Widersprüche doch kritisch über sie hinausweisender Begrifflichkeit wird aufgegeben, die Begriffe werden auf das Maß des Bestehenden reduziert. Damit wird mit dem transzen-

94 Vgl. z. B.: Ebd., S. 152 u. S. 197 f.



dendierenden Denken zugleich auch das transzendierende Handeln diskreditiert. Daß der Begriff der Vernunft oder der der Freiheit — Begriffe, die diese Dialektik enthalten — der Wirklichkeit nicht adäquat sind, da sie sich nicht auf bereits Verwirklichtes reduzieren lassen, trifft übrigens nicht, wie Luhmann meint, erst auf komplexe Sozialsysteme zu. Diese Begriffe waren vielmehr seit der Antike den bestehenden Verhältnissen immer nur begrenzt angemessen, wurden als sie transzendierend verstanden — sei es als unerreichbares Ideal, sei es als praktisch herzustellender Zustand.

##### 5. Sinn als soziologischer Grundbegriff

Wie der Begriff der Rationalität ist auch der Sinnbegriff bei Luhmann nicht dem Subjekt-Objekt-Verhältnis, sondern der System-Umwelt-Beziehung entnommen. Sinn sei eine spezifische, in einer bestimmten Entwicklungsstufe notwendig werdende Weise der Komplexitätsreduktion durch soziale Systeme, Sinn sei eine „emergente Eigenschaft“<sup>95</sup> dieser Systeme selbst. Luhmann entwickelt auch die Sinnkategorie formal und funktional. Der Sinn erfüllt die Funktion der Komplexitätsreduktion in sozialen Handlungssystemen. Voraussetzung des Handelns ist nicht nur die Gegebenheit des Systems, sondern auch die Gegebenheit des Sinngehaltes dieses Systems. „Der Sinnbegriff ist primär, also ohne Bezug auf den Subjektbegriff zu definieren, weil dieser als sinnhaft konstituierte Identität den Sinnbegriff schon voraussetzt“<sup>96</sup>. Die Begriffe Weltkomplexität, System-Umwelt-Beziehung und Reduktion erfassen die faktische Orientierung der Subjekte an den heteronomen Systematbeständen, der Sinnbegriff erfüllt eine ergänzende Funktion innerhalb der Systemtheorie, indem er die „Struktur des Bewußtseins“<sup>97</sup> bezeichnet, die diese Orientierung ermöglicht. Der Prozeß der Entwicklung einer den Subjekten fremden Gesetzmäßigkeit wird nicht als Entfremdungsprozeß begriffen, sondern als notwendiger und unaufhebbarer Entwicklungsfortschritt legitimiert. Die Subjekt-Objekt-Dialektik wird auch im Sinnbegriff ausgeklammert, der Systemsinn ist den Subjekten vorgegeben. In der Sinnstruktur des Systems werden bestimmte Lösungen als sinnvoll, anderes als sinnlos bestimmt, Möglichkeiten werden erfaßt, um sie zu kontrollieren. „Die in allem Sinn implizierte Verweisung auf andere Möglichkeiten wird dort abgeschnitten, wo sie die in der Gesellschaft institutionalisierten Selektionsstrategien sprengen würde. Prinzipiell unerkennbare Möglichkeiten werden nicht zugelassen“<sup>98</sup>. Deutlicher kann sich gesellschaftskonformes Denken kaum enthüllen als mit einer solchen Aussage, die systemsprengende Möglichkeiten für prinzipiell unerkennbar erklärt. Die gesellschaftlich tabuierten Möglichkeiten werden in der Wissenschaft mit dem Tabu

95 Habermas, *Theorie der Gesellschaft*, S. 182.

96 Luhmann, *Sinn als Grundbegriff der Soziologie*, in: Habermas/Luhmann, *Theorie der Gesellschaft*, S. 28.

97 Ebd., S. 39.

98 Ebd., S. 19.

der Unerkennbarkeit belegt. Die Wissenschaft legt den gesellschaftlich gegebenen „Sinnzusammenhang als solchen“<sup>99</sup> zugrunde und fragt nicht nach seiner Entstehungsgeschichte. Das im Sinnzusammenhang sich manifestierende herrschende Bewußtsein wird hier für bare Münze genommen. Handeln und Denken werden darauf beschränkt, Sinnzusammenhänge ordnend zu erfassen, ohne sie durchschauen zu können. Das erkennende Subjekt soll die vom System gesetzten Grenzen ebensowenig durchbrechen wie das handelnde Subjekt. „Die Funktion von Sinn liegt . . . nicht in der Information. . . Sinn fungiert als Prämisse der Erlebnisverarbeitung“<sup>100</sup>. Die dem Handeln und Erkennen vorgegebenen Sinnselektionen seien undurchschaubar, da sie die „Fassungskraft des Einzelnen“<sup>101</sup> übersteigen. Die von den sozialen Systemen erzeugten Sinnstrukturen werden von der Wissenschaft lediglich im theoretischen Modell nachgebaut und im übrigen in ihrer Undurchsichtigkeit belassen. Die Wissenschaft beschränkt sich darauf, den Sinn funktional zu betrachten, d. h. ihn in seiner Funktion, die Auswahl unter verschiedenen Möglichkeiten nicht durch Information über diese Möglichkeiten, sondern durch restriktive Vorauswahl zu regulieren, darzustellen. Luhmann hat zweifellos recht, wenn er Sinnbegriff und Informationsbegriff unterscheidet und feststellt, daß Sinn als Struktur des Bewußtseins die Aufnahme und Verarbeitung von Information reguliert. Zu kritisieren ist aber die unreflektierte Voraussetzung des Sinnzusammenhangs, so daß die andere Seite des Verhältnisses von Bewußtsein und Information, nämlich die Konstituierung eines sinnhaft strukturierten Bewußtseins durch bestimmte Informationen, bzw. durch reduzierte Information, nur als Faktum konstaterbar, nicht aber als Prozeß analysierbar ist. Der Prozeß der Sinnvermittlung zwischen sozialem und psychischem System wird dadurch entproblematisiert, daß beide Systeme in der Theorie formal gleichgestellt werden, ohne die als Prämisse in die Theorie eingehende höhere Qualität der sozialen Systeme in bezug auf Informationsverarbeitung und Selektionsleistung zu berücksichtigen. Die Soziologie läßt die Subjekt-Objekt-Beziehung außer acht und kann so die sozialen Systeme als ihren eigenen, von den Subjekten unabhängigen Objektbereich konstituieren. Das Sinnproblem wird aus der Subjekt-Objekt-Beziehung gelöst und auf die System-Welt-Ebene transponiert, in der es als über den Köpfen der Individuen sich ergebendes und zu lösendes behandelt werden kann. Gegenüber einem Sprachgebrauch, der Sinn als Inhalt, Bedeutung oder Zweck einer Erscheinung versteht, reduziert Luhmann Sinn auf seine Funktion, Möglichkeiten zu ordnen und zu kontrollieren. Dabei wird die systemstabilisierende Funktion der diesen Ordnungs- und Kontrollprozeß bestätigenden Soziologie noch dadurch verstärkt, daß der Möglichkeitshorizont eines gesellschaftlichen Systems als unendliche Weltkomplexität aufgefaßt wird, aus der das System durch Sinnbildung eine kontingente Auswahl trifft. Die Möglichkeiten werden nicht als

99 Ebd., S. 29.

100 Ebd., S. 34.

101 Ebd., S. 83.

von dem jeweiligen Gesellschaftssystem hervorgebrachte aufgefaßt, sondern sollen einem abstrakt-unendlichen Weltraum entstammen. So erhält die in einem System institutionalisierte Auswahl von Möglichkeiten den Anschein der Kontingenz. Die Frage, ob die grundlegenden Reduktionen nicht gerade den Zweck haben, die Realisierung latenter Möglichkeiten zu verhindern, wird tabuisiert. Der Widerspruch zwischen den gesellschaftlich produzierten Möglichkeiten einerseits und den Abwehrmechanismen gegenüber diesen Möglichkeiten andererseits wird in den Bereich der Weltkomplexität verlagert und ist damit der Erkenntnis nicht mehr zugänglich. Luhmann sieht diese Schranken seiner Theorie selbst, wenn er ausführt: „Das Modell vermag nicht begreifbar zu machen, weshalb ... nicht alles möglich gemacht werden kann... Wir leben ... nicht in der besten der möglichen Welten, sondern in einer Welt voll besserer Möglichkeiten<sup>102</sup>.“ Diese besseren Möglichkeiten und die Ursachen, die ihre Realisierung verhindern, sind für eine Theorie nicht faßbar, die soziale Sinnzusammenhänge nur in bezug auf ihre Funktion für das System untersucht und damit den einzig erreichbaren Sinn im Funktionieren sieht. Das gegenwärtig erreichte gesellschaftliche Entwicklungsstadium erscheint ihr als unüberbietbar, Veränderungen sind nur noch möglich als Austausch von Äquivalenzen unter der Voraussetzung der Erhaltung des Systemganzen. Diese Theorie erfährt ohne Zweifel einen wichtigen Aspekt gegenwärtiger sozialer Organisation: Soziale Systeme nehmen die Erscheinungsform selbständiger Wesenheiten an, die nach eigenen technisch-rationalen Gesetzmäßigkeiten funktionieren. Eine Soziologie, die Gesellschaft als einen von den ökonomischen Verhältnissen unabhängigen Bereich ansieht, reduziert ihren Erkenntnisgegenstand auf formale Funktionszusammenhänge. Die Aussagen, die mit Hilfe dieses theoretischen Ansatzes über die kapitalistische Gegenwartsgesellschaft gemacht werden können, werden immer inhaltsleerer, während gleichzeitig die Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaftsordnung deutlicher hervortreten. Die relative *-Eigenmacht* der Systeme, denen alle Individuen in gleicher Weise unterworfen scheinen, ist ein Spezifikum spätkapitalistischer Entwicklung. In früheren Stadien erschienen noch die Kapitaleigentümer als Subjekte des Produktionsprozesses, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital wurde durch die Bindung des Kapitals an individuelle Eigentümer verdeckt. Jetzt gehen die Kapitalfunktionen zunehmend an Personen über, die als bloße Agenten des Kapitals auftreten. Während sich das Kapitalverhältnis vorher erst der von den persönlichen Herrschaftsverhältnissen abstrahierenden Analyse erschloß, tritt es jetzt als rein ökonomisches deutlicher hervor. Eine Soziologie, die die ökonomische Fundierung der Gesellschaft bestreitet, muß entweder auf den Anspruch, gesamtgesellschaftliche Theorie zu leisten, ganz verzichten, oder aber sich auf die Analyse formaler Systeme beschränken. Luhmanns Versuch, eine solche gesamtgesellschaftliche Systemtheorie zu begründen, zeigt, daß dabei ein Aussagensystem

102 Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen, S. 297.

zustande kommt, daß umstandslos auf alle Arten von Systemen — also etwa auch auf technische oder biologische Systeme — angewendet werden kann. Die Systemtheorie erklärt gerade nicht, was das „Gesellschaftliche“ sozialer Systeme ausmacht. Luhmann versucht, dieses Problem zu lösen, indem er den Sinnbegriff als soziologischen Grundbegriff einführt. Der Zusammenhang sozialer Systeme soll sich über das an Sinn orientierte Erleben und Handeln herstellen. Um den Sinnbegriff in die Systemtheorie einbeziehen zu können, ist Luhmann aber gezwungen, ihn von allen inhaltlichen Bezügen zum sozialen Handeln zu reinigen und ihn als rein formale Funktionskategorie zu fassen. Die Bedeutung von Sinn für gesellschaftliche Zusammenhänge wird auf seine Funktion als Selektionsregel reduziert.

Manfred Wetzel

## Wider den soziologischen Behaviourismus

Darstellung und Kritik werden in vier Schritten erfolgen:

1. Analyse der Widersinnigkeit einer nicht-interpretierten Theoriesprache und der dahinter verborgenen schlechten Alternative zwischen einem naiven Idealismus der Messung und einem reinen De-  
zisionismus der Bedeutungsregeln

2. Die bedeutungslose Theoriesprache als Reservat für die wissenschaftlich unverbindliche und daher sinnlose Privatsprache der zu Versuchspersonen degradierten Subjekte einschließlich der darin beschlossenen Destruktion von Kommunikation

3. Der als real gesellschaftlich verkündete Individualismus als simple Konsequenz einer Einheit von Nominalismus und Datenerhebungsverfahren und seine wissenschaftstheoretische Hochstilisierung zur „Reduktion der Soziologie auf Psychologie“

4. Die *petitio principii* in der Ausweitung des methodologischen Individualismus auf gesamtgesellschaftliche Kategorien und die dahintersteckende unvollständige und verzerrende Alternative zwischen methodologischem Individualismus und methodologischem Kollektivismus als letztem Grund zur Liquidation für Dialektik'

### I. Die dezisionistischen Konsequenzen des abstrakten Dualismus von Theoriesprache und Beobachtungssprache und der naive Idealismus der Meßbarkeit

Die Richtung des methodologischen Behaviourismus bzw. Individualismus identifiziert Sozialwissenschaft mit Sozialpsychologie schlechthin; Sozialpsychologie wird dabei auf gewisse metasprachlich formulierte Postulate gegründet, die die objektsprachlichen Methoden festlegen. H. J. Hummell, in der BRD ein maßgebender Vertreter dieser Richtung, will folgende Grundeinstellung als verbindlich festlegen:

„Grundsätzlich wollen wir annehmen, daß es möglich sei, die (neo-)behaviouristische Psychologie so zu konstruieren, daß das gesamte verwandte Vokabular in zwei sich gegenseitig ausschließende Teilklassen zerlegbar ist: in die Termini der theoretischen Sprache ( $L_T$ ) und der Beobachtungssprache ( $L_0$ ).  $L_T$  ist uninterpretiert, d. h. besteht aus rein formalen Zeichen, die nichts bedeuten; für  $L_0$  sind dagegen semantische Regeln angegeben, die die dort verwandten Zeichen in ihrer inhaltlichen Bedeutung festlegen. Die *Beobachtungssprache* enthält neben Namen für Dinge, denen bestimmte Raum-Zeit-Gebiete koordiniert sind, vor allem Prädikate folgender Art: ‚x ist rot‘, ‚y übt die Handlung z aus‘ usw., die sich

auf direkt Beobachtbares beziehen. Der Fortschritt in der Wissenschaft geht nun tendenziell dahin, die  $L_0$  immer mehr in Richtung einer ‚Meßsprache‘ umzuformulieren, die neben Namen für alle möglichen Meßapparaturen Ausdrücke etwa folgender Art enthält: ‚der Zeiger des Instruments a koindiziert mit dem Strich, dem die Zahl b zugeordnet ist‘; ‚auf dem Fragebogen c steht an der Stelle d ein Kreuz‘ usw. ... In Zukunft dürfte man in immer stärkerem Maße versuchen, Beobachtungsaussagen in Meßaussagen zu übersetzen. — Die Ausdrücke der theoretischen Sprache können nun in der unterschiedlichsten Weise durch bestimmte *Korrespondenzregeln* mit den Ausdrücken der Beobachtungs- oder Meßsprache rückverbunden werden. Im günstigsten Falle geben diese Korrespondenzregeln für jeden theoretischen Begriff eine explizite Definition in Termini der Beobachtungs- oder Meßsprache; häufiger jedoch sind nur partielle Definitionen durch einen oder mehrere Reduktions-sätze möglich.“<sup>1</sup>

Sogleich fällt eine sachliche Verschiebung innerhalb dieses Ansatzes auf: *Zunächst* wird der aus nicht-interpretierten, also bedeutungslosen Zeichen bestehenden Theoriesprache  $L_T$  die Beobachtungssprache  $L_0$  gegenübergestellt; die Korrespondenzregeln oder „semantischen Regeln“, die „für  $L_0$  angegeben“ sind, müssen dann, da es ja nur zwei einander streng ausschließende Teilklassen von Vokabeln — sprich: Sprachen — gibt, eben die Beobachtungssprache  $L_0$  selber ausmachen und können also nichts Drittes sein, da anderenfalls  $L_0$  nur eine Verdoppelung von  $L_T$  wäre. Die aus den „semantischen Regeln“ bestehende Beobachtungssprache soll mithin die bedeutungslose Theoriesprache interpretieren. *Sodann* aber bleibt es nicht dabei: Der Fortschritt des Wissenschaftsprozesses soll in einer immer weitergehenden Umwandlung der Beobachtungssprache in eine Meßsprache bestehen<sup>2</sup>. Wenn dem so ist, dann kann aber die Beobachtungssprache nicht mehr gut aus den Korrespondenzregeln bestehen; denn Meßvorschriften, aus denen ja die sich immer mächtiger entwickelnde Meßsprache bestehen soll, enthalten lediglich Anweisungen, wie abzulesen ist; sie geben aber nicht, wie es Aufgabe der Korrespondenzsprache wäre, die Bedeutung des zu Messenden selber an. Jeder Autofahrer, der auf seinem Tachometer die augenblickliche Geschwindigkeit seines Fahrzeugs abliest, muß schon eine gewisse Vorstellung von Weg, Zeit und Geschwindigkeit haben, um seine Fähigkeit, die Stellung des Zeigers an einer gewissen Marke wahrzunehmen, „sinnvoll“, d. i. mit Bedeutung gebrauchen zu können; auch eine Aufschrift ‚km/h‘ nützt ihm nichts, solange ihm nicht die Bedeutung dieser Symbole bekannt ist.

Es muß also neben der bedeutungslosen Theoriesprache *zwei* weitere Sprachen geben: eine Beobachtungssprache  $L_0.B$  und eine Meßsprache  $L_0.M$ ; Hummell bestätigt dies auch indirekt, indem er von

1 H. J. Hummell: Psychologische Ansätze zu einer Theorie sozialen Verhaltens. In: R. König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. II. Stuttgart 1969, S. 1215 f.

2 Man weiß nicht, ob es sich hier um eine normative oder aber um eine empirische Aussage oder vielleicht auch um etwas Drittes handelt.

einer immer weiter voranschreitenden „Übersetzung“ von Beobachtungsaussagen in Meßaussagen spricht. Dies hat aber zur Konsequenz, daß sich die Frage nach den die bedeutungslose Theoriesprache mit Bedeutung versehenen Korrespondenzregeln *neu* stellt: Wenn nämlich die Beobachtungssprache Lo.B noch selbst gar nicht die Meßsprache ist (sie soll sich ja erst zu einer solchen — wenn auch unaufhaltsamen — entwickeln), dann nützt die Interpretation der noch nicht interpretierten Theoriesprache nichts. Woher weiß man denn, daß den Interpretationsregeln etwas in der Beobachtung und d. h. jetzt in der Messung korrespondiert? Da hilft auch der metaphysische Fortschrittsglaube vom unaufhaltsamen Übergang der Beobachtungssprache und damit der Korrespondenzregeln in die Meßsprache und also in die Meßvorschriften nicht weiter; denn *entweder* ist die Beobachtungssprache prinzipiell schon eine Meßsprache, und dann ist zu fragen, woher man die Bedeutung des zu Messenden kennt, *oder aber* dies ist nicht der Fall, und dann bleibt die Frage, wie man sich der Tatsache vergewissern kann, daß das Gemessene auch tatsächlich das ist, was in den Bedeutungsregeln festgelegt und also zu messen ist. Im ersten Fall läuft die Strategie auf einen naiven Idealismus der Messung hinaus im Sinne von ‚wirklich ist, was meßbar ist‘, im zweiten Fall auf einen reinen Dezisionismus, da die Korrespondenz- oder Bedeutungsregeln der Lo.B gerade ihre Widerspiegelung in Lo.M allererst ausweisen müßten.

Die Rede von der Interpretation der zunächst noch nicht interpretierten Theoriesprache Lt verschleiert also, daß das Problem der der Prüfung der Theorie, d. i. des in der Theoriesprache Ausgesagten, auf das Verhältnis der Beobachtungssprache Lo.B und der Meßsprache Lo.M abgeschoben wurde, deren Einheit bis in die Terminologie hinein als unproblematisch hingestellt wird. Indem nämlich die immer weitergehende Annäherung von Lo.B an Lo.M als unausweichlich ausgegeben wird — Beobachtung führt ja zwangsläufig zur Messung —, wird stillschweigend übergangen, daß das Problem der Korrespondenz der *Theorie* mit der *Beobachtung* jetzt auf die Korrespondenz der *Beobachtung* mit der *Messung* abgeschoben wird. Jedoch: *Entweder* ist diese letztere Korrespondenz gegeben und damit die Beobachtungsregel zur Meßregel geworden; *dann* ist zu fragen, wie man sich aus der Meßoperation als solcher der Bedeutung versichern kann. *Oder aber* diese Korrespondenz ist nicht gegeben, und d. h. die Bedeutungsregel ist etwas von der Meßregel prinzipiell Verschiedenes; *dann* bleibt die Frage, woher die Bedeutungsregel, die jetzt sich nicht nur nicht auf die Meßregel stützen kann, sondern diese vielmehr selbst erst interpretieren müßte, eigentlich kommt.

Die Theorie bzw. Theoriesprache verkümmert aber zur bloßen Attrappe. Daß man überhaupt noch eine eigene, wenn auch ohne die Bedeutungsregeln eben gänzlich bedeutungslose Theoriesprache ansetzt, ist aus dem Postulat des immer weiter fortschreitenden Überganges der Beobachtungs- in die Meßsprache selbst nicht mehr einzu- sehen; der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß man den tatsächlichen Gang des Wissenschaftsprozesses doch nicht ganz ignorieren

kann und ihn folglich wenigstens in einer für das eigene Konzept passenden Weise uminterpretieren muß. Dieser tatsächliche Gang des Wissenschaftsprozesses besteht nämlich wesentlich in einer Aufnahme und Verarbeitung geschichtlich vorliegender Erfahrungen und zwar so, daß diese Aufnahme und Verarbeitung wesentlich selber schon Theorie und umgekehrt die so entstehende Theorie selber schon erfahrungsgeladen ist. Und selbst da, wo eine Theorie, wie etwa in der Physik, noch der empirischen Prüfung bedarf, kann keine Rede davon sein, daß zuerst nicht-interpretierte Theorien aufgestellt werden und dann katalogmäßig den einzelnen — nicht-interpretierten — Zeichen Bedeutungen zugeordnet werden. Keine physikalische Theorie ist jemals so entwickelt worden; lediglich die neobehavioristische Sozialforschung scheint sich so weit von der Realität entfernt zu haben, daß ihre Begriffe und Theorien *tatsächlich* zunächst nicht-interpretiert sind! Sie tut daher so, *als ob* eine Theorie überhaupt und in jedem Falle aus nicht-interpretierten Zeichen bestünde und erst die Beobachtung, die in der Messung gipfelt, der Theorie die Bedeutung gibt. Indem so einer Theorie jede vorgängige Vermittlung durch Erfahrung abgesprochen wird, entsteht die scheinbar unausweichliche Konsequenz, daß durch bloßes Verfolgen von Theorien selbst keinerlei Erkenntnisfortschritt zustande gebracht wird. Und zugleich wird der Anschein erweckt, als bringe man eben durch Interpretation und Prüfung der vorgängig noch nicht interpretierten und natürlich erst recht nicht geprüften Theorien etwas heraus, was man zuvor noch nicht wußte; dem könnte auch so sein, würden nicht mit den dezisionistisch gesetzten Bedeutungsregeln genau die Realitätstücke in der Bedeutung konstituiert, in der sie hernach auch beobachtet bzw. gemessen werden.

Die buchstäblich zur Bedeutungslosigkeit herabgesetzte Theorie soll mithin einen Erkenntnisfortschritt legitimieren, der — abgesehen von gewissen rein quantitativen Ergebnissen — keiner ist: Die Messung bringt zu den dezisionistisch gesetzten Bedeutungen nichts Neues hinzu. Indem so getan wird, als hätte eine Theorie erst durch das operationalistische Verfahren Erfahrungsgehalt, entschlägt man sich der Aufgabe, sich mit den Theorien auseinanderzusetzen, die auf Grund ihrer geschichtlichen Vermittlung selber schon durch die in der Geschichte kumulierte Erfahrung hindurchgegangen sind. Damit wird die Ausblendung jeder unbequemen Erfahrung rationalisiert: Die jeweils erst eigens vorzunehmende Festlegung der Bedeutungs- bzw. Korrespondenzregeln hat nämlich zur Folge, daß das, aber auch nur das in der Wirklichkeit gesehen wird, was in die Bedeutungsregeln hineingesteckt wird. Der Erkenntnisfortschritt wird mithin dort geleugnet, wo er auf Grund seiner tatsächlichen geschichtlich vermittelten Erfahrung vorliegt, und er wird genau dort behauptet, wo er nicht vorliegen kann, nämlich dort, wo durch eine nicht mehr mit Begründungsanspruch vollzogene und folglich dezisionistische Setzung von Bedeutungsregeln eben dieses und auch nur dieses Produkt der Setzung der Gegenstand der Beobachtung bzw. Messung wird. Dieser Dezisionismus der Setzung ist aber genau die Urform des positivi-



stisch halbierten Rationalismus. Es hilft auch nicht weiter — wie immer wieder geschieht —, darauf zu insistieren, daß solche Forschungspraxis auch selbst Gegenstand der Untersuchung wäre, denn diese Untersuchung geschieht dann eben gemäß der Methode der „immer weitergehenden Annäherung“ der L.O.B an L.O.M. Da diese Methode aber in der Anwendung auf sich selbst genau so dezisionistisch ist wie in irgendeinem sonstigen Anwendungsfall, so würde sie dann, wenn sie auf sich selbst gerichtet ist, nicht das in den Blick bekommen, was durch ihren Dezisionismus draußen gelassen wird: die auf der Ebene des Denkens selber ausgeblendeten Realitätsstücke. Mit anderen Worten: Sowenig diese dezisionistische Methode im allgemeinen Fall das in den Griff bekommt, was an sich auf der zum Gegenstand gemachten Realitätsebene liegt, durch ihre Setzung aber ausgeblendet wurde<sup>3</sup>, sowenig kann sie im Falle der Selbstanwendung das zu Gesicht bekommen, was auf der Ebene der Reflexion, der Theorienbildung, kurzum der Forschung dadurch liquidiert wurde, daß die aus der geschichtlich vermittelten Erfahrung resultierende Theorienbildung zur Bedeutungslosigkeit verdammt wird; denn so wie im allgemeinen Realität dezisionistisch konstituiert wird, so im besonderen Fall Methode — durch Anwendung der dezisionistisch konstituierenden Methode. Eben deshalb kann eine dezisionistisch ausblendende Methode durch Selbstanwendung nicht hinter ihre eigenen Ausblendungen kommen.

## II. Die Reduktion des Subjekts auf eine private und folglich der Interpretation bedürftige „Theoriesprache“ und die darin beschlossene Destruktion der Kommunikation zwischen Subjekten als solchen

Die Theoriesprache hat nun allerdings nach neobehaviouristischer Auffassung noch eine weitere Funktion, nämlich die, der Selbstreflexion oder der sog. Introspektion des Subjekts Rechnung zu tragen. Da nämlich auf Grund nicht ignorierbarer Erfahrung einestells nicht geleugnet werden kann, daß die Selbstreflexivität eines Subjekts — etwa in einer Lust- oder Schmerzempfindung — ein ausgezeichneter Zustand ist, der sich *nicht* auf die Beobachtung der Äußerung solcher Empfindung durch ein *anderes* Subjekt reduzieren läßt, anderenteils die Selbstexploration des empfindenden Subjekts gegenüber einem anderen Subjekt gemäß den Kriterien der inter- und intrasubjektiven Nachprüfbarkeit keinerlei Verbindlichkeit besitzen darf, entsteht für den Behaviourismus ein Identitätsproblem; die Art und Weise, in der er damit fertig zu werden versucht, macht dann zugleich seine spezifische Variante als Neobehaviourismus oder auch *methodologischer* Behaviourismus aus:

„Es ist also vielleicht notwendig, eine *mentalistische Sprache* zur Definition (!) von Handlungen zu verwenden: Eine Handlung ist da-

3 Cf. Holzkamps Kritik an der im Positivismus aller Spielarten de facto implizierten Exhaustionsstrategie in: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen kritisch-emanzipatorischer Psychologie. In: Zeitschr. f. Sozialpsychologie 1970, 1, bes. S. 18.

nach eine Klasse von beobachtbaren Bewegungen, die alle die gemeinsame Eigenschaft haben, ein bestimmtes zu erreichendes Ergebnis zu intendieren, wobei sich diese *Intention* in den Bewegungen ‚ausdrückt‘. Solche mentalistisch formulierten Kriterien können dann als undefinierte Begriffe der Beobachtungssprache eingeführt und zur Spezifikation anderer Begriffe verwandt werden, sofern über ihre Verwendung ein genügend großer Konsens besteht. — Allerdings ist es hier unbedingt erforderlich, die mentalistische Sprache der Akteure von der der Beobachter zu unterscheiden (!). Auch die Alltagssprache der *Akteure* kategorisiert Verhaltensphänomene nach Kriterien ihres verstandenen Sinnes und Bedeutung. Wenn der *Beobachter* solche Terme der Sprache der Akteure in seine eigene Beobachtungssprache als undefinierte (!) Begriffe übernimmt, dann klassifiziert er jedoch *nicht* die Phänomene gemäß dem intendierten Sinn der Akteure, von dem er glaubt, daß er diesen kennt, da zwischen ihm und den Akteuren eine *kommunikative Erfahrung* (J. Habermas...) besteht. Würde er dieses nämlich tun, so machte er als Beobachter Aussagen über Sinnzusammenhänge, die ihm und dem Beobachter gemeinsam sind“ — was offensichtlich nicht sein darf —; „denn eine Aussage ‚Verhalten x ist ein Fall von A‘ wäre dann eine Aussage über den Sinn von x, wie er vom *Akteur* verstanden wird, und da seine, des *Beobachters*, Klassifikation von x als A von seinem eigenen Sinnverstehen abhängt, würde dies eine Identität des Sinnverstehens von Beobachter und Akteur implizieren“ — offensichtlich eine totale Unwissenschaftlichkeit in sich selbst, wie relevant und angemessen dieser intersubjektiv geteilte Sinn auch immer sein mag. „Dies aber heißt nichts anderes, als daß der Beobachter die Alltagssprache der Akteure, so wie er sie versteht, als gegeben und unanalysiert (!) hinnimmt. — Tatsächlich verwendet der Beobachter den übernommenen *mentalistischen Term* gewissermaßen nur *als einen Ersatz für eine Aufzählung* zur Klassifikation. Allein relevant ist es, neue Instanzen des Begriffs seitens verschiedener Beobachter (!) eindeutig angeben zu können, ohne daß es deshalb noch erforderlich wäre, auf den subjektiv verstandenen Sinn der Akteure noch zurückzugreifen (!). Solche Aussagen sind dann nur noch Aussagen über Klassen von beobachtbaren Phänomenen, bei denen zur korrekten Klassifikation von x als ein A zwar ein gleiches Sinnverständnis *bei allen Beobachtern* (nicht jedoch auch noch bei den *Akteuren*) (!) erforderlich ist. Der Handlungsterm, der von allen Beobachtern gleich verstanden werden muß, wird allein deshalb benötigt, weil es noch nicht hinreichende und notwendige physikalische (!) Kriterien zur Klassifikation von Aktivitäten gibt, nicht jedoch, weil irgendein gemeinsamer Sinn der Akteure zur Diskussion steht“...!<sup>4</sup>

Die Selbstreflexion eines Subjekts soll wie ein Datum einer Längen- oder Zeitmessung genommen werden; da aber das Subjekt als Subjekt hier gewöhnlich nicht mitspielt, muß man ihm ein privatistisches Residuum zubilligen, in dem es gleichsam Narrenfreiheit genießt. Dazu ist die für sich bedeutungslose Theoriesprache gut: Die allem wirklichen Wissenschaftsprozeß — insbesondere dem der Physik — widerstrebende Strategie einer erst im nachhinein mit Bedeu-

4 Hummell, a.a.O., S. 1218 f. — Alle Hervorhebungen durch Kursivdruck auch im Original M. W.

tungs- bzw. Beobachtungsregeln versehenen Theoriesprache bekommt eine sehr deutliche Funktion: Die Bedeutungslosigkeit der Theoriesprache, die ja immer *eine solche relativ zum Beobachter* ist, verträgt sich ausgezeichnet damit, daß der „Akteur“ mit seiner Introspektion ja subjektiv für sich selbst irgendeinen Sinn verbinden mag; da dieser *subjektive* Sinn des Akteurs aber für den methodologischen Behaviourismus *kein wissenschaftlicher* Sinn sein darf, kann auch der vernünftigste und subtilste Sinn in der Reflexion des Akteurs *kein* für die Beobachter akzeptabler Sinn *sein*: Die Sprache des Akteurs wird zur bedeutungslosen Privatsprache.

Der Grund für solchen Dezinonismus soll darin liegen, daß ein Akteur ja nicht garantieren kann, seine eigenen Selbstreflexionen zu prognostizieren, ja überhaupt auf sich selbst richtig zu reflektieren. Da nämlich gemäß den Kriterien der inter- und intrasubjektiven Nachprüfbarkeit eine Aussage nur dann als wissenschaftlich anzusehen ist, wenn sie von einem Beobachter beliebig reproduziert und von mehreren Beobachtern gleichzeitig getroffen werden kann, wird ein einzelnes Subjekt, das überhaupt nur die und die Selbstreflexion artikuliert und damit dies und jenes auszusagen beansprucht, per se für verrückt erklärt. Als ob dies, was nach Auffassung des methodologischen Behaviourismus das selbstreflektierende Subjekt nicht kann, in der Macht der Beobachter stünde! Dies kann der methodologische Behaviourismus aber auch gar nicht ernsthaft behaupten, und eben deshalb erklärt er von vornherein die Sprache des selbstreflektierenden Subjekts zur bedeutungslosen Privatsprache und setzt an deren Stelle seine eigene, sich „immer mehr zu einer Meßsprache entwickelnde Beobachtungssprache“. Woher „die vielen Beobachter“ aber wissen wollen, daß *ihre* Interpretation der „subjektiven Sprache“ des Akteurs die richtige ist, ist dann erst recht nicht einzusehen.

Gegen diesen Einwand hat der methodologische Behaviourist natürlich das bekannte Argument zur Hand, er prüfe ja die Angemessenheit seiner Interpretation durch Beobachtung gemäß den bekannten Kriterien nach. Die Frage ist freilich, welche Konsequenzen dies für den Akteur hat! Willigt er überhaupt in die Nachprüfung ein? Wenn er es tut, muß er sich bestimmten Verhaltensanweisungen unterwerfen, beispielsweise immer, wenn er die und die Selbstreflexion durchführt, immer dies oder jenes protokollierbare Zeichen von sich geben, welches dann allein die von allen Beobachtern geteilte *wissenschaftliche* Bedeutung der Selbstreflexion des Akteurs wäre. Woher wissen aber die Beobachter — sprich: Versuchsleiter —, daß der Akteur — sprich: die Versuchsperson — nicht schwindelt? Er könnte ja bei den verschiedenen Selbstreflexionen dasselbe Zeichen und bei denselben Selbstreflexionen verschiedene Zeichen von sich geben! Um nicht zu der peinlichen Konsequenz genötigt zu sein, sich bloß an die Gleichheit bzw. Ungleichheit der beobachtbaren Zeichen halten zu müssen und somit vom Akteur selber zum Narren gehalten zu werden, insistieren die Versuchsleiter freilich auf einer Kontrolle des Zusammenhangs der privaten Bedeutung der Sprache des Akteurs und den nach den Kriterien der inter- und intrasubjektiven Nachprüfbarkeit beobachte-

ten Zeichen. Würde es nun aber dem Akteur weiterhin überlassen bleiben, so auf sich selbst zu reflektieren, wie es ihm Spaß macht und wie er es für richtig hält, so läge das Kontrollsystem der Beobachter sehr im argen: *Zum einen* könnte der Akteur die Beobachter nach wie vor narren, indem er in einer Reflexion auf seine Selbstreflexion sich selbst anders bestimmt und anders interpretiert, als es den Regeln entspricht, die die Beobachter für die Interpretation seiner Selbstreflexion verabredeten. *Zum anderen* — und dies wäre weit gravierender — müßte dann ja auch der Selbstreflexion des Akteurs ein objektiv berechtigter Sinn zugesprochen werden; denn wenn die Korrelationsregeln konsistent sein sollen, dann muß das vom Akteur Reflektierte und Intendierte ja irgendwie in sich unterscheidbar und bestimmbar sein — also nicht mehr und nicht weniger als das, was auch für die durch die Beobachter interpretierten Zeichen zutrifft: die Wissenschaftlichkeit der Bedeutung liegt darin, daß Gleiches als gleich und Ungleiches als ungleich erkannt werden kann. Wenn sich also für die durch die Beobachter interpretierten Zeichen sich auf eine solche Weise der Sinn bestimmt, dann muß solches auch dem Akteur zugestanden werden. Das darf aber nicht sein . . .

Beide Fliegen trifft der methodologische Behaviourist mit einem einfachen Schlag: Der Akteur wird zur „Versuchsperson“ reduziert, die sich den Verhaltensanweisungen der Versuchsleiter zu unterwerfen und nur das zu tun, nur an das zu denken hat, was von den Versuchsleitern gewünscht wird. Die Selbstreflexion kann selbst als private Sprache des Akteurs von methodologischen Behaviouristen in Wahrheit nicht geduldet werden: Die Konzession einer mentalen Sprache ist eine reine Scheinkonzession; die Sprache des Akteurs hat sensu strictissimo ebenso bedeutungslos zu sein wie ein Kalkül uninterpretierter Zeichen <sup>5</sup>.

In diesem Zusammenhang ist jedoch vor einem Mißverständnis unserer Kritik selbst zu warnen: Es ist eines, ob Subjekt durch das vom methodologischen Behaviouristen gesetzte Verhältnis „Versuchsleiter-Versuchsperson“ unter dem falschen Schein reiner Forschung selbst in bestimmte Praxisbezüge gebracht werden, und es ist ein anderes, ob die wirkliche Praxis der Subjekte Gegenstand der Untersuchung ist und die Subjekte *zu diesem und nur zu diesem Zwecke* gebeten werden, sich auf bestimmte Verhaltensdimensionen zu beschränken. Während im ersten Falle die wirkliche Praxis der Subjekte ignoriert wird und die Subjekte vielmehr auf Grund normativer und in Wahrheit gesellschaftlich vermittelter Entscheidungen eine bestimmte Praxis *auf Anweisung anderer* zu befolgen haben, steht im zweiten Falle die wirkliche Praxis der Subjekte selbst zur Debatte. Deren Erforschung schließt eine Abstraktion in einzelne Teildimensionen nicht aus; allerdings kommt es darauf an, das konkrete Ganze,

5 Cf. meine Kritik am falschen Selbstbewußtsein des „kritischen Rationalismus“ in: Dialektik, kritische Theorie der Gesellschaft und Psychoanalyse. Zur Auseinandersetzung mit dem „kritischen Rationalismus“. — Zur Publikation geplant beim Suhrkamp Verlag.

wovon die Abstraktionen Abstraktionen sind, stets im Auge zu behalten. Begreift man die Tätigkeit der Subjekte von vornherein als die wirkliche, in der jeweiligen geschichtlichen Situation auftretende Praxis, dann kann man auch gar nicht auf die Idee kommen, diese Praxis, die das gesellschaftlich Wirklichste ist, plötzlich zur Privatangelegenheit und ihre Sprache zur Privatsprache zu erklären und *statt dessen* die Subjekte zu einer ganz anderen Praxis zu zwingen, die die Versuchsleiter selbst entworfen haben und über deren Befolgung sie *genau deshalb* Rechenschaft geben zu können glauben, weil sie ausschließlich *auf ihre eigene Anweisung hin* befolgt wird. Und folglich wäre es absurd, die wirklichen Erfahrungen aus dieser wirklichen Praxis zu liquidieren und an deren Stelle dezisionistisch Bedeutungsregeln zu setzen oder gar die Kommunikationsprozesse, in denen wir uns unter den Bedingungen dieser Praxis über sie selbst verständigen, zu liquidieren. Freilich ist für diese wirkliche Praxis stets auch die Unterscheidung von Wesen und Erscheinung zu berücksichtigen; es kann sein, daß wesentliche ihrer gesellschaftlich grundlegenden Bestimmungen auf Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse sich in irreführende Erscheinungen verkehren...! Aber diese falschen Erscheinungen sind sicher *nicht* dadurch auf ihr wahres Wesen zurückzuführen, daß man, statt sie in ihrer Falschheit zu begreifen, sie eigenmächtig durch Bedeutungen ersetzt, zumal bei einem gesellschaftswissenschaftlichen Horizont, dem die Unterscheidung in Wesen und Erscheinung selber fremd ist...

### III. Der methodologische Individualismus als Konsequenz eines schlechten, abstrakten Theorieverständnisses, das sich als simpler Nominalismus entlarvt

Der schlechte Dualismus von Theorie- und Beobachtungssprache hat jedoch noch weiterreichende Konsequenzen: Da die Festsetzung der Bedeutungen rein dezisionistisch und somit grundlos ist und folglich in der Beobachtung bzw. Messung, welche ihrerseits der Interpretation durch die noch nicht abgestützten Bedeutungen bedürfen, selbst legitimiert werden muß, wird der Inhalt der Bedeutungen zwangsläufig den *Formen* des Beobachtungs- bzw. Meßverfahrens selber unterworfen. Die in den Beobachtungsprozeduren beschlossenen Operationsverfahren erfordern das *punktuelle* Durchgehen der im Zuge dieses Durchgehens zum Beobachtungsmaterial reduzierten gesellschaftlichen Realität; *nur Individuelles* paßt in das Fassungsvermögen der Beobachtungsverfahren. Gesellschaft ist folglich, noch ehe die Operationspraxis selbst in Gang kommt, auf eine Summe von Individuellem reduziert. Korrespondenzregeln, die andere Bedeutungen als individuelle für die vorgängig bedeutungslosen Terme der Theoriesprache festsetzen wollten, entsprächen nicht ihrem Begriff: Sie stellten keine Korrespondenz zu den Termen der Beobachtungs- bzw. Meßsprache her und wären folglich für die von den externen Beobachtern veranstaltete inter- und intrasubjektive Nachprüfung unbrauchbar.

Die Frage, ob damit nicht der gesellschaftlichen Realität Gewalt angetan wird, erledigt sich für solchen methodologischen Individualismus rein *nominalistisch*: Die Theoriesprache, in welche nicht-individualistische Begriffe von Gesellschaft zunächst gehörten, hat ja nach dieser Auffassung ihre Bedeutung allein im Beobachtungsmaterial (im Widerspruch zur zunächst aufgestellten Behauptung, wonach sie in freier, aber gleichwohl zweckmäßiger Entscheidung gesetzt und in der Beobachtung nur legitimiert werden<sup>6</sup>); dieses Beobachtungsmaterial ist aber eben per operationem individualistisch angeordnet, so daß zu theoretischen Termen, die sich dem Operationsverfahren nicht fügen, per se keine Korrespondenzregeln gefunden werden könnten. Solche theoretischen Terme erhalten dann das Prädikat „holistisch“ und die aus ihnen aufgebauten Theorien das Prädikat „emergentistisch“; sie können zwar nicht in der — versteht sich — für sich bedeutungslosen Theorie verboten werden, verbieten sich aber von selbst in der allein bedeutungsgeladenen, weil beobachtenden bzw. messenden wissenschaftlichen Praxis. Gerade weil die Terme der Theoriesprache von vornherein nur als bloße und eben ohne ausdrückliche Setzung nicht einmal mit Bedeutung versehene Namen aufgefaßt werden, kann man die Theoriesprache bedenkenlos als uninterpretiert bzw. als bloß privat und folglich wissenschaftlich unverbindlich hinstellen.

Dieser Sachverhalt ändert sich prinzipiell auch nicht durch die Unterscheidung zwischen Erklärbarkeit bzw. Ableitbarkeit einerseits und Beschreibbarkeit bzw. Definierbarkeit andererseits. Es soll ein Unterschied gemacht werden zwischen einer individualistischen *Beschreibung* von Begriffen und einer individualistischen *Erklärung* von Theorien; beides müsse ja nicht von vornherein zusammenfallen<sup>7</sup>. Freilich, wenn weder die Erklärung noch die Beschreibung individualistisch sind, liegt natürlich der unwissenschaftlichste Fall vor — die „totale Emergenz“<sup>8</sup>; demgegenüber ist in der Sicht dieser Autoren die totale Anti-Emergenz natürlich der allein wissenschaftlich verbindliche Fall, und die Zwischenfälle, in denen entweder nur die Erklärung der Theorie oder nur die Beschreibung der Begriffe individualistisch vor sich gehen soll, sind ein Zeichen von wissenschaftlicher Halbheit, die von mangelnder wissenschaftlicher Glaubensfestigkeit zeugt.

Es lohnt jedoch auch hier, in dieser von methodologischen Behaviouristen konzipierten Einteilung bei dem zu verweilen, was nicht diskutiert und somit als selbstverständlich vorausgesetzt wird: Da sind zum einen die Identifikationen von ‚Erklärbarkeit‘ mit ‚Ableitbarkeit‘ und von ‚Beschreibbarkeit‘ mit ‚Definierbarkeit‘, und da ist

6 Cf. die oben in (1.) gerügte Verschiebungsstrategie bezüglich des problematischen Verhältnisses von  $L_T$  und  $L_o$ .

7 So die gegenwärtigen Hauptverfechter des methodologischen Individualismus (plötzlich sogar: methodologischen Institutionalismus) H. J. Hummel und K.-D. Opp in der Koproduktion: *Die Reduzierbarkeit von Soziologie auf Psychologie*. Braunschweig 1971, S. 11 f. und S. 92, Anmerkung 53.

8 Ebd.

zum anderen der Dualismus von Erklärbarkeit und Beschreibbarkeit bzw. — nominalistisch übersetzt — von Ableitbarkeit und Definierbarkeit selber. Beides hängt unmittelbar miteinander zusammen. Beginnen wir mit letzterem: Daß man beschreiben könne, ohne zu erklären, und umgekehrt auch erklären könne, ohne zu beschreiben, widerspricht aller wirklichen Erfahrung des Denkens schlechthin. Man muß sich bereits in den Scheuklappen des methodologischen Individualismus bewegen, um zu ignorieren, daß die wirkliche, auf Verwirklichung gerichtete Praxis des Denkens, in der der Denkende, insofern er denkt, stets zugleich in der gedachten Realität verändernd tätig ist, eine unmittelbare Einheit von Erklären und Beschreiben ist; der in seiner verändernden Tätigkeit Denkende beschreibt die Realität bzw. einen Teil derselben, indem er sich erklärend in diese Realität selbst einläßt, und erklärt sie umgekehrt, indem er sie über seine tatsächlichen Erfahrungen beschreibt. Gerade weil die Illusion aufrechterhalten wird, man tue der Realität in der Untersuchung nichts an, sondern bleibe vielmehr als externer Beobachter außen vor, entsteht die Ideologie, man könne sie beschreibend aufnehmen, ohne sie zu erklären bzw. umgekehrt. Doch nicht einmal um eine solche Begründung der vermeintlich wechselseitigen Unabhängigkeit von Beschreibung und Erklärung ist der methodologische Individualismus bemüht. Vielmehr wird — rein nominaldefinitiv — ‚Beschreibung‘ als ‚Definition‘ und ‚Erklärung‘ als ‚Ableitung‘ festgesetzt. ‚Beschreibung‘ heißt dann einfach, für einen vorliegenden Begriff, der natürlich auch schon auf einen bloßen Namen reduziert wird, einen Namen festsetzen, der selbst schon für einen operationalisierten, d. h. mit einer interpretierenden Korrespondenzregel versehenen Term vergeben ist; dieses Verfahren wird ‚Definition‘ genannt, — als ‚Definition‘ definiert. ‚Erklärung‘ heißt durch derartige Definitionsverfahren einen solchen zunächst nicht meßbaren Term auf einen meßbaren Term zurückführen; dieses Verfahren wird als ‚Ableitung‘ oder auch als ‚Reduktion‘ definiert<sup>9</sup>. Freilich kommt dabei heraus, daß mit der Festlegung von Namen, also mit der Definition, noch nicht notwendig ein unmittelbar beobachtbarer Term als definiens gewählt wurde, mithin noch keine Ableitung oder Reduktion vollzogen sein muß. Je nachdem nämlich, ob mit einer solchen Namensfestlegung, also mit der „Definition“ schon ein unmittelbar beobachtbarer bzw. meßbarer Term gewählt wurde oder nicht, wird dann von „vollständiger“ bzw. „partieller Reduktion“<sup>10</sup> gesprochen; im Falle der „partiellen Reduktion“ sollen zur „Ableitung“ zusätzliche „cross connection laws“ erforderlich sein, die — natürlich gemäß den Behauptungen des methodologischen Behaviourismus — den gewünschten Zusammenhang herstellen.

Die „vollständige Reduktion“ verläuft nach Hummell und Opp folgendermaßen: Ein soziologischer Satz wie z. B. „Je größer die Ko-

<sup>9</sup> Dies wird natürlich bei Hummell und Opp im einzelnen nicht so ausgesprochen; eine Analyse ihres Sprachgebrauchs wie auch ihrer Reduktions- bzw. Deduktionsstrategien führt jedoch eindeutig zu den hier offengelegten und zugleich kritisierten Tatbeständen.

<sup>10</sup> Ebd., S. 11 f.

häsion einer Gruppe, desto größer das Ausmaß an Konformität in dieser Gruppe“<sup>11</sup> soll abgeleitet werden, indem er auf den psychologischen Satz „Wenn Ego von Alter viele Belohnungen erhält, dann verhält sich Ego normgemäß“<sup>12</sup> reduziert wird. Dazu ist nun nach Hummell und Opp lediglich erforderlich, die Terme „Kohäsion einer Gruppe“ und „Konformität einer Gruppe“ aus dem soziologischen Satz durch rein „definitorische Koordination“<sup>13</sup> in die Terme des psychologischen Satzes zu übersetzen und d. h. rein nominaldefinitorisch festzulegen, daß diese soziologischen Terme eine der Messung unmittelbar zugängliche Bedeutung besitzen; die Koordinationsregeln entpuppen sich also als reine Nominaldefinitionen und somit als Urform des Dezisionismus. Dies sieht dann folgendermaßen aus:

*Erste definitorische Koordination:* „Die Kohäsion einer Gruppe ist groß dann und nur dann, wenn von denjenigen Personen, die relativ häufig miteinander interagieren (d. h. die eine Gruppe bilden), die Zahl der Personen, die belohnen, groß ist und/oder wenn das Ausmaß, in dem belohnt wird, groß ist.“<sup>14</sup>

*Zweite definitorische Koordination:* „Das Ausmaß der Konformität einer Gruppe ist groß dann und nur dann, wenn von denjenigen Personen, die relativ häufig miteinander interagieren (d. h. die eine Gruppe bilden), die Zahl der Personen, die sich normgemäß verhalten, groß ist.“<sup>15</sup>

Nachdem nun die „Kohäsion“ im soziologischen Satz, die natürlich für sich bedeutungslos ist, durch den bedeutungshaltigen, weil beobachtbaren psychologischen Term „viele Belohnungen erhalten“ und die ebenso bedeutungslose „Konformität“ des soziologischen Satzes durch den wiederum wegen Beobachtbarkeit bedeutungshaltigen psychologischen Term „sich normgemäß verhalten“ definiert wurden, schließen Hummell und Opp messerscharf:

„Man sieht, daß es mit Hilfe der Koordinationsregeln CI und CII möglich ist; unsere soziologische Hypothese aus der psychologischen abzuleiten.“<sup>16</sup>

11 Ebd., S. 13.

12 Ebd.

13 Bezeichnenderweise werden die „Koordinationen“ im Rahmen der „vollständigen Reduktion“ nicht mit dem Attribut ‚definitorisch‘ belegt — im Gegensatz zu der *zusätzlich* auf einer „empirischen Koordination“ beruhenden „partiellen Reduktion“, obgleich es sich bei dieser „partiellen Reduktion“ im Fall der „definitorischen Koordination“ sogar inhaltlich um dasselbe Beispiel handelt; vgl. hierzu S. 19 „*Definitorische Koordination II*“ mit S. 14 „*CII*“. In beiden Fällen handelt es sich wortwörtlich um denselben Satz! Der Grund für diese Verdrängung von ‚definitorisch‘ für die „vollständige Reduktion“ auf S. 13 f. dürfte klar sein: Es macht eben zumindest stutzig, wenn eine „vollständige Reduktion“ auf bloßen Definitionen beruht, die sich sowohl inhaltlich wie aus ihrem Kontext als rein dezisionistisch und damit als rein nominaldefinitorisch bloßstellen lassen...

14 Ebd., S. 13.

15 Ebd., S. 14.

16 Ebd.



In der Tat, wenn aus  $V =$  „viele Belohnungen erhalten“ folgt  $N =$  „sich normgemäß verhalten“ und per definitionem ‚Kohäsion‘ =  $KH \stackrel{\text{def}}{=} V$  sowie „Konformität“ =  $Kf \stackrel{\text{def}}{=} N$ , dann folgt auch aus  $Kh$  messerscharf  $Kf$  und der für sich bedeutungslose, weil einer nicht interpretierten und selbstredend auch nicht interpretationsfähigen soziologischen Theoriesprache angehörige Satz ist abgeleitet mit Hilfe einer ihn interpretierenden und d. h. ihn der Messung zugänglich machenden definitorischen Koordination.

Etwas anders, doch prinzipiell ohne Schwierigkeiten reduzierbar, sollen die Verhältnisse in dem soziologischen Satz „Je gleichaltriger die Altersverteilung einer Gruppe, desto größer das Ausmaß an Konformität in dieser Gruppe<sup>17</sup>“ liegen. Während die Konformität wie oben kraft Nominaldefinition durch „sich normgemäß verhalten“ beschreibbar und damit zugleich erklärbar ist, bedarf die Altersverteilung einer sog. „empirischen Koordination“ im Unterschied zur bisherigen „definitorischen“, in Wahrheit aber sensu strictissimo nominaldefinitorischen „Koordination“. Es muß — und das mag ja empirisch auch der Fall sein — folgendes „cross connection law“ gelten:

*Empirische Koordination:* „Je gleichaltriger Personen sind, die relativ häufig miteinander interagieren (d. h. eine Gruppe bilden), desto größer ist die Zahl der Personen, die belohnen und/oder desto größer ist das Ausmaß, in dem belohnt wird.“<sup>18</sup>

Die Notwendigkeit, zwecks Reduktion des soziologischen Satzes von der Altersverteilung auf den psychologischen Satz: „Wenn Ego von Alter viele Belohnungen erhält, dann verhält sich Ego normgemäß“ einen zusätzlichen empirischen Satz heranziehen zu müssen, hat nun freilich eine Modifikation des abzuleitenden und also zu beweisenden soziologischen Satzes zur Folge: Zunächst ist die Gleichaltrigkeit der Altersverteilung im ursprünglichen soziologischen Satz zu ersetzen durch den Grad der Gleichaltrigkeit der Personen in der Gruppe, eben weil man über die Gleichaltrigkeit in einer Gruppe nur zu Aussagen kommen kann, wenn man empirisch das Alter der einzelnen Gruppenmitglieder feststellt. Da sodann diese Gleichaltrigkeit — wie sich empirisch ergibt — zu mehr Belohnungen führt, welche ihrerseits gemäß dem empirisch schon geprüften psychologischen Satz erhöhte Normbereitschaft zur Folge hat, können Hummell und Opp wiederum einwandfrei auf die Ableitbarkeit des soziologischen Satzes „in modifizierter Weise“<sup>19</sup> schließen. Quod erat demonstrandum! Dieses Verfahren wird bescheiden als „partielle Reduktion“ definiert.

#### IV. Die Ausweitung der nominalistischen und individualistischen Reduktionsstrategie auf gesamtgesellschaftliche Strukturen und die darin beschlossene *petitio principii*

Man könnte nun den Einwand erheben, daß das, was Hummell und Opp hier leisten, zwar richtig, aber nicht sehr aussagekräftig sei, da

17 Ebd., S. 18.

18 Ebd., S. 19.

19 Ebd., S. 20.

die in dem soziologischen Satz auftretenden Terme eigentlich schon psychologisch im Sinne des methodologischen Individualismus interpretiert seien und eben deshalb die Übersetzungs- und Reduktionsarbeit von Hummell und Opp zwar richtig, aber trivial sei. Nun — wer glaubt, daß Hummell und Opp ihren Reduktionismus auf die ja ohnehin schon von Anfang an relativ psychologische Kleingruppentheorie beschränken möchten, muß sich eines Besseren belehren lassen: Alle „sogenannten ganzheitlichen Kategorien eines sozialen Systems“, ob Kollektiv und Stadt, ob Schichtung und Mobilität, ob Norm und Wert oder was auch immer lassen sich auf eine „Menge von Individuen mit bestimmten Merkmalen“<sup>20</sup> reduzieren. Man fragt sich sogleich verwundert, wie Hummell und Opp solches behaupten und gar zu beweisen wagen, ohne sich beispielsweise mit einer ganzheitlichen und objektiven Systemstruktur wie der des Kapitalismus gründlich auseinandergesetzt zu haben. Man würde aber wiederum in die Irre gehen, glaubte man, Hummell und Opp würden hier überhaupt auch nur ein Problem sehen. Vielmehr machen die Autoren von vornherein reinen Tisch, indem sie den „Begriff eines sozialen Systems“ gleich zu Anfang so bestimmen, daß in der Übersetzung bzw. Reduktion nichts mehr schiefgehen kann:

„X ist ein soziales System, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- (1) X ist eine Menge M von Personen.
- (2) Zur Beschreibung von M werden zwei Arten von Aussagen verwendet: nämlich einmal solche, die absolute Eigenschaften von Personen, und zum anderen solche, die Relationen zwischen Personen ausdrücken.
- (3) Die Gesamtmenge der beschreibenden Aussagen zerfällt in zwei sich ausschließende Teilmengen C und S<sup>t</sup>.
- (4) Die Aussagemenge C ist zeitunabhängig; ist sie wahr, dann liegt das betreffende System vor.“<sup>21</sup>

Es folgen dann noch nähere Spezifizierungen von S<sup>t</sup>, wie sie aus der Physik bekannt sind, die aber hier auf sich beruhen bleiben können. Die angeführten Bedingungen zeigen nämlich bereits hinlänglich, daß sich Hummell und Opp überhaupt nicht einmal die Aufgabe stellen, gesellschaftliche Systemstrukturen in eine individualistische Sprache zu übersetzen — sie begreifen das allererst zu übersetzende — sprich: zu reduzierende — System *von vornherein* in einer individualistischen Sprache: „Menge M von Personen“, absolute Unterscheidung zwischen Aussagen, die auf Personen, und solchen, die auf Relationen zwischen den Personen gehen, usw. Folglich gelangen Hummell und Opp, einerlei um welche Systemstrukturen es sich auch immer handelt, zu reiner Selbstbestätigung:

„Von besonderer Wichtigkeit erscheint uns die Erfüllung der vierten Bedingung. Erst wenn man genau angegeben hat, welche Werte von Variablen im Zeitablauf konstant bleiben bzw. nur innerhalb

20 Ebd., S. 47.

21 Ebd., S. 39.

bestimmter spezifischer Grenzen schwanken dürfen (Hervorhebung von mir. M. W.), ist es möglich, ein soziales System zu identifizieren. Letztlich ist die Wahl der Werte der Identifikatoren willkürlich (!), da durch sie das System definiert wird“ — sprich: *nominal*-definiert wird (M. W.) ... „Man könnte sagen, ein soziales System ‚überdauert‘, wenn die Mitglieder die gleichen bleiben; dann existiert das System ex definitione nicht mehr, wenn nur eine Person nicht mehr Mitglied der Menge ist“ — der mächtigste Kapitalist stirbt und der Kapitalismus wäre verschwunden... — „Oder man könnte die Existenz des Systems davon abhängig machen, daß alle Personen bestimmte Vorstellungen, etwa gemeinsame Werte und Normen haben; dann existiert das System schon in dem Augenblick nicht mehr, in dem zwar immer noch alle Personen physisch existent sind, nur eine Person aber die spezifizierte Vorstellung ändert“<sup>22</sup> — sehen wir also zu, nur einen einzigen „Welt“-„Bild“-Leser abtrünnig zu machen und das System der BRD hätte sich geändert... —

Die Autoren erörtern sodann als eine weitere der beliebigen Möglichkeiten der Systemidentifikation die der „strukturellen Kontinuität“, die mit dem Wechsel der Personen erhalten bleibt; doch auch hier kommt es nur darauf an, die sich ständig wiederholenden individuellen Relationen identifizieren zu können, um „den Begriff des sozialen Systems und“ seiner „Struktur... durch individuelle Merkmale zu definieren.“<sup>23</sup>

Auch bei Parsons und Merton<sup>24</sup> sollen — so die Autoren — die Dinge nicht anders liegen:

Die „institutionalisierten Muster der normativen Kultur“ sind durch individuelle Merkmale rekonstruierbar. Es handelt sich bei diesen nämlich um Werte und Normen, d. h. bestimmte Vorstellungen darüber, welche Aktivitäten von Personen innerhalb des betreffenden Systems als ‚wünschenswert‘ angesehen werden, also um Vorstellungen einer bestimmten angebbaren Anzahl von Personen.“<sup>25</sup>

Hier wird der Nominalismus zur totalen Absurdität. Der Gehalt der Vorstellungen wie deren objektive gesellschaftliche Funktion wird reduziert auf eine bestimmte, abzählbare Summe von Individuen, die diese Vorstellungen haben. Ist es schon reiner Widersinn zu meinen, man könnte etwa die begriffliche Bestimmtheit von ‚Stein‘ durch Aufzählung vieler herumliegender Steine geben, so wird es vollends absurd zu meinen, eine solche begriffliche Bestimmtheit selbst wie z. B. die des Steines erhalte man, wenn man die einzelnen

<sup>22</sup> Ebd., S. 39 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 40.

<sup>24</sup> Ebd., S. 40 ff. Wie die Verhältnisse bei Parsons und Merton aus unserer eigenen interpretatorischen Sicht liegen, kann hier auf sich beruhen bleiben, da Hummell und Opp Parsons und Merton sofort in ihrem Begriffsrahmen interpretieren und also überhaupt nicht beanspruchen, die Position von Parsons und/oder Merton zu einem Punkt der eigenen systematischen Argumentation zu machen.

<sup>25</sup> Ebd., S. 41.

Individuen aufzähle, die behaupten, diese begriffliche Bestimmtheit in ihrer Vorstellung präsent zu haben. Für die Explikation begrifflicher Bestimmtheiten wäre dann nicht jeweils der Vertreter der Wissenschaft zuständig, die den zu solcher begrifflichen Bestimmtheit gehörigen Gegenstand bearbeitet, sondern der Meinungsforscher. . . . Und da ja in gar keiner Weise ausgemacht ist, daß solche begrifflichen Bestimmtheiten nicht von Individuum zu Individuum variieren, ist ganz und gar nicht einzusehen, wie man sich überhaupt verständigen kann. Dies träfe dann insbesondere für die Meinungsforscher selber zu; so viele Meinungsforscher, so viele verschiedene Vorstellungen über die in den Individuen präsenten Vorstellungen über die Gegenstände. Und was der methodologische Behaviourismus ist, wäre eine Frage privater, individueller und nur in summativer Hinsicht gesellschaftlich relevanter Vorstellungen. Man möchte wünschen, daß der methodologische Individualismus in diesem Spezialfall der Selbstanwendung tatsächlich im Recht wäre. . . .

Freilich sind es gerade jene überindividuellen, die Kommunikation von Individuen allererst ermöglichenden Muster, die die Autoren nötigen, die Katze noch weiter aus dem Sack zu lassen:

„Schwierigkeiten macht nur der Ausdruck ‚established patterns‘. Dieser dürfte in folgender Weise rekonstruierbar sein. Ein Beobachter (!) stellt fest, daß dann, wenn in bestimmten Situationen bestimmte Akteure eine Handlung ausführen, seitens anderer Personen Aktivitäten ausgelöst werden, die die Wahrscheinlichkeit des Auftretens dieser Handlung in Zukunft erhöhen, wohingegen in dem Falle, in dem diese Handlung in den gleichen Situationen nicht ausgeübt wird, solche Aktivitäten ausgelöst werden, die für die Akteure ‚bestrafenden‘ Charakter besitzen. Allein durch solche beobachtbaren Sequenzen von Aktivitäten einzelner Personen werden die ‚established patterns‘ festgestellt und damit auch definiert (!): Es sind ‚Verhaltenserwartungen‘ in dem Sinne, daß bei ihrer Befolgung positive Sanktionen, bei ihrer Nichtbefolgung negative Sanktionen ausgelöst werden, wobei die Sanktionen selbst wiederum bestimmte Klassen von Aktivitäten von anderen Personen sind.“<sup>26</sup>

Die Frage, ob die wesentlichen Strukturen von Kommunikationsprozessen überhaupt dem externen Beobachter zugänglich sind, stellt sich für Hummell und Opp nicht, die Weigerung der kommunizierenden Subjekte dürfte in der in (2.) geschilderten Weise behandelt werden<sup>27</sup>. —

Kehren wir zum Ausgangspunkt dieses Abschnittes zurück! Die Frage war, ob sich gesamtgesellschaftliche Strukturen auf individuelle Merkmale reduzieren und damit *aus* individuellen Merkmalen ableiten bzw. erklären lassen. Die bisherigen Ausführungen zeigten bereits, daß Hummell und Opp in ihrer Reduktionsstrategie von keinerlei Skrupeln geplagt sind: Die allererst durch individuelle

<sup>26</sup> Ebd., S. 42.

<sup>27</sup> Beachte in diesem Zusammenhang die umstandslose Rede vom „Beobachter“ im letzten Zitat!

Merkmale zu erklärenden bzw. aus solchen abzuleitenden Bestimmungen, die objektiv gesamtgesellschaftlich sein sollten, werden nämlich *vorgängig*, d. h. vor aller Ableitung und Erklärung und Reduktion, schon individualistisch verstanden. Die ganze Reduktion entpuppt sich damit als auf einer reinen *petitio principii* beruhend! Doch sehen wir uns das Selbstverständnis von Hummell und Opp bezüglich der Reduktion auf „individuelle Merkmale“ selber an:

„Dabei gehen wir so vor, daß wir zunächst das ... genannte Merkmal anführen und daran unsere Interpretation dieses Merkmals als Eigenschaft von Individuen oder als Beziehung zwischen Individuen bzw. Individuen und Sachen anschließen. Um unsere ‚Übersetzung‘ zu vereinfachen, wollen wir davon ausgehen (!), daß Kollektive durch Merkmale einer Menge von Individuen definierbar sind.“<sup>28</sup>

Für derlei „Übersetzung“ folgen dann u. a. folgende Beispiele:

„Reinlichkeit der Ausrüstung von Armeen: Grad des Erfolges, mit dem Individuen bestimmte Arten von Reinigungsaktivitäten ausführen an Gegenständen, die von Individuen benutzt werden, die das Merkmal haben, Mitglieder einer Armee zu sein.

Verwaltung einer Stadt durch ‚city manager‘: Personen aus einer Menge von Individuen, die das Merkmal haben, Mitglieder einer Stadt zu sein und die eine bestimmte Art von Verwaltungstätigkeiten ausführen.“<sup>29</sup>

Das Ergebnis solcher „Übersetzungs-“ — sprich: Reduktionsarbeit — ist für Hummell und Opp klar: „Damit dürfte gezeigt sein, daß sich auch die globalen Merkmale als Merkmale von Individuen umformen lassen.“<sup>30</sup>

Das Ergebnis der kritischen Prüfung der Reduktionsstrategie von Hummell und Opp ist allerdings auch klar: Die postulierte Übersetzungsarbeit wird überhaupt nicht geleistet; vielmehr wird das, was gemäß dem Strategieansatz allererst zu übersetzen wäre, bereits vorgängig in der eigenen — individualistischen — Sprache dargestellt. Dieser Umstand führt in Diskussionen mit Vertretern des methodologischen Individualismus zu enormen Schwierigkeiten: Man ist bereits uneinig über den Gegenstand der Diskussion, da der methodologische Individualist vorgängig in individuelle Fakten zerlegt, was aus vielerlei guten Gründen ganzheitlich-strukturell und dialektisch aufgefaßt werden kann und — wie ich meine — auch muß. Ginge es nach Hummell und Opp, so müßte das Hauptwerk von Karl Marx nicht „Das Kapital“, sondern „Der Kapitalist“ heißen ... ! Allerdings würde es dann wohl auch inhaltlich erheblich anders ausgefallen sein!

Während Hummell und Opp nicht einmal den Versuch machen (können?), die von ihnen kritisierte Position überhaupt darzustellen, muß einem anderen Apologeten dieses methodologischen Individualis-

28 Ebd., S. 36.

29 Ebd., S. 37.

30 Ebd.

mus immerhin die Absicht dazu konzediert werden: Victor Vanberg versucht im Sprachstil der österreichischen Rechtsliberalen im Nachwort zu einer Ausgabe wissenschaftstheoretischer Arbeiten des methodologischen Behaviouristen Homans den „methodologischen Individualismus“ von seinem Gegenstück, dem „methodologischen Kollektivismus“, abzugrenzen<sup>31</sup>. Die Gegenposition wird von vornherein mit einer Kategorie der eigenen Position — nämlich mit „methodologisch“ — beschrieben, und es *kann* dann natürlich nur herauskommen, daß in der ganzen Auseinandersetzung die eigene Position im Recht ist, da sie vorgängig die Spielregeln — sprich: Diskussionsregeln — gemäß ihrer eigenen Theorie festsetzt.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Es wird eine simple Alternative zugrunde gelegt: Entweder kann eine Gesellschaftswissenschaft individualistisch aufsummieren oder aber „kollektivistisch“ das Ganze auf eine — allerdings methodologisch schwer nachvollziehbare — Weise in den Griff bekommen wollen. Scheidet aus einer einfachen und vollständigen Alternative ein Alternativglied aus, so ist eo ipso das andere zutreffend, und man kann zur Tagesordnung übergehen. ... Was von Vanberg und natürlich erst recht von Hummell und Opp, zu deren Theorie dann Vanberg zuletzt als dem non plus ultra vorstößt, ignoriert wird, ist ein Drittes, nämlich die *Dialektik* von Individuum und Gesellschaft. Diese Dialektik und nicht irgendein abenteuerlicher Kollektivismus oder Holismus, der ein reines Konstrukt Poppers ist und folglich auch nirgendwo anders als im „Elend des Historizismus“ und epigonenhaften Schrifttum zu finden ist, stellt die Alternativposition zum methodologischen Individualismus dar.

31 George C. Homans: Grundfragen soziologischer Theorie. Opladen 1972, S. 141 ff.

Jürgen Hofmann

## Das Theater mit der Rollentheorie\*

Jede Rollentheorie als sozialwissenschaftliche Erklärung von Gesellschaft nach dem Modell des Theaters laboriert an dem logischen Übel, daß sie ihre Allerwelts-Parabel vom „Leben als Schauspiel“ über zwei miteinander unvereinbaren Brennpunkten — der Realität von Rollen im Theater und der umgangssprachlichen bis soziologischen Rede davon — wirklich zu konstruieren sucht. Entweder aber muß der Rollentheoretiker einräumen, daß ein bloßer Vergleich (die Analogie) nur bestimmte Zusammenhänge bestimmter Gesellschaften erhellen kann — was ihn zwänge, die Entstehung dieser bestimmten Beziehungen (ihre Genese) und den Grund der Vergleichsmöglichkeit überhaupt anzugeben; oder aber er gibt das Verhalten in Rollen als konstitutives Element von Gesellschaft schlechthin aus — dann muß er den Widerspruch auflösen können, wie man eine späte geschichtliche Besonderung (Theater) zur objektiven Beschreibung des der Definition nach Allgemeinen (Gesellschaft) benützen kann. Die Darstellung des Lebens als Rollenspiel ist das, was man in der physikalischen Optik als „unmögliches Objekt“ bezeichnet: sein (zweidimensionales) Bild verlockt den Betrachter durch die geschickt arrangierte Wiedergabe einiger Merkmale der (dreidimensionalen) Wirklichkeit, die gewisse Wahrnehmungsgewohnheiten auslösen, sich einen der Erfahrung nach unmöglichen Gegenstand vorzustellen. Diesem Dilemma, auf das schon bald nach Dahrendorfs US-Import der Rollentheorie Tenbruck und Janoska-Bendl und in jüngster Zeit Peter Furth oder Frigga Haug ausführlich aufmerksam gemacht haben, versuchen die meisten Rollentheoretiker sich zu entziehen, indem sie es als „anthropologisch“ (jenseits der Geschichte) gelöst voraus- oder als wissenschaftstheoretisch (diesseits der Geschichte) lösbar hintansetzen und „Rolle“ wie ein reversibles Bild zwischen Modell und Wirklichkeit changieren lassen.

Zwei Umstände begünstigen den Erfolg dieser Taschenspielererei auf einmalige Weise: erstens fällt die symbolische Beschaffenheit des schauspielerischen Handelns im Theater, die allein seine Objektivierung von „Rollen“ ausmacht, immer unmittelbar mit einer realen sozialen Beziehung zusammen — ob es sich nun (wie bei der Probe) um die der Rollenträger untereinander handelt oder (wie bei der Aufführung) auch um die zwischen Akteuren und Publikum. Und zweitens werden viele geschichtlich früheren Verhältnisse durch Begriffe nachfolgender Zeiten erkannt — warum also nicht auch die

\* Rapp, Uri: Handeln und Zuschauen. Untersuchungen über den theatersoziologischen Aspekt in der menschlichen Interaktion. Luchterhand-Verlag, Darmstadt-Neuwied 1973.

Gesellschaft (von Anfang an) durch den eines Theaters, das sich aus ihr erst (spät) entwickelt? Es ist Rapp zu verdanken, daß sich der Konstruktionsfehler jenes „unmöglichen Objekts“ nun genauer ermitteln läßt, weil erst in der Rückwendung der Rollentheorie aufs Theater, die er — wohl als erster ihrer Anhänger — unternimmt, der doppelte Schwindel ganz auffliegt!

### **Rollenbegriff**

Rapp — das macht seine Dissertation bemerkenswert — gibt offen zu, ja demonstriert, daß ein Begriff der Rolle nur im Rahmen von Theater zu verstehen ist, und geht tatsächlich an diese Erklärung — mit Hilfe der Rollentheorie! Die partielle Versachlichung von Person als „Rolle“, die in einer ganz bestimmten Gesellschaftsordnung (und zu einem prinzipiell bestimmbareren Zeitpunkt) erst die Einrichtung von „Theater“ hervorruft, wird statt als historisch bedingtes Verhältnis als strukturelle Eigenschaft behandelt und als analytischer Begriff ausgegeben — dies ist das ganze Geheimnis der Quadratur des Zirkels. Freilich lehnt auch Rapp den Nachweis der konstitutiven Widersprüchlichkeit einer von der Rolle ausgehenden Theorie der Gesellschaft als erfolglosen Versuch vor allem „marxistischer Kreise“ ab, räumt aber doch im Hinblick auf seine Vorgänger zögernd ein, daß sie „Rolle“ „im Grunde zirkulär definieren müssen“ (91). Er selbst dispensiert sich von der Schwierigkeit einer solchen Definition mit dem Argument, daß sein Ausgehen von der Rolle als einem „Element des wirklichen Lebens“ erst durch dessen „Auslegung“ eine adäquate Erklärung nach sich ziehen könne: das „unmögliche Objekt“ — der „hermeneutische Zirkel“ macht seine Konstruktion möglich. . .

Natürlich gibt es, solange Menschen sinnlich-tätige Wesen sind, eine Qualität der Anschaulichkeit in ihren Beziehungen, die Grundlage und Mittel ihrer symbolischen — d. h. auf Vorstellung beruhenden — Verständigung ist; aber daß Menschen sich so verständigen, daß einige untereinander nur in anschaulichen Merkmalen Anderer verkehren, um deren Handeln anwesenden Dritten zu bezeichnen, geschieht erst in einer besonderen geschichtlichen Einrichtung: dem Theater. Und erst hier kann — im bezeichnenden Unterschied etwa zu „Person“ als vorgestellter Einheit von Maske und Mensch! — eine sachliche Abtrennung des Individuums von seinen verschiedenen Tätigkeiten und Bedeutungen imaginiert, nicht etwa real geleistet werden: Die verhältnismäßig deutliche Objektivierung der Rolle gründet sich auf die materielle Vergegenständlichung eines Teils des Subjekts (in der den „Part“ festhaltenden Papier-„Rolle“) und den erklärten Rückzug vieler anderer Subjekte auf ihre bloß anschauende Beteiligung an der Verständigung (eben der „Zuschauer“, die dem „theatron“ erst seinen griechischen Namen geben). Genau dies, daß die Zuschauer keine Rolle spielen können, wenn „Theater“ möglich sein soll, muß daher vor allem von jeder Theorie verarbeitet werden, die „Rolle“ als (wie in den Sozialwissenschaften) allgemeines Verhältnis oder (wie in der Theaterwissenschaft) besonderes Modell zwischenmenschlichen Handelns anerkannt wissen will. Rapp, Theater-



kritiker und Sozialwissenschaftler in einem, drückt sich vor dieser Anstrengung einfach durch die Flucht hinter vieldeutige Fremdwörter, mit denen er eine standpunktlose „tour d'horizon“ als „eklektisches Verfahren“ ausgibt und alles, was so nicht genügend zu verschleiern ist, rundheraus als „Paradox“ — d. h. als prinzipiell unauflösbar widersprüchliche Gegebenheit — bezeichnet.

### Paradoxie

In der Kommunikationstheorie von Watzlawick (u. a.), auf die Rapp sich beruft, wird die berühmteste Form der logisch-mathematischen Paradoxie als durch Russell dergestalt gelöst dargestellt, daß, was immer die Gesamtheit einer begrifflichen Klasse betreffe, nicht selbst Teil dieser Klasse sein dürfe, und der Nachweis wiederholt, daß die Behauptung, die Klasse aller Begriffe sei selbst ein Begriff, nicht (logisch) falsch, sondern — durch die Annahme praktischer Voraussetzungslosigkeit von Logik — sinnlos sei. Auf genau diese Sinnlosigkeit läuft aber die Verfolgung des Denkfehlers hinaus, der darin besteht, daß man „Rolle“ begrifflich als Klasse derjenigen Vorstellungen von Menschen behandelt, die anderen durch zeichenhafte Verwirklichung anschaulich werden — und gleichzeitig die Anschauung dessen, was diese Begriffsklasse bezeichnet, selbst zur „Rolle“ erklärt: „Dieser Zuschauer ist mehr als nur eine von außen her definierte Klasse von nicht-handelnden einzelnen; er ist eine reale Rolle all derer, die das Rollenspiel der jeweils Handelnden wahrnehmen“ (105). Allgemeiner ist für Rapp „Person“ das „Substrat“ aller möglichen Rollen eines Individuums — und zugleich selbst „Rolle“ (168). Andererseits soll aber der Rolle als (wie im Theater) „zeitbedingter“ die „Person als das Durchhaltende, Eigentliche“ gegenüberstehen (203), ja gerade diese „Zeitbedingtheit“, also Kündbarkeit, der Rolle im Theater gilt Rapp als Beweis dafür, daß die Kritik an der Verniedlichung von gesellschaftlichen Zwangsbeziehungen zu Rollen gegenstandslos sei! Eine solche Art von Beweisführung wird außer durch die hermeneutische Methode, definitorische Vorklärungen zugunsten nachträglicher Erklärungen zu verweigern, auch durch die Benützung des im Hinblick auf Präzision sorglosen Theater-Vokabulars ermöglicht. Schon hier schwankt die Verwendung der Bezeichnung „Rolle“ zwischen dem Ausdruck für einen Textbuch-Part, dem für ein Rollenfach und dem für die verwirklichte Bühnenfigur: sie bezieht also die Konturen ihres Bedeutungsfelds — denn als Begriff ist sie ja gerade nicht definiert! — aus zwei kategorial verschiedenen zeichenhaften Darstellungsweisen (Wort und Szene) und der damit zusammenhängenden Vorstellung ihrer Träger. Begrifflich faßbar aber wird diese Vorstellung erst, wenn sie durch die Darstellung Gegenstand bloßer Anschauung wird — eben auf der Bühne, gesehen vom Zuschauer aus; und nur von hier und als solche kann die Rolle als Bild übertragen werden! „Paris ist eine Großstadt und hat zwei Silben“ — dies ist ein Satz, der (wie Watzlawick ausführt) das städtebauliche Objekt und seinen Namen irreführenderweise so zusammenfaßt, als gehörten beide der gleichen Wirklichkeitsebene an und

stammten die Aussagen über beide nicht das eine Mal aus der Objekt- und das andere Mal aus der sog. „Meta“-Sprache, der Sprache über Sprache. Genau wie eine solche Aussage enthält also auch Rapps Satz: „der Andere spielt die Rolle des Spectators“ (105), die für das logische Vorstellungsvermögen „paradoxe Handlungsaufforderung“ — bei Watzlawick ein weiterer Typ von Paradoxie — sich die Rolle des Theaters und die sozialwissenschaftliche Metapher in eins zu denken, ja gar sich eine Rolle, in welcher der Gegenstand von Objekt- und Meta-Sprache verschmolzen ist, praktisch vorzustellen und danach zu handeln! Denn mehr noch ist für Rapp die „Weigerung, in Rollen mit der Außenwelt zu interagieren“, eine nur noch als „pathologischer Grenzfall“ denkbare „Regression“ (137).

### Sinn

Der Sinn des Lebens ist Spiel und wird höhererorts verordnet — so will es die alttestamentarische Tradition der Hermeneutik. Eine Methode, zu deren Axiomen die Annahme gehört, daß dieses Leben „Schein, nur Schein“ ist (45), braucht zur Verkleisterung der drohenden Leere den „Jargon der Eigentlichkeit“, um das Wesen als „Echtes“ *dahinter* zu entdecken. Daß der Schein dem Wesen wesentlich ist — eine solche Einsicht käme der auch von Rapp als „intellektuell“ verdächtigten Dialektik (Hegels und Marx') zu nahe (66); für ihn gilt als „nachgewiesen“, „daß alles, was von uns als wesentlich im Leben erfahren wird, verborgen, nicht-sinnfällig ist“ (185). Der totale Zweifel an der Wirklichkeit des Wirklichen ist die Konsequenz aller Ideologien, die den Menschen nicht als sinnlich-tätiges Wesen sehen (können), weil sie von der schlechten gesellschaftlichen Praxis abstrahieren (müssen), und macht — eine Erkenntnis des Empiriokritizismus durch Lenin — Idealisten und Positivisten zu Komplizen: „wer die Welt ironisch durchschaut“, so Rapps Schlußplädoyer für die „Weltanschauung“ der Ironie, „wendet sich von ihr nicht mit Abscheu oder Verzweiflung ab, sondern mit Interesse zu — nicht mit pragmatischem Interesse, sondern: das Spektakel selbst ist interessant. Dies verleiht auch noch dem verzweifelten oder absurden Leben einen Sinn, den des Wertspektakels“ (239). Solches „privilegiertes Bewußtsein“ ist, Rapp zufolge, keine „Haltung“, die einem „Standpunkt“ entspringt, sondern eine „potentiell unendliche Bewegung“; ihre autosuggestive Fortbewegungsweise ist die „Methode des Hin und Her zwischen zwei Sinnbereichen“ (34) und „Theater = Leben = Theater“ die Parole der „Eingeweihten“. Hier zeichnet sich die Praktikabilität einer konsequent zur „Weltanschauung“ ausgebauten Rollentheorie in einem Zeitalter ab, dessen Bürger zur planmäßigen Anschauung des Schreckens nicht mehr den Operngucker brauchen, sondern denen das Fernsehen die Darstellung weltweiten Terrors ins Haus bringt: der Zuschauer behält die Übersicht.

Die Borniertheit eines sich für die „Über-Sicht“ als berufen wählenden „kritischen Soziologen“ macht sich nicht nur in vereinzelt Anmaßungen wie der stark, die „jeweils eigene Absicht“ dessen, was er als „Kunst“ gelten läßt, „aus der Dumpfheit des Routinevollzugs

in die Bewußtheit“ zu heben (17), sondern drängt sich dem Leser über fast 250 Seiten als geschwätziger Versuch auf, ihn erst in jenes „Sozialtheater“ zu locken, nur damit er dann dort die Sinnlosigkeit seines Daseins sich soufflieren lasse: „das ablaufende Innenleben hat in sich keinen Sinnzusammenhang, es muß“, so Rapp, „als Szenarium ins Auge gefaßt werden“ (53). Wer sich so als Rollenspieler begreift, erfährt seine Aufhebung in der Rollentheorie auf zweierlei Weise: als erkennendes Individuum durch die Reflexion der „Kulissenstruktur“, als Teil der Masse aber — durch die „Prominenz“ des Führers. In der „Uniform“, so noch einmal Rapp, „repräsentiert (man) selbst und wird repräsentiert“ (137), und: „die einzelnen bedürfen der Repräsentation, die ihnen den Sinn ihres vereinzelt Mensch-Seins vergegenwärtigt“ (135). Es wirkt schon eher wie die Ironie des (nach Rapp) rollenausteilenden Schicksals, als wie die willentliche des Autors, daß nirgends so viel von „Sinn“ („Sinnbereich“, „Sinngebung“, „Sinnzusammenhang“ usw.) die Rede ist wie gerade in seinem sinnenleerten Elaborat.

### Sprache

„Das Transzendieren des Ganzen, auch jener Gesamtheit des etablierten Ganzen, die eben durch ihre Identifizierung als Gesamtheit relativiert wird und als partikuläre Perspektivität entlarvt wird, kann nur in einer Umgreifung erfaßt werden, die die Kunst mitenthält und in der Kunst präsentiert wird.“ (28) Solch einen Satz (von vielen ähnlichen) erlaube ich mir für eine Sprechblase bombastischen Geschwafels zu halten, statt die Dummheit bei mir zu suchen! Wortmonstren wie „menschheitsrhetorisch“, „darstellungshalber“, „Inkonsequenzialität“ oder „Induzierung von Kathexis seitens der Individuen“ mag man noch dem gestörten Verhältnis des Hermeneutikers zur Sprache zugutehalten; wo man aber „vermeint“ und „weiß um“ oder „sich weiß als“, wo „Erlebnisströme“ aus dem „Aufmerksamkeitsfokus“ fließen und aus „Rolle“ eine „in der Hinsicht gegebene Ansicht“ wird, da hat der Wahn Methode. Da „schreitet“ man in lateinisch-germanischer Landschaft auf „Meta-Ebenen“ zur „Zusammenschau“ durch Verrückung von Sprach-Gegenständen und verdünnt auf amerikanisch Klassenherrschaft zum „role-taking“ in „asymmetrischer Beziehung“ — der Schwarzwald-Seher glotzt durch das blinde Auge der Statue of Liberty. Von der Höhenlage der bekannten hermeneutischen Positionen aus — also von ihrem sich nicht auf Praxis als Kriterium angewiesenen dünkenden Verständnis ‚reiner‘ Wahrheit und ihrem begriffsfeindlichen Messen aller Gegenstände an deren je eigenem „ganzheitlichen“ Sinn her — sieht die kapitalistische Gesellschaft harmlos genug aus: wie eine, „in der die Zusammenhänge fremd und undurchsichtig geworden sind“ (84) und in der es eine „gewisse Tendenz“ gibt, Individuen dadurch, daß man sie in eine einzige Rolle „bannt“, „zum Ding“ zu machen. „Die vorwiegende Tendenz ist jedoch“, so beeilt Rapp sich zu versichern, „die ständige Verweisung auf eine Person *hinter* der je gesichteten Rolle“ (98/99), auf das „Eigentliche“.

Das Geheimnis des Identitäts-Verlusts, der erst die nahezu dingliche Herstellung von Ausdruck durch den Schauspieler ausmacht, darf der Bürger nicht antasten, weil seine Enträtselung die Entlarvung von gesellschaftlicher Herrschaft auslösen müßte, in deren Geschichte er selbst kriminell verketet ist; so spannt er sich mit der verspießerten Neugier des Teenagers nach dem Privatleben des jugendlichen Liebhabers auf das „Eigentliche“ der Rollenträger im „Sozialtheater“. Rapp baut dabei das „Jahrtausende alte“ Theatergleichnis, in welchem das Bild von Rolle und Person, ihm zuzufolgen, das Verhältnis von Uneigentlichem und Eigentlichem symbolisiere, heimlich zu einer dreistufigen textilmetaphorischen Kulturtheorie aus, deren Stilblüten sich so lesen: „In der Kleidung überwindet der Mensch die Beschämung der Natur, die ihn an den ‚nackten‘ Körper gebunden hat“ (118); „der Leib lebt sich in die Kleidung hinein wie das Individuum in die Rolle“ (118), und: „So wie die Rolle in der Einzelhandlung erst zur Erscheinung kommt (dargestellt wird, so kommt die Institution erst zur Darstellung in den von lebenden Individuen ‚bekleideten‘ Rollen.“ (131) Metaphorik solcher Art dient nicht dazu, begriffliches Denken einleuchtend zu ergänzen, sondern seine Anstrengung zu ersparen oder gar zu denunzieren. Es ist bezeichnend für Rapps collagierendes Denken, daß er die genannte Bekleidungs-Bildnerie bis zur Entwicklung eines Sozialisations-Modells weiterverfolgt („investiture“ — „dressing out“ — „dressing in“), anhand dessen sich die Bildung des „verantwortlichen Charakters“ beschreiben läßt — während er den gesamten Marxismus just mit dem Bild der „Charaktermaske“ einer bloßen „Säkularisierung“ mittelalterlicher „Metaphysik“ und als „romantische“ Heilslehre überführen will. Ausgerechnet eine Theorie, deren tragende Metaphorik — die der „Rolle“ — durch ihre Einebnung des Unterschieds von Handeln und Erleiden indifferent gegen jede geschichtlich besondere Form von Herrschaft sein muß, schürt den Ideologieverdacht unter Hinweis auf die der „Rolle“ allerdings verwandte Metapher der „Charaktermaske“, weil sie Handlungsfreiheit und Versachlichung des Individuums in der Tat bei seinem kapitalistischen Namen nennt.

### **Handlung**

Zu den verblüffendsten Verdrehungen kommt Rapp durch die metaphorisch kompensierte Sinnentleerung, die sich keiner Sinnlichkeit mehr verantworten muß und in keiner Praxis ihr Kriterium zu finden braucht: im zentralen Bereich des Verhältnisses von Schauspieler und Zuschauer. Auf die logische Unhaltbarkeit der Identifizierung von Rolle des einen und „Rolle“ des anderen habe ich schon hingewiesen; und doch ist sie ja nur ein Ausdruck der besonderen Beziehung zwischen beiden im Theater. Der „Akteur“ handelt und der „Spektateur“ schaut zu, der Schauspieler stellt etwas dar und der Zuschauer sich etwas vor, der Mensch auf der Bühne spielt mit seiner ganzen Person und der im Publikum nur mit seinen Gedanken — und wenn es eine einfache „Struktur“ gibt, durch die „Theater“ über weite Teile der Geschichte und der Erde von ähnlichen Erscheinungen

bzw. Einrichtungen sich abhebt, dann ist es diese! Aber das paßt weder dem Theatermann, der die (subventionierte) Disproportion beschönigen will, noch dem Theoretiker, der die (privilegierende) Ungleichheit zwischen Handelnden und Erkennenden im Hinblick auf die von Arbeitern und Ausbeutern zu „Rollenhandeln“ nivellieren muß, ins Konzept. So kramt Rapp das „Erlebnis“ wieder aus dem Fundus der Theaterwissenschaft: „Es ist ein Prozeß, der aus einer Reihe von ‚responsiven‘ Akten besteht, die sich einer objektiven Erfüllung (Vollendung) ansammeln. Ein Betrachter schafft (creates) sein eigenes Erlebnis, und vollzieht hiermit eine ästhetische Tätigkeit, die der des Schöpfers *als* ästhetische nicht nachsteht“ (200). Aber über diese an Dewey angelehnte Position hinaus werden bei Rapp schließlich die Theater-Zuschauer — zusammen mit den wissenschaftlichen Beobachtern (von der „Alltagsinteraktion“ aus gesehen) auf höchster Stufe stehend — „qua Zuschauer eben Handelnde“, „deren Gegenwart und Teilnahme als die eigentliche Handlung der Veranstaltung definiert wird“ (173). Wenn Rapp seine Abneigung gegen die unauffaltbare Kraft handelnder Massen und seine Vorliebe für die sublimen Gewalt zuschauender Eliten theoretisch ausdrücken will, so kleidet er die Maxime „Rezeptivität ist nicht Passivität“ (200) in folgende Worte ein: „Im Gegensatz jedoch zu der pragmatisch schlagkräftigen Reduzierung der qualitativen Komplexität in Massen und Mobs, in kollektivem Verhalten, das auf ein Ziel, oder von einem Ziel weg, gerichtet ist, bewirkt die unpragmatische ‚Passivität‘ einer Menge als Publikum eine Bereicherung des qualitativ reduzierten Gehaltes ihrer Aktion durch die Auffüllung mit von der Darbietung her verliehenem Inhalt“ (193).

Das ist nicht etwa als bloße Theater-Theorie, sondern immer auch als solche von Gesellschaft gemeint! Theater symbolisiert ja nach Rapp, nur (wie im liturgischen Spiel) die „Selbstverdoppelung“ — des Individuums in „Spontaneität und Reflexion“ und der Gesellschaft in „Handelnde und Betrachtende“ — und läßt die „vereinzelteten Zuschauer (...) mit-agieren und zuschauen zugleich“ (134). „Die Macht der Zuschauer“, so an anderer Stelle unter Apostrophierung der Sanftheit dieser Gewalt, „ist eine ‚Macht‘ der Bestimmung, was nun die Situation eigentlich ist“ (177). Wieder benutzt Rapp zu solcher Manipulation die fast unmerkliche Modulation von der Objekt- in die Metasprache, indem er die „Doppelsinnigkeit der ‚Definition‘“ (175) — als „begriffliche Bestimmung“ und als ein („wie auch immer“) „reflektives Sich-Zuwenden zu den Gegebenheiten der Situation“ (173) — je nach Bedarf von einer Bedeutung in die andere kippen läßt. In dem weitherzigen Sinn, wie der Machthaber zum „speziellen Situationsdefinierer“ abstrahiert wird, kann man freilich auch die „spektakuläre Situation“ in ihrer Definition als „dramatischer“ vom Zuschauer abhängig machen (174 f.). Zwar, „ein seit langen Generationen relativ unbewegliches und schweigendes Publikum“ stört auch Rapp in der Schlüssigkeit seiner Theorie, aber er rechtfertigt dessen Einbeziehung als den eben „niedrigsten gemeinsamen Nenner“ der historischen Breite wirklich möglicher Aktivität; ja er erinnert uns

— da er plumpe Reaktionen wie die politisch aufgewiegelter Zuschauer von „Onkel Toms Hütte“ oder „Nora“ nicht zu „eigentlicher“ Kunst rechnen will (23) — mit der ihm eigenen Laxheit im Konkreten daran, „daß das Publikum in Vorzeiten (und zuweilen auch heute, z. B. italienisches Opernpublikum, Kinder beim Kasperlspiel usw.) auf verschiedenliche Weise reaktiv tätig war“ (201) . . . Rapps Ernennung des Passiven zum eigentlich Aktiven, der — nicht in Engagement befangen — die Übersicht behalte, läßt Herrschende und Beherrschte einander „Bedeutung“ verleihen und kulminiert in der Feststellung der „Quasi-Superiorität des Kunden als Geldgeber“ (157 bzw. 194)! Hier, in der Propaganda der Bourgeoisie, die stets bemüht war, Ausbeutung als Verantwortung und Unterdrückung als Sozialpartnerschaft auszugeben, ist denn auch Rapps schwarze Kunst, Zuschauen in Handeln zu verwandeln, wirklich zuhause.

Ein Soziologe, der — wie Rapp — Gesellschaftssysteme allein mit der klotzigen Trennschärfe von „seßhafter“ und „moderner Großstadt-Bevölkerung“ unterscheiden will, kann auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur die „Konsumgesellschaft“ sehen, die dem Theater endlich „offene Öffentlichkeit“ verschafft habe (230); für deren „freedom“ und „conspiracy“ scheint er sogar den Vorwurf unredlicher Zitiertechnik in Kauf zu nehmen, wenn er die von Caillois als „zivilisationsfördernd“ beschriebenen Spieltypen des „Wettkampfs“ und der „Chance“ als „Leistungswettbewerb“ bzw. „Chancenangleichung“ manipulativ ins EWG-Deutsch übersetzt (205). Wo Gesellschaft auf Strukturen reduziert wird, die mit den Grundbegriffen der Algebra und der Geometrie darzustellen sind, kann von Arbeit und Aneignung nicht mehr, und nur noch von „Prominenz“ und „Interaktion“ die Rede sein: Beziehungen wie „Vater-Kinder, Lehrer-Schüler, und natürlich König-Untertanen, Priester-Laien“ mögen, so Rapp, „polarisiert“, „zentriert“, „unsymmetrisch“, „unumkehrbar“ sein — entsprächen aber darin eben der „Logik der Interaktion“ (104, 157, 193 u. a.). Das Theatergleichnis steht, um in einem etwas angestaubten Bild des Rollentheoretikers zu sprechen, „gleichsam an der Wiege des modernen Repräsentationsbegriffes“ (129); was in ihr großgezogen wird, ist Rechtfertigung von Gewalt. Was er geschichtlich konkret als „Ermächtigung auf unsymmetrische Weise“ (135) verharmlost — Rapp als deutscher Emigrant müßte es wirklich besser wissen.

### Geschichte

Eine „Weltanschauung“, deren Entwicklung einer „Perspektive der Perspektiven“ im „Weg“ von Individuen bestehen soll, der zwischen dem Vorbild (dem „Theater“) — wie es die Zivilisation einer Gesellschaft bezeichne (168) — und dem Abbild (der „Rolle“) Vermittle, müßte sich doppelt genetisch erklären. Rapp aber hält von Geschichte nicht viel. Als besondere beschwört er sie nur deklamatorisch („Altertum und beginnende Neuzeit“, „Kindesalter“, „griechisches und christliches Zeitalter“ usw.); wo es um ihre allgemeine Bedeutung geht, erklärt er sie kurzerhand gleich für überflüssig: dem Hermeneutiker

dürfe jenseits geschichtsspezifischer Überlegungen — ob der Gebrauch von „theatrum-mundi“-Metaphern nur bestimmte Gesellschaften kennzeichne u. dgl. — genügen, daß das Theatergleichnis „immer schon“ da war (31). Den „gewissen Verzicht auf die Beispiele und Illustrationen des spiel- und maskenhaften Handelns selbst“ aber spielt Rapp durch die dreiste Behauptung herunter, seiner neuartigen Theorie müsse die bloße „Orientierung“ an der Tatsache, „daß es Theater überhaupt gibt“, zur Darlegung reichen (38): das Fehlen des Konkreten wird mit der Anstrengung der Verallgemeinerung entschuldigt...! Das Geschichtsbild dieses „Strukturalisten“ entspricht höchstens dem simplen Schulbuch-Raster „Urzeit/Altertum/Mittelalter/Neuzeit/Gegenwart/Zukunft“; wahrscheinlich aber gibt es für ihn sogar nur ein „früher“ (von „Gesellschaften mit geringer Arbeitsteilung und Wissensverteilung“, die „kaum“ „Identitäts-Probleme“ haben), ein „später“ bis „heute“ (der durch „Realitäten- und Identitäten-Pluralität“ gekennzeichneten sog. „Umbruchszeiten“ oder „Übergangsperioden“) und, am bemerkenswertesten, das „morgen“: dafür rechnet Rapp mit einem Menschen „als Person mit freier Rollenvariabilität, mit Selbstbindung auf Zeit, Durchdringung der Rollen mit persönlichem Stil, und Überperspektivität“ (140 bzw. 147). „Ob dies eine Utopie ist oder nicht“, so wird allerdings diese „theatersoziologische“ Vision eingeschränkt, „kann hier nicht erörtert werden“...

### Theater

Rapps vom Standpunkt des Rollentheoretikers aus entworfene, daher sogenannte „Theatersoziologie“ läßt für seine Kenntnis und Einbeziehung gesellschaftsgeschichtlich jeweils besonderer Verhältnisse von Theater — also die Soziologie des Theaters, von der er sein Konzept betont abbrückt — nicht viel erwarten. In der Tat kommt hier eine bizarre Mischung verzerrend zufälliger Einzeldaten, eindrucksvoll aufgemachter Gemeinplätze und flüchtiger Einsichten zustande, wie sie am Ende in der Behauptung mehrerer für das Theater konstitutiver „Paradoxe“ noch einmal geballt aufgeboten wird und hier an Rapps Beispiel des „Berufsparadoxes“ gekennzeichnet werden soll. Zwar gibt es nicht, wie Rapp angibt, eine „allen historischen oder soziologischen Analysen“ geläufige „Ambivalenz der Allgemeinheit dem Schauspieler gegenüber“ (225/226), aber tatsächlich schwankt die Einstellung der jeweils herrschenden Klasse zum Theater im Lauf der Geschichte enorm und kann in der gleichen Zeit äußerst konträr zwischen zwei unterschiedlichen Institutionen — wie Staat und Kirche — sein. Für Rapp ist das alles eins: der „Fluch“ der schauspielerischen „Prominenz“, sein „atypisches“ Verhalten, die „moralische Diskreditation“, die erst „in einer reinen Spielgesellschaft“ aufzuheben wäre (227/228). Schon gegenüber einer für das deutsche bürgerliche Theater so entscheidenden Epoche wie der von 1680 bis 1770 — also der zwischen erstem und zweitem Hamburger Theaterstreit — bleibt eine solche Verallgemeinerung dumm: sie muß über die ökonomisch motivierte Theaterfeindlichkeit der Calvinisten ebenso hinweg-

sehen wie über die fiskalisch und durch antifeudale Politik bedingte Spiel-Freundlichkeit der meisten Städte, sie muß die verhältnismäßig häufigen Angriffe der Pietisten auf die Sinnlichkeit der Schaubühne vergessen und — ganz absehend von der noch verwirrenderen jesuitischen Einsetzung eben dieser Sinnlichkeit für religiöse Propaganda — allein auf den relativ seltenen Vorbehalt gegen die „Verstellung“ des Schauspielers und die „erotische Atmosphäre“ seines Berufs bauen, um nicht ihres „Paradoxes“ verlustig zu gehen. Wieder rettet Rapp zur Erklärung der „Zwielichtigkeit“ der Schauspielerei sich in die Metapher, wenn er den „naheliegenden“ Vergleich zwischen Theater und Prostitution ohne rechte Zwangsläufigkeit aufgreift: „die öffentliche Dienstleistung mit dem eigenen Körper“ (226) — allerdings hängt sie beider Gewerbe als Makel an, aber auch dies eben nur in ganz bestimmten Gesellschaften und unter ganz bestimmten ökonomischen Bedingungen. Mit der geschichtlichen Begründung für beides, die Art Dienstleistung und die Sorte Anrührigkeit, verschwände aber wieder das „Paradox“ und wären Widersprüche der warenproduzierenden Gesellschaft nachzuweisen. „Was diesen Vergleich immer wieder nahelegt“, resümiert daher Rapp unter Rückzug auf die bloße Analogie (und in anscheinend solider Unkenntnis selbst beider Milieus), „ist die vermeintliche Unechtheit der Gefühle, mit denen der Nichtsahnende manipuliert wird“ (227).

Noch grotesker mischen politische Rationalisierung und theaterwissenschaftliche Ignoranz sich im Hinblick auf jene ausländischen Wandertruppen, deren Gastspiele stärksten Einfluß in eben jener Gründungsepoche des deutschen bürgerlichen Theaters ausüben — dies ist eine Argumentationsweise, die durchaus aktuelle Konsequenzen nach sich zieht: „Charaktermaske“, behauptet Rapp, „ist eine der Bezeichnungen für die festen Rollen, die die Schauspieler zu verkörpern hatten, als noch nicht beim Publikum das künstlerische Verlangen nach Virtuosität des Schauspielers durch Variabilität der Rollen aufgetreten war (. . .). Statt dessen verkörperten die Schauspieler die Beweglichkeit und die Wechselhaftigkeit durch das Umherwandern“ — ja die *Commedia dell'arte*, so Rapp, entwickelt in ihren Stereotypen eine „Konsequenzhaftigkeit“, „die die ungeheure Unsicherheit von Übergangsperioden und mobilen Sozialschichten umstrukturiert und in Zuverlässigkeit symbolisiert“ (144). Da hat einer nicht nur keine Ahnung von der allgemeinen Ausdrucks-Disponibilität des Schauspielers, von der Gefräßigkeit des „Zanni“ und der Bauernschläue des „Truffaldino“, dem Geiz des „Pantalone“ und der Geilheit des „Pulcinella“ (handfesten und zu hoher Virtuosität der Bedürfniserfüllung treibenden Motivationen); Rapp leistet sich auch noch den objektiven Zynismus, etwa die italienischen Komödiantentruppen zu Befriedigungsfunktionären eben jener ökonomischen Verhältnisse zu machen, durch die sie — ohne eine Spur von Romantik — zu solcher Schauspielerei, solcher Thematik und solcher Arbeits-Emigration gezwungen waren. Ganz abgesehen davon aber ist Rapps Begriff von „Charaktermaske“ einfach falsch. Indem er ihn nicht als zunächst bloßen *terminus technicus* des Theaters nimmt, sondern sofort als



Ausdruck vorindividueller Persönlichkeits-Starre, projiziert er simpel unser heutiges Verständnis von „Charakter“ auf ihn zurück. Dagegen faßt noch etwa der theatertheoretisch bedeutende Zeitgenosse von Marx, Röttscher, ihren Begriff durchaus als einen, der die Dialektik der sinnlichen Erscheinung von Besonderem und Allgemeinem in der Aufmachung eines — beruflich, schichtenspezifisch, psychisch usw. — bestimmten Akteurs praktisch bezeichnet. Genau dies aber ist das Verständnis von „Charaktermaske“, von dem dann Marx — im Theaterwesen seiner Zeit besser bewandert als heute Rapp — in seiner Kritik der politischen Ökonomie ausgeht; ihre Metaphorik allerdings verweist auf ein Gesellschaftswissen von anderer als metaphorscher Qualität hin, das nötig ist, um nicht auf Unternehmen wie das Rappsche Sozialtheater hereinzufallen, und nicht nur der Rollentheorie, sondern auch der ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Praxis den Garaus zu machen.

Frigga Haug

## Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus

Eine offensichtlich an Verbreitung gewinnende Erscheinung ist der Feminismus<sup>1</sup> in vielerlei Gestalt. So buntscheckig aber die Erscheinungsformen sind, reduzieren sie sich doch ihrem Wesen nach allesamt auf die Auffassung des Geschlechterkampfes als Gesellschaft konstituierende Beziehung, sind sie in ihrer Wirkung demnach prinzipiell unpolitisch und in diesem Sinne antisozialistisch. Die Anstrengung, mit der vor allem in den Medien versucht wird, der Politisierung und Organisierung der Frauen mit Hilfe des Feminismus entgegenzuarbeiten, legt Zeugnis ab für die Kraft, die von der Frauenbewegung befürchtet wird. Die Faszination, die der Feminismus selbst für die Frauenbewegung hat, die Leichtigkeit, mit der seine buntschillernde, scheinradikale Art oftmals kurzfristig den Sieg über den grauen, zähen Alltagskampf der politischen Organisationen davonträgt, verweisen auf ein erhebliches Moment an Realitätsbezug, welches dem Feminismus eigen sein muß. Aus alledem ergibt sich die Dringlichkeit, sich mit ihm, soweit er Mittel ist, die Frauenbewegung in Sackgassen zu treiben, kritisch auseinanderzusetzen.

Die Verbreitung feministischer Auffassungen wird erleichtert durch die Marktgängigkeit des Themas, daher durch die Publikationspraxis der Verlage sowie ihrer Autoren. Zeigt sich doch unter den sozialen Bewegungen die Frauenbewegung — wegen ihres als exotisch bis anrühlich empfundenen Charakters — als besonders geeignet für die in den Medien tätigen Geschäftemacher.

Wie in allen sozialen Bewegungen gibt es auch in den Frauenorganisationen Mitglieder, die die gesamte Bewegung, ihre eigene Stellung in ihr und sämtliche Aktionen als profitliche private Einkommensquelle betrachten. Meist besser ausgebildet, des Redens und der schnellen Analyse kundiger, nutzen sie den Wert, den sie für die Mitglieder der Bewegung haben und den diese ihnen zuschreiben, als Marktwert, bieten die Bewegung und häufig eigens von ihnen zu Publikationszwecken mitinitiierte Aktionen als eigene Produkte auf dem Markt feil. Dabei werden sie wiederum von den Medien unter-

1 Es wird im folgenden unter Feminismus nicht etwa — wie z. B. im Brockhaus seit 50 Jahren unverändert nachzulesen ist — ein Eintreten für die Beteiligung der Frauen am öffentlichen und kulturellen Leben verstanden, sondern es wird der Begriff nur dann verwandt, wenn er — wie heute üblich ist — in irgendeiner Weise auf den Geschlechterkampf als auf eine die Gesellschaft grundlegend bestimmende Beziehung sich bezieht und von daher Freiheit, Kampf und Tagesaufgaben formuliert.

stützt, die Einzelpersonen aus der Bewegung als Markennamen leichter aufbauen und profitlicher verkaufen zu können meinen.

Ein solches Verhalten, in dem also die berechnete soziale Empörung einer Bevölkerungsgruppe unter dem Aspekt ihrer Verwertbarkeit für den Medienmarkt, ihrer Verkäuflichkeit, verhandelt wird, mag zwar moralisch verwerflich sein, muß aber der Bewegung nicht immer schaden, kann ihr im Gegenteil sogar nützen, wenn und soweit es Propaganda des Worts oder der Tat ist für die gemeinsame Sache in Richtung auf ein angebbares allgemeines Ziel. Wenn es also darum geht, neue Veröffentlichungen zur Frauenfrage zu beurteilen, sind Zielsetzung und Wegweisung vordringlich zu prüfen, auch und gerade dann, wenn solche Schriften von Mitgliedern der Frauenbewegung, von „Betroffenen“ verfaßt wurden.

Kate Millett, Mitglied von „Women's Liberation“, bekannt geworden durch ihr Buch „Sexus und Herrschaft“<sup>2</sup>, bei Aktionen von Frauengruppen Organisator und zugleich Reporter für verschiedene Zeitungen, redigierte nach Tonbandprotokollen von Diskussionen mit drei Frauen ein Buch zum Thema Prostitution<sup>3</sup>. Aus dem gleichen Material drehte sie zur gleichen Zeit einen Film.

In Abkehr von dem „öden Objektivitätsanspruch“ (7)<sup>4</sup>, soll durch das Mittel der „persönlichen Reportage“ (8) echtes Leben dargebracht werden; es soll eine Art weiblicher Kultur entstehen: „Ich wünsche mir, daß die Frauen in künstlerischen Berufen dank der neuen Bewegung mehr Vertrauen in den Wert ihrer Kultur gewinnen (in dem Sinne, daß die Frauen eine Klasse mit eigener Subkultur bilden), mehr Achtung vor der eignen Erfahrung und zugleich die Freiheit oder die Spontaneität dies auf neue Weise und in neuen Formen auszudrücken.“ (21) Das Thema der Prostitution sei bisher nur von Männern auf die ärgerlichste Weise behandelt worden, statt dessen solle hier „das wirkliche, von manchen Frauen erfahrene Leben“ (9) artikuliert werden.

Es kann hier nicht darum gehen, dem von der Autorin vorgeschlagenen Maßstab zu folgen und nachzuprüfen, welcher Zuwachs und ob überhaupt einer an Echtheit, Eindringlichkeit und Andersartigkeit die von ihr gebotenen Schilderungen der Prostitution gegenüber vorhergehenden haben. Auch sei unbenommen, daß die Sprache der

2 Die amerikanische Originalausgabe erschien 1969 unter dem Titel „Sexual Politics“; nach einem schnellen Erfolg in den USA wurde das Buch 1971 vom Desch-Verlag unter dem in der Bundesrepublik dem Klang nach schon verbreiteten Marktnamen „Sexus und Herrschaft“ (erinnert sei etwa nur daran, daß *Das Argument* schon 1962 seine Reihe „Sexualität und Herrschaft“ begann) aufgelegt und sicherheitshalber noch mit dem reißerischen Untertitel „Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft“ versehen.

3 Kate Millett: Das verkaufte Geschlecht. Die Frau zwischen Gesellschaft und Prostitution. Vier Frauenstimmen zum Thema. (Amerikanischer Originaltitel: Prostitution: A Quartet for Female Voices, 1971.) Verlag Kurt Desch, München-Wien-Basel 1973 (126 S., br., 4,80 DM).

4 Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich bis auf weiteres auf Milletts Buch zur Prostitution.

Betroffenen für den Fortschritt einer sozialen Bewegung nicht aufmerksam genug gehört werden kann. Die eigentliche Frage ist: Wer sind die Betroffenen? In welcher Bewegung, die wohin führen soll?

Nach dem leidenschaftlichen Plädoyer aber für die Anhörung der Betroffenen statt jener, die fern von Praxis über das Thema der Prostitution rasonnieren, ist der Leser — zumindest aus der Sicht der Verhältnisse in der BRD — einigermaßen erstaunt, folgende Stimmen zu vernehmen: als Hauptzeugin eine College-Studentin (vorübergehend Prostituierte: „ich war entschlossen, viel Geld zu verdienen, ich war davon regelrecht besessen“, 50; ... „Man kann sagen, sie [die meisten Call-Girls von Uptown, FH] haben sich für dieses Geschäft entschlossen wegen der Differenz von vierzigtausend Dollar pro Jahr ... Ein Geschäftsmann würde auch allerlei tun, um vierzigtausend Dollar im Jahr mehr zu haben“, 41); Kate Millett selber („Indem ich mich in die Leiden anderer Frauen versetzte und ihnen nicht mehr als Studierender oder Kritiker, sondern als Autor oder Filmmacher begegnete, stellte ich mich ihnen als Frau, als eine Frau, die täglich intensiver mit dem Schicksal aller Frauen befaßt war, mein eigenes nicht ausgenommen“, 9 f.); dann noch, quasi in Nebenrollen, eine Rechtshelferin, jetzt Jurastudentin, Mitglied von „Women's Liberation“, und endlich eine ehemalige Prostituierte, die „eine Zeitlang ein Rehabilitationszentrum für Rauschgiftsüchtige geleitet hat“ (25).

Eine solche Auswahl, die allgemein zu sein beansprucht, aber keinen Unterschied macht zwischen einem reichen eleganten Call-Girl, das nicht der Hunger, sondern die Gier nach Reichtum treibt, und jenen Frauen, die in den Armenvierteln der Großstädte auf den Straßen sich feilbieten, bedarf der Erklärung. Sie findet sich in Millets erstem Buch „Sexus und Herrschaft“, in dem ebenso geistreich wie einseitig aufs Ausführlichste aus solchen in der Tat wohl unbestritten üblen pornographischen Literatur-Produkten, wie denen von Miller und Mailer, entwickelt wird, was es heiße, „weiblich zu sein, eine Frau in einer Welt der Männer“ (26). Indem Millett solcherart ihre Analyse mit der Lage der Frau im Geschlechtsakt beginnt, kann sie richtig feststellen, daß hier über die sozialen und Klassenschranken hinweg von der Unterdrückung nicht einer Klasse, sondern eines gesamten Geschlechts gesprochen werden sollte, was wiederum etwas mit ihrem Geschlecht zu tun haben muß. Aus diesem Grunde wiederum scheinen ihr alle menschlichen Tätigkeiten bis auf eine unwesentlich, verkürzt sie das Leben auf den Geschlechtsakt, die Gesellschaft auf das Geschlechtsverhältnis.

Aus der richtigen Einsicht, daß Sexualität etwas mit Herrschaft zu tun hat — daß sie einerseits für Herrschaft in Dienst genommen wird, während sich andererseits in der sexuellen Praxis bestehende Herrschaftsstrukturen ausdrücken —, zieht sie nicht den Schluß, daß die Gesellschaft geändert werden muß, um andere Formen von Liebe und Sexualität zu ermöglichen, sondern sie legt umgekehrt nahe, die Sexualität zu ändern, wodurch sich die Gesellschaftsänderung ergibt.

Die von ihr konstatierte Objekthaftigkeit der Frau im Geschlechtsakt dehnt sie fast zwanghaft analogisierend auf alle Lebensbereiche aus. „Und wir sahen dabei andere Arten von Prostitution, wie sie das Leben an der Universität mit sich bringt: die Kriecherei vor den Department-Chefs, in den Fakultätssitzungen“ (75). Die Gleichsetzung des Schicksals aller Frauen mit dem der Prostituierten funktioniert über solche analogisierenden Assoziationen. Vom Objekt im Geschlechtsakt wird die Frau zum Objekt schlechthin, als solches wird sie „instrumentalisiert“. Da Instrumente gemeinhin recht brauchbare Dinge sind, ist der Schritt zur „Frau als Gebrauchswert“ nur kurz, jedoch sollte man meinen, ist es eigentlich keine Abwertung, nützlich zu sein — denn nichts anderes meint der Begriff Gebrauchswert —; ein solcher Einwand verkennt aber den Charakter der Argumentation, denn die Bezeichnung als Gebrauchswert diene ohnehin nur als Brückenschlag zur nächsten Bestimmung: die Frau ist Ware. Auf diese Weise verschwindet der Unterschied zwischen Prostituierten und solchen Frauen, die nicht ihr Geschlecht zum Kauf anbieten, und die Prostituierten avancieren gleichsam zu Stellvertretern für die Frauen im allgemeinen, die deren Schicksal in der „Männergesellschaft“ ohne jedes schmückende Beiwerk, also unverhüllt darstellen sollen. „Ich sehe in der Prostitution so etwas wie ein Paradigma: ein Exempel für die soziale Situation der Frau, wie sie im Grunde besteht. Hier wird nicht nur ihre Abhängigkeit offenbar, verknüpft mit den finanziellen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, in Ziffern und Zahlen fixiert, statt versteckt hinter den Paragraphen eines Heiratsvertrages (der noch immer auf dem Prinzip ‚Sex für Sachwerte‘ beruht und sich dabei auf die Geschichte berufen kann); ja durch den bloßen Akt der Prostitution wird unser Wert deklariert: als der Wert einer Sache“ (73). So liegt es nahe, die Strategie der amerikanischen Frauenbefreiungsbewegung in erster Linie auf die Agitation der Prostituierten zu lenken. „Diese Prostituierten sind unsere politischen Gefangenen — ihre Vagina hat sie ins Gefängnis gebracht. Darum wurden sie eingesperrt, wegen der Vagina, das ist ihr Delikt, das, welches wir alle begehren, einfach dadurch, daß wir Frauen sind. Das ist Sexualpolitik, ihr harter Kern“ (90).

Die Frauen einen soll demnach gemeinsamer Haß auf die Männer, von denen sie erniedrigt und versklavt werden. Spätestens hier soll die Parallele zum Proletariat zwingend werden: Frauen haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, die ihre Unterdrücker, die Männer, kollektiv in Händen halten, gegen sie aufzustehen scheint das Gebot der Stunde zu sein.

Dagegen wäre allerdings einzuwenden, daß die Frauen, im Unterschied zum Proletariat — bei dem nur liberale Bürger gern bei dem Leidensaspekt seiner Unterdrückung verharren, um die Kraft und Potenz übersehen zu können, die es allein zum Träger der Zukunft machen — nicht die Schöpfer aller Werte, des gesellschaftlichen Reichtums sind. Sie haben keine Welt zu gewinnen. Denn gerade ihr partielles Ausgeschlossenheit aus der gesellschaftlichen Produktion des Lebens in Gestalt ihrer Reduktion auf die Erhaltung der Art

(Haus und Kinder) macht ihre spezifische Unterdrückung aus. Die Notwendigkeit, jene Privatheit zu überwinden, einen Platz in der Gesellschaft zu erkämpfen, um den gemeinsamen Kampf um eine menschlichere (nicht weiblichere) Gesellschaft aufzunehmen, macht eigene Frauenorganisation ebenso nötig wie andere Zusammenschlüsse von unterdrückten Minderheiten. Seit mehr als 100 Jahren allerdings steht nicht mehr die Emanzipation von Bevölkerungsteilen, sondern die der Menschheit auf der Tagesordnung. Ihr entgegenzuwirken, ihr in den Rücken zu fallen, ist trotz all ihrer Notwendigkeit zugleich die besondere Gefahr jener Organisationen, die die Befreiung nur bestimmter, besonders unterprivilegierter Teile der Menschheit anzielen, daher auch die Gefahr von Frauenorganisationen. Eine besonders schlagkräftige Waffe im Kampf gegen die wirkliche Politisierung der Frauen ist der Feminismus in vielerlei Gestalt.

In der in Milletts Buch vorliegenden Form, in der die Prostituierten mit großem Aufwand an emotionaler Aufrührung zur Avantgarde der Bewegung stilisiert werden und in der vergleichsweise sehr bescheiden das Ziel der Strategie „eine gewandelte öffentliche Haltung“ (11) zur Frage der Prostitution sein soll, wird durch die bei den Feministen übliche Gleichsetzung von Prostitution und Ehe<sup>5</sup> die tatsächliche Preisgabe des letzten nicht unter das Verwertungsprinzip fallenden Werts der menschlichen Unantastbarkeit und Würde durch den Verkauf von „Liebe“ auf eine Weise eskandalisiert, daß um die Würde des Menschen und um Liebe wirklich zu kämpfen als gänzlich absurd aus den Augen verloren werden muß.

Statt dessen aber kann es für eine ernsthafte Frauenbefreiungsbewegung in der Frage der Prostitution doch nur um den Kampf gegen die Bedingungen gehen, die sie möglich oder gar notwendig machen, und für Bedingungen, die zugleich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf eine neue Stufe heben. Es ist dies zunächst der höchst prosaische Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit vom Ehemann, d. h. um ausreichende angemessene Arbeitsplätze, um Ausbildung, um gleiche Löhne, um rechtliche Gleichstellung etc. Allerdings hat dieser Kampf weder Weg noch Ziel mit dem von Millett mit den folgenden Worten beschworenen gemein: „Blumen, Musik, Rausch, Gespräche und ein phantastischer Liebesgenuß ... das alles könnte sein. Und ich meine, es ist ein Ziel, um das es sich zu kämpfen lohnt“ (88).

Nach dem gleichen Muster gestrickt, aber weniger originell und weniger konsequent als der von Kate Millett ist Alice Schwarzers neuester Versuch, die Frauen zum Gegenstand einer Buchveröffentlichung zu machen<sup>6</sup>. 16 Interviews mit Frauen aller möglichen

<sup>5</sup> Vgl. hierzu meine Ausführungen in *Das Argument* 67, 1971, „Die mißverständene Emanzipation — Kritik zu Schrader-Klebert“.

<sup>6</sup> Alice Schwarzer (Hrsg.): *Frauenarbeit — Frauenbefreiung. Praxis-Beispiele und Analysen.* edition suhrkamp, Bd. 637, Frankfurt/M. 1973 (188 S., br., 4,50 DM). — Bis auf weiteres beziehen sich die im folgenden in Klammern wiedergegebenen Seitenzahlungen auf Schwarzers Buch.

Ausbildungs- und Berufsarten und entsprechend unterschiedlicher sozialer Lage werden dem Leser vorgeführt, ohne daß im entferntesten klar wird, warum gerade 16 und nicht einer oder 100 Berichte, denn die Texte könnten in ihrer sattem bekannten, in sämtlichen Medien durch ständige Wiederholung platt gewalzten folgenlosen Art ebenso ins Unendliche fortgeführt werden wie ungesagt bleiben: Menschen wachsen auf in unterschiedlichen Familien, lernen dies und das oder nichts, haben Freunde, Geschwister, Eltern, ergreifen einen mehr oder minder zufälligen Beruf, werden mehr oder weniger ausgebeutet, die Arbeit ist mehr oder weniger langweilig, eintönig, inhuman etc. etc. — Einheitstiftendes Moment ist die Auswahl nur weiblicher Berufstätiger — entsprechend ist im Text jeder Verweis auf weibliche Vorurteile oder geschlechtsspezifische Benachteiligungen bedeutsam kursiv gedruckt („Ich versteh nicht, warum man überhaupt lernen soll als Mädchen. Bei uns werden Männer bevorzugt.“)

Über die bekannten Tatsachen hinaus erfährt man allerdings nichts Neues und im Unterschied zu den vielen, wenn auch mittelmäßigen Erhebungen über Frauenarbeit und -bewußtsein zudem nichts über die Verbreitung der jeweiligen Phänomene.

Beim angestrebten Versuch, ihr Buch mit „Frauenbefreiungsbewegungen“ zu verknüpfen, bastelt Schwarzer die Bruchstücke möglicher und tatsächlicher Meinungen zu einem programmatischen Entwurf zusammen<sup>7</sup>: „Hüten sollten Frauen sich vor: — Teilzeitarbeit ... Drei-Phasen-Theorie ... Hausfrauengehalt ... Sackgassenberufen (Sekretärin, Assistentin, Stewardess etc.) ...“ (26). Aus der gesicherten Höhe eines privilegierten Berufes ist Schwarzer als Feministin jeglicher Politik oder gar Politisierung der Frauen abhold: „Frauen müssen erkennen, daß sie recht haben; daß sie Gründe haben, sich unter den gegebenen Umständen kaum für ‚Kariere‘ und ‚offizielle‘ Politik zu interessieren (die doch nur ein Instrument zu ihrer Unterdrückung ist)“ (22). Begeistert schließt sie sich der neuerlich hauptsächlich aus den USA importierten Vorstellung an, nach der hinter jeder Unterdrückung das patriarchalische oder männliche Prinzip stecke. „Daß den Frauen als *primäre* Funktion die Arbeit im Reproduktionsbereich gesellschaftlich zugewiesen ist, macht sie zur niederen Kaste, deren Lebensschicksal in unbezahlter ‚Sklavenarbeit‘ im Dienste der übergeordneten Kaste, der Männer, besteht“ (14)<sup>7a</sup>. Noch 1973 kann Herbert Marcuse für die Frauenbewegung, durch Schwarzer unterstützt, leitsternhaft verkünden: „... die patriarchalische Gesellschaft hat ein Bild der Frau, eine weibliche Gegenkraft

7 Eine gekürzte Fassung ihres Beitrags erschien zuerst in der Zeitschrift *Neues Forum*, März 1973, ebenso eine Kurzfassung des noch zu diskutierenden Beitrags von Susan Sontag, der ursprünglich „im Juli 1972 als Antwort auf einen Fragebogen der in Paris erscheinenden spanischsprachigen, vor allem in Lateinamerika gelesenen *Revue Libre* erschienen war und schon von *Les Temps Modernes* in französischer Sprache nachgedruckt wurde.

7a Schwarzer zitiert hier aus einem Vorwort des Frankfurter Weiberats zu einer Auswahl amerikanischer Feministinnentexte.

geschaffen, die noch zu einem Totengräber der patriarchalischen Gesellschaft werden kann“ (23).

Als „autonome Frauenbefreiungsgruppen“ werden von der Autorin stolz jene Gruppen bezeichnet, die im Unterschied zu den „Klassenkämpferinnen“ (13) nichts mit einer „männerdominierten Partei oder Organisation“ (28, 187) zu tun haben wollen, nicht die „außerhäusliche Produktionssphäre“ (13) in den Vordergrund rücken. — Als verwerflich wegen seiner „rein sozialistischen Richtung“ (13) gilt etwa der „Sozialistische Frauenbund Westberlin“. — Entsprechend wird beiläufig einer angeblichen Unterdrückung der Frau in den sozialistischen Ländern Erwähnung getan<sup>8</sup>, um anzuzeigen, daß der Sozialismus kein Weg zur Frauenbefreiung sei, denn die „Männergesellschaft kann bestenfalls Interesse an spannungsmildernden Konzessionen, nicht aber an grundlegenden Veränderungen haben, da sie von der Benachteiligung der Frauen gesamtgesellschaftlich und individuell profitiert“ (26).

Im Anhang findet sich die deutsche Übersetzung eines Beitrags von Susan Sontag. Mit ähnlicher Leidenschaftlichkeit und ganz ähnlichen Analysen wie bei Kate Millett wird hier berechnete Empörung in Handlungsaufforderungen abgedrängt, deren Befolgung die Bewegung praktisch irrelevant machen würde. Es geschieht dies vermittels der offenbar in den USA in Mode gekommenen wahnhaften Vorstellung, welche den Namen „Sexismus“ trägt und im Prinzip auf der schon oben geschilderten Methode beruht, in analogisierender Weise sexuelle Strukturen oder solche, die man dafür hält, auf gesellschaftliche zu übertragen. So fordert Sontag etwa dazu auf, den „sexistischen Charakter der Sprache aufzudecken“. „Eine gewisse Anzahl der amerikanischen Militanten im Frauenbefreiungskampf sind sich der trügerischen Natur der Grammatik bewußt geworden“ (146 f.). Oder aber sie entdeckt, daß „das Wesen der Macht nach sexistischen Modellen definiert ist“ (155), so daß der „Faschismus . . . die natürliche Erfüllung der Werte des patriarchalischen Regimes“ (156) ist. Aus der richtigen Einsicht, daß die Frauen keine Klasse sind, zieht Sontag den fälschlichen Schluß, daß „kaum eine Beziehung zwischen Klassenkampf und Frauenkampf“ (152) bestehe. So behauptet sie auch, daß die Anprangerung der Unterdrückung der Frau bei Marx und Engels nicht zwingend logisch aus dem Marxismus hervorgehe, sondern „weil sie Humanisten, Erben der Aufklärung, waren“ (153). Durch eine weniger inhaltlich gefüllte als vielmehr von ihr selbst wesentlich als „radikal“ bezeichnete Vorstellung vom Sozialismus entgeht ihr, daß dieser wiederum der einzig reale Testamentsvollstrecker von Humanismus und Aufklärung ist.

Im übrigen legt Sontag eine in vielen Einzelpunkten — Familie, Berufstätigkeit, Hausarbeit — richtige Analyse, in anderen eine einsichtige Phänomenologie vor. Durch die Überordnung der Frauen-

<sup>8</sup> Die Quellen, nach denen sie die Wahrheit über die sozialistischen Länder verkündet, sind: *Le Monde*, die *Frankfurter Rundschau*, Broyelle und Myrdal.



unterdrückung über die der Klassen — einfach weil sie die älteste bekannte Form von Herrschaft und Knechtschaft ist — unterstützt sie — zugleich mit der begrüßenswerten Förderung der Kampfbereitschaft und individuellen Emanzipation der Frauen — die Täuschung über die nicht so sehr männliche als profitorientierte Macht der ausbeutenden Klasse und damit die Erfolglosigkeit im Kampf gegen die historisch letzte Schlüsselform der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Was in der Frauenbewegung als Feminismus die erfolgreiche Politisierung der Frauen gefährdet, die Identifizierung von Herrschaft und Ausbeutung mit dem männlichen Geschlecht, erfüllt ebenso das gesamte Buch Pilgrims<sup>9</sup>. Ausweglos und düster langweilig propagiert er einen Zerstörungstrieb des Mannes, der zunächst den Mann selber, dann die Erde insgesamt bedrohe. Die Gesellschaft als Verschwörung der Väter folge dem dunklen Herrscherwillen, der Macht gebe über „Söhne und Frauen“. Der Auflehnung werde entgegengearbeitet durch frühzeitige sexuelle Deformation. Alles Schlechte, das in der Welt geschieht, vom Hunger in Indien bis hin zur Umweltverschmutzung, Faschismus, Kriege im allgemeinen wie der Vietnamkrieg im besonderen usw. werden erklärt aus der vulgärpsychoanalytisch hergeleiteten Theorie von der Herrschaft der Väter. Damit die Sicht auf wirkliche Gegner gänzlich vernebelt sei, wird das übermächtige Patriarchat als weltweite Horrorstruktur postuliert. Als Beweis wird quer durch die Geschichte, von der Bibel bis zur sozial-liberalen Koalition gewaltsam in das Schema — Vater unterdrückt Sohnessexualität, um die Herrschaft zu behalten — gezwungen, was immer sich irgendwie zurechtbiegen läßt. Über die sozialistischen Länder erfährt man so beiläufig und nebenher ein wenig, daß niemand ernsthaft politische Absichten des Autors mutmaßen kann. „Die umwälzendsten Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts — die Ideen von der Machbarkeit gesellschaftlicher und individueller Verhältnisse —, die sich aus den Theorien von Marx und Freud kristallisiert haben, sind inzwischen systematisiert, orthodoxiert, ideologisiert, das heißt zur Mitwirkung an der Verewigung der patriarchalischen Zustände gebogen worden, die sie ursprünglich bekämpfen sollten . . . die Söhne mumifizieren die Ideen ihrer progressiven Väter für die Mausoleen sogenannter Systeme, die man betrachten oder erleiden muß, die man aber nicht mehr verändern darf, so wie es mit dem Marxismus geschehen ist“ (33). Falls das Buch wirklich Leser finden sollte, bleibt die Hoffnung, daß es geeignet scheint, durch die Konsequenz, mit der der Autor dem „Sexismus“ verfällt, dessen Absurdität deutlicher werden zu lassen und so zu seiner schnelleren Überwindung beizutragen.

Daß alle Versuche der Verbreitung „feministischer“ Gedanken letztlich Versuche der Entpolitisierung der Frauen sind, beweist nicht

9 Volker Elis Pilgrim: Der Untergang des Mannes. Kurt Desch Verlag, München-Wien-Basel 1973 (228 S., Hln., 22,— DM). — Die folgenden in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das genannte Buch Pilgrims.

nur die Analyse der positiv vorgeschlagenen Wege zur angeblichen Befreiung, sondern auch die Nennung jener, die man nicht gehen soll. Es wird nämlich in allen diesen Verlautbarungen — mehr oder minder dick aufgetragen — ausdrücklich vor dem Sozialismus gewarnt. Darüber hinaus wird gar durch psychologische Tricks versucht, sozialistisches Potential für den Feminismus abzuwerben. So wird häufig — offenbar marxistisch angerührtes Publikum voraussetzend — mit Marx-Assoziationen gearbeitet: Bei Millett traten die Frauen auf, die „nichts zu verlieren haben als ihre Ketten“, bei Marcuse werden sie zum „Totengräber der (patriarchalischen) Gesellschaft“. In einem kürzlich im westdeutschen Fernsehen ausgestrahlten dreiteiligen Film<sup>10</sup> wird nicht nur der Geschlechterkampf als Basis dargestellt, über der ein ideologischer Überbau sich erhebe, sondern sogar an den Eingangssatz aus dem Kommunistischen Manifest erinnert — „Ein Gespenst geht um in Europa —, freilich ohne den Kommunismus, vielmehr statt seiner den „männlichen Herrschaftswillen“ im „lebensfeindlichen Industriesystem“ zu erwähnen.

Eine weitere Strategie richtet sich gegen eine vermutete zunehmend historisch-materialistische Denkweise. So beschäftigen sich nicht nur Millett und Pilgrim, sondern auch der genannte Film mit einer Neufassung der Geschichte als einer, deren Bewegung seit dem Sündenfall dem Kampf der Geschlechter geschuldet sei. Der Faschismus, den als gänzlich verschieden vom Kapitalismus darzustellen sich schon viele Historiker bemüht haben, wird von den Theoretikern des Feminismus ganz besonders gründlich für ihre Schablone „Männer gegen Frauen“ vereinnahmt. War der Faschismus bei Sontag „die natürliche Erfüllung der Werte des patriarchalischen Regimes“ (Schwarzer, 156), kommen bei Pilgrim SS-Eliteeinheiten und Auschwitz nur im Zusammenhang mit deformierter Sexualität vor (Pilgrim, 35, 37), so erfuhr man in dem erwähnten Film, daß der Faschismus der „letzte Ausbruch des Machtwahns der Männer, die höchste Form des männlichen Chauvinismus und seine Blamage“ war, und Kate Millett handelt gar Faschismus und die Entwicklung in der Sowjetunion im gleichen Kapitel unter dem gemeinsamen Titel „Die Gegenrevolution. 1930 — 1960. Reaktionäre Politik“ ab<sup>11</sup>.

Auch der Kapitalismus braucht die Frauen in zunehmendem Maße als Berufstätige, ist angewiesen darauf, daß sie etwas lernen, kann kein großes Interesse mehr an ihrer fehlenden Gleichberechtigung haben. Das schließt den Kampf der Frauen um ihre Rechte nicht aus, sondern macht ihn im Gegenteil erst erfolgversprechend. Die Kampferfahrung wird sie in die Lage versetzen, der Entpolitisierung des Feminismus zu entgehen. Denn dieser kann aufgrund seiner falschen Feindsetzung langfristig zwar keine tatsächliche Veränderung bewirken. Seine Faszination jedoch beruht auf der Indienstnahme vieler

10. Wilhelm Bittorf: Der Kampf der Geschlechter. Der Sündenfall — Liebeshaß — Sexualpolitik. Der Film ähnelt im übrigen in weiten Teilen dem Buch von Pilgrim, ohne es allerdings anzugeben.

11. Millett: Sexus und Herrschaft, S. 185 ff.

menschlicher Sehnsüchte wie Liebe und Solidarität, Zärtlichkeit und allgemeine Zuneigung, Vertrauen, Geborgenheit usw. Sein Verdienst ist es, einen Teil dieser Sehnsüchte — wenn auch in Subkulturen und also nicht allgemein — zu befriedigen.

Ein Nährboden für den Feminismus ist gesellschaftlich verschuldete massenhafte Unfähigkeit, Zusammenhänge zu durchschauen; dies ist zugleich ein Anzeichen des Unterdrücktseins. Die Lernbewegung, die durch Teile der Frauenorganisationen geht, wird begreifendes Erkennen möglich machen. Auf jene, die die gesellschaftliche Wirklichkeit durchschaut haben, wird der Feminismus keine entpolitisierte Faszination mehr ausüben. Wenn sie kämpfen, können sie nicht immer freundlich sein, bei der Arbeit können sie weder „Blumen“ noch „Musik“, noch „einen phantastischen Liebesgenuß“ erfahren; die Solidarität jedoch, die aus der Zusammenarbeit entspringt, sollte es ermöglichen, einen Teil jener Sehnsüchte, die den Feministen das Ziel verbaut und die zugleich ihre Berechtigung ausmacht, in der politischen Frauenorganisation Erfüllung finden zu lassen.

Horst Petri

## Die ärztlichen Standesorganisationen und der § 218

Der Deutsche Ärztetag, in dem die Delegierten der Standesorganisationen der Deutschen Ärzteschaft vertreten sind, hat anlässlich seiner Tagung im Rahmen des 76. Deutschen Ärztekongresses in München mit einer EntschlieÙung in die Reformdebatte zum § 218 StGB eingegriffen (veröffentlicht im Deutschen Ärzteblatt vom 25. 10. 1973, S. 2971).

Diese EntschlieÙung der offiziellen Standesvertretung der Deutschen Ärzteschaft muß ernstgenommen werden, da das politische Gewicht dieser überwiegend konservativ strukturierten Berufsgruppe bei dem Versuch, notwendige gesundheitspolitische Reformen zu verhindern, nicht unterschätzt werden darf. Die EntschlieÙung fordert daher die entschiedene Stellungnahme aller reformwilligen Ärzte.

Die vorliegende Stellungnahme erfolgt auf der Basis deprimierender Erfahrungen, wie sie im Zusammenhang mit dem Thema der Geburtenregelung auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie täglich gemacht werden.

Die EntschlieÙung des Deutschen Ärztetages, die in ihrer Überschrift bereits kategorisch formuliert ist: „Reform des § 218: Ablehnung der ‚Fristenlösung‘“, beginnt mit einem programmatischen Bekenntnis, dessen ideologische Fixierung bis heute Sachdiskussionen zementiert hat: „Die Achtung und Erhaltung des menschlichen Lebens muß oberster Grundsatz für die Entscheidung bleiben, ob ein Schwangerschaftsabbruch legal durchgeführt werden kann. Auch das werdende menschliche Leben ist schutzwürdig und darf aus ärztlicher Sicht nur um der Erhaltung der Gesundheit der werdenden Mutter willen geopfert werden. Der Deutsche Ärztetag lehnt daher die strafrechtliche Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs im Rahmen einer Frist von 3 Monaten ab ...“

Der fetischisierende Charakter eines so verstandenen „menschlichen Lebens“ und die Mystifikation des „werdenden Lebens“ sind die beiden wesentlichen Mechanismen, mit denen der Blick auf die psychische und gesellschaftliche Realität eines unter diesen ideologischen Voraussetzungen produzierten Lebens verstellt wird. Das Prinzip des ‚Lebens um jeden Preis‘ — Ausnahmen läßt die EntschlieÙung nur für die medizinische Indikation, d. h. bei der Gefahr für das Leben der Schwangeren oder bei der Gefahr „einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes“ zu — gerät damit in einen unauflösbaren Widerspruch zu Artikel 2 des GG, der jedem Menschen das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit garantiert und

zu § 1 des JWG, der jedem Kind „ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“ zugesteht.

Der Deutsche Ärztetag setzt sich mit seiner EntschlieÙung über diesen Widerspruch hinweg und verleugnet die alarmierenden Fakten und harten Zahlen, in denen sich dieser Widerspruch in der gesellschaftlichen Praxis niederschlägt.

Die ungeheebtesten und von der allgemeinen Kinderfeindlichkeit am härtesten betroffenen Kinder in unserer Gesellschaft sind die nicht-ehelich geborenen; auch die vorehelich geborenen, die „Muß-Ehen-Kinder“, die Scheidungskinder aus Frühehen und die innerhalb einer Ehe ungewollt gezeugten und unerwünscht Geborenen trifft oft ein ähnlich schweres Schicksal. Die Zwänge der Natur und der gesellschaftlichen Ideologie, die für alle diese Kinder die primären Bedingungen ihrer Existenz darstellen, und die durch diese Existenz ausgelösten oder potenzierten psychischen und ökonomischen Zwänge für die Mutter, die Familie oder die Gesellschaft schlagen in oft unmenschlicher Weise auf die Kinder zurück: Vernachlässigung, Ablehnung und Haß sind die kardinalen Ausdrucksformen dieses Wechselprozesses, in dem die Kinder ohnmächtige Opfer sind. Die Folgen werden oft nur statistisch erfaßt: 130 000 Kinder leben in Heimen. Leben sie freiwillig dort? Etwa 1,5 Millionen Minderjährige stehen in Deutschland unter Amtsvormundschaft, in Familienpflege unter Pflegeaufsicht, in freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung. Warum stehen sie dort? Was ist Hospitalismus? Fühlt sich ein verwaorloser Jugendlicher geliebt? Und ein Krimineller? Kennt der Deutsche Ärztetag die Zahlen über die jährlich totgeprügelten Kinder? Wer erzieht alle diese Kinder zur „seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“? Die Broken-Home-Familien, die Tageskrippen, die kinderreichen Familien randständiger Sozialgruppen, die Jugendämter, die Erziehungsheime, die Jugendstrafanstalten? Wer hilft den Müttern, mit ihren Aggressionen fertigzuwerden und mit ihren Schuldgefühlen oder auch mit ihrer sozialen Misere, die sie einschleust in einen zermürbenden Kreislauf von Geburt, Raumnot, Geldmangel, Berufstätigkeit, Kinderkrippen, körperlicher und seelischer Überlastung, psychosomatischen Erkrankungen und erneuter Geburt?

Der Deutsche Ärztetag nimmt nach seiner kategorischen Absage an die freie Willensbestimmung der Frau ein Dreipunkteprogramm in seine EntschlieÙung auf, mit dem er seine gesellschaftliche Verantwortung einbringen und erfüllen möchte.

„1. Die Ärzteschaft ist bereit, ihren Beitrag zu leisten zur emanzipatorischen Erziehung bei der Sexualaufklärung, bei der Schwangerschaftsverhütung und bei der Familienplanung.

2. Die Ärzteschaft ist bereit, ihren Beitrag zu leisten zu sozialstaatlichen Initiativen bei der Adoptionsgesetzgebung, bei einem Lastenausgleich für kinderreiche Familien und bei der Organisation von Familienhilfen.

3. Die Ärzteschaft ist bereit, ihren Beitrag zu leisten zur Überwindung der Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft.“

Dieses Dreipunkteprogramm zeugt von der Hilflosigkeit des Deutschen Ärztetages, den fundamentalen Widerspruch zwischen seiner Einstellung zum § 218 und der gesellschaftlichen Realität zu erkennen, geschweige denn zu lösen. Das unverbindliche Bekenntnis muß in dieser Situation umfassende Vorschläge zu konkreten Maßnahmen, die nicht ohne tiefgreifende Veränderungen des sozialmedizinischen Versorgungssystems durchführbar wären, ersetzen. Es muß wie eine Fehlleistung erscheinen, wenn der Deutsche Ärztetag bei seinem Programm als dritten Punkt die „Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft“ nennt. Hat er dabei an all die eben genannten Kinder gedacht und an die größere Zahl derer, die aus Mangel an Liebe emotional verkümmern, an die neurotisch erkrankten Kinder, an das Heer der Schulversager und an die Alkohol- und Drogenkonsumenten?

Jährlich sterben etwa 4000 Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland durch Selbstmord, der in der Todesursachenstatistik für das Jugendalter nach dem Verkehrstod an zweiter Stelle steht; etwa 200 000 begehen einen Selbstmordversuch. Auch bei diesen Minderjährigen steht ihre Geburt häufig unter den Vorzeichen primärer Ablehnung, weil sie ungeplant, ungewollt, unzeitgemäß erfolgte. Der häufig beschworene „Mutterinstinkt“, der sich auch bei ungewollten Schwangerschaften durchsetzen und zu einer liebevollen Annahme des Kindes führen soll, gehört spätestens seit dem Zeitpunkt zum Arsenal bürgerlicher Ideologie, seit dem von der Psychoanalyse die subtilen Mechanismen der Aggressionsabwehr im Mutter-Kind-Verhältnis aufgedeckt wurden, bei denen sich unter dem Schafspelz der Liebe die Aggressionen gegen das Kind um so zerstörender ausleben können. Die verschiedenen Formen unverhüllter oder verdeckter „Kinderfeindlichkeit“ in der Familie lassen sich nicht nur durch eine Vermehrung von Kinderspielplätzen überwinden. Der Mangel an ihnen stellt nur ein Symptom der aus den Familien in die Gesellschaft fortgesetzten Feindschaft gegen die Kinder dar. Die Annahme erscheint nicht abwegig, daß ein Grund für die in unserer Gesellschaft verbreitete Kinderfeindlichkeit in den historischen Bedingungen zu sehen ist, unter denen die Vorgänge von Schwangerschaft und Geburt bis heute in einer ungelösten Dialektik verharren: in dem Anspruch auf Selbstbestimmung in einem der persönlichsten und dramatischsten Erlebnisse der menschlichen Existenz einerseits und zum anderen in der enttäuschenden Erfahrung der überwiegenden Fremdbestimmtheit dieses Erlebnisses durch die Zwänge der Natur und der gesellschaftlichen Realität. Die in diesem Widerspruch enthaltene Spannung entlädt sich entweder in einer ungebrochenen Enttäuschungswut („ich habe ihn nie gewollt“), in einer reaktiven Abwehr der Aggression durch überfürsorgliche Liebe und overprotection („zuerst wollte ich ihn nicht, aber jetzt liebe ich ihn über alles und könnte keinen Augenblick mehr auf ihn verzichten“), oder der Widerspruch findet sein psychisches Korrelat in der Ambivalenz vieler Mütter, die durch ständig wechselnde Gefühlsqualitäten von Haß und Liebe, Verwöhnung und Härte, Vernachlässigung und Überbehütung gekennzeichnet ist. Die psychodynamischen Auswirkungen

dieser Ambivalenz sind eine wesentliche Ursache für die Häufung von Verhaltensstörungen und neurotischen Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter, die für etwa 20 % der Minderjährigen in der Bundesrepublik Deutschland eine ernsthafte Gefährdung ihrer psychosozialen Entwicklung darstellt.

Wenn der Deutsche Ärztetag diese Zusammenhänge ignoriert, die durch die Fortentwicklung verschiedener Wissenschaftszweige heute bis in Details erforscht sind, wenn er der Frau in unserer Gesellschaft das Recht vorenthalten möchte, darüber selbst zu bestimmen, ob sie ein Kind austragen, ernähren, versorgen und lieben will, wenn er auch dem Mann weiterhin die Bestrafung durch ungewollte Kinder und die oft harten Rückwirkungen auf diese auferlegt und wenn er diese Haltung dann als „Achtung des menschlichen Lebens“ deklariert, deckt er unfreiwillig ein Menschenbild auf, das historisch im Zeitalter der Voraufklärung mit seiner religiösen und moralischen Unterdrückung anzusiedeln ist. Der antiaufklärerische Geist dieser Haltung tradiert gleichzeitig mit diesem Menschenbild die in dieser historischen Epoche stärker noch als heute bestehende Klassenstruktur der Gesellschaft: Der Deutsche Ärztetag liefert mit seiner Entschließung ein klares Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der sozialen Ungleichheitsverhältnisse in unserer Gesellschaft, indem er die rücksichtslose Unterprivilegierung der Arbeiterschicht in allen Fragen der Geburtenregelung wissentlich in Kauf nimmt\*. Denn er muß wissen, daß der Kinderreichtum vieler Unterschichtfamilien nicht Ausdruck reiner Kinderliebe ist, daß in der Unterschicht die Zahl nichtehelich, außerehelich, vorehelich und später unfreiwillig gezeugter Kinder um ein Vielfaches höher liegt als in den höheren Sozialschichten, daß gerade diese Kinder die schwersten Sozialisationschäden aufweisen, aus denen heraus sich Verwahrlosung und Kriminalität immer aufs Neue reproduzieren. Wie wird sein Beitrag aussehen „bei einem Lastenausgleich für kinderreiche Familien und bei der Organisation von Familienhilfen“? Wird er mehr Ärzte aufs Land schicken oder mehr Ärzte in die Arbeiterviertel der Großstädte, wird er mehr Fürsorgestellen für Säuglinge und Kleinkinder dort eröffnen, ...?

Die die Entschließung des Deutschen Ärztetages beherrschende Ideologie und die durch sie vermittelte Machtanmaßung werden in ihrer Zielsetzung deutlich. Die Unmündigkeit der Massen und besonders der unterprivilegierten Teile von ihnen soll aufrechterhalten und verewigt werden. Dabei geht es nicht um die seelische und gesellschaftliche Tüchtigkeit der Individuen, sondern um ihre „Erhaltung“ im Rahmen der biologischen und ökonomischen Interessen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Systems. Weniger theoretisch formuliert: Die billigsten Produktivkräfte rekrutieren sich aus den „Überschuß-Kindern“ der unfreiwillig kinderreichen Arbeiterfamilien, da diese

\* Vgl. hierzu Marlis Dürkop und Hannelore May: Der Kampf gegen das Abtreibungsverbot, in: *Das Argument* 67, 13. Jahrgang 1971, „Emanzipation der Frau — Sexualität und Herrschaft (VI)“, S. 706—719.

Kinder die geringsten Chancen für eine „seelische und gesellschaftliche Tüchtigkeit“, d. h. für eine psychische Widerstandsfähigkeit und berufliche Qualifikation haben, mit deren Hilfe sie sich der späteren Ausbeutung als billige Arbeitskräfte entziehen könnten. Die Bereitstellung dieses Fließbandproletariats wird nur über die Ausbeutung der körperlichen und seelischen Kräfte der Frauen der Arbeiterschicht möglich.

Diese Tatsachen lassen sich heute durch keinen moralischen Anspruch mehr verschleiern. Der Deutsche Ärztetag stellt sich mit der Aufrechterhaltung dieses Anspruchs in eindeutiger Weise gegen die Interessen der lohnabhängigen Massen der Bevölkerung.

Die Reform des § 218 kann nur zu einer Reform werden, wenn sie durch eine „Fristenlösung“ versucht, die Ungleichheitsverhältnisse bei der Geburtenregelung in der Bevölkerung auszugleichen und die in diesem Zusammenhang erzeugte psychische und soziale Verelendung breiter Teile der Bevölkerung einzuschränken. Oder soll weiterhin das Recht der Ungeborenen das Unrecht der Geborenen bedeuten?

Der Zusammenhang zwischen der Erweiterung des legalen Schwangerschaftsabbruchs und den ökonomischen Gesellschaftsinteressen involviert für die Apologeten der konservativen Regelung des § 218 eine Befürchtung, die kaum jemals öffentlich formuliert wird: Kann eine solche Erweiterung nicht in absehbarer Zeit zu einer spürbaren Dezimierung der Bevölkerung führen, wie dies bereits durch die Fortschritte der chemischen Antikonzeption zu beobachten ist? Die Formulierung dieser Frage wird vermieden, weil ihre Beantwortung in der Tat den Entwurf neuer gesellschaftlicher Konzeptionen einschließen müßte und angesichts dieser Notwendigkeit der Fortbestand des Bestehenden die bevorzugte Lösung darstellt. Diese Konzeptionen müßten eine kinderfreundliche Gesellschaft zum Ziel haben, in der Kinder nicht mehr als Produkte des Zwangs, sondern der Freiheit, und nicht als Wagnis und Last, sondern als Bereicherung und Glück des persönlichen und gesellschaftlichen Seins erlebt werden können. Unter diesen Bedingungen wäre der Befürchtung um den Fortbestand unserer Gesellschaft jede vernünftige Basis entzogen, da sie eine Lösung des Widerspruchs zwischen vermehrten Schwangerschaftsunterbrechungen und trotzdem gleichbleibender oder gar ansteigender Kinderzahl bedeuten würden.

Dieser dialektische Zusammenhang zeigt die eigentliche Tragweite der Entscheidung bei der Neuregelung des § 218 auf. Der Gesetzgeber wird sich gegen die Stimme des Deutschen Ärztetages (und anderer konservativer Kräfte) zu einer „Fristenlösung“ entschließen müssen, wenn er es ernst meint mit der Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft.



## Besprechungen

### Philosophie

**Riedel, Manfred (Hrsg.):** Rehabilitierung der praktischen Philosophie. Band I: Geschichte — Probleme — Aufgaben. Verlag Rombach, Freiburg i. Br. 1972 (584 S., Ln., 70,— DM).

Der Sammelband präsentiert 21 Beiträge zum Thema der „Praktischen Philosophie“. Sein Herausgeber, Manfred Riedel, glaubt, ein „neu erwachtes Interesse an den Problemen und Aufgaben der praktischen Philosophie“ (11) konstatieren zu können, ein Interesse, das darauf ziele, „die Geltung von Normen des menschlichen Handelns („was wir tun sollen“) sowie das Abwägen und Wählen von Handlungszielen („wie wir leben können“) zu begründen“ (11). Kronzeugen des neuen Aufbruchs seien: die Aristoteles- und Hegelrenaissance nach 1945, die angelsächsische Meta-Ethik, die operative Wissenschaftstheorie und die „kritische Theorie“.

Kriterien der Auswahl scheint es nicht zu geben. Der Herausgeber nennt die Alternative: entweder nur eine Lehrrichtung oder alle Lehrrichtungen, und entscheidet sich dann dafür, „die verschiedenen Richtungen gleichermaßen zu berücksichtigen“ (11). Indes kommt, nicht zufällig, von der Seite, die seit über 100 Jahren die Probleme einer praktischen Philosophie reflektiert, von der marxistischen in allen Schattierungen, nicht ein Vertreter zu Wort. Der liberale Pluralismus entpuppt sich, nur verbal getarnt, als kalkulierte Parteilichkeit. Doch selbst innerhalb des nunmehr eng gesteckten Rahmens ist ein einheitlicher Begriff der praktischen Philosophie nicht zu erwarten. Die Beiträge aus allen systematischen und historischen Himmelsrichtungen sammeln sich allenfalls in einem Band, konstituieren indes keinen Begriff. Es äußern sich z. B. unter den Titeln: „Das Problem einer Rehabilitierung der praktischen Philosophie“: H. Fahrenbach, H. Kuhn, M. Riedel; „Grundlagen der Ethik“: W. Kamlah, K.-H. Ilting; „Philosophie und politische Praxis“: R. Spaemann, H. Lübbe; „Phänomenologie und Existentialismus“: B. Waldenfels, L. Eley, R. Maurer etc. Positiv ist kein Generalnenner auszumachen, negativ schält sich ein untergründig geführter Generalangriff gegen Marx und eine marxistische Interpretation der Wirklichkeit heraus.

Daß der Begriff einer praktischen Philosophie nicht unabhängig zu bilden sei vom Begreifen der konkreten Wirklichkeit, dokumentiert der Sammelband mehr unfreiwillig denn bewußt. Gerät die Realität überhaupt ins Blickfeld, dann allenfalls als „moderne Wirklichkeit“, als die „heutige Zeit“, meist als „reales So-sein“, am pointiertesten

noch als die „moderne industrielle Gesellschaft“ (z. B. Riedel, 11). Dies wirklichkeitslose Philosophieren begegnet der Praxis denn auch nicht außer sich, sondern zunächst und zuallermeist in sich selbst. Es setzt sich selbst als praktisches und zählt zu ihrer Tätigkeit u. a. auch die Kontaktaufnahme mit der Realität. „Das philosophische Bewußtsein, so läßt sich die vorangegangene Überlegung zusammenfassen, entdeckt die Praxis erst in sich selbst und dann, mit dem Konkretwerden des Begriffs, außer sich selbst“ (Kuhn, 63). Die Marxsche Theorie, auch Philosophie habe sich als ein praktisches Moment im Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur zu bewähren, erfährt so eine erneute Umkehr. Die philosophische Erkenntnis wird nicht als ein aktives Element in das gesellschaftliche Handeln eingeordnet, sondern als die elementare Aktivität diesem vorgesetzt. Der innere Zusammenhang von Geltung und Genesis ist wieder zerstört. Doch die von den Füßen auf den Kopf zurückgestellte Theorie soll nicht gänzlich realitätslos sein. Ist ihr innerer Stoffwechselprozeß zwischen Begriff und Begriff zu einem gewissen Abschluß gelangt, wird sie konkret. „Praktische Philosophie ist die auf den Begriff gebrachte Rolle des Ratgebers an der Seite des Herrschenden, die Aristoteles dem Philosophen zuschreibt“ (Kuhn, 73). Solche Peinlichkeit hat System. Der herrschenden Wirklichkeit kommt in Gestalt ihrer wirklichen Herrscher eine solche Philosophie gewiß gelegen. Beiderlei Arten der Praxis fallen im Resultat unterschiedslos zusammen. So kommt denn auch „niemand umhin, von einer widerlegbaren Vermutung für die Vernünftigkeit des Bestehenden auszugehen“ (Lübbe, 259).

Hegel hatte die „Vernünftigkeit des Bestehenden“ bewiesen, doch schon Marx ihre Widerlegung aus dem Stadium der bloßen Vermutung in Wissenschaft überführt. Wie stellen sich die Autoren zu diesem Forschungsstand? Offen kaum, verdeckt um so mehr. In der historischen Analyse der praktischen Philosophie existiert für diese Autoren Marx nicht. Das Fehlen einer solchen Problemlage in der Mitte des 19. Jhdts. ist für sie ausgemacht; die allenfalls positivistisch verbrämte Durststrecke reicht von Kant und Hegel bis zum Neukantianismus. Fluchtpunkt der Überlegungen ist zumeist Aristoteles, für einige auch Hans Albert. Eine offene argumentative Auseinandersetzung mit Marx oder dem gegenwärtigen Marxismus findet nicht statt.

Die politische Intention des Sammelbandes formuliert Hermann Lübbe in einem Aufsatz über „Philosophie als Aufklärung“. Im theoretischen Teil des Bandes waren politische Überlegungen als außertheoretisch verpönt. Im politischen Teil des Bandes scheint es mit theoretischen Überlegungen ebenso bestellt. In dieser Konsequenz hat der Band seine schlechte Einheit. „Von der Gegenaufklärungswelle fühlt stets sich erhoben, wer sich auf der Suche nach der verlorenen Identität befindet. Die jugendbewegte Flucht in die ideologische Geborgenheit, die die Neue Linke zu verheißen scheint, erklärt sich entsprechend“ (Lübbe, 252). Identitätssucht, Irrationalismus, Illusionismus — das sind für Lübbe die hinreichenden Erklärungsgründe für die in sich höchst differenzierte demokratische Bewegung der

letzten Jahre. Sie habe einen neuen „Bibilizismus“ hervorgebracht und alle Kontakte zur Realität gekappt. Sie leide an einer kranken Psyche und modelliere allein nach ihrem Krankheitsbild die Wirklichkeit. „Der ‚Monopolkapitalismus‘ ist eine Größe von beruhigender ideologischer Eindeutigkeit“ (Lübbe, 255).

Die gesellschaftliche Wirkung dieser „Praktischen Philosophie“ ist dennoch nicht zu unterschätzen. Ihre innere Affinität zu technologischen Planungsstrategien und instrumentellen Prognosespielen dokumentiert sich allenthalben. Von dieser Seite aus verstärkt sich auch der Ruf nach ihr. „Der Vorwurf jedoch, die Philosophie habe sich zu wenig um die Analyse der normativen Komponenten von Planungs- und Entscheidungsprozessen bemüht, besteht durchaus zu Recht. Technologen, Sozialprojektoren und Planer fühlen sich von den Philosophen im Stich gelassen“ (Hans Lenk, 565). Die quantifizierende Wissenschaft, ihrer eigenen Unzulänglichkeit halb bewußt, verlangt nach wissenschaftlicher Qualität. Die Anzeichen, daß jene wirklichkeitslose Philosophie diese Brücke zur Wirklichkeit verstärkt beschreiten wird, sind unübersehbar. Doch weder so noch aus sich ist eine derartige „Praktische Philosophie“ zu rehabilitieren.

Frank Dietrich Wagner (Oldenburg)

**Landmann, Michael:** Das Ende des Individuums. Anthropologische Skizzen. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1971 (276 S., Ln., 27,50 DM).

„Anthropologische Skizzen“, heißt es im Waschzettel, „zeigen den Sinn des Einzelnen . . . Anthropologie ist heute der Gegenentwurf des Denkens gegen Verwaltung und Technik. Das Individuum, der sich selbst verantwortende Mensch, findet in den herkömmlichen Philosophien, im Chaos ihrer Systeme, keine Führung mehr“. Damit ist präzise angegeben, auf welches Thema Landmann zielt: auf das — mittlerweile von der spätbürgerlichen Kulturphilosophie plattgewalzte — Thema vom drohenden Untergang des Individuums, das, eingeklemt zwischen anonyme Verwaltungsapparate, unkontrollierte Technologien und technokratische Ideologien — wobei von deren kapitalistischer Formbestimmtheit und sozioökonomischer Genese an keiner Stelle des Buches die Rede ist —, verzweifelt um seine Erhaltung ringt. Nach Landmann breitet sich heute eine gefährliche „Gleichheitsideologie“ aus (122), deren Basis ein nicht weiter abgeleiteter „Neidinstinkt“ sein soll (ebd.): „das Individuum stirbt an der bloßen Schuld seines Seins“ (ebd.). „Haß und Wut entladen sich jetzt gegen das Individuum. Die ‚Gesellschaft‘ als ganze tut sich zusammen, um ihm seinen Freiraum, seine Wirkungsmöglichkeiten zu nehmen“ (123). Schlimmer noch: „Pseudosozialismus . . . raubt der Menschheit ihr Kostbarstes“ (124). Landmann hat ein „sinnfälliges Zeichen“ parat, um seine apokalyptische Kultur- und Gesellschaftsdiagnose zu belegen: „weil sie selbst keine ‚Einzelnen‘ mehr sein wollen, deshalb

sprechen zu vielen unserer Studenten auch die großen Einzelnen der Vergangenheit nicht mehr. Sie interessieren sich für die Sprachstruktur eines Leitartikels mehr als für Hölderlin und Kleist, für die Verwendung ästhetischer Gesetze in der Reklame mehr als für Manet“ (120). Dieser Niedergang abendländischer Gesittung und Kultur stürzt laut Landmann „die Subjektivität in eine Krise“ (255), aus der nur noch die Besinnung aufs „Einzelne“ und „Besondere“ herauszuführen vermag. Schlußfolgerung: „Das Glatte der modernen Welt... ihr wohltemperiert Uhrwerkhaftes, raubt ihr selbst und dem in ihr geführten Leben das Realitätsgewicht... dieser Seinsverlust ist Sinnverlust“ (257).

Wo offenbar so vieles in Unordnung geraten ist, wo das Ende des Individuums unmittelbar bevorsteht und alles dem totalen Seins- und Sinnverlust anheimgefallen ist, da läßt es sich freilich ungehemmt und folgenlos lamentieren. Die aphoristisch gespreizte Sprache — „Dem evident Wahren gilt kein Fanatismus. Es ist irresistibel und erlegt sich von selbst auf“ (67), oder: „Im Sinnbedürfnis strömt vieles zusammen“ (198) — und die abgründig kulturpessimistische Attitüde des Autors tun das ihre. Ein Satz, Heidegger betreffend, scheint mir allerdings bemerkenswert zu sein: „Er (Heidegger, HML) schlug durch seine Skurrilität die deutsche Philosophie reif für ihren sich heute vollziehenden Anschluß an die internationale Banalität“ (67). Sieht man einmal davon ab, daß Heideggers Philosophie alles andere als bloß „skurril“, sondern von durchaus „imperialistisch abenteuender“ (H. J. Krahl) Qualität ist, so gewinnt man ganz den Eindruck, daß Landmann mit dem hier besprochenen Buch, so bedeutungsvoll gespreizt es auch geschrieben ist, selber in die Zone jener Banalität geraten ist, die er verbal so verdammt.

Hans-Martin Lohmann (Düsseldorf)

**Berger, Peter L.:** Auf den Spuren der Engel. Die moderne Gesellschaft und die Wiederentdeckung der Transzendenz. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M 1970 (136 S., br., 12,— DM).

Mit dem Ruf „Relativiert die Relativierer!“ kommt hier einer daher, der professionell relativiert, und möchte der längst totgesagten Religion eine neue Chance geben. Zwar spricht er in diesem Buch nicht als Wissenssoziologe, der er ist, sondern als Christ, der er nebenher und sauber getrennt davon ebenfalls noch ist. Aber als einer, der es gern wahrhaben möchte, obwohl er es sich in seinem Beruf nicht eingestehen traut, weil er dort streng wertneutral arbeitet, streut er das Gerücht von den Engeln aus. So zumindest suggeriert es, leicht ironisch, der amerikanische Titel des Buches: „A Rumor of Angels“. Berger macht sich auf die Suche nach den Engeln, den Gottesboten als den Zeichen der Transzendenz in einer radikal säkularisierten Wirklichkeit. Er plädiert für einen induktiven Glauben, der gerade aus der alltäglichen Erfahrung sich entwickeln soll. Den Theologen emp-

fieht er, die gebildeten Verächter der Religion nicht durch eine scheinradikale, nur modische Modernität ihrer Lehre für sich gewinnen zu wollen, sondern durch Anknüpfung an den liberalen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. Diesem freilich möchte Berger eine spezifisch neue Wendung geben, indem er ihn darauf verpflichtet, bei den Ergebnissen der philosophischen Anthropologie anzusetzen. In ihr zeige sich, daß die Alltagserfahrung der Menschen über sich hinausweise auf eine andere Wirklichkeit, die in der Religion gemeint sei.

Das Verlangen nach einer Ordnung, nicht nach dieser oder jener beliebigen Ordnung, sondern nach „einer schützenden Sinnstruktur im Angesicht des Chaos“ (80), die moralische Empörung über das Böse, die „nicht nur nach einer Verurteilung“ schreit, „sondern nach Verdammung“ (98), der Humor endlich, der „als antizipatorische Imitatio der Erlösung“ (102) über die innerweltliche „Gefangenschaft des Geistes“ (101) hinwegtröstet — sie alle seien Zeichen der Transzendenz.

Was sich indes auf diese phänomenologische Aufzeichnung, die den Hauptteil des Buches ausmacht, gründen läßt, ist nicht Religion, sondern Religiosität. Die subjektive Gefühlsimmanenz, die aus ekstatischen Zuständen ihre Legitimation bezieht, beruft sich zwar auf die alltäglichen, überall auffindbaren Funktionen der Menschen; was sie aber am Ende heiligt, ist nur das Funktionieren. Denn über die Angemessenheit des jeweils als religiös interpretierten Verhaltens kann eine phänomenologisch verfahrenende Theorie nicht entscheiden. Sie glaubt an die *Conditio humana* und wird in ihrer spannungslosen Leugnung des Fundamentalanspruchs der verschiedenen Religionen allenfalls selbstgerecht. Ihr letztes, uneingestandenes Ziel ist der heile Zusammenhang des Heiligen.

Klaus Laermann (Berlin/West)

**Campbell, Joseph:** *Myths to live by*. The Viking Press, New York 1972 (276 S., Ln., \$ 6,95)

Wäre dies Buch nicht ein populärwissenschaftlicher Bestseller, würde es wenig Aufmerksamkeit verdienen. In ihm sind religionswissenschaftliche Vorträge gesammelt, die der Verfasser, Professor am Sarah Lawrence College, zwischen 1958 und 1971 in New York gehalten hat. Der Grund des Erfolgs liegt in einem positionslosen Synkretismus, der alles und jedes Religiöse gelten läßt, ohne danach zu fragen, welche spezifisch lebenspraktischen Erfahrungen in ihm sich darstellen.

Dieser Vorwurf ist vor allem an der Behandlung des Buddhismus zu konkretisieren, dem ein Großteil der Vorträge gewidmet ist. Zwar wird das fernöstliche Entkörperungsdenken in seiner immanenten Logik entfaltet, aber das Interesse an ihm bleibt exotisch. Der Autor wendet keinen Gedanken an die unabweisbare Frage, warum gerade diese Religion in ihren vielfältigen Formen über ein solches Interesse hinaus seit mehr als zwei Jahrzehnten eine so nachhaltige Faszination

auf die Intellektuellen der USA ausübt. Weil er die lebenspraktische Indifferenz des Buddhismus in ihrer Faszination für den Westen nicht ernst nimmt, kann er sie gemäß ihrem Selbstverständnis als universale Liebe preisen. Uneingestanden und scheinbar unprogrammatisch vertritt er selbst Positionen des Buddhismus, den er nur darzustellen meint. Ihre völlige Unvereinbarkeit mit christlichem Denken, an dem er gleichwohl festhalten möchte, entgeht ihm. Im Predigtton etwa exemplifiziert er universales Mitleid an den amerikanischen Hubschrauberpiloten in Vietnam, die die besondere Aufgabe haben, mitten aus feindlichem Gebiet Verwundete zu bergen (151). Die Realitätsverkenntung, die zu solcher Einschätzung befähigt, wird eingeübt in einer Parabel, in der eine Fahrt mit der Fähre von Manhattan über den Hudson nach New Jersey als Modell buddhistischer Erleuchtung präsentiert wird. Man läßt den Schmutz, Lärm und Gestank, das ganze Elend der großen Stadt einfach hinter sich und bemerkt, wenn man „angekommen“ ist, daß man zwar nichts anderes findet als Schmutz, Lärm und Gestank, aber daß sie aufgrund einer veränderten Einstellung als Vorstufen des Nirwana erscheinen. Ausdrücklich wird solche Fiktionalisierung als Lösungsstrategie von Konflikten verteidigt (122), wenn zugleich die Möglichkeit besteht, den Konfliktstoff zu ästhetisieren. Das Leben, so wird man belehrt, sei eine Kunst und die Kunst ein Spiel.

Peinlich vermieden wird indes die Frage nach den Kosten des Spiels. Kein Gedanke deutet darauf, daß die Meditationserlösung atheistischer Naturverfallenheit, wie sie der Hinayana-Buddhismus fordert, praktizierbar ist einzig für die, denen ihre materielle Reproduktion nicht selbst obliegt, weil sie — sei es als Bettelmönche, sei es als Herrscher — andere für sich arbeiten lassen können. Ebenso wenig wird das zenbuddhistische Arbeitsethos, das durch ästhetische Ritualisierung des Handelns und durch eine völlige Indifferenz gegenüber Zielen innerweltliche Erlösung anstrebt, als attraktiv für desorientierte, abhängig arbeitende intellektuelle Mittelschichten im Westen begriffen.

Campbell behandelt den Buddhismus, als sei er noch etwas Exotisches, während bereits er selbst und Teile der amerikanischen Intelligenz (ohne es freilich zu wissen oder zu wollen) ihn als Ausweg aus der Misere ihres Landes praktizieren. Als Beleg für das Selbstmißverständnis amerikanischer Intellektueller in einer Periode der ideologischen Desorientierung ist sein Buch von Interesse.

Klaus Laermann (Berlin/West)

**Stegmüller, Wolfgang:** Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie. Band II. Theorie und Erfahrung. Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York 1970 (XIV, 485 S., Ln., 76,— DM).

Selbst Gegner des Logischen Empirismus sind sich meist darüber einig, daß diese Philosophie wie wohl keine vor ihr ihre eigenen

Antinomien aufgedeckt und in einem stetigen Selbsterneuerungsprozeß zu verarbeiten versucht hat. Es war diese Eigenschaft der flexiblen Selbstkritik bei zäh festgehaltenen Grundprämissen, mit der der moderne Empirismus an den trial-and-error-Prozeß der Naturwissenschaften anzuschließen suchte, freilich mit der Verabschiedung des universalistischen Selbstbewußtseins der traditionellen Philosophie, das die Einheit von Natur und Gesellschaft, Philosophie und Tradition, Wissenschaft und Geschichte noch erzwang, folgenreich erkaufte worden. Erst die Beschränkung der Philosophie auf Philosophie der Wissenschaft ermöglichte dieser, als wissenschaftliche Philosophie auftreten zu können. Selbst die Orientierung an der nomologischen Vernunft der Wissenschaften freilich konnte nicht verhindern, daß der geplante stetige Fortschritt der formal-wissenschaftlichen Philosophie auch nach Maßgabe der eigenen Kriterien höchst zweifelhaft wurde und sich von dem ‚fruchtlosen Streit‘ der traditionellen Philosophie bald nur noch dadurch unterschied, daß die modernen Empiristen sich bei ihrer methodologischen Selbstbornierung auch aller Mittel einer reflexiven Selbstdeutung entschlagen hatten. Um so weniger erstaunlich ist es, daß bedeutende Vertreter der analytischen Wissenschaftstheorie gegenwärtig ihre formalistische Klausur aufgeben und eine historische Vergewisserung sowohl des Gangs der Wissenschaften, wie der Tradition ihrer eigenen Argumente suchen. So setzt sich gegen die verhältnismäßig konsistente und in den USA noch einflußreichste Gruppe der Forscher, die lebensgeschichtlich noch dem ‚Wiener Kreis‘ verbunden sind (*Carnap, Hempel, Feigl, Reichenbach, Nagel, Goodman, Suppes, Scheffler*), eine zunehmend stärker werdende Opposition in Szene, die entweder deren Entwicklung bei gleicher Ausgangsposition vorausgeeilt ist (*Sellars, Chisholm, Scriven, Bergmann, Hanson*), oder dem Induktionismus von Beginn an kritisch gegenübergestanden und mit *Popper* ein ‚Falsifizierbarkeitsprinzip‘ vorgezogen hat (*Agassi, Watkins, Lakatos*); die mit *Feyerabends* Wissenschaftsanarchismus die Vorstellung einer starren Forschungslogik ebenso entschieden verwirft, wie sie diese durch eine wissenschaftshistorische Erhellung mit *Kuhn* evolutionistisch, mit *Toulmin* geschichtsdialektisch transformiert. Unter zunehmendem Rekurs auf Wissenschaftsgeschichte und eine Selbstreflexion, die an die europäische Philosophietradition anschließt, statt sie polemisch zu verwerfen, beginnt sich eine (vor allem kontinentale) Wissenschaftstheorie herauszubilden, die der historischen Bewegung der Wissenschaften folgt und nicht mehr nur deren Satzcorpus formal bearbeitet.

*Stegmüllers* zweiter Band seiner auf fünf Bände angelegten Wissenschaftstheorie ist der ‚orthodoxen‘ Schule zu sehr verpflichtet, als daß er in solch einem Programm eine Alternative zur ‚Logic of Science‘ erblicken könnte, obwohl er eher der zweiten genannten Gruppe zugehört, die sich von der Skepsis am Detail zu scharfsinniger Kritik und sorgfältigen Reformen, nicht aber zur Revolutionierung des empiristischen Programms verleiten läßt. Im Mittelpunkt seiner Analysen zum Zusammenhang von Theorie und Erfahrung

steht, wie im ersten Band das ‚Hempel-Oppenheim-Schema‘ im Zusammenhang von Erklärung und Begründung, das *empirische Signifikanzkriterium* mit seinen Problemen. Die so klare wie übersichtliche, didaktische wie gelehrsame Exposition dieses empiristischen Begründungsversuchs zweifelsfreier Erfahrung täuscht in ihrer systematischen Form, zumal sie auch erst mit Carnaps Schrift *Testability and Meaning* (1936) einsetzt, leicht darüber hinweg, daß sie einen historischen Prozeß nachzeichnet, an dessen Ende Stegmüllers Buch mit seinem skeptischen Resümee selber steht. Das Sinnkriterium empirischer Erfahrung ist historische wie systematische Abkürzung des Logischen Empirismus in einem: *historisch* weist es die Empiristen in der vorcartesianischen Tradition der ontologischen Trennung von Wahrheit und Gewißheit, Wahrheitsanspruch und Überprüfung aus, die sie nicht wie der Rationalismus aufheben, sondern durch gewißheitsverbürgende Verifikationskriterien verschärfen wollen; *systematisch* spannt es die Gedankenfigur der von Quine so genannten ‚two dogmas of empiricism‘ auf, nach der zwischen analytischen und synthetischen Sätzen säuberlich getrennt und Erfahrung nur aus dem ‚unmittelbar Gegebenen‘ genommen werden kann. Die Stoßkraft des Sinnkriteriums wurde mit weltanschaulicher Vehemenz und der sprichwörtlich gewordenen Hemdsärmeligkeit in zwei Richtungen gelenkt: polemisch in die der ‚Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse der Sprache‘ (Carnap), konstruktiv in die des szientistischen Programms einer Einheitswissenschaft — beides Intentionen, die heute ihre Spitze verloren haben und in Stegmüllers Darstellung nur noch in den Beispielen für ‚metaphysische‘ Sätze herumgeistern, die von Heidegger genommen werden. Es war Carnaps Leistung, an der Idee, ein Modell empiristisch akzeptabler Erfahrung mit den Mitteln der modernen Logik zu gewinnen, allen sich diesem Programm entgegenstellenden Schwierigkeiten zum Trotz festzuhalten. Stegmüller entwickelt deshalb folgerichtig die Diskussion um empirische Signifikanz anhand der Arbeiten Carnaps, wobei er allerdings das frühe, phänomenalistische Erkenntnismodell des *Logischen Aufbaus der Welt* (1928) nicht mehr für diskutabel hält.

Seine implizite Rekonstruktion der Geschichte des Signifikanzkriteriums beginnt an dem Punkt, als ein *Übersetzungskriterium* der empirischen Signifikanz zur Verfügung zu stehen schien (Kap. III), alsbald aber durch die Schwierigkeiten, welche die sog. *Dispositionsprädikate* bei ihrer Eingliederung in die empiristische Sprache machten, erschüttert wurde (199 ff., Kap. IV). Dispositionen sind jene Eigenschaften, die sich im Objektbereich der Dingsprache als bestimmte Reaktionen von Gegenständen unter bestimmten Umständen darstellen. Nachdem die Versuche, Dispositionen durch operationale Definitionen in die Dingsprache einzuführen, gescheitert waren, schlug Carnap vor, das Postulat der unmittelbaren Ausweisbarkeit deskriptiver Begriffe in der Beobachtung aufzugeben und die Dispositionsbegriffe über *Reduktionssätze* auf beobachtbare Ereignisse zurückzuführen. Weil aber Dispositionen ebenso Erkenntnisqualitäten als Dingqualitäten sind, mußte der



Nominalismus der Dingsprache sie verfehlen; der trivialisierte und epistemologisch ungeklärte Begriff der Beobachtbarkeit (cf. 187 ff.) konnte auch nicht erweitert werden, weil dazu ein Rekurs auf Bewußtsein und Handeln der Subjekte nötig gewesen wäre, das es aber nach dem aufrechterhaltenen empiristischen Dogma als ‚eigenpsychisch‘ nicht mehr geben durfte.

Carnap befreite sich aus diesem Dilemma durch eine weitere sprachkonstruktive Bewegung, die, wie das epistemologische Problem der Beobachtung, auch das der Dispositionsbegriffe eigentlich ungelöst ließ, aber es im Universum seines Logizismus handhabbar machte: er schwächte das Verifikationskriterium in ein nur mehr approximatives Bestätigungskriterium ab und erweiterte die Wissenschaftssprache um eine Stufe ‚theoretischer‘ Terme, die über ‚Korrespondenzregeln‘ nur mehr eine partielle empirische Interpretation aus der ‚Beobachtungssprache‘ erfahren. Mit dieser *Zweistufentheorie* (Kap. V) wird der pragmatische Status dispositioneller und weiterer, jetzt ‚theoretischer‘ Begriffe, durch eine Liberalisierung des Empirismus umgangen, die zugleich eine empfindliche Schwächung des empiristischen Erfahrungsmodells darstellt. Sie folgt dem empirischen Faktum, daß leistungsstarke physikalische Theorien ‚abstrakte‘ Begriffe erfolgreich verwenden und stellt deshalb ein pragmatisches Zugeständnis innerhalb des Logischen Empirismus dar. Trotz des empirischen Schwunds theoretischer Terme hat Carnap auch in dieser dritten Phase der Geschichte des Sinnkriteriums am alten Kampfprogramm gegen ‚Metaphysik‘ festgehalten (295, 319 ff.). Im *Prognostizierbarkeitskriterium* wird von theoretischen Begriffen gefordert, daß sie, wenn sie auch im nominalistischen Reich des Beobachtbaren unmittelbar nicht mehr einlösbar sind, wenigstens Prognosen von beobachtbaren Ereignissen gestatten. Wenn es aber nur mehr darum geht, die prognostische Leistung einzelner Elemente in Theorien durchsichtig zu machen, wird das Sinnkriterium vollends zum semantischen Problem der zureichenden Kontrollierbarkeit künstlicher Sprachen: die Geschichte des Sinnkriteriums im Neopositivismus stellt zugleich eine der Auflösung der ursprünglich epistemologischen Intention des Empirismus dar, die sich einigermaßen konsequent aus der *Glaubenshaltung* seiner Anhänger entwickelte, welche, ohne die *quid iuris* radikal gestellt zu haben, vorschnell zur *quid facti* übergingen. Dieser Tendenz der Perfektionierung *interner* methodologischer Fragen bei Suspensionierung *externer*, die spätestens seit Carnaps ‚Toleranzprinzip‘ der zugelassenen Wahl ‚zweckmäßiger‘ Kalküle zur Agonie des Empirismus führte, folgt auch noch die Kritik am Sinnkriterium. Stegmüller hat sich die Brille Carnaps zu nachdrücklich aufgesetzt, um sie ganz wieder abnehmen zu können und bleibt bei seinen Beiträgen zum ‚Zusammenbruch der Signifikanzidee‘ (349 ff., cf. auch VIII), die er durch Einwände von *Achinstein* und *Kaplan* einleitet und durch vier eigene ergänzt, insofern unkritisch, als er sich auf ‚sprachinterne‘ Gegenargumente beschränkt, die, gerade wenn sie triftig sind, mit dem Carnapschen Anspruch auch den Raum ihrer Geltung aufheben. Weil sich Steg-

müller der logizistischen Beschränkung, über Realität könne nur im Rahmen von Kalkülen wissenschaftlich geredet werden, selber unbeeinträchtigt, bleibt eine Erklärung dafür, warum der Signifikanzbegriff entweder präzise formulierbar, dann aber zu liberal, oder vage gehalten, dann aber verifizierend (und nicht mehr eliminierend) wirkt (365), nicht übrig. Stegmüllers Skepsis gegenüber Carnap, aber auch gegenüber dem ‚Craigischen Theorem‘ (Kap. VI) und der ‚Ramsey Substitution‘ (Kap. VII) — beides Methoden, wie aus kalkülisierten Theorien die theoretischen Terme eliminiert und ihr Gehalt doch noch beobachtungsmäßig eingeholt werden soll —, markiert die fruchtlose Erkenntnishaltung eines Empirismus, der seine Unmöglichkeit erkannt hat, sie aber nicht erklären kann, weil die eigenen Instrumente stumpf geworden und fremde verboten sind. So deuten gerade die offenen und skeptischen Stellen des Stegmüllerschen Buches, das, gewiß mit einiger Verspätung, als erstes in der deutschen Literatur eine vierzigjährige Entwicklung des Logischen Empirismus anhand eines seiner Hauptthemen ausbreitet, auf die Ansätze einer nachpositivistischen Wissenschaftstheorie, die diese Probleme nicht skeptisch stillstellt, sondern systematisch verarbeitet. Die für den Empirismus chronisch unbefriedigende Behandlung von *Theoriekonventionen* und ihres Zusammenhangs mit empirischen Befunden, hypothetischen Annahmen, Einfachheits- und Fruchtbarkeitsüberlegungen (Kap. II), der pauschale Rekurs auf die Umgangssprache als Metasprache (304), die versteckt anklingende Funktion einer Forschergemeinschaft bei der Behandlung der Korrespondenzregeln (308 ff.), der ‚offene Charakter‘ der Wissenschaft (250, 310 f.) und der Versuch, mit den empiristischen Mitteln, wie unzulänglich auch immer, auch den wissenschaftlichen Fortschritt zu erfassen (463 ff.), zeigen solche Leerstellen bei Stegmüller an, die sich hermeneutische und pragmatische Ansätze zum systematischen Problem machen (J. Habermas, K. O. Apel), um an ihnen einen nicht-positivistischen Erfahrungsbegriff zu gewinnen. Anton Leist (Frankfurt/M.)

**Klüver, Jürgen:** Operationalismus. Kritik und Geschichte einer Philosophie der exakten Wissenschaften. Frommann-Holzboog-Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt 1971 (220 S., br., 19,80 DM).

Dieses Buch setzt einer zusammenfassenden Charakterisierung Schwierigkeiten entgegen, da die Problemstellung an einer großen Fülle historischen Materials dargelegt wird, die seinen größten Teil ausmacht. Deshalb ginge eine Beschreibung der untersuchten Thesen an seinem zentralen Anliegen — der Intention Klüvers, aus den bisherigen operationalistischen Ansätzen eine Position herauszuarbeiten, die der modernen Wissenschaftspraxis gerecht wird — vorbei.

Klüver unternimmt den Versuch, den Gegensatz zwischen Operationalismus und Platonismus in der Geschichte von Mathematik und Physik darzustellen und die in beiden Wissenschaften „historisch sehr

ähnliche Entwicklung“ (9) aufzuzeigen. Dabei werden als „operationalistisch ... alle die Richtungen der Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsphilosophie und der Wissenschaft selber bezeichnet, die die jeweilige Wissenschaft, mit der sie sich beschäftigen, primär als ein System menschlicher Handlungen interpretieren, so daß der eigentliche wissenschaftstheoretische Grundbegriff nicht eine ‚Realität‘ gleich welcher Art ist, sondern der der Operation ... Eine unmittelbare Konsequenz eines derartigen Ansatzes ist es, daß die wissenschaftlichen Objekte nicht mehr als ‚an sich‘ existierend aufgefaßt werden, sondern daß sie erst durch die spezifische Art des wissenschaftlichen Zugriffs konstituiert werden“ (11). Als die grundsätzliche Gegenposition zum Operationalismus wird der Platonismus als die wissenschaftstheoretische Position verstanden, „die die Wissenschaft als ein Entdecken immer schon vorhandener Objekte und Strukturen betrachtet“ (12).

Im ersten Teil des Buches wird in einer historischen Skizze die Geschichte des Gegensatzes zwischen Operationalismus und Platonismus in der Mathematik illustriert (29), um zu zeigen, daß er von der Antike bis in die Gegenwart reicht. Dies geschieht in drei Abschnitten, die die griechische Mathematik, die Mathematik der Renaissance und die frühen Diskussionen um die nichteuklidischen Geometrien behandeln. Da „der Streit zwischen Operationalismus und Platonismus in der Mathematik ... fast immer ein Streit über die Seinsweise der mathematischen Gegenstände“ (28) war, wird der Gegensatz zwischen den verschiedenen Auffassungen der mathematischen Methode auf der Basis des Problems der mathematischen Existenzbeweise und des Problems des Unendlichen expliziert. Die Betrachtung der Mathematik der Gegenwart zeigt, daß nach der Grundlegendiskussion des 20. Jahrhunderts der Platonismus in seiner schärfsten Form als Logizismus (77) und in einer durch konstruktivistische Elemente gemilderten Form im Hilbertschen Formalismus auftritt (81). Die radikale Durchführung des Operationalismus wird durch die direkte Fortführung des intuitionistischen Ansatzes von Brouwer und Heyting durch Wittgenstein (106) und die eigentliche operative Begründung der Mathematik durch Lorenzen (99) geleistet.

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit dem Gegensatz von Operationalismus und Platonismus in der Physik, für den festgestellt wird, daß er hier nicht in der Schärfe anzutreffen ist wie in der Mathematik (115): „Daß die physikalische Erkenntnis sich auf etwas richtet, das grundsätzlich unabhängig vom Erkenntnisakt vorhanden ist, ist weitgehend eine gemeinsame Grundüberzeugung aller Naturwissenschaftler“ (115). Klüver faßt deshalb diesen Gegensatz in einem erweiterten Sinne: für die „anthropologische Grundanschauung“ (115), für die das faktische menschliche Dasein im Mittelpunkt der philosophischen Problematik steht (115), ist die Gegenposition die „absolute Auffassung“ (115), für die die Welt ‚an sich‘ da ist. Als Vertreter der absoluten Auffassung werden „Empiristen, Neuthomisten und Vertreter des dialektischen Materialismus“ (116) im Gegensatz zu Operationalisten angesehen.

Das operative Prinzip wurde in die Physik durch Einsteins Kritik des Zeitbegriffs, die spezielle Relativitätstheorie (138), eingeführt und von ihm in seiner Kritik des Raumbegriffs, der allgemeinen Relativitätstheorie (141), wieder aufgenommen. In der Kopenhagener Deutung der Quantenmechanik wurde es wieder verwandt. Der Operationalismus hielt durch diese beiden Theorien Einzug in den ‚physikalischen Alltag‘, da gerade dieser Ansatz eine Erweiterung der Erkenntnis ermöglichte, die durch einen platonistischen Ansatz, der eine Einschränkung auf den Rahmen der klassischen Kategorien hin darstellte, nicht möglich wäre (188). Umgekehrt ist es in der Mathematik. Hier bestimmt wie vor der Grundlagenkrise „ein kritisch geläuterter und abgemilderter Platonismus die ... Szenerie“ (111), da „eine platonistische Mathematik grundsätzlich eine reichere Begriffsbildung erlaubt als eine konstruktivistische“ (114).

Die Pointe dieses Buches besteht in der Begründung eines „kritischen Konventionalismus“ (198) durch eine Erweiterung des Ansatzes von Lorenzen. Dieser kritische Konventionalismus stellt eine operationalistische Begründung der beiden grundsätzlich möglichen Methoden, eine Theorie des Naturgeschehens zu formulieren, dar: Die eine geht von der Forderung aus, daß die Theorie nur Größen enthalten darf, die mit tatsächlich existierenden Meßinstrumenten beobachtet werden können. Die andere, die zu einer Theorie der ‚verborgenen Parameter‘ führt, behält die aus der klassischen Physik, der euklidischen Geometrie und der klassischen Logik bekannten Schemata und Kategorien zur Ordnung der Erscheinungen bei (159). Bisher wurden operationalistische Begründungen nur für den erstgenannten Weg, der etwa von der Quantenmechanik eingeschlagen wird, geliefert.

Lutz Hieber (Hannover)

## Soziologie

**Matthes, Joachim:** Einführung in das Studium der Soziologie.rororo Studium, Bd. 15. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973 (347 S., br., 7,80 DM).

Der Band will die methodischen und didaktischen Defizite der vielen Einführungen in die Soziologie abdecken und damit eine solide Grundlage für die Wissensaneignung schaffen (9 f.). Der Inhalt: 1. Informationen zur Entwicklung des Soziologiestudiums in Deutschland. 2. Analyse der wichtigsten Determinanten für Lehre und Studium der Soziologie. 3. Untersuchung der Dimensionen des „soziologischen Denkens“. 4. Ratschläge zur konkreten Studienpraxis.

1. Die Darstellung der Entwicklung der Soziologie zur selbständigen Disziplin ist ein Musterbeispiel für professorale Optik. Einzelne Professoren treten als Akteure auf, streiten sich um die akademische Einordnung der neuen Wissenschaft, die Errichtung von Lehrstühlen, die Alternative Einzelwissenschaft versus Hilfsdisziplin, betreiben Verbandspolitik und bilden drei Schulen aus (Köln, Frankfurt, Schelsky). Von ökonomischen Bedingungen ist mit keinem Wort die Rede, und die „gesamtgesellschaftliche Funktion der Soziologie“ ist nur im Zusammenhang mit dem Faschismus kurz angesprochen: da auf die Rationalität ihres Gegenstandes angewiesen, sei die Gesellschaftswissenschaft damals von der Bildfläche verschwunden (38 f.). Gegenwärtig sei sie einerseits „eine sich selbst gegenüber verspätete“, andererseits „eine ihren eigenen Möglichkeiten gegenüber verfrühte Wissenschaft“ (52). Sie habe es nämlich versäumt, Soziologie der Soziologie zu betreiben und deshalb *noch nicht* einen funktionierenden „Markt der Ideenkonkurrenz“ als Voraussetzung für einen bestimm- baren Erkenntnisfortschritt zu organisieren vermocht. An die Stelle notwendiger Diskussion mit Fachkollegen sei zu oft die Anerkennung durch ein staunendes Laienpublikum getreten; die Studenten als dritte Bezugsgruppe seien fast gar nicht in den Kommunikations- zusammenhang aufgenommen worden. So sei die Soziologie erst durch die „sogenannte Studentenrebellion“ darauf gestoßen worden, daß sie, *obwohl* längst etabliert, ihren Anspruch auf außerakademischen Praxisbezug *noch nicht* eingelöst hatte. Daß die beiden gegenwärtigen Aufgaben, Befriedigung des Nachholbedarfs an theoriegeleiteter Kritik und Herstellung eines Praxisbezugs, so schwer miteinander vereinbar sind, zeige das Dilemma dieser Wissenschaft (49 ff.).

2. Im zweiten Teil will der Verfasser durch Beschreibung von „Determinanten“ für Lehre und Studium der Soziologie dem Leser die „Auseinandersetzung mit dieser Wirklichkeit“ ermöglichen (56). Lehrende, Studierende, die Interaktionsstruktur des Studiums und schließlich auch „Minister und Politiker“ werden zu diesem Zweck vorgestellt.

Die Lehrenden lassen sich generationstypologisch, nach kultureller Herkunft und nach Art ihres Arbeitsbereichs klassifizieren. Ein Beispiel: die Generationsgruppe, die Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in den akademischen Betrieb eintrat, zeichne sich aus durch einen „wachen Sinn für die Spannung zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Verpflichtung der Wissenschaft“, und aus einer „Profilneurose“ heraus hätten sich die einen an „permanenten Reflexionen über das Wesen der Soziologie“ versucht, die anderen auf verschiedene abgrenzbare Forschungsfelder begeben (62). Obwohl der Autor zu dieser Gruppe gehört, erfährt man nicht mehr über die Ursachen der Profilneurose, als daß die Schulbildung bereits abgeschlossen und gemeinsame Ziele des Engagements nicht vorhanden gewesen seien (62).

Nachdem sich der Verfasser so viel Mühe gegeben hat, aus der Vielfalt von Persönlichkeitsmerkmalen eine Pluralität der Wissenschaft zu konstruieren, kann er getrost alle Versuche, die Hochschul-

lehrer anhand des Positivismusstreits oder gar des „Epiphänomens“ marxistische versus bürgerliche Soziologie aufzuteilen, zu Produkten von Schwachköpfen erklären. Man wisse ja, welcher „Wildwuchs von Mißverständnissen und Vorurteilen“, gepaart mit „extremen, eigentümlich unwirklichen Verhaltensweisen“, bei solcherart agitierenden Studenten anzutreffen sei (65, 69). Daß gegenwärtig allerorten so ein Wildwuchs zu beklagen sei, rühre primär aus dem „Interaktionsmangel“ an der Hochschule her, den der ungünstige Zahlenproporz Hochschullehrer—Studenten verursache. Die Lehrenden müßten angesichts der Studentenmasse immer wieder als Autoritäten scheitern und versagen und könnten so auch nicht ausreichend ihre „akademische Binnenerfahrung“ vermitteln; sie litten an „mangelnder Selbstidentität“ (68 f.). Sollten also vor allem Interaktions- und Informationsdefizite die Ursachen der Auseinandersetzungen an den Hochschulen sein? Genau das will des Autors Versuch einer Typologie der gegenwärtigen Studentengeneration beweisen.

Der Typ des Mittelschichtstudenten aus nichtakademischer Tradition sei heute dominierend. Unvorbereitet und deshalb „durch und durch verunsichert und desorientiert“ träten diese Studenten in die sekundäre Sozialisation ein; und da es an richtiger Orientierung und Anleitung im „interaktionsverdünnten Raum“ Hochschule fehle, zeichneten sich vor allem die besonders motivierten Soziologen durch Äußerung „diffuser Konflikterfahrungen“ aus (69 ff.). An objektiven Ursachen weiß der Autor nur die veraltete „hochbürgerliche“ Ausrichtung der Hochschule auf den „intellektuellen Typ“ von gestern zu benennen (71 f.). Der Konflikt zwischen Lehrenden und Lernenden, von dem hier allein die Rede ist, sei vor allem ein Zusammenstoß widersprüchlicher Erwartungen: die Studenten erwarteten mehr Interaktion, wüßten aber nicht, daß die Hochschullehrer durch Rol-lenerwartungen bereits überlastet seien; die Lehrenden erwarteten eine Beschränkung ihrer Interaktionen, um nur einigermaßen ihren Aufgaben gerecht werden zu können (76 ff.).

Matthes' Reformvorschläge wollen die Konfliktursachen beseitigen helfen: — dem Interaktionsmangel solle durch „gute Literatur“, wie eben die projektierte Reihe, abgeholfen werden (78 f.); vorhandene Kapazitäten ließen sich durch mehr Kleingruppenarbeit und Heranziehung studentischer Hilfskräfte effektiver ausschöpfen (87 ff.), — die Lehrenden sollten sich auf den neuen, auf praktisches Handeln ausgerichteten Studententyp einstellen und mehr außerakademisches Praxiswissen vermitteln. Sie müßten sich dabei an wirklichen Praktikern orientieren, da die studentischen Praxiswünsche, bloß fordernd und aggressiv gegenüber der vorgesetzten Theorie, selbst „tiefgradig theoretisch“ und idealistisch seien (81 ff.). Wie restriktiv Matthes' Forschungsergebnisse auf die Praxis beziehen möchte, zeigt die von ihm mitverfaßte Bielefelder Studienordnung für Sozialarbeit. Dort heißt es lapidar: „nicht durchsetzungsfähige Annahmen über eine veränderte Wirklichkeit . . . werden verworfen“ (295). — Soweit „möglich und vertretbar“, sollten „politisch-ideologische Programmgruppen“ in Anlage und Ablauf der Studiengänge einbezogen werden. Da aber

diese Gruppen meist eigene Konflikte gesamtgesellschaftlich verallgemeinerten, müsse der Inhalt ihrer Forderungen auf die erwünschten Ziele Praxisorientierung und Beseitigung der Strukturlosigkeit und Interaktionsarmut des Lehrbetriebs zurückgeschraubt werden (85 f.). Die den gegenwärtigen Hochschulreformen eigene Strategie der Begrenzung von Konflikten auf den Raum der Universität findet hier ihre ideologische Untermauerung.

Der Gang des Studiums führt demnach über bessere Anfängereinführung und mehr Studienberatung, die bei den „gesellschaftlichen Primärerfahrungen“ des Studenten ansetzt, im Rahmen eines überschaubaren Curriculum zur schrittweisen Übertragung der „gewonnenen Perspektive“ auf größere Problembereiche. Mit praxisnaher Spezialisierung schließt die Ausbildung ab. Als Hebel der Reform könne eine „veränderte Prüfungswirklichkeit“ dienen unter der Voraussetzung, daß geprüft wird, was gelehrt wird. Dabei soll praxisbezogenes „Denken in Kategorien der Problemdefinition und Problemlösung“ gefordert und nicht nur der Lernerfolg, sondern auch der Lehrerfolg kontrolliert werden (87 ff.). Die gesamte Stoßrichtung des im einzelnen recht unpräzisen Vorschlagskatalogs richtet sich auf eine umfassendere Anleitung und Kontrolle der Ausbildung, womit sich wohl allmählich die beklagte Desorientierung der aufmüpfigen Studenten beseitigen ließe.

Den außeruniversitären Bereich rechnet der Verfasser nur am Rande zu den Determinanten der Soziologie. Er verliert nur drei knappe Bemerkungen über die Beziehungen Hochschule—Gesellschaft: die Nachfrage nach Soziologen sei gestiegen (66); die Erwartungsstruktur gegenüber der Hochschule habe sich geändert, als allgemein zugängliche Ausbildungsstätte solle die Universität praxisnahes Wissen vermitteln (81 f.); „Minister und Politiker“ planten wegen Geldknappheit nicht langfristig genug (91 f.). Da der Autor die Frage nach den Ursachen und Zusammenhängen nicht stellt, erfüllt bei ihm der Begriff „Gesellschaft“ eine Alibifunktion. Matthes mogelt sich so um die Auseinandersetzung mit der rigiden Ökonomisierung des Ausbildungssektors herum. Dabei erweist sich die in der Einleitung verfochtene Polemik gegen ein esoterisches Wissenschaftsverständnis als rhetorische Floskel: die im ersten Teil kritisierten kommunikationsfeindlichen Verknöcherungen vertreten eine vergangene, des Verfassers Perspektive eine moderne Form von Autonomie-Illusion. Er verdrängt ökonomische und gesellschaftliche Zwänge und geht dabei so weit, daß er, statt eine Analyse des Bedarfs an Soziologen zu leisten, seine Fachkollegen zu „aktiver Professionalisierung“ auffordert, d. h. sie sollen sich um die Einrichtung neuer Berufswege für ihre Studenten kümmern (173 ff.). Gesellschaftliche Bedingtheit der Wissenschaft läßt der Autor lediglich als allgemeine Erwartung, die Hochschule möge qualifizierte Praktiker ausbilden, gelten.

3. Im dritten Teil versucht der Verfasser, vor allem mit dem Material der Wissenssoziologie von *Berger* und *Luckmann*, in die besondere „soziologische Perspektive“ einzuführen. Soziologen dächten anders als Alltagsmenschen: sie könnten die Wirklichkeit „durchschauen“, die

im Alltagsleben geläufigen Wirklichkeitsdefinitionen „dekomponieren“. Da verschiedene Handlungswirklichkeiten und Wissensbestände verschiedene Wirklichkeitsdefinitionen verursachen, könne die Fähigkeit zum „soziologischen Denken“ nur den Professionals zukommen. Daher müsse vor soziologischer Halbbildung und Illusionen von Nebenfächlern gewarnt werden (96 ff.).

Da Matthes im Gegensatz zu Berger-Luckmann jede Beziehung dieser Wissenschaftler zu gesellschaftlicher Macht, Ideologie und geschaffener Realität ausblendet, läßt er die Soziologen derart über den Wolken schweben, daß der eifrig lesende Anfänger nur noch Ehrfurcht vor diesen Hütern des wissenschaftlichen Arkanum empfinden kann. Offenbar soll der Student in die Rolle des anleuchtungsheischenden Initianden gepreßt werden, der sich bereitwillig allen Kontrollmechanismen fügt. Zu hoffen bleibt, daß er den Charakter dieser mit kleiner Blende operierenden „soziologischen Perspektive“ zu durchschauen lernt, wenn er das als „Kabinettstück soziologischer Analyse“ (131) empfohlene Schriftchen von Popitz liest, in dem Machtaneignung auf subjektive Entscheidung zurückgeführt wird.

4. Nachdem er gehörige Distanz hergestellt hat, will der Autor im letzten Abschnitt konkrete Beratung leisten. Das Ziel: der Student soll langsam in die Rolle des mit dem Pluralismus wirtschaftenden Problemlösers hineinwachsen. Die guten Ratschläge zeichnen ein eindrucksvolles Bild von professoralen Wunschvorstellungen. Der Anfänger unterziehe seinen eingebrachten Erwartungshorizont einer eingehenden Selbsterforschung, bei der ihm ein Professor zur Seite stehen soll; er mache sich ein Bild von der „Handlungswirklichkeit“ des Studiengangs, selbstverständlich nach Durchsicht der Prüfungsordnungen, des Lehrangebots, „mindestens einer“ Publikation jedes Hochschullehrers, nach Lektüre von acht guten Büchern. Und wenn er sich danach noch auf die Lehrveranstaltungen vorbereitet hat, kann er wohlreflektiert sein Studium aufnehmen (124 ff.).

Damit er das nicht dort versucht, wo marxistische Lehrinhalte den Studienbetrieb prägen, informiert ihn der Autor darüber, daß die soziologischen Institute „an manchen Hochschulen“ nicht zum „etablierten Lehrbetrieb“ zu rechnen seien. Dort nämlich würden „höchst plakativ und persuasiv“ marxistische Dogmen eingeübt (147). Daß Marxisten ohnehin mit menschlicher Freiheit auf Kriegsfuß ständen, da nach ihrer Lehre objektive Wirklichkeit unabhängig vom Willen der Menschen produziert werde, zeigt die Konfrontation verschiedener Theorierichtungen im Anhang (202 f.). Der Leser weiß nun, wer außerhalb des Wissenschaftspluralismus steht. Innerhalb dieses Rahmens aber darf er „einseitigen Darstellungen . . . gegensteuern“ lernen (145 f.). Unerlässlich dazu sei intensive Lektüre. So soll der Eleve schon im ersten Jahr zehn Fachzeitschriften „regelmäßig verfolgen“, dazu etwa 70 Bücher lesen, 35 davon sich anschaffen. Im Eifer des Empfehlers lesenswerter Dinge hat der Autor offenbar das Mitzählen vergessen. Zur Übersicht für den Anfänger trägt auch nicht gerade das 150 Titel umfassende Literaturverzeichnis bei, dem Dringlichkeits-



stufen und Hinweise auf besonders wichtige Abschnitte fehlen. Inhaltlich zeigt es, wie weit der Methodenpluralismus einer bürgerlichen Soziologie reicht, die die Befassung mit ökonomischen Zusammenhängen durch die Lektüre einer kurzen Marxschrift glaubt abtun zu können. Die weiteren Ratschläge projizieren die Studienreform auf die individuelle Arbeit: der Autor warnt vor zu früher Schwerpunktbildung, empfiehlt möglichst häufige Kommunikation mit Hochschullehrern und erfahrenen Studenten, Teilnahme an Kleingruppen, Aufstellung eines Arbeitsplans (151 ff.). Auf dieser Bildfläche erscheint das Kontrollbedürfnis der Reformer als der Wunsch des Studenten nach häufiger Überprüfung seines Wissensstandes. Mindestens einmal pro Semester möge er deshalb freie Arbeitsvorhaben von einem Hochschullehrer beurteilen lassen (154 f.). Ebenso geschickt hinter scheinbar intrinsischen Motivationen des Studenten versteckt ist die Forderung nach Leistungssteigerung: der Student solle die Scheinvergabe zum Kommunikationsprozeß machen, in dem der Hochschullehrer Qualifikationskriterien benennen muß (155). Was der Verfasser unter Qualifikation versteht, ergibt sich aus seiner Forderung, Diplomarbeiten dürften nicht zum „Forum für die Manifestation politischer Bekenntnisse“ werden (171). Qualifikation heißt demnach geschickte Vertretung bürgerlicher Pluralismusideologie.

Die Schlußbemerkung des Autors formuliert dann eine Scheinalternative zwischen „strikt akademischem“ und „praxisbezogenem Studiengang für Soziologie“. Natürlich kommt nur die zweite Möglichkeit in Frage, deren Konsequenzen Spezialisierung der Institute nach Praxisfeldern und Aufteilung der Studenten in Praktiker mit Kurzausbildung und Wissenschaftler mit Spezialausbildung sind (192 f.). Daß beides bereits eingeleitet ist, die Selektion etwa durch das Graduiertenförderungsgesetz, vergaß der Autor zu erwähnen.

Von den drei Anhängen ist nur der erste interessant, in dem die gängigen Theorieansätze der Soziologie in ein Schema von dreizehn Titeln eingeordnet werden. Die Lektüre der Anhänge II und III lohnt sich nur für den, der den Text des Buches anhand von langatmigen Erklärungen von Soziologenverbänden, Studienreformpapieren und Prüfungsordnungen nachkonstruieren möchte.

Zur Einführung in das Studium der Soziologie kann das Buch nur insofern beitragen, als es einen Einblick in professorale Weltanschauung und das Selbstverständnis eines bürgerlichen Wissenschaftlers verschafft. Die Lektüre ist deshalb unbedingt allen zu empfehlen, die sich mit studienreformierenden Hochschullehrern auseinanderzusetzen haben. Die Autonomie-Illusionen des Autors stehen nur scheinbar im Widerspruch zu dem, was er legitimiert. Sie sind genau der Rahmen, in dem die integrierten kritischen Soziologen, in der Rolle des pluralistischen Problemlösers, als Ideologen der kapitalistischen Gesellschaft fungieren können, ohne dabei den Glauben an ihre Identität als kritische, nicht angepaßte Wissenschaftler aufgeben zu müssen.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

**Ronneberger, Franz (Hrsg.):** Sozialisation durch Massenkommunikation. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1971 (440 S., Ln., 52,— DM).

Seit es innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie den Fachausschuß für Familien- und Jugendsoziologie gibt (er wurde offiziell auf der Tübinger Tagung von 1961 konstituiert), ist dieser durch umfassende und bedeutende Publikationen zu bestimmten Themen innerhalb des Problemkreises „Familie und Jugend“ hervorgetreten. In dem hier vorliegenden Band, der infolge seiner gründlichen, zugleich interdisziplinären Literaturverarbeitung und seines informativen Sachregisters eher einem Handbuch gleicht, wird die Frage nach dem Einfluß der Massenkommunikationsmittel untersucht und im Hinblick auf ihre Bedeutung zu einer allgemeinen Theorie der Sozialisation analysiert.

Neben einer begrifflichen Abgrenzung von ‚Lernen‘ und ‚Sozialisation‘ stellt Gerhard Portele drei verschiedene lerntheoretische Ansätze dar (Reinforcement-Theorie, Theorie des Imitationslernens und Theorie des intrinsisch motivierten Lernens) und verbindet sie mit drei Formen der Macht, die Sozialisatoren ausüben können (102—125). Schon im ersten Beitrag des Bandes nimmt Friedhelm Neidhardt eine nähere Bestimmung des Sozialisationsbegriffs vor und formuliert Thesen für eine Soziologie der Sozialisation (1—20). Neidhardts Thesen werden durch Gerhard Wurzbachers. Diskussionsbeitrag teils ergänzt, teils kritisch eingeschränkt (21—31).

Die Schwierigkeiten einer Wirkungsanalyse in bezug auf Massenkommunikationsmittel tritt am deutlichsten in Franz Ronnebergers Studie „Sozialisation durch Massenkommunikation“ (32—101) hervor, wobei er u. a. am Beispiel einer Fernsehsendung die Zuschauer entsprechend der verschiedenen Wirkung sechs verschiedenen Gruppen zuordnet.

Sind die Abhandlungen von Portele, Neidhardt, Wurzbacher und Ronneberger mehr grundsätzlicher Art, so weisen die weiteren Beiträge des Bandes interessante Einzelaspekte auf. Joachim Franke u. a. (242—275) erfassen in einer empirischen Arbeit politische Einstellungen von Studienanfängern, die politisch verschieden orientierte Tageszeitungen („Frankfurter Rundschau“ und „Münchner Merkur“) lesen. Der Probandenkreis wurde nach einem Jahr einem Nachttest unterzogen, wobei in einer politisch aktuellen Frage, die einem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel unterlag (Frage des Verhältnisses zur DDR), sich die Beeinflussung der konservativen Zeitung als Bumerang-Effekt erwies.

Während Manfred Rühl (126—150) die berufliche Sozialisation von journalistischen Volontären untersucht, beschreibt Wolfgang R. Langenbacher (151—171) den Lokalredakteur als Sozialisator und Sozialisand innerhalb der Kommunikation einer Gemeinde.

Henrik Kreutz (172—241) bezweifelt die Schlußfolgerungen der klassischen Studie „Personal Influence“ von Katz und Lazarsfeld (Glencoe 1955) und wendet sich gegen die Annahme, daß der Einfluß

der Massenmedien auf die „Normalkonsumenten“ über nur zwei Stufen erfolge.

Das im Titel des Sammelbandes ausgedrückte Problem entfalten in den weiteren Aufsätzen Krista Stosberg (Hypothesen und Ergebnisse der Wirkungsforschung im Hinblick auf Sozialisation durch Massenkommunikation, 276—289), Hertha Sturm (Fernsehen und Entwicklung der Intelligenz. Kritische Überlegungen zu medienpezifischen Sozialisationswirkungen, 290—304), Ruth Klockhaus (Soziale Dispositionen und Sozialisationschancen der Massenmedien, 305—318), Gerhard Maletzke (Sozialisationsprobleme der Massenkommunikation in Entwicklungsländern, 356—377), Paul W. Meyer und Barbara Koller (Die Rolle der Wirtschaftswerbung bei der Sozialisation, 378—398), Clemens Burrichter (Theoretische Aspekte zur politischen Sozialisation durch das Fernsehen, 399—416) und Ingo Friedrich (Die Funktion der politischen Kontrolle durch das Massenkommunikationssystem im Sozialisationsprozeß, 417—435).

Daß trotz großen Bemühens der Autoren der Sammelband sich nicht gänzlich frei von herrschenden politischen Vorstellungen machen konnte, zeigt nicht nur Ronnebergers distanzierende Bemerkung über „ideologische Positionen“ (42) oder seine Wendung von der Entstehung und Erhaltung „freiheitlich-demokratischer politischer Systeme“ (44) durch Massenkommunikation, sondern auch Bálint Balas Beitrag „Funktionswandel der Massenmedien in totalitären Systemen — Leserbriefe in der Parteipresse Ungarns“ (319—355), in dem von der schlichten Unterteilung in „Totalitarismus“ und „nichttotalitäre Gesellschaften“ (319) ausgegangen wird, ohne daß man dabei offenbar die Notwendigkeit verspürt, die methodologischen Voraussetzungen der Totalitarismustheorie und ihrer Kritiker wenigstens in Kürze zu erörtern. Unbenommen solcher Schwächen des Sammelbandes muß er als ein grundlegendes informatives Werk beurteilt werden.

Kurt Beutler (Hannover)

**Zoll, Ralf, und Eike Hennig:** Massenmedien und Meinungsbildung — Angebot, Reichweite, Nutzung und Inhalt der Medien in der BRD. Reihe „Politisches Verhalten“, Bd. 4. Juventa Verlag, München 1970 (335 S., br., 28,— DM).

**Zoll, Ralf (Hrsg.):** Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit. Reihe „Kritik“, Bd. 4. Westdeutscher Verlag, Opladen 1971 (372 S., br., 16,— DM).

**Holzer, Horst:** Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland. Reihe „Piper Sozialwissenschaft“, Bd. 3. Piper Verlag, München 1971 (268 S., br., 19,80 DM).

Bis vor wenigen Jahren war der Versuch einer sozialwissenschaftlichen Analyse der Massenmedien im Produktions- und Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft eine Novität, die vom offiziellen Wissenschaftsbetrieb konsequent totgeschwiegen wurde.

Über die realen Verhältnisse im Bereich der medienindustriell vermittelten Massenkommunikation gaben weder die geisteswissenschaftlich-historisch ausgerichtete Zeitungswissenschaft noch die empirischen Detailstudien positivistischer Publizistikwissenschaft Auskunft. Angesichts dieser Versäumnisse konnten Zoll und Hennig zunächst nicht viel mehr leisten, als in einer Art Forschungsbericht die verstreut vorliegenden Daten über die Massenmedien in einem Band zusammenzutragen und zu interpretieren. Datensammlung und Interpretation gründen auf einem theoretischen Konzept, das die Autoren in Auseinandersetzung mit der interessengeleiteten Blindheit und ideologischen Befangenheit der bürgerlichen Zeitungs- und Publizistikwissenschaft entfalten. Während sie der in Deutschland bislang vorwaltenden Zeitungswissenschaft methodische Antiquiertheit bescheinigen, kritisieren sie bei der in den USA dominierenden empirischen Kommunikationsforschung das Primat der Methode, den Funktionalismus, abstraktes Modelldenken und einen restriktiv wirkenden Pragmatismus, der zumal für die kommerziellen Forschungsinstitute gilt. Ihnen ist gleichwohl das meiste in diesem Buch referierte Zahlenmaterial über die Massenmedien zu verdanken.

Nach dieser groben Abgrenzung zu den bisherigen Forschungsrichtungen analysieren Zoll und Hennig die verschiedenen Zeitungs- und Zeitschriftentypen, Hörfunk- und Fernsehprogramme unter dem demokratietheoretischen Aspekt, welchen Beitrag sie zur Stabilität einer politisch fungierenden Öffentlichkeit leisten.

Hierzu kurz die von den beiden Autoren gegebene Antwort auf diese Frage: Bedingt durch die Dominanz von privatem Verfügungs- und kapitalistischem Verwertungsinteresse seien die Medien Vehikel der Entpolitisierung breiter Bevölkerungsschichten und nicht Instrumente politischer Aufklärung, wie ihre eigene Rechtfertigungs-ideologie lautet. Die Autoren schreiben wörtlich: „Die Massenmedien ... stellen institutionalisierte Macht dar und können daher auf die Dauer niemals gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse handeln, ja sie reproduzieren diese in entscheidendem Umfang mit.“ Eine Bestätigung dieser These finden Zoll und Hennig in den referierten Untersuchungen über die einzelnen Medientypen. In den sogenannten seriösen Blättern der überregionalen Elitepresse beschränke sich die politische Berichterstattung auf das aktuelle Geschehen, auf die Vermittlung isolierter Informationen. Diese bürgerliche Presse unterscheide sich von den für die Massen produzierten Blättern und der provinziell beschränkten Lokalzeitung oft nur darin, daß in diesen die Neuigkeiten des Tages sensationell aufbereitet werden, während sie in jener einen unkritisch affirmativen Charakter erhalten. In den Fernsehredaktionen werden nach Zoll und Hennigs Urteil die politischen Gegenstände telegen gemacht, d. h. auf das bildlich Umsetzbare reduziert und zugleich unangemessen popularisiert. Der Hörfunk erzeuge ein passiv-rezeptives Kommunikationsverhalten des Publikums, dem er sich dann seinerseits wieder anpaßt.

Als Ergänzung zu dieser Materialaufbereitung sollte eine andere von Zoll herausgegebene und von ihm mit einer Einleitung versehene

Publikation herangezogen werden, da in ihr weiter belegt ist, was im ersten Buch manchmal nur behauptet wird. Es handelt sich um eine Sammlung problemorientierter Studien zu medienwissenschaftlichen Spezialproblemen verschiedener Autoren, denen der kritische Anspruch gemeinsam ist. Im ersten Beitrag analysiert Eike Hennig die Abhängigkeiten der Massenmedien von den Anzeigen- und Werbeeinnahmen, die vor allem bei den privatwirtschaftlichen Presseunternehmen weitreichend sind, da sie dort 70—80 % der Gesamterlöse ausmachen. Die Verbreitung von Werbung durch die Massenmedien degradiere sie zu Instrumenten der Vermarktung von Waren. Neben die Einflüsse des Verfügenden treten die betriebsfremden der werbetreibenden Industrien. — Die gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen sowie Folgen dieser Konsumorientierung exemplifiziert Klaus Horn am Beispiel der Werbekonzeption des „Krawatten-Muffels“. Durch solche raffiniert geplanten, an psychologische Triebkräfte appellierende Anzeigenkampagnen werde ein Stereotyp geschaffen, durch das eine Gruppe von Menschen als Minorität erkennbar ist. Funktion solcher lancierter Stereotypen ist es nach Horn, bei den Konsumenten Angst zu mobilisieren, „Furcht davor zu erzeugen, . . . mit dieser sozialpsychologischen Minorität . . . identifiziert zu werden. Die Furcht, dieser Minorität zugeordnet zu werden, soll den einzelnen zur Anpassung an die Normen der eigenen Gruppe zwingen“. Horn kann in seiner Studie schlüssig zeigen: Reklame entspricht als Mittel der Organisation des psychischen Potentials der Zweckrationalität des Kapitalverwertungsprozesses. — Der Journalismus für die Massen, wie er von der Regenbogenpresse und den Illustrierten produziert wird, besteht aus Konsumliteratur, die sozialtherapeutische, also entlastende Aufgaben hat. So lautet die These des Aufsatzes von Heinz D. Jaenicke, der als Funkredakteur selbst vom Fach ist. — Zu ähnlichen Resultaten gelangen Horst Haenisch und Klaus Schröter in ihrer Untersuchung, die auf eine sorgfältige Inhaltsanalyse ausgewählter Lokalzeitungen zurückgeht. Sie haben ermittelt, daß für die lokale Presse in den Sprachgestus abgesunkene ideologische Inhalte typisch sind, die die Funktion sowohl der Verschleierung sozialer sowie politischer Sachverhalte als auch einer subjektiven Gratifikationsgewährung haben. Die Information über das lokale Geschehen sei positiv eingefärbt und kritiklos; man suggeriert in den Lokalzeitungen einen „beschaulichen Schonraum“. Sie fungieren nur „als ein Instrument der Selbstdarstellung der Honoratioren“. — Die konfessionelle Publizistik, mit der sich Otwin Massing ausführlich beschäftigt, unterscheidet sich von der Lokalpresse nur wenig. Die Bistumsblätter, die immerhin 10 Millionen Leser erreichen, zielen bewußt auf die Entmündigung ihres Publikums. In ihnen werden die Zeitereignisse — sofern überhaupt erwähnt — aus einem verengten klerikalischen Blickwinkel kommentiert. — Thomas Ellwein macht darauf aufmerksam, daß die verantwortlichen Politiker es bisher unterlassen haben, eine übergreifende Konzeption im Hinblick auf die Lösung von Organisations- und Strukturproblemen im Mediensektor zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang hätte man längst

schon untersuchen müssen, welche Vor- und Nachteile die Verfassung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegenüber den privatwirtschaftlich betriebenen Pressekonzernen hat. Damit setzt sich Jürgen Seifert auseinander. Er konstatiert eine Vorherrschaft der Parteien in den Aufsichtsgremien der Anstalten, die zu einer Anpassung der Redakteure an die dominierenden Parteimeinungen führe. Es komme zu einem charakteristischen Proporzdenken, das sich auch auf die Nachrichtensendungen auswirkt, die Heribert Schatz unter die inhaltsanalytische Lupe nimmt. Sein Fazit: ‚Tagesschau‘ und ‚Heute‘ begünstigen zum einen die herrschenden politischen Kräfte, zum anderen weisen sie eine Tendenz zur Personalisierung auf. Ihr Aufklärungseffekt sei gering, da sie sich auf die Aneinanderreihung von Aktualitäten beschränken, ohne die Hintergründe darzustellen.

Der Beitrag von Horst Holzer zum Antagonismus von Presse- und Gewerbefreiheit nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als es sich um die Kurzfassung einer umfangreichen Studie über Politik, Ökonomie und Kommunikation in der BRD handelt. Holzer beschäftigt sich in den beiden Texten vor allem mit der „kapitalistischen Produktion von Information“, mit den Konsequenzen der profitwirtschaftlichen Tätigkeit von Pressekonzernen unter Privatverfügung. Daneben beleuchtet er das den status quo sichernde Aufsichtssystem und die Dominanz des Wirtschaftlichkeitskalküls bei den öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunkanstalten. Den Schwerpunkt auf die Profit- bzw. Rentabilitätsorientierung der zur Bewußtseinsindustrie expandierten Massenmedien zu legen, ist nach Holzer geboten, weil sich aus ihr jene schichtenspezifischen Manipulationstechniken erklären lassen, die ausschlaggebend für die apathischen Reaktionsweisen und die unpolitische Verbraucherhaltung des massenmedialen Publikums seien. Auf ihre Rezipienten wirkt die Medienindustrie in doppelter Weise manipulativ ein: in gezielter absatzstrategischer Anpassung an eine vorweg konditionierte Nachfrage der Konsumenten und durch Adaption an die Erwartungen der Werbetreibenden. Die Analyse bezieht sich hier auf den Warencharakter der publizistischen Produkte, die konsumgerecht aufbereitet werden müssen, sowie auf die Einflußmöglichkeiten der werbetreibenden Wirtschaft. Unmittelbare Folge profitwirtschaftlicher Medienproduktion sind auch die Konzentrationsbewegungen vor allem auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt. Denn Konzentration bedeutet Sicherung von Lesermärkten, damit Steigerung der Vertriebs- und Werbeeinnahmen, wonach jeder Medienkapitalist ‚bei Strafe seines Untergangs‘ streben muß.

Holzer versucht, seine Untersuchung über die Massenmedien mit gesellschaftsanalytischen und gesellschaftstheoretischen Ansätzen, nämlich der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und — eigentümlich quer dazu — mit der Systemtheorie zu vermitteln. Gelingen ist ihm dies jedoch nur stellenweise, zumeist stehen Medienanalyse und sozialwissenschaftliche Globalanalyse beziehungslos nebeneinander. Dies demonstriert schon das Inhaltsverzeichnis: Vor und nach dem Hauptteil „Systematische Entfaltung des Verhältnisses von

Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik“ (nacheinander wird dort referiert über die „Grundgesetzliche Institutionalisierung der Massenkommunikation“, „Krisenpunkte des gegenwärtigen Parlamentarismus“, „Befunde von Massenkommunikation in der BRD“) stehen als zweites Kapitel „Soziologische Analytik I — Funktionalistische Konzeptualisierungen des gesellschaftlichen Zusammenhangs von Massenkommunikationen und Demokratie“ und als viertes Kapitel „Soziologische Analytik II — Systemtheoretische Überlegungen zum Verhältnis von Massenkommunikation und Demokratie“.

Ausgangspunkt seiner gesellschaftlichen Bestimmung der Medien ist die demokratische Zielnorm; er setzt also apriorisch bei den funktionalen Erfordernissen der Demokratie als zu realisierender politischer ‚Lebensform‘ an. Bei der folgenden konkreten Funktionsdefinition der publizistischen Medien hält er sich strikt an den Verfassungstext sowie dessen sozialstaatliche Interpretation durch Abendroth u. a. Eine solche Grundausslegung ergibt, daß Presse und Rundfunk durch Informierung, Kommentierung und Kritik für eine konsequente Aufklärung der Öffentlichkeit zu sorgen hätten. Diesem Gesetzesanspruch konfrontiert er in einem zweiten Schritt die Realität jener kapitalistischen Gesellschaft der BRD, in der die Aufklärung aus strukturellen Gründen gescheitert sei. Diese durchaus erhellende Analyse des Widerspruchs zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit bleibt indes theoretisch wie in ihrer Praxisrelevanz im Rahmen der gegebenen sozioökonomischen und politischen Verhältnisse, die jene normativen Bestimmungen etwa des Artikel 5 Grundgesetz gegen grundlegende, systemsprengende Transformation abzusichern versuchen. Bei seinem verfassungstheoretischen Ansatz übersieht Holzer demnach, daß die Verfassung kein überzeitliches Idealgebilde ist, sondern daß die materielle Durchsetzung dessen, was sie verspricht (z. B. Art. 5 und 21 GG), vom gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhang abhängig ist. Sie ist in ihrer für die bürgerliche Gesellschaft typischen Antinomie von radikaldemokratischen Grundsatzbestimmungen und den realen Verfügungs- und Ausbeutungsverhältnissen historisches Produkt und Ausdruck der allgemeinen Grundwidersprüche im Kapitalismus, wovon der besondere Widerspruch zwischen Pressefreiheit und ihrer Auslegung durch das faktische Handeln der Pressekonzerne nur einen Teil darstellt. — Die im Anschluß an jene normativen Ableitungen folgenden Abschnitte seines Buchs wirken durch ihre häufigen Appelle an den guten Willen der über die massenmedialen Produktionsmittel Verfügenden, die sich in ihrem Verhalten an die demokratischen Normen halten sollen, eigentümlich naiv; auch dann, wenn er als eine Art negatives Gegenbild die tatsächliche Funktions- und Wirkungsweise der kapitalistischen Medienindustrie schildert. Diese Bruchstelle, die auf einen Mangel einer materialistischen Medientheorie als Gesellschaftstheorie verweist, übergeht Holzer mit dem Hinweis auf das Zwangsgesetz der Profitmaximierung der Medienindustrie, das bei ihm als eine Art universelles Erklärungsmittel fungiert. Hier bezieht sich der Verfas-

ser unkritisch auf die vorliegenden Bilanzen, auf die Gewinn- und Verlustrechnungen der Medienunternehmen, statt zu problematisieren, woher die von der Medienindustrie erwirtschafteten Profite eigentlich kommen. Er fragt sich nicht, ob es sich im Medienbereich um Mehrwertproduktion im Sinne der Marxschen Arbeitswertlehre oder ob es sich bei den Erlösen etwa im Zeitungs- und Zeitschriften-gewerbe nicht vielleicht um notwendige Zirkulationskosten des Gesamtkapitals handelt: Dieses finanziert den Medienkapitalisten für die ideologisch-politische Absicherung (Legitimationssicherung) der privaten Form der Kapitalverwertung und für eine langfristige Konsumentenprogrammierung. Weil Holzers Medienanalyse nicht ernsthaft mit einer Analyse der kapitalistischen Gesellschaft vermittelt ist, weil er trotz gegenteiliger Beteuerung die Medien isoliert als Subsystem erforscht, mißlingt ihm die intendierte politisch-ökonomische Erklärung. Er bescheidet sich mit Ideologiekritik, die an den Inhalten von Presse und Rundfunk, den Produkten der Medienindustrie ansetzt. Die ideologiekritischen Kapitel fassen eine Fülle von empirischem, vor allem inhaltsanalytischem Material über die Massenmedien zusammen. Dieses liefert Holzer gute Belege für die Schlußfolgerung, daß die massenmedialen Inhalte in ihrer politisch-ideologisierenden Wirkungsweise gekennzeichnet sind durch: „Personalisierung gesellschaftlicher Tatbestände; Intimisierung öffentlicher Angelegenheiten; Vorspiegelung einer Traumwelt; Provokation und gleichzeitige Betäubung von Angst“. Durch solche Medieninhalte wird das Publikum über seine eigene sozial unterprivilegierte und psychisch miserable Situation hinweggetäuscht. Es wird „seiner Entfremdung entfremdet“. Die Verknüpfung von inhalts- und publikumsanalytischen Resultaten macht deutlich, daß die Menschen jener Täuschung durch die Medienindustrie bedürfen, um die reale Entfremdungssituation zu ertragen. So wird die Bedürfnisdisposition des Publikums nach den Kompensationsleistungen der Medien permanent reproduziert. „Damit ist der Kreis geschlossen; . . . die Synchronisation von massenmedialem Angebot und Publikumsdispositionen (ist) gelungen. Das Publikum (ist) selbst eindeutig zum Objekt der Medien geworden . . .“. Bei dieser Beweisführung ist freilich zu berücksichtigen, daß Holzer zur empirischen Absicherung dieser Thesen auf das vorliegende Datenmaterial der Markt- und Meinungsforschungsinstitute rekurriert, die von durchsichtigen kommerziellen Interessen oder von Parteien und Verbänden in Auftrag gegeben wurden. Daß sie dort in einem ganz anderen Verwendungszusammenhang stehen, dekouvriert deren Absichten ebenso wie die der über die Medien Verfögendenden.

Holzers Verdienst besteht in der Problematisierung und Reformulierung kommunikations- und publizistikwissenschaftlicher Grundannahmen. Mit der versprochenen politisch-ökonomischen Analyse hat dies jedoch wenig zu tun: Zwischen Intention und Resultat besteht eine Diskrepanz, die auch nicht durch eine artifizielle Diktion zu verdecken ist.

Stefan Müller-Doohm (Frankfurt/M.)



**Jaeggi, Urs:** Für und wider die revolutionäre Ungeduld. Aufsätze und Notizen. Benziger Verlag, Zürich—Köln 1972 (188 S., br., 9,80 DM).

In einem langen Vorwort, einer Untersuchung der wissenschaftlichen Erfahrung und Kritik des eigenen wissenschaftlichen Werdens, kommt Jaeggi zu einem Resultat, aus dem gelernt werden kann. Man erkennt den Grundgestus des Respektes vor der Realität; das kritische Überprüfen der soziologischen Theorie an der Wirklichkeit bleibt stets auf das Bestimmen der Handlungsmöglichkeiten gerichtet. Dieser Haltung entspricht die des Mißtrauens gegenüber jeglichen (auch und besonders eigenen) fertigen und verfestigten Gedanken sowie gegenüber dem Wunschenken: „Noch sind keine richtigen Antworten an Wände geschrieben oder in Büchern fixiert.“ (181) — Erstaunlicherweise versagt diese wissenschaftliche Haltung in den ersten Aufsätzen über Frauenemanzipation.

In dem Beitrag „Die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft“ (1965) wird aus Meinungsumfragen ein Rollenkonflikt abgeleitet: „Die unverheiratete Frau *soll* arbeiten. Die verheiratete Frau ohne Kind (oder mit großen Kindern) *kann* arbeiten. . . . Die verheiratete Frau mit kleinen Kindern aber *soll nicht* arbeiten“ (53). Diesen subjektiven Rollenerwartungen sind keine Überlegungen zur Notwendigkeit gesellschafteter Kindererziehung gegenübergestellt. Schichtspezifisch interpretiert, ergibt sich folgende Paradoxie: „Während die berufstätige, mit Routinearbeit beschäftigte Frau (die Arbeiterin, d. Rez.) die ‚Nur-Hausfrau‘ wegen ihrer Freiheit und ihrem größeren gesellschaftlichen Ansehen beneidet, beneidet diese die berufstätige Frau nicht nur der finanziellen Unabhängigkeit wegen, sondern auch deswegen, weil diese einen vielfältigeren Weltbezug, d. h. mehr und eigene Kontakte zur Außenwelt, hat“ (57). Die Bemittelte ist frei und angesehen, die Unbemittelte unabhängig und weltbezogen. Sie beneiden sich wechselseitig. Die kapitalismusspezifischen gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse, die diese Phänomene hervorgerufen haben und erst kausal-genetisch erklären könnten, bleiben ungenannt. So wird die Lösung des Konflikts in der Berichtigung des falschen Bewußtseins der Frauen gesehen: „. . . die Zersplitterung ihrer Kräfte und Interessen und das Hegen unrealistischer Erwartungen sind sicher das schwerste Handicap der Frau“ (57). Jaeggi schlägt eine Lebensplanung in drei Abschnitten vor: Ausbildung, Beruf — Heirat, Kinderaufziehen — erneute Arbeit mit nunmehr größerer Erfahrung im (selben) Beruf. Das Gelingen dieses Plans hänge von subjektiven Voraussetzungen ab: die Frau solle nicht auf einen Versorger warten, solle sich für die Zukunft verantwortlich fühlen und sich nicht so sehr mit dem Partner identifizieren; zusätzlich sollten sich die Männer mit Familienangelegenheiten befassen. Diese „Revolution“, für die der obere Mittelstand beispielgebend sei, sei „mindestens so entscheidend wie die politische Gleichberechtigung und entscheidender als die Rückgewinnung beruflicher Positionen“ (59). Ich bezweifle, daß ir-

gendeine Frau außerhalb der höheren Mittelschicht sich diesen Bewußtseinsvorschlag leisten kann. Aber selbst wenn sie ihr Leben so wählen und entscheiden könnte, so wäre doch nach Jahren der Kindererziehung ihr Arbeitsplatz verloren, ihre Arbeitskraftqualifikation überholt und sie selber wäre, weil zu alt, kaum noch gesucht.

Sechs Jahre später stellt Jaeggi in einem „Postscriptum“ kulturrevolutionäre Frauengruppen dar. Einerseits stimmt er ihrem ungeduldigen Programm einer gleichzeitig und gleichermaßen ökonomischen, politischen und kulturellen Revolution gegen die „Männergesellschaft“ zu; diese müsse Konzessionen machen und werde versuchen, die Frauen wieder einzugliedern. Aber „weil sie die Repression total denunzieren, . . . behalten sie zumindest potentiell die Möglichkeit, das Leben auf neuer Grundlage zu organisieren“ (61). Wider die revolutionäre Ungeduld macht Jaeggi jedoch geltend, gerade indem diese Emanzipationsbewegung alles zugleich umfassend und total sein wolle, übersehe sie leicht die möglichen Ansatzpunkte für effektive Veränderungen und isoliere sich selbst; auch verschaffe die kulturrevolutionäre Geste der bestehenden Gesellschaft eine neue Innenpolsterung. So empfiehlt er die Strategie, politische, ökonomische, soziale und kulturelle Belange der Frauen als Einheit zu behandeln, sich „immer und unablässig an die politische Alltagspraxis zu binden, darin zu realisieren“ (64). — Die politisch fortgeschrittensten Frauenorganisationen werden ihm hier sicher zustimmen, aber sie sehen ihre Aufgabe längst nicht mehr im antimaskulinen, sondern im antikapitalistischen Kampf. Den führen sie nicht ohne die Männer. Jaeggi übersieht, daß diese Emanzipationsgruppen ihre Strategie der totalen Negation aufgeben müßten, um überhaupt bündnisfähig und wirksam werden zu können, obwohl er an anderer Stelle Bloch gegen das Wunschdenken zitiert: „So etwas ist erst schwärmen und überholt nur scheinbar, obwohl sein Vorwärts besonders heftig aussieht; es überholt aber nicht, sondern überschlägt (88).“

Im gleichen Jahr entstand der Aufsatz „Das Geschlecht als Waffe“, in dem Jaeggi — seine Skepsis gegen revolutionäre Ungeduld leider völlig vergessend — entschieden für die women's liberation Gruppen Partei ergreift. Diese Frauen haben „das Herr-Knecht-Verhältnis umgedreht: die Frau ist der Herr und der Herr ist der Gejagte“ (42). Dies sei nötig, weil die Männer in bezug auf die Frauen immer Ausbeuter gewesen seien. Die Frauen würden aufgrund äußerer Merkmale wie die Schwarzen in den USA diskriminiert. Die Parole, es komme auf „consciousness raising“ an, wird als richtig unterstrichen. Jaeggi unterliegt völlig der „Faszination dieses Aufbegehrens“, dem „echten Neuformulieren der eigenen Rolle, der eigenen Identität“ (44), die doch nur folgenloses Gestikulieren eines Bewußtseins sind, das es sich leisten kann, sich über die materielle Lebenssituation und die Produktionsverhältnisse zu erheben, das sich also aus dem Allgemeinen ausnehmen kann. Geblendet spricht er den feministischen Emanzipationsgruppen — „kraft ihrer Intoleranz, aber auch: weil sie im Recht sind“ — mehr „politische Virulenz“ zu als den „männlichen (weißen)

Gruppierungen“, denn in ihrem Sprechen und Handeln zeigten sie auf „einen der tiefsten Risse in unserer Gesellschaft: auf die Verkümmern und Entleerung unseres Lebens. Sie wollen nicht mehr sein: ein Gebrauchsgegenstand, eine Ware. Nicht länger wird an die Vernunft der Herrenzunft appelliert oder diese mit Spott belegt: diese wird eliminiert, ignoriert“ (alle Zit. 45).

Die Skepsis des Autors gegen die große Weigerung, die totale Negation der kulturevolutionären Gruppen, die im selben Jahr erhobene Warnung vor der Gefahr der Isolierung und damit Entpolitisierung ist erstickt. Er schließt verkündet vor so viel jugendlicher Spontaneität: „Eines ist klar: ihren Sinn bekommen diese Experimente erst durch den extremen Willen zur Rekonstruktion neuer Kommunikationsformen. Sinn bekommen sie, weil sie sich nicht eng jener Linie entlang, die durch Konventionen und Reglementierungen, wie sie die politischen Parteien, die Verwaltungen und Regierungen propagieren und durchsetzen, bewegen.“ (48) Den Frauen, die von Marx gemeinsam lernten, wie ihre besondere Sache notwendig der allgemeinen Hauptaufgabe der Veränderung der Besitz- und Produktionsverhältnisse unterzuordnen ist, damit sie erfolgreich bewältigt werden kann, und auch den Frauen, die in sozialistischen Ländern neue Lebensverhältnisse praktisch aufbauen, hält Jaeggi entgegen: „sie haben eine Etappe übersprungen, nicht unbedingt zu ihrem Vorteil“ (41). Ihr mit den Männern der Arbeiterorganisation gemeinsam geführter Kampf gilt jedoch kapitalistischen Produktionsverhältnissen, nicht einer abstrakten Männerwelt.

Alle anderen Beiträge über die Wirksamkeit der Massenmedien (1965), den Geist der Utopie (1967), das Elend der Frankfurter Soziologie (1971) und das oppositionslose Mehrparteiensystem (1966) mit ihren jeweiligen Postscripta von 1971 zeichnen sich aus durch den klaren Hinweis darauf, daß das sozialistische Ziel nur über den Weg politischen Handelns in einer Welt, deren Veränderungsbedürftigkeit analysiert wurde, erreichbar ist: „Einige arbeiten sehr konsequent, praktisch und theoretisch, innerhalb der Institutionen und in der Konfrontation mit diesen. Auf sie wird es ankommen.“ (33) Neben der Kritik an ultralinken Sektierern tritt der Spott über philologisch virtuose aber wirklichkeitsfremde Marx- und Lenin-Interpreten: „Theoretisches Seiltanzen, theoretische Inzucht, politische Folgenlosigkeit.“ (32) Auch das Stückwerk der Reformen und Technokraten, der „Realismus der kleinen Küstenschiffahrt“ (Marx) ist ihm zu sehr auf das innerhalb des Systems gerade noch Mögliche beschränkt. Schließlich deutet Jaeggi manchmal bürokratische oder bürgerliche Erscheinungen im sog. „Staatssozialismus“ an, ohne sie jedoch darzustellen oder zu analysieren. Gerade im Hinblick auf die letzte — in dieser Oberflächlichkeit mir unnötig erscheinende — Abgrenzung fällt auf, daß sich Jaeggi nicht mit den Tendenzen und Kräften verbündet, die denselben Weg gehen. So bleibt nach der kritischen Antwort auf die Frage: Was tun? eine weitere entscheidende offen: Mit wem?

Holm Gottschalch (Berlin/West)

## Psychologie

**Preuss, Hans G.:** *Illusion und Wirklichkeit. An den Grenzen von Religion und Psychoanalyse.* Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1971 (201 S., br., 19,50 DM).

Wenn der Rezensent die Absicht des Buches recht verstanden hat, zielt sein Verfasser, ein der Freud'schen Tradition sich zurechnender Psychotherapeut, im allgemeinen auf die Eingliederung der Psychoanalyse ins Universum einer existenzialphilosophisch fundamentalen Kunde vom Menschen und im besonderen auf eine Apologie der geistlichen Seelsorge aus dem Blickwinkel einer solcherart eingeordneten Psychotherapie. Motiviert sind die beiden Intentionen offenbar durch das Bedürfnis, die Psychoanalyse nicht als ein bloß aufs Psychopathologische fixiertes medizinisches Spezialfach zu akzeptieren, sondern ihr darüber hinaus den Anspruch einer expliziten Kulturtheorie und impliziten Sozialpraxis zu erhalten.

Das Verfahren, das diesem Anspruch zu seinem Recht verhelfen soll, stimmt bedenklich. Versucht wird, die Psychoanalyse als wissenschaftliche Fortsetzung einer um die Übertragungssituation zentrierten und im halsbrecherischen Wortspiel von „Seelen-Heilkunde“ und „Seelenheil-Kunde“ (15) sich entfaltenden, traditionsreichen Beschäftigung mit der „kranke(n) Seele“ (22) oder Technik der „seelischen Beeinflussung“ (14) auszumachen und auf den Begriff einer historischen Variation dieses existenzialen Grundthemas herunterzubringen. Die entscheidende Voraussetzung bildet dabei die Behandlung, die der Verfasser dem als formelles Zentrum einer jeden Seelenheilkunde erkannten Übertragungssphänomen angedeihen läßt. Sie zielt im wesentlichen darauf, das Übertragungsverhältnis als das in Form einer quasi-anthropologischen Rahmenbestimmung vorgegebene und durch „Persönlichkeit“ (21) auf der Seite des Arztes ebenso wie durch „gläubiges Vertrauen“ (22) auf der Seite des Patienten definierte Erfolgsgeheimnis auch und gerade der Psychoanalyse zu retablieren.

Diese versöhnliche Lesart der Übertragung steht nun allerdings in krassem Widerspruch zu einer Therapie, die zwar in der Tat das Übertragungssphänomen als Bedingung ihrer Möglichkeit anerkennen muß, ihre — sie als Psychoanalyse qualifizierende — spezifische Differenz gegenüber anderen Heilverfahren aber gerade der Tatsache verdankt, daß sie eben diese ihre formelle Bedingung der Möglichkeit zugleich als materiale Bedingung der Wirklichkeit der Krankheit realisiert und demzufolge denn auch zum Hauptangriffspunkt ihrer theoretischen und therapeutischen Bemühungen erklärt. Indes hat der Verfasser für das Dilemma, in das er durch seine Unbereitschaft gerät, die Freud'sche Therapie als kulturkritisch bestimmte Negation ihrer eigenen, im Übertragungsverhalten des Patienten präsenten Grundlagen anzuerkennen, und durch sein Bedürfnis, der Psychoanalyse in der Übertragungseignung eine anthropologische Basis zu erhalten, sogleich eine philosophische Lösung parat. Sie besteht in

einer simplen Verdoppelung der Übertragungsbereitschaft in einerseits ein von modernen Theologien und Philosophien ermitteltes menschliches Grundbedürfnis nach autoritativ verbindlichem, höherem Sinn und andererseits eine zum Objekt der psychoanalytischen Kritik erklärte, unausrottbare Tendenz, jenes Grundbedürfnis durch die Preisgabe an Ersatzautoritäten zu pervertieren. Diese „Lösung“, die der Verfasser bereits bei seiner Diskussion des Freud'schen Topos von der „Allmacht der Gedanken“ durch die feinsinnige Unterscheidung zwischen einem speziell magischen Verhalten und einer allgemein religiösen Attitüde vorbereitet, impliziert eine entsprechende Differenzierung auf der Ebene der der Übertragung zugrunde liegenden seelischen Ökonomie. Der die magisch-neurotische Übertragung forcierenden neurotischen Angst korrespondiert als menschliches Natursubstrat eine Angst überhaupt, die als „Bestandteil des Daseins“ (90) und „zum Erleben des Menschen“ (ebd.) gehöriges Existenzial eine Übertragungsbereitschaft schlechthin begründet und den Menschen als ein „in seinem Kern . . . religiöses Wesen“ (45) offenbart.

Die sozialstrategische Pointe ist unverkennbar. Zwar bleibt nach wie vor die primäre Aufgabe der Psychoanalyse, mit der neurotischen Angst und der ihr korrelierenden Übertragungsbereitschaft des Patienten aufzuräumen. Aber weit entfernt, daß hierbei als Zweck der Veranstaltung die durch den rückhaltlosen Abbau der Übertragung vermittelte Objektivierung und Aufhebung der neurotischen Angst und die auf dieser Grundlage mögliche Wiederherstellung des Realitätsbewußtseins des Patienten gelten dürfte. Emphatisches Ziel der Kur scheint vielmehr die Wiederherstellung — sozusagen in Reinkultur — einer existentialen Angstbereitschaft beim Patienten, die mit dem Bewußtsein von der Irrealität und Unangemessenheit neurotischer Übertragungen zugleich das prinzipielle Bedürfnis nach einer Realität, die die Übertragung verlohnt und vor den Fall eines ihrem „wahren“ Anspruch gemäßen Autoritätsverhältnisses bringt, reproduziert. Für eine positive Befriedigung dieses Grundbedürfnisses bestreitet der Verfasser zwar der Psychoanalyse die Kompetenz. Aber so wahr er ihre Bestimmung darein setzt, der Form nach ausgerechnet die Attitüde beim Patienten zu restaurieren und als gesteigertes Realitätsbewußtsein freizulegen, die sie dem Inhalt nach kritisiert und als illusionäre Ausflucht verwirft, so wahr macht er sie damit zu einem Handlanger all der „Seelenheil“-Praktiken, die in der Tat nichts anderes bezwecken als die Konversion eines asozial privativen, weil realitätsfern individuellen Übertragungsverhaltens in ein privatgesellschaftlich nützlich, weil Objektivität verschleiernendes persönliches Abhängigkeitsverhältnis. Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

**Castel, Robert:** *Le psychanalyse*. Editions François Maspéro, Paris 1973 (281 S., 30,— ffrs).

Nicht die Theorie, sondern der institutionelle Rahmen der Psychoanalyse ist Gegenstand dieser Untersuchung. Sie versucht, das klassi-

sche Modell der psychoanalytischen Situation soziologisch zu interpretieren, um dann die Veränderungen zu untersuchen, denen die Psychoanalyse in Institutionen unterliegt. Denn (und das ist hier Ausgangspunkt der Überlegungen) der Schwerpunkt der analytischen Arbeit in Frankreich hat sich von der Couch weg in Institutionen verlagert, in denen sie größeres soziales Gewicht erhält. War bisher der Diskurs des Unbewußten monopolisiert in esoterischen Zirkeln, so drängt sich nun die Frage auf, was seine Interpreten in Institutionen tun.

Castels Ausgangsfrage ist: Wie kommt es, daß die allerpersönlichste Äußerung, die in unserer Gesellschaft möglich ist, die der Phantasmen des Unbewußten, in einer der rigidesten und konventionellsten Beziehungen, der der analytischen Situation, sich darstellen soll (15)? C. mißtraut also dem analytischen Ritualismus, und dieses Mißtrauen führt ihn zu einer gegenüber manchen sich bepriesternden Theorie erfrischend prosaischen Einstellung.

Sie schlägt sich zunächst darin nieder, daß er einen Gegensatz nicht gelten lassen will, der nicht nur in Frankreich einfache Gemüter beherrscht, den des „guten, weil befreienden Analytikers“ und des „bösen, weil repressiven Psychiaters“ (21). Aus daraus sich ableitenden Führungsansprüchen könne sich ein Radikalismus entwickeln, der weder politisch noch psychoanalytisch begründet sei, sondern sich wechselweise auf das jeweils andere Gebiet berufe, wenn er beim Wort genommen werde. Solche wechselseitige Neutralisierung, so meint C., verstärkt eine Tendenz, die schon innerhalb der traditionellen psychoanalytischen Zweierbeziehung wirksam ist. Diese — und das ist bisher kaum theoretisch reflektiert worden — stellt eine konventionelle Vertragssituation dar und schließt eine Neutralisierung dessen ein, was eigentlich nie neutral sein kann. Castel geht so weit, von einer vertragsmäßigen Verdrängung in der psychoanalytischen Grundregel zu sprechen. Die gesellschaftliche und politische Realität werde aufgrund einer zweideutigen Neutralität des Psychoanalytikers in der Analyse für ungültig erklärt. Doch diese Abstraktion bleibe definiert durch das, was sie aus sich auszuschließen bestrebt sei. Als technische Bedingung der Übertragung sei die konstitutive Neutralisierung der Grundregel zugleich die politische Bedingung einer unpolitischen Grundhaltung der Analyse. Verstärkt wird diese Grundhaltung durch das System kooptativer Rekrutierung von Analytikern, das einen hohen Kollegialitätsdruck und Konformitätszwang mit sich bringt.

Castel kommt zu dem Schluß, das „soziale Unbewußte“ (58 ff.) der Psychoanalyse müsse untersucht werden. Er versteht darunter die unbefragten gesellschaftlichen Voraussetzungen der Psychoanalyse, die diese selbst eher verdunkle als erhelle, wenn sie z. B. die Rolle des Geldes in der Analyse bloß symbolisch und nicht auch ökonomisch zu interpretieren bestrebt sei, wenn sie die Nonreversibilität des analytischen Verhältnisses nicht theoretisch als symbolisches Gewaltverhältnis formuliere und wenn sie schließlich ihre besondere soziale Rolle als eines expertenmäßig betriebenen Dienstleistungsberufs von Honoratioren (Goffman „Asyle“) nicht reflektiere.

In Frankreich könne heute nicht mehr die Rede davon sein, die Psychoanalyse sei revolutionär. Denn es habe, ebenso wie in anderen westlichen Ländern, eine Senkung der gesellschaftlichen Aggressionsschwelle gegenüber der Sexualität stattgefunden, sofern diese in der Sprache der Psychoanalyse präsentiert werde. Ganz im Gegenteil lasse sich feststellen, daß die Psychoanalyse zum wichtigsten Mittel der Akkulturation gebildeter Oberschichten geworden sei und in diesen mittlerweile ihre eigene Nachfrage erzeuge. Das geschehe vor allem in der orakelhaften Esoterik der Lacan-Schule, die unterm Vorwand, das Unbewußte zur Sprache zu bringen, der ökonomischen Diskriminierung von seiten der Psychoanalyse eine sprachliche hinzufüge. Ihr intellektueller Narzißmus urteile über alles und jedes im Namen eines methodisch eingestandenen, souverän die Fakten verachtenden Nicht-Wissens, das sich zur Weltanschauung entwickelt habe und sich der therapeutischen Anstrengung in einer zum Schein linguistischen Terminologie überhoben wisse.

Insgesamt habe die Psychoanalyse den Übergang von der Sekte zur Kirche, von einer handwerklichen Kooperation zu einer halbindustriellen Organisation vollzogen, sobald sie nicht mehr vorzugsweise in der Privatpraxis, sondern in Anstalten aller Art betrieben werde, wie das heute in Frankreich weithin der Fall ist.

Neben der Arbeit in den traditionellen Asylen spielt die Psychoanalyse in der Theorie, aber auch schon in der Praxis der sektorisierten Gemeindepsychiatrie in Frankreich zunehmend eine Rolle. Die Gefahr, die C. hier sieht, besteht vor allem darin, daß sie unter dem vagen Begriff der Soziopathie (Hochmann) Kontrollmöglichkeiten erweitert, die bisher einer traditional verfahrenen Psychiatrie vorbehalten blieben.

Innerhalb geschlossener Anstalten versucht die „Psychothérapie institutionnelle“ psychoanalytisch eine strukturelle Änderung des Anstaltslebens herbeizuführen. C. hält ihre Mischung der Theorien von Marx und Lacan für lächerlich und gefährlich; denn sie kapriziere sich darauf, die interpersonellen Strukturen des Anstaltslebens, als wären sie beliebig, zu verändern, und überdehne dabei den Begriff der Übertragung, ohne indes das grundlegende Herrschaftsverhältnis der Anstalt selbst in Frage zu stellen. Wenn sie Institutionen nur als Organisation der analytischen Technik verstehe, beziehe sie die gesamte institutionelle Realität auf die Macht der Ärzte (194). Diese regle dann, dem Diskurs des Unbewußten angeblich folgend, die objektiven Strukturen der Institution nach den scheinbaren Bedürfnissen der Patienten, ohne sich darüber klarzuwerden, daß sie sich aufgrund dieser Theorie jeden Blick auf das verstelle, was von außerhalb der Institution deren innere Organisation bestimme.

Außer in diesen beiden Bereichen sei die Psychoanalyse heute in Frankreich in einer Vielzahl von pädagogischen und psychologischen Beratungsstellen etabliert, in jenem *counseling and testing complex* also, der in den USA erheblich zu ihrer Anpassungstendenz und gefährlichen Verharmlosung beigetragen habe.

Gerade das nun, befürchtet C., werde in gleicher Weise in Frankreich eintreten. Denn die Psychoanalyse sei machtlos gegen ihre Integration in eine bestehende Gesellschaftsordnung, da sie von sich aus alles aufs nur psychisch Wirkliche reduziere und nicht dazu in der Lage sei, gesellschaftliche Widersprüche als solche zu analysieren (207). „Die analytische Erfahrung steht von vornherein in enger Verbindung mit gewissen Werten, Existenzformen und Formen von Praxis: mit Intimität, Innerlichkeit, Traum, Begierde, Einbildungskraft, Privatleben etc. Entsprechend wird sie dazu verleitet, die Wirksamkeit anderer Werte, einer anderen Praxis und anderer Lebensformen zu unterschätzen oder auszuklammern: die der Arbeit, des öffentlichen Lebens, der Gemeinschaft, der sozialen Gewalt, des Kriegs und der Ausbeutung.“ (209)

Weit davon entfernt, die Verurteilung der Psychoanalyse durch die KPF von 1949 zu rechtfertigen oder auch nur mit Vorbehalten zu billigen, versucht C., insofern Verständnis für diese politisch motivierte Ablehnung zu wecken, als er in ihr den letzten (wie immer mißlungene) Versuch einer Grenzziehung zwischen Marxismus und Psychoanalyse meint erkennen zu können. Solche Grenzziehung erscheint ihm unumgänglich. Für unzulänglich hält er sie in der gegenwärtigen widerstandslosen Aufteilung von Einflußsphären zwischen dem Marxismus Althusser's und der Psychoanalyse Lacans. Denn solche wechselseitige Neutralisierung beider behindere sowohl die Sozialwissenschaft wie die Psychoanalyse. C. selbst freilich vermag in dieser Frage keine eigene Position zu entwickeln. Er versteht sein Buch vor allem als Warnung vor einer Überschätzung des politischen Potentials der Psychoanalyse auf seiten der Linken.

Am Schluß des Buches findet sich ein überaus nützliches Glossar mit Daten und Fakten über reformpsychiatrische und psychoanalytische Einrichtungen in Frankreich, Italien, England und den USA.

Klaus Laermann (Berlin/West)

**Peterfalvi, Jean-Michel:** Introduction à la psycholinguistique, Collection SUP, 'Le Psychologue' 43. Presses Universitaires de France, Paris 1970 (159 S., 6 ffrs.).

Der Autor erhebt den Anspruch, einen Überblick über dieses relativ neue Forschungsgebiet zu geben. Er will weniger eine zusammenfassende Darstellung aller bisherigen Ergebnisse bringen als vielmehr zur Lektüre der Bücher anregen, die er kursorisch behandelt. Da seine Leser vornehmlich Studenten der Psychologie sind, werden die Konzepte der Linguistik, soweit sie den Grenzbereich beider Wissenschaften betreffen, mit einiger Ausführlichkeit referiert. Dabei legt der Verfasser den Hauptakzent auf die Phonologie, weil er sich von ihr erhofft, daß sie der Psychologie am ehesten assimilierbar sei. Zugleich aber werden die informationstheoretischen und behavioristischen Konzepte sowie die der generativen Gramma-



tik ausführlich dargestellt. Diese Darstellungen folgen in den drei Teilen der Gliederung der Linguistik: nach der phonologischen folgt die semantische und die syntaktische Ebene.

So klar diese Gliederung ist, so wenig kann an ihr das spannungslose Nebeneinander der einzelnen Teile übersehen werden, das das Buch insgesamt bestimmt. Die verschiedenen theoretischen und methodischen Positionen werden vorgeführt, ohne daß auf ihre Unvereinbarkeit hingewiesen würde oder auf die Art, wie sie aneinander Kritik üben. Das ist der Nachteil eines klassifizierenden und rubrizierenden Verfahrens, das nicht aus einem gegebenen Problembewußtsein heraus nach praktischen Lösungen sucht, sondern nur nach der ordentlichen Aufteilung eines Gebiets unter die verschiedenen Schulen und Lehrmeinungen. Den Informationswert indes, den auch sein katalogisierendes Verfahren haben könnte, verschenkt Peterfalvi, indem er durchweg auf bibliographische Angaben bei den von ihm zitierten Artikeln verzichtet, so daß es dem Leser unmöglich wird, zusätzlich interessierende Einzelheiten rasch nachzusehen. Das ist bei einer Einführung um so gravierender, als auch die Bibliographie am Ende des Bändchens überaus schmal ist.

Klaus Laermann (Berlin/West)

**Jappe, Gemma:** Über Wort und Sprache in der Psychoanalyse. S. Fischer Verlag, Reihe *Conditio humana*, Frankfurt/M. 1971 (XIV, 168 S., kart., 15,— DM).

Bernfelds Einsicht, die Psychoanalyse (PA) repräsentiere einen „wissenschaftstheoretisch noch nicht zulänglich erfaßten Typus von Psychologie“, ist in letzter Zeit in verschiedenen Untersuchungen von Habermas und Lorenzer aufgenommen worden. — Lorenzer konnte, von einer Kritik des pa Symbolbegriffs ausgehend, zeigen, daß und wie der pa Prozeß als Rekonstruktion zerstörter Sprache zu begreifen ist. Überdies skizzierte er das anspruchsvolle Projekt eines pa Symbolbegriffs, der lebensgeschichtliche und politökonomische Analyse verklammern soll. Den Zusammenhang dieser beiden, nicht ohne weiteres als zusammengehörig erkennbaren Konzepte stellt ein Symbolbegriff her, der subjektives Symbolbildungsvermögen und objektive Symbolstrukturen zugleich erfaßt. Offen ist bislang die Frage, ob es auf gesellschaftlicher Ebene eine Entsprechung gibt für das — in der Therapieanalyse — an der Symboltheorie festgemachte Konzept des ‚szenischen Verstehens‘. — Habermas hatte PA als Sprachanalyse, hatte die „Logik der Umsetzung von Kritik in Selbstbefreiung“ von vornherein mehr als Modell beschrieben, wendet sich aber „gegen undifferenzierte Versuche, ein der Psychoanalyse entliehenes Modell auf große Gruppen zu übertragen“. Der die Neuformulierung der PA tragende sprachtheoretische Ansatz ist unterdessen in Richtung auf eine sprachtheoretische Grundlegung der Sozialwissenschaften erweitert worden.

Wer sich von Jappes Buch einen Beitrag zu *dieser* Diskussion erhofft, wird enttäuscht. In vier Kapiteln werden begriffsgeschichtlich analysiert: Verbalisierung und pa Methode, die Sprachstruktur des Traumes als Sprachzerfall, Primär- und Sekundärvorgang, das Konzept von Wort- und Sachvorstellung. In einem letzten Kapitel werden ‚Gesichtspunkte zu einer Theorie der Verbalisierung‘ zusammengetragen. Daß eine ausgearbeitete Sprachtheorie sich nicht nur auf der interaktionistischen Ebene bewegen kann, sondern auch die hier angeschnittenen, auf ein naturhaftes Moment des symbolischen Interaktionismus hinweisenden Probleme miterfassen muß, sei unbestritten. Es erscheint mir gleichwohl nicht sinnvoll, auf diese Kapitel und ihre z. T. akribischen Einzelanalysen wie die des ‚Entwurfs‘ von 1895 näher einzugehen. Es gelingt der Autorin nämlich eigentümlicher Weise nicht, die aus Freuds naturwissenschaftlichen Absichten erklärable Hermetik der ihr sprachtheoretisch relevant erscheinenden Konzepte abzustreifen. Eine Analyse der Einleitung (XII, XIII) zeigt, warum Jappes begriffsgeschichtliche Vorarbeit zu einer solchen Theorie keinen Beitrag leisten kann. Es ist kein Zufall, daß das Buch mit einem umfangreichen Zitat aus Prousts Hauptwerk eingeleitet wird. Wenn in diesem umstandslos die Erfahrung wiedererkannt wird, die der PA eigentümlich sei, so wird damit unter derhand die Zweierbeziehung zwischen Analytiker und Analysand durch das einsame Sich-Erinnern eines einzelnen ersetzt.

Tatsächlich ist später von der Arbeit des Analytikers selbst da nicht die Rede, wo es um den ‚Stilwandel im Dialog zwischen Arzt und Patient‘ geht. Analysiert wird vielmehr der Wandel der Auffassung vom Sprechakt des Patienten allein. Der Analytiker taucht, zur Unkenntlichkeit entstellt, erst im letzten Drittel des Buches als ‚Der andere‘ auf, der an der Bewußtmachung von Unbewußtem irgendwie beteiligt sein muß (106). — Das um den Interaktionismus verkürzte Verständnis von Sprachtheorie wirft die Frage auf, worauf die begriffsgeschichtliche Analyse eigentlich hinarbeitet. Jappe meint, begriffsgeschichtliche Analyse könne leisten, was definitorische Anstrengung allein nicht verbürge, nämlich Begriffe von historischem Ballast, hier der neurologisch orientierten Metaphorik Freuds, zu befreien. Ziel der Arbeit soll dann sein, „einige dieser Metaphern so zu interpretieren, daß ihr Sinn sich im Bezugssystem heutiger Wissenschaft entfalten kann“. Was ‚heutige Wissenschaft‘ ist, bleibt das Geheimnis der Autorin. Offenbar handelt es sich aber um eine historisch unbelastete Wissenschaft. Es gelte, das „verborgene Eigenleben“, das die „neue Bedeutung“ von Begriffen „regressiv umzumünzen“ pflege, aufzudecken. Unerfindlich bleibt, warum Jappe sich mit dieser Intention in der Nachbarschaft von Habermas sieht. „Von den Voraussetzungen und dem Ansatz unserer Arbeit her wird diese Berührung aber in engen Grenzen gehalten.“ Ohne Interesse ist für Jappe nämlich, daß „Habermas ... eine allgemeine Erkenntnistheorie der Wissenschaften (entwirft)“. Wichtig ist allein, daß er „im Rahmen einer solchen Theorie ... Psychoanalyse als Modell einer Wissenschaft (begreift), die Selbstreflexion zur Methode erhebt.

Seine Kritik betrifft das Zurückbleiben der Psychoanalyse hinter diesem Modell und hinter ihrem eigenen Anspruch. Den wesentlichen Grund hierfür sieht Habermas im Fehlen einer entwickelten Theorie der Sprache. — Unsere Arbeit besteht in dem detaillierten Aufweis, inwiefern eine solche Theorie fehlt...“ Die ‚heutige Wissenschaft‘, in die die ‚gereinigten‘ pa Begriffe integriert werden sollen, ist also eine Sprachtheorie, die Habermas aus seiner Perspektive fehlt. Jappe entgeht, daß diese Sprachtheorie etwas mit dem erkenntnistheoretischen Projekt zu tun haben könnte, an dem sie sich desinteressiert zeigt, und daß diese Konzeption von inhaltlichen Bestimmungen der PA nicht getrennt werden darf, wenn anders nicht deren selbst-reflexive Intention zu einem So-kann-mans-auch-sehen verkümmern soll. Sie gibt vor, auf jene Theorie hinzuarbeiten, mißverstehet sie aber gleichwohl als einzelwissenschaftliches missing link. Buchstäblich ist übrigens nach der Ankündigung, ‚einige Metaphern‘ neu interpretieren zu wollen, bei dieser oberflächlichen Berufung auf Habermas zum erstenmal von Sprache die Rede. Eine eigene Problemstellung findet in Wirklichkeit nicht statt. Es ist nur folgerichtig, daß die prospektive Wendung, die die Untersuchung im letzten Kapitel nehmen soll, nicht gelingt. Die Arbeit zerfranst zum Aufzählen diverser Aspekte, durch ein ‚nicht nur, sondern auch und vor allem‘ mehr zusammenaddiert denn in einen schlüssigen Zusammenhang gebracht. Der Autorin entgeht dies selber nicht, wenn sie, beim Problem Sprache und Zeit, resigniert, es sei ‚hoffnungslos‘, ihm gerecht werden zu wollen: „Dieses Problem kann nicht unter anderen auch noch ‚abgehandelt‘ werden“ (132). Es bleibt bei „Streiflichtern“ (132), unter denen PA als das solipsistische Unternehmen sichtbar wird, das die Einleitung verspricht: als nebulose „Antithetik der Momente: Ich und anderer, Determinierung und Spontaneität, Setzung durch Negation und Negation der Setzung, Relativität als Bindung ans und Ablösung aus dem System, Entäußerung und Verinnerlichung, Ablösung von der Gegenwart und Vergegenwärtigung des Vergangenen. Offenbar macht solche Antithetik Explikation aus; die Entfaltung wäre gleichsam der Weg zwischen beiden Momenten“ (142).

Jochen Sievers (München)

## Medizin

**Szasz, Thomas S.:** *Geisteskrankheit. Ein moderner Mythos?*  
Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1972 (313 S., Ln.,  
36,— DM).

Mit einem Jahrzehnt Verspätung ist Szasz' Klassiker endlich in deutscher Sprache erschienen — bei einem psychiatrischen Fachbuchverlag und zu einem stolzen Preis — unter Umständen also, die in

eigentümlichem Mißverhältnis zu dem revolutionären Nimbus stehen, der der deutschen Übersetzung vorausleite.

Die zentrale These des Autors lautet, die Phänomene, welche gewöhnlich als psychische Krankheit klassifiziert werden, seien auf der Grundlage eines naturwissenschaftlichen Krankheitsverständnisses nicht zu begreifen, geschweige denn zu therapieren. Es handle sich bei psychischen Störungen vielmehr um kommunikativ gerichtete und nur als solche verstehbare Konfliktlösungsversuche der betroffenen Individuen. Das Konzept der Geisteskrankheit diene heute lediglich einer Verschleierung von Problemen, die im Kern moralischer Natur seien. Demzufolge sei das Konzept der *Geisteskrankheit* dem Problem ebensowenig angemessen wie der mittelalterliche Hexenglaube, dessen Nachfolge es angetreten habe.

Der erste Teil der Arbeit will einen Einblick vermitteln in die Geschichte des Umgangs mit Geisteskranken, bleibt allerdings sehr idealistisch: Interpretiert werden nicht wirkliche historische Zusammenhänge, sondern bloß die Positionen zweier Väter der Psychiatrie: Charcot und Freud. Der zweite Teil soll die „Grundzüge einer Theorie des persönlichen Verhaltens“ ausführen. Szasz schlägt drei Ebenen der Analyse vor: die semiotische der Zeichen, die der Regeln und die Spielebene, wobei er sich wesentlich auf Reichenbach, Mead und Piaget stützt. Ein beträchtlicher begrifflicher Aufwand, der wenig überzeugt; denn bei der praktischen Anwendung der Theorie auf hysterische Verhaltensweisen kommt nicht mehr heraus, als die auch umgangssprachlich zutreffende Behauptung, daß „Hysterie kennzeichnenderweise auf Herrschaft und interpersonale Kontrolle“ abziele.

Das Buch ist deshalb enttäuschend, weil der in der Einführung vorgebrachte Gedanke der gesellschaftlichen Konstitution der Rolle „Geisteskranker“ nicht in seinen Konsequenzen entfaltet wird. Szasz reflektiert weder auf den Inhalt der „moralischen Probleme“, die primär abweichendes Verhalten begünstigen, noch stellt er die Frage nach den ökonomischen und politischen Ursachen dieser subjektiv erfahrenen Probleme. Vielmehr hat Szasz für den Rest des Buches alle Hände voll zu tun, die von seiner Hauptthese geforderten Konsequenzen an ihrem Durchbruch zu hindern. Kennzeichnend für dieses Bemühen ist die Kapitelüberschrift „Liberalismus, Kapitalismus und Individualismus des 19. Jahrhunderts“ (68). Daß die Phänomene, die von diesen drei Begriffen bezeichnet werden, nicht einer vergangenen Epoche angehören, dafür ist Szasz' Buch selbst ein hervorragender Beleg.

Individualistisch ist u. a. seine verblüffende Unbekümmertheit bei der inkorrekten Inanspruchnahme eingebürgerter theoretischer Begriffe. Obwohl er häufig fordert, Psychiatrie müsse auf soziologischem Wissen aufbauen (z. B. S. 21), scheint er selbst nur über ein unklares Verständnis von Soziologie zu verfügen. So ist auf S. 210 die unsinnige Behauptung zu lesen: „Soziologisch gesprochen (Parsens 1952), ist die Rolle des Kranken in der Medizin typischerweise selbstdefiniert.“ Entnimmt man dem Satz mit einiger Phantasie überhaupt einen Sinn,

dann erscheint die Berufung auf Parsons unerklärlich, denn dieser konstatiert das genaue Gegenteil: „The fact that others than the patient himself often define that he is sick, or sick enough for certain measures to be taken, is significant.“ (The Social System, 1952, S. 475)

Kapitalistischen Denkmustern verhaftet erweist er sich in seinem Antikommunismus. So zitiert er z. B. zustimmend M. G. Field, der behauptet, in der UdSSR sei das Simulantentum besonders stark verbreitet, und dies aus folgendem Grund: „Nach unserer Ansicht kann eine Gesellschaft (...), die ihren Mitgliedern aus diesen oder jenen Gründen keine ausreichenden Motivationsanreize zur getreulichen und spontanen Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen zu geben vermag, diese Erfüllung einzig durch Zwang erreichen. Mit solchem Zwang indes wird eine Gesellschaft zugleich ein hohes Maß von ausweichendem Verhalten erzeugen, das eine Flucht aus diesem Zwang ermöglichen soll“ (81). Bezeichnenderweise nimmt Szasz bei seiner Kritik der sowjetischen Psychiatrie noch Bezug auf — allerdings von ihm fingierte — gesellschaftliche Strukturen, „das Überhandnehmen ... der Geisteskrankheiten im Westen“ (91) dagegen führt er zurück auf „Bibelregeln, die Behinderung und Krankheit fördern“ (191). Aspekte des Liberalismus zeigen sich in Szasz' Festhalten am Prinzip ‚freier‘ Konkurrenz. Unterschichtenangehörige sind „notorische Verlierer“ „im Spiel des Lebens“ mit ihren „besser ausgebildeten Mitbrüdern“ (228). Infolgedessen echauffiert sich Szasz: „Mit welchem Recht werfen sich Ärzte (als Ärzte) zu Schirmherren dieser oder jener Gruppe auf?“ (91) „In der sozialen Landschaft der heutigen Demokratien mag der Arzt eine Fülle von Pflichten haben, aber die Rolle eines Beschützers der Armen und Unterdrückten gehört wohl schwerlich dazu. In den Vereinigten Staaten jedenfalls haben die Armen und Unterdrückten jetzt ihre eigenen (...) Vertreter“ (90), und als Beispiel nennt Szasz — die Heilsarmee!

Das undurchschaut sich durchsetzende liberalistische Gesellschaftsbild Szasz' prägt schließlich auch sein Verständnis von Geisteskrankheit und positiver Therapie. Der psychisch Kranke erscheint als weitgehend autonomes Subjekt, als Schauspieler seiner Rolle, als trickreich inszenierender Spielleiter. Der Widerspruch zwischen der Behauptung einer gesellschaftlichen Zuschreibung der Devianzrolle und der einer aktiven Devianzstrategie seitens des Patienten wird von Szasz nicht gesehen, tendenziell legt er aber die folgende Auflösung nahe: Der potentielle Patient findet eine Reihe von gesellschaftlich gültigen Rollenmustern psychischer Krankheit vor, in diese muß er allerdings aus eigener Initiative hineinschlüpfen, um die erwünschten Reaktionen zu provozieren: Hilfeleistung und Dispension von Verantwortlichkeit. Von einer positiven Psychotherapie fordert er denn auch, sie müsse dem Ethos der Hilfeleistung entsagen, den Patienten auf seine Eigenverantwortlichkeit hinweisen „und ihm bei der Überprüfung der Ziele und Werte der von ihm praktizierten Lebensspiele ... helfen“ (295). So kritikwürdig die mit der psychiatrischen Praxis noch immer verbundene Entrechtung und Infantilisierung des Patienten unter dem Deckmantel der Hilfeleistung sind, Szasz' Vorschlag

ist kaum humaner, weil er von der Illusion ausgeht, „Lebensspiele“ mit lebenswerten Zielen und Werten existierten in unserer Gesellschaft en gros, seien jedermann zugänglich, und es bedürfe nur des guten Willens, der Aufrichtigkeit des Patienten gegen sich selbst sowie ggf. des katalysatorischen Zuspruchs eines Therapeuten, um sie zu realisieren.

Vor zehn Jahren hätte eine deutsche Ausgabe von Szasz' Buch schon wegen des in Ansätzen enthaltenen „labeling approach“ und wegen des kommunikationstheoretischen Ansatzes Aufsehen erregt. Inzwischen liegen für beide Ansätze überzeugendere Arbeiten vor (z. B. Basaglia, Scheff, Lemert, Sack bzw. Watzlawick, Ruesch, Lorenzer). Heute ist es nur noch einiger origineller Ideen wegen lesenswert. Daß das Buch von der deutschen Schulpsychiatrie fälschlich als revolutionär eingestuft wird, ist allerdings auch heute nicht auszuschließen.

Wolfgang Wurm (Hamburg)

**Szasz, Thomas S.:** *Ideology and Insanity. Essays on the Psychiatric Dehumanization of Man.* Anchor Books, New York 1970 (265 S., br., 1,95 \$). (I)

**Szasz, Thomas S.:** *The Manufacture of Madness. A Comparative Study of the Inquisition and the Mental Health Movement.* Delta Book, New York 1970 (383 S., br., 2,95 \$). (II)

Seit Szasz mit seinem programmatischen Aufsatz „The myth of mental illness“ (1960, wiederabgedruckt in I, S. 12 ff.) und der Ausföhrung der dort entwickelten Thesen in dem gleichnamigen Buch (1961) die Rolle des Hauptkritikers der psychiatrischen Zunft übernommen hat, hat er in einer Unzahl von weiteren Aufsätzen und Büchern seine Attacken immer von neuem vorgetragen, in sich eskalierender Schärfe und unter Verwendung immer neuer Illustrationsbeispiele für die Berechtigung seiner Thesen. Als ausgebildetem Psychoanalytiker und praktizierendem Psychiater war es ihm möglich, den berufsständischen Schutzwall und die Kritikimmunität seiner Fachkollegen zu erschüttern, man konnte ihn nicht als inkompetenten Außenseiter diffamieren. Wütende Rezensionen seiner Publikationen, aber auch durchaus sachliche Abwehrargumentationen beweisen, daß seine Kritik ihr Ziel nicht verfehlt hat. Seine „insider“-Kenntnis dessen, was er zum Gegenstand seiner Auseinandersetzung macht, erschwert es den identifizierten Vertretern der kritisierten Psychiatrie, die Attacken ins Leere laufen zu lassen. Diese Lagebeschreibung gilt allerdings nur für die angloamerikanische Psychiatrie. Die völlig fehlende Rezeption der durch Szasz ausgelösten Kontroverse in der Psychiatrie der BRD, macht deren erstarrte Mauern erneut klar.

Durch alle Schriften von Szasz zieht sich folgende grundlegende Denkfigur. Die Sprache und das Denken der Psychiatrie entstammen

der Organmedizin, der Gegenstand der Medizin ist jedoch von grundsätzlich anderer Natur als der der Psychiatrie. Die sich zunächst in Analogie zur Medizin entwickelnde psychiatrische Begriffsbildung förderte eine Verdinglichungstendenz, die den sozialen Charakter psychischer Störungen verschleiert und ihnen den Status von Naturtatsachen verleiht. In der Subsumierung von Verhaltensschwierigkeiten unter die Krankheitsmetapher konstituiert sich über eine Metaphern-Mythos-Transformation der Mythos der „seelischen Krankheit“. Psychische Störungen haben also für Szasz wenig mit irgendwelchen medizinischen Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit zu tun, sondern signalisieren „problems of living“ (I, 13), die die Konflikthaftigkeit menschlichen Zusammenlebens mit sich bringt und die am besten als „a deviance in behaviour from certain psychosocial, ethical, or legal norms“ (I, 17) verstanden werden können. Die Krankheitsdefinition wird deshalb auch nur als ein Vorgang sozialer Statusaszkription aufgefaßt (II, XXI), der die Kontrolle abweichenden Verhaltens einleitet. Dadurch, daß das Krankheitsparadigma diese Zusammenhänge verschleiert, übernimmt es die Funktion eines „social tranquilizers“ (I, 22), es wird zu einer Ideologie, derzufolge menschliches Zusammenleben sicherer, harmonischer und befriedigender sein könnte, wenn es nicht durch die naturhaften Einbrüche krankheitsbedingter Unvernunft gestört würde. Mit Verpflichtung auf dieses Paradigma und dem proklamierten Anspruch, sie allein sei kompetent für die Ausschaltung solcher Störungsprozesse, erhält die Psychiatrie nach der Auffassung von Szasz eine eminent politische Machtfunktion. Sie bietet Hilfe dort an, wo sie zuvor gesellschaftliche Probleme als psychiatrische definiert hat. Die missionarisch propagierte „mental health“-Bewegung beispielsweise verspricht sozialen Frieden, unter der Voraussetzung, daß es gelingt, eine totale psychiatrische Infrastruktur zu etablieren, und ihre umfassende staatliche Subventionierung beweist, daß dieses Versprechen Resonanz findet (I, 30 ff.).

Die zunehmende staatliche Legimitation der Machtstellung der Psychiatrie, wie sie sich vor allem auch in der Gesetzgebung manifestiert, ist der entscheidende Auslöser der Szasz'schen Kritik. Er versucht Illusionen, soweit sie sich in Plänen und Wirklichkeit psychiatrischer Versorgungssysteme manifestieren, gründlich zu destruieren. An diesem Punkt jedoch muß man Szasz' Position spezifisch benennen, um Erwartungen erst gar nicht aufkommen zu lassen, hier würde Kapitalismuskritik geübt, oder hier würden die Fallstricke des psychiatrischen Reformismus aufgedeckt. Die bezogene Position erweist sich vielmehr als radikale Variante eines sich liberalistisch verstehenden Humanismus, beeinflusst von Aussagen des Sartreschen Existentialismus. Szasz sieht in jeder Form gesellschaftlicher Kategorisierung einen Eingriff in die Freiheit und personale Verantwortlichkeit des autonomen Individuums. In seiner scharfen Kritik psychiatrischer Klassifikationen (I, 190 ff.) wird dies besonders deutlich. Die Diagnose sei ein Akt gesellschaftlicher Kategorisierung, sie beraube das Individuum seiner Einmaligkeit und mache es zum sub-

jektlosen Träger von Kriterien einer diagnostischen Kategorie, die den einzelnen nur noch als Mitglied einer logischen Klasse definiert. Die klinische Diagnose werde um so mehr eine „strategy of personal constraint“ (I, 213), als sie einen Prozeß sozialer Kontrolle einleite, dessen gesellschaftlicher Charakter in der quasimedizinischen Rhetorik der Psychiatrie untergehe. Die Entlarvung dieser Rhetorik ist das Hauptziel von Szasz. Er will aufzeigen, wie durch ihre scheinbare, naturwissenschaftlich drapierte Neutralität oder auch durch ihr hohles Humanitätspathos eine Praxis legitimiert wird, die stigmatisiert und dehumanisiert (I, 49 ff.; 87 ff.; 113 ff.), den zentralen Zugriff gesellschaftlicher Interessen vermittelt (I, 69 ff.) und dem herrschenden Vernunftbegriff über säkularisierte sublimale Inquisitionspraktiken seine Unantastbarkeit und seine überhistorische Gültigkeit bestätigt (Gegenstand von II).

Einige der scharfsinnigen Analysen von Szasz liest man sicher mit großem Gewinn, vor allem solche, die das bornierte Selbstverständnis einer Macht und Herrschaft unter dem Mantel unnahbarer Wissenschaftlichkeit ausübenden und mystifizierenden Disziplin bis in die feinsten sprachlichen Verästelungen aufspürt. Sympathie wird man auch seinem radikalen Humanismus kaum versagen können. Fragen muß man jedoch nach den Gründen für seinen hilflos anmutenden Radikalismus. Szasz scheint das frühbürgerliche Gesellschaftsmodell für gültig zu betrachten, nach dem die gesellschaftlich-staatliche Organisation lediglich die individuelle Verantwortlichkeit und Entscheidungsfreiheit des mündig geborenen Bürgers zu garantieren hätte, damit Konflikte in autonomer Leistung der Individuen ausgetragen werden können. Mit dieser Auffassung unterscheidet sich Szasz eindeutig von den verschiedenen Varianten des spätbürgerlichen Pessimismus, indem er noch an der Autonomie des freien Bürgers festhält, der prinzipiell die uneingeschränkte Möglichkeit besitzt, sich die ihm angemessen erscheinende Form der Vergesellschaftung zu wählen und auch wieder aufzugeben. Diese Möglichkeit versucht er idealtypisch an seinem Therapiemodell der „autonomen Therapie“ (The ethics of psychoanalysis. The theory and method of autonomous psychotherapy“. New York 1965) zu demonstrieren, das die Therapeut-Patient-Interaktion nach dem Modell des Äquivalententauschs konzipiert. Alle Formen gesellschaftlicher Determinismen müssen entlarvt und aufgelöst werden, damit den Individuen vielfältige Formen solcher autonomer Vergesellschaftungsleistungen eingeräumt werden können. Angesichts der Realität spätkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse kann man sich über die hier zum Ausdruck kommende Naivität nur wundern. Trotz alledem behält Szasz eine wichtige provokative Funktion, und wenn sie nur darin besteht, der traditionellen Psychiatrie ein Stück liberalen Humanismus abzugewinnen und die Denkmöglichkeit einer Perspektive aufzuzeigen, die noch darüber hinausweist, allerdings die materiellen Bedingungen ihrer Verwirklichung mitzureflekieren bereit sein muß.

Heinrich Keupp (München)



**Kranz, Heinrich, und Kurt Heinrich (Hrsg.): Schizophrenie und Umwelt. 5. Bad Kreuznacher Symposion 1970.** Georg Thieme Verlag, Stuttgart 1971 (166 S., br., 36,— DM).

Nach der langen Alleinherrschaft der konservativen deutschen Universitätspsychiatrie werden in der BRD nun auch zunehmend Konzeptionen von psychischer Krankheit diskutiert, die soziale Einflüsse auf die Entstehung und Therapie der psychischen Störungen stärker berücksichtigen. Ein Ausdruck dieser Tendenz ist es, daß das exklusive Kreuznacher Symposion in seinem 5. Turnus sich dem Thema Schizophrenie und Umwelt zuwandte.

Der vorliegende Band enthält die 20 Symposion-Beiträge mit Einleitung und Schlußwort; etwa die Hälfte der Beiträge sind Berichte über empirische Originalarbeiten, die andere Hälfte Literaturberichte oder theoretische Überlegungen. Folgende Umwelteinflüsse werden diskutiert (in Klammern die Anzahl der Beiträge): Sozialdaten wie Familienstand, Geschlecht, Beruf u. a. (4), familiäre Prozesse wie Interaktion, Einfluß der Mutter u. a. (2), Arbeit (2), Reaktion der sozialen Umwelt wie Sozialkontakte, Bild des Geisteskranken in der Bevölkerung u. a. (4), unterschiedlicher Kulturbereich (2), Gruppenprozesse (3), sonstige Probleme (3).

Wie Herausgeber Kranz im Vorwort schreibt, sind nicht die einzelnen Korrelationen zwischen sozialen Faktoren und der Schizophrenie das primär Interessante, sondern die Art der Interaktion zwischen sozialen Faktoren und der Krankheit. Damit ist ausgesprochen, daß besonders ein Bedarf nach theoretischer Fundierung der in Frage stehenden Zusammenhänge besteht. Es versteht sich, daß in einem Symposion dieser Art nicht eine zusammenhängende Theorie entwickelt werden kann und soll. Andererseits muß man fragen, ob die Arbeitsweise mancher Autoren nicht verbessert werden müßte, um Elemente einer Theorie der Schizophrenie zu erbringen. So ist es beispielsweise unzulänglich, die berufliche Situation von Schizophrenen ausschließlich in den Kategorien „berufstätig, Rentner, Hausfrau, nicht tätig“ (Heinrich et al., S. 29—43) zu erfassen. Wenig wissenschaftlich und nützlich ist es auch, wenn Strotzka die These, daß die Schizophrenie „primär“ eine „biologisch, hereditär bedingte Erkrankung“ sei, schlicht aus seinen „klinischen Erfahrungen“ ableitet (S. 96), anstatt das Problem anhand der einschlägigen Untersuchungen zu diskutieren, aus denen allein eine solche These ableitbar wäre. Weiterhin ist zu fragen, ob nicht das Zentrum dessen, was hier als „Umwelt“ gesehen wird, nämlich die Arbeit, bei der Wahl der Untersuchungsgegenstände wesentlich stärker berücksichtigt werden sollte. Formal wäre der Band noch brauchbarer geworden, wenn ein Sach- und Namenregister angefügt worden wäre.

Insgesamt macht das Buch einen erfreulichen Eindruck: eine Reihe von Themen wurden bearbeitet, die in der deutschen Literatur bisher fast gänzlich vernachlässigt wurden; beispielsweise kommen

nun auch die kommunikationstheoretischen Ansätze zur Diskussion, weiterhin ist das zunehmende Interesse für epidemiologische Forschungen bemerkenswert.

Die Lektüre des leider relativ teuren Buches dürfte in erster Linie in Frage kommen für Personen, die sich bereits mit Problemen der Schizophrenie beschäftigt haben und weiteres Material, speziell aus dem deutschsprachigen Raum, verarbeiten wollen.

Rainer Seidel (Berlin/West)

**Mishler, Elliot G., and Nancy E. Waxler: Interaction in Families. An Experimental Study of Family Processes and Schizophrenia.** John Wiley and Sons, Inc., New York-London-Sydney-Toronto 1968 (436 S., geb., £ 5.50).

Die vorliegende empirisch-analytische Studie über Unterschiede der Interaktionsmuster von Familien mit einem schizophrenen Kind und solchen ohne psychisch kranke Kinder zeichnet sich durch genaue Diktion und klare Begrifflichkeit aus. Die Autoren nahmen Diskussionen der Familien (Vater, Mutter, Kind) mit Hilfe eines Tonbandgerätes auf, und ein verborgener Beobachter notierte zugleich den Adressaten der jeweiligen Aussagen. Diese Aussagen und Daten wurden in ein Typoskript übertragen, in dem die kleinsten sinnvollen Satzteile kodiert wurden (das Interaction Code Book ist dem Buch angefügt). „Die Interaktionsindizes wurden in fünf Bereiche oder Variablen-Gruppen eingeordnet, die jeweils einen bedeutenden Aspekt des Gruppenprozesses darstellen. Diese sind: Gefühlsäußerungen (expressiveness), Strategien der Aufmerksamkeits- und Personenbeeinflussung (strategies of attention control and person control), Unterbrechungen des Kommunikationsstils (disruptions in communication style) und Fähigkeit, Äußerungen anderer wahrzunehmen (responsiveness)“ (5). Diese fünf Interpretationsbereiche waren anhand der bisherigen Kleingruppen- und Schizophrenieforschung gewonnen worden und bildeten quasi den hypothetischen Rahmen vorliegender Arbeit. Die Autoren erwarteten, daß sich die Familiendiskussionen hinsichtlich dieser Variablen-Gruppierungen unterscheiden würden. Sie fanden dann auch zahlreiche Unterschiede in obigen Interaktionsformen heraus, die nicht nur zwischen Familien mit schizophrenen Kindern und solchen mit „normalen“ Kindern auftraten, sondern auch solche zwischen Familien mit männlichen und mit weiblichen Patienten. Weiterhin fanden sich Unterschiede zwischen Familien mit psychosozial unauffälligen und solchen mit auffälligen Vorgeschichten der Patienten, und schließlich gab es auch innerhalb der Familien selbst Unterschiede zwischen den Diskussionen der Eltern mit den Patienten und denen mit einem jeweilig gesunden gleichgeschlechtlichen Geschwisterteil. Diese Ergebnisse können in ihrer Differenziertheit hier nicht dargestellt werden (Interessenten sei die Zusammenfassung in Kapitel 11

empfohlen) und sind auch für klinisch und psychologisch nicht ausgebildete Leser kaum in einen theoretischen Rahmen zu bringen: ein solcher wird auch von den Autoren nicht angeboten. Vielmehr ziehen sie sich in der Interpretation ihrer „findings“ auf den rein empirischen Ansatz der Studie zurück, der ihnen nicht erlaubt, irgendwelche gültigen Schlüsse über Kausalbeziehungen herzustellen, da es sich im vorliegenden Verfahren um ein „ex post facto design“ handelt. Sie argumentieren, daß allein das Auftreten unterschiedlicher Interaktionsmuster bei Familien mit schizophrenen Kindern keine Aussagen darüber zulasse, ob die Krankheit eine Folge dieser Interaktionsformen (etiological interpretation) oder ob die unterschiedlichen Interaktionsformen vielmehr eine Reaktion der Familie auf die psychotischen Verhaltensweisen eines Kindes (responsive interpretation) oder gar auf die Tatsache der Einweisung und stationären Behandlung in einer Klinik (situational interpretation) sei. Mit der genetischen Methode und Theorie der Psychoanalyse setzen sie sich in diesem Zusammenhang ebensowenig auseinander wie mit der Epidemiologie der Schizophrenie. Daher bleibt u. a. die Frage offen, für welche Klassen bzw. Schichten oder ethnischen Gruppen die gefundene Verteilung der Interaktionsformen Gültigkeit besitzt und welche klassen- oder schichtspezifischen Situationen diese fördern.

Gerd Ziob (Berlin/West)

**Rosenthal, David, u. Seymour S. Kety (Eds.):** The Transmission of Schizophrenia. Proceedings of the Second Research Conference of the Foundations' Fund for Research in Psychiatry, Dorado, Puerto Rico, 1967. Journal of Psychiatric Research, Vol 6, Suppl. 1. Pergamon Press, Oxford Nov. 1968 (433 S., br., £ 4.40).

Zu einer Zeit, in der hierzulande in der Psychiatrie die Diskussion zunehmend auch um die Frage biogenetischer oder soziogenetischer Ursachen der Schizophrenie geführt wird, dies jedoch immer noch von verhärteten Standpunkten einer herrschenden, biogenetisch orientierten Psychiatrie einerseits und einer modernen, soziogenetisch orientierten Psychiatrie andererseits geschieht, zu einer solchen Zeit muß der vorliegende Kongreßbericht besonders hervorgehoben werden. Hier werden beide Ansätze bio- und soziogenetisch orientierter Forschung in der Darstellung von zumeist empirischen Arbeiten dem Leser vorgestellt, ohne daß dabei ein Absolutheitsanspruch für den jeweiligen Ansatz erhoben wird. Vielmehr sehen beide Ansätze die Berechtigung und die Notwendigkeit des jeweils anderen Forschungszweiges, da mit den einzelnen Ansätzen allein zu wenig erklärt werden kann. Ein ganzer Teil des Kongresses ist gerade den Zusammenhängen genetischer mit soziologisch-psychologischen Faktoren gewidmet.

Erwähnenswert ist, daß die zahlreichen Studien im Rahmen der Zwillingsforschung und die Arbeiten, in denen Adoptivkinder unter-

sucht werden, deren biologische Eltern an Schizophrenien erkrankt waren, bei beeindruckendem Ansatz jedoch nur mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit auf die wichtige Bedeutung genetischer Faktoren hinweisen können. Immer noch sind für statistisch gesicherte Aussagen die Stichproben zu klein, oder die Methodik ist noch unzureichend, d. h. zumeist gelingt die Trennung soziologisch-psychologischer Faktoren von biologischen nicht. Die Aussage etwa, daß schizophrene Kinder nachweislich häufiger aus „schizophrenen“ Elternhäusern kommen, reicht eben nicht für den Beweis einer genetischen Determination der Schizophrenien. Sind doch die Kinder zugleich mit der postulierten erblichen Belastung auch einer möglicherweise psychopathologischen Belastung im Rahmen ihrer Sozialisation ausgesetzt. Gelingt es jedoch — wie in einer Arbeit des vorliegenden Bandes — diese Faktoren weitgehend zu trennen, bei der Untersuchung von Kindern nämlich, deren schizophrene Eltern innerhalb von zwei Wochen nach der Geburt des Kindes verstorben sind, so werden die Untersuchungsgruppen für abgesicherte Aussagen zu klein.

Mitzuteilen ist auch, daß die Konkordanzstudien, die eineiige und zweieiige Zwillinge bezüglich des Auftretens von Schizophrenien vergleichen, in den letzten Jahren sehr an statistischer Qualität gewonnen haben. Gleichzeitig damit jedoch sind auch die großen Unterschiede zwischen den Konkordanzen beider Gruppen erheblich geringer geworden; leider wird jedoch heute noch immer mit den Ergebnissen der älteren Studien, die mit unzureichender Methodik sehr große Unterschiede gefunden hatten, für die Biogenese der Schizophrenien argumentiert.

Von den Studien, die mit einem soziologisch-psychologischen Ansatz arbeiten, sind bedauerlicherweise nur die familienpsychiatrischen und die experimentalpsychologischen Beiträge empirische Originalarbeiten. Die Sozialpsychiatrie im weiteren Sinne wird allein in Literaturüberblicken dem Leser vorgestellt.

Heinz-Harald Abholz (Berlin/West)

## Geschichte

**Swoboda, Helmut (Hrsg.): Die Pariser Kommune 1871.** dtv-dokumente, Bd. 734. Deutscher Taschenbuchverlag, München 1971 (372 S., br., 6,80 DM).

Aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Jahrestags der Pariser Kommune erschien eine Fülle von Büchern, die sich zum einen mit den Ereignissen des Frühjahrs 1871 beschäftigen, zum anderen aber die von den beteiligten Zeitgenossen und führenden Vertretern des wis-

senschaftlichen Sozialismus aus der Kommune gezogenen Lehren zum Gegenstand ihrer Untersuchungen haben. Dies ist im ersten Moment um so erstaunlicher, als die Kommune zumindest auf Grund ihres militärischen Schicksals als gescheitert angesehen werden muß. Die Tatsache aber, daß die Kommune ein reiches Nachleben entfaltet und erstmals die Durchsetzung der sozialen Revolution propagiert hatte, macht ihre heute auch im bürgerlichen Lager zu verzeichnende „Wiederentdeckung“ erklärlich.

H. Swoboda vermerkt in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband, daß die hier vorgelegten Dokumente, Dekrete, Maueranschläge, Aufrufe, zeitgenössischen Reportagen, Heeresberichte und Memoiren von Anhängern und Gegnern der Kommune „nicht bloß als Beitrag zum ‚Jubiläumsjahr‘ der Pariser Kommune gedacht (sind), sondern es sollte wichtiges Quellenmaterial in deutscher Sprache vorgelegt werden, um das Studium eines historischen Ereignisses zu erleichtern, das neue Aktualität erlangt“ (7). Diese neugewonnene Aktualität der Vorgänge in Paris im Jahre 1871 wird jedoch wenige Sätze weiter unten nicht auf die politischen Implikationen des Kommuneraufstandes zurückgeführt, sondern auf jenen eher zufälligen sprachlichen Gleichklang der nach Meinung des Herausgebers die modernen Reizwörter „Kommune“ und „Kommunarden“ in „eine zuweilen recht unmittelbare geistige Verbindung zu jener Kommune von 1871“ (7) bringt. Daß die Kommune schließlich doch zu einem „Markstein und Symbol für die gesamte kommunistische und sozialistische Bewegung“ (8) werden konnte, führt Swoboda auf „die nachträgliche Propagandaarbeit der Marxisten (zurück), die in der Kommune selbst nur eine bescheidene Rolle gespielt hatten“ (8).

Es fällt auf, daß sich kaum zwei Darstellungen bürgerlicher Historiker finden lassen, die hinsichtlich der Faktensicherung, geschweige denn in Fragen der Kommune-Interpretation ein auch nur annähernd identisches Bild wiedergeben. Worauf ist das zurückzuführen? Gemäß einer dem Positivismus und Historismus verpflichteten Geschichtsmethode wurde die Forderung aufgestellt, daß man nur den frühestens seit Marx und Bakunin entwickelten „Kommune-Mythos“ zu durchleuchten und beiseite zu räumen habe, um zu den wahren, objektiven Fakten vordringen zu können. Sodann gelänge es ohne Schwierigkeit, die Verschleierung und Manipulation späterer Auslegung auf dem Hintergrund sachlich fundierter Analyse der ursprünglichen Fakten bloßzustellen. Klaus Meschkat hat nachgewiesen, daß indes auch jene Autoren, die eine Trennung zwischen historischen Fakten und ihrer Deutung propagieren, trotz ihrer vermeintlich objektiven Methode nicht umhin können, einen Standpunkt gegenüber der Kommune zu beziehen, der „stillschweigend an gewisse Voraussetzungen geknüpft (wird) oder eine bestimmte Art ihrer Auswahl und Darstellung unreflektiert als die ‚richtige‘“ ausgibt (Klaus Meschkat, Die Pariser Kommune von 1871, in: *Infodruck* Köln 71, S. 10 und Anm. 6). Der historischen Wahrheit näherzukommen, indem man eine mittlere Position zwischen den entgegengesetzten Interpretationen bezieht und Objektivität der historischen Aussage durch fehlen-

des persönlichen Engagement begründet, wie Koechlin (Die Pariser Kommune im Bewußtsein ihrer Anhänger, Basel 1950) dies tut (vgl. Swoboda, 19 ff.), ist methodisch ebenso fragwürdig wie die Forderung Grützners nach einer Gewissensentscheidung, die „jeder gewissenhafte Betrachter“ angesichts der unübersehbaren Kommune-Literatur — „als deren hervorstechendstes Merkmal in den meisten Fällen die Parteilichkeit angesehen werden muß“ — zu treffen habe (Günter Grützner, Die Pariser Kommune, Köln und Opladen 1963, S. XI).

Auch Swoboda bedauert, daß die Geschichte der Kommune „meist sehr parteiisch“ geschrieben worden wäre (9), was ihn bewog, sich bei seiner Auswahl nur auf Augenzeugenberichte und Dokumente zu stützen, wiewohl er zugeben muß, daß auch diese „eine extrem persönliche und parteiische Darstellung“ (9) aufzeigen. Das quellenkritische Problem der Auswahl bleibt daher letztlich ungelöst.

Auch der Versuch, die Pariser Kommune allein aus der französischen bürgerlich-revolutionären Tradition zu erklären — etwa ausgehend von der Commune vom 10. August 1792 über Hébertisten, Babouvisten, Lyoner Seidenweber 1831 und 1834 und den Pariser Juniaufstand von 1848 — oder sie gar nur als isoliertes Lokaleignis unter den besonderen Bedingungen der preußischen Belagerung und Intervention verstehen zu wollen, kann der Pariser Kommune als revolutionärer Erhebung nicht gerecht werden.

Ein bloßes Aneinanderreihen von Quellen ohne Kommentierung, Angabe der Auswahlkriterien und Einordnung der Autoren birgt die Gefahr in sich, eine vermeintliche Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der Quellen zu suggerieren. Das intendierte Ziel dieser Methode, dem Leser dadurch ein eigenständiges Urteil zu ermöglichen, wird wegen der Komplexität des Stoffes und der unterschiedlichen Bewertung der Vorgänge in Paris auf diese Weise wohl kaum erreicht werden können.

Jenen Autoren, die den sogenannten Kommune-Mythos von den historischen Fakten zu trennen versuchen, indem sie einer immer gleichbleibenden, der genauen Interpretation des Tatsächlichen verpflichteten historischen Wahrheit das Wort reden, ist mit einem Zitat E. H. Carrs zu entgegnen: „Die Gegenwart im Licht der Vergangenheit besser begreifen heißt auch, etwas über die Vergangenheit im Licht der Gegenwart erfahren. Die Geschichte hat die Funktion, das Verständnis der Vergangenheit wie der Gegenwart durch den Prozeß der Wechselwirkung zu vertiefen“ (Was ist Geschichte? Stuttgart 1963, S. 66). Da die Geschichte also niemals nur ein eingleisiger Prozeß ist, muß die historische Erfahrung in die Forschung mit einbezogen werden. Dabei sind es die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Arbeit, die den modernen Forscher in seinem Objektivitätsverständnis beeinflussen und von hierher eine ganz bestimmte Kommune-Interpretation entwickeln lassen.

Die annähernd 200 bei Swoboda abgedruckten Dokumente unterliegen keiner sachlichen Systematik. Ausschließlich nach chronologischen Gesichtspunkten geordnet, wird es dem Leser schwermgemacht,

einen bestimmten Aspekt der Kommune über die 72 Tage hinweg zu verfolgen. So ist es fast unmöglich, Antworten auf die entscheidenden Fragen der auf dem Hintergrund der Pariser Kommune entwickelten marxistischen Theorie zu erhalten. Etwa: War die Kommune eine proletarische, sozialistische oder demokratische Revolution? Wer hatte die Führung in der Kommune inne, die Vertreter des Proletariats oder revolutionäre Kleinbürger und Gelehrte? Welchen Anteil hatte die Internationale am Ausbruch des Kommune-Aufstandes? Lassen sich „Staat“ und „Partei“ des nachrevolutionären Rußland auf entsprechende Einrichtungen und Vorformen der Kommune zurückführen? Kann der Terrorismus als Bestandteil des revolutionären Kampfes von der Praxis der Kommune abgeleitet werden? usw.

Schließlich wäre ein Verzeichnis der Quellenstellen wünschenswert gewesen. Was als bibliographischer Nachweis das Bändchen beschließt (366 ff.), ist hierfür kein Ersatz. Um dies kaum zur Kenntnis genommene Thema im Unterricht zu bestreiten, könnte diese Quellensammlung bei allen Einschränkungen dennoch gute Dienste leisten.

Gerd Schneider (Landau)

Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen. Archiv sozialistischer Literatur 12. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1969 (446 S., br., 12,— DM).

Dieses erstmals 1931 erschienene und nun unverändert wieder zugängliche Werk wollte bei seinem ersten Erscheinen mit Hilfe einer außergewöhnlich breiten Wiedergabe der offiziellen Dokumente und zeitgenössischen Berichte die Erinnerung an die Kommune wachhalten. Daß sich gerade Kommunisten dieser Arbeit unterzogen und mit diesem Werk 60 Jahre nach der Vernichtung der Kommune das erste „große historische Originalwerk in deutscher Sprache, das dieses gewaltige Ereignis wissenschaftlich dargestellt und politisch gewürdigt hat“ (Hermann Duncker im Vorwort zu dieser Dokumentation), vorlegten, beweist auf eindringliche Weise die Untätigkeit sowohl der bürgerlichen Geschichtswissenschaft wie auch die der Reformisten innerhalb der SPD vor dem Ersten Weltkrieg.

Anders als Swoboda beginnen die Herausgeber und Bearbeiter dieser Dokumentensammlung mit der Julimonarchie des Bürgerkönigs Louis Philipp von 1830 (2 ff.), indem sie unter Rekurs auf die Marx'schen Analysen der französischen Gesellschaft in den Jahren von 1830 bis 1870 (etwa: „Der 18. Brumaire des Louis Napoleon“, 8 ff. und „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850“, 13 ff.) die Vorgeschichte und die Voraussetzungen sowohl des 1870/71er Krieges (74 ff.) wie auch der Septemberrepublik oder — wie Marx sagt — der „Regierung des nationalen Verrates“ (98 ff.) darlegen.

Der Hauptteil (182 ff.) ist dann den 72 Tagen der Kommune gewidmet, wobei die chronologische Abfolge der Dokumente zum Vorteil des Buches häufig zugunsten einer straffen, an Sachgebieten orien-

tierten Systematik durchbrochen wird. Als Anhang ist dem Band eine „Liste der Mitglieder der Kommune“ beigegeben (439 ff.), die Hinweise über Beruf, Parteirichtung und Stimmverhalten innerhalb des Kommunerats sowie über den späteren Verbleib dieser Kommunnarden gibt. Eine „Chronik der Ereignisse der Pariser Kommune“ (443 ff.) beschließt den Band.

Im Gegensatz zu Swoboda werden hier die einzelnen Dokumente nicht nur aneinandergereiht, sondern durch verbindende Kommentare und zusätzliche Erläuterungen eingeleitet. Wenngleich auf diese Weise nicht ganz jene fesselnde Reportage entsteht wie etwa bei Villain (s. u. 1006) und die Herkunft der Zitate, ihre Vollständigkeit und Entstehungszeit nicht immer auf Anhieb erkennbar sind (man hätte sich ein Verzeichnis der Fundstellen gewünscht), bietet dieses Buch wegen seines Materialreichtums dennoch einen guten Überblick über die Pariser Kommune, ihre Leistungen und Lehren.

Gerd Schneider (Landau)

**Lissagaray, Prosper:** Geschichte der Commune von 1871. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1971 (441 Seiten, br., 8,— DM).

Schon beim ersten Erscheinen im Jahr 1877 galt dieser Augenzeugenbericht als das packendste, ausführlichste und engagierteste Dokument eines an den Kämpfen in Paris beteiligten Zeitgenossen. Apologetische und verfälschende Schriften der Rechten hatten seit 1871 den Blick auf die Ereignisse in Paris und ihre weiterwirkenden Lehren verstellt. Lissagaray will diese „reulosen Entstellungen der Liberalen“ — vgl. etwa die übertriebenen Behauptungen des liberalen Schriftstellers Catulle Mendès über Beschlagnahmungen und Verhaftungen seitens der Kommune (Swoboda a.a.O., S. 168 f.) und auf seiten der Politiker die Rolle Gambettas, Clemenceaus, Schoelchers u. a. — entlarven (5) und den Verleumdungen der Opfer entgegen. Daher hat er der Geschichte des „vierten Standes“ seit 1789 entsagt und statt dessen sich auf die Beantwortung weniger zentraler Fragen beschränkt: „Wer hat den 18. März gemacht? — Was hat das Central-Comité gethan? — Was ist überhaupt die Commune gewesen? — Wie kommt es, daß hunderttausend Franzosen ihrem Vaterland fehlen? — Wer ist dafür verantwortlich?“ (5).

Eigene Beobachtungen, aber auch „eine Legion von Zeugen“ haben ihm die Beantwortung erleichtert. Dabei ging es ihm nicht darum, die Kommune zu idealisieren, sondern um genaue Schilderung ihres Verlaufs und um eine Standortbestimmung der französischen revolutionären Partei im Jahr 1871 (150).

Sein Bericht beginnt mit den ersten französischen Niederlagen im August 1870 (6 ff.). Die schmachliche Rolle der parlamentarischen Linken im Kaiserreich und in der Zeit nach der Abdankung Napoleons



sowie der liberalen Maires von Paris nimmt breiten Raum ein (17 ff., 94, 106 ff., 191, 264 ff., 382 ff.). Auch die zwiespältige Haltung des Zentralkomitees der Nationalgarde, deren Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der Republik unter (vorläufigem) Verzicht auf eine soziale Revolution gerichtet war (75, 94 ff., 156) unterliegt seiner Kritik. Eine eingehende Analyse der Zusammensetzung des Kommunerats (148 ff.) führt ihn zu der Erkenntnis, daß sich schon hier jene Fehler abzeichneten, die für das Scheitern der Kommune schließlich entscheidend wurden: Die Arrondissements versäumten es, Programme aufzustellen, die für die Mandatare verbindlich werden sollten; stattdessen stimmte man über Namen ab (151).

Selbst die Männer aus der Revolutionspartei unter dem Kaiserreich und die Mitglieder der Internationale versäumten es, ein Bündnis mit der Provinz einzugehen, so daß die dortigen, kurzlebigen Kommunen (128 ff., 137 ff., 168 ff.) es in der Regel bei dem Versuch beließen, die bestehenden politischen Körperschaften für den Kommunegedanken zu bekehren, ohne an eine Zerschlagung dieser Institutionen zu denken, wie Marx es wenig später fordern sollte.

Die Zusammensetzung des Kommunerrats offenbarte schließlich das Übergewicht der Kleinbürger und der Gebildeten, ohne daß man von einer Regierung der Arbeiterklasse sprechen konnte (152), wie Marx es in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ getan hatte. Trotz wichtiger, die Interessen des Proletariats betreffender Einzelerlasse fehlte der Kommune ein „revolutionäres Glaubensbekenntnis“, das allein auch den Provinzinsurrektionen Stabilität hätte verleihen können (158). Was am 19. April mit reichlicher Verspätung schließlich als Programm der Kommune vorgelegt wurde (194 ff.), entsprach dieser Forderung nicht. Man mag die täglichen Schwierigkeiten der Kommune sowie die Erfordernisse des Kampfes gegen Versailles entschuldigend in Rechnung stellen, die teilweise noch immer unklaren Vorstellungen der meisten Kommunemitglieder hinsichtlich des Charakters der Revolution verhinderten jedoch eine klarere Proklamation der eigenen Ziele; der Übergang vom Politischen zum Sozialen war noch nicht vollzogen.

Lissagaray erkennt zu Recht, daß man mit dem aus der revolutionären Tradition hervorgekramten und einzig durch die Verschlechterung der militärischen Lage legitimierten Wohlfahrtsausschuß (233 ff., 251 ff., 276 ff.) die an sich schon komplizierte Machtstruktur der Kommune um ein weiteres Element erweiterte. Die militärische Führung blieb dennoch auch weiterhin unzulänglich. In der „Blutwoche“ vom 22. bis 28. Mai vollzog sich das vollkommene militärische Debakel der Kommune (298 ff.).

Als einziges der zum Zentenarium der Pariser Kommune erschienenen Bücher bringt Lissagarays Werk abschließend ausführliche Schilderungen der Gerichtsverfahren gegen die Kommunarden (361 ff.). Es geht jedoch Lissagaray in erster Linie nicht um eine wechselseitige Aufrechnung von Schuld und Versagen. Was er mit seinem Werk vor allem anstrebte, ist die Wiedergabe der Fakten, wobei er trotz aller

Kritik an den Kommunarden schließlich doch zu dem Ergebnis kommt, daß ihr und sein Kampf gegen „Restauration“ und „Pfaffenherrschaft“ (439) notwendig und berechtigt gewesen ist.

Gerd Schneider (Landau)

**Marx, Karl, u. Friedrich Engels: Tagebuch der Pariser Kommune.** Zusammengestellt und eingeleitet von Erich Kundel. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1971 (416 S., Ln., 11,50 M).

Das Bearbeiterkollektiv gliedert die teilweise bisher noch nicht in deutscher Sprache erschienenen verstreuten Materialien und Dokumente in vier Kapitel: 1. Es lebe die Kommune (43 ff.), 2. Das ist die Kommune (135 ff.), 3. Der Terror der Versailler (217 ff.), 4. Vorbote einer neuen Zeit (265 ff.), denen jeweils knappe, aber informative und als Einführung in die Texte gut geeignete Vorbemerkungen vorangestellt sind. Die Korrespondenz von Marx und Engels mit den Zeitgenossen, die Sitzungsprotokolle des Generalrats der I. Internationale, Zeitungsexzerpte, Briefe einiger maßgeblicher Vertreter der Kommune sind chronologisch geordnet. Die Dokumentation zeigt die enge Verbindung zwischen Marx und der Kommune (z. B. die Korrespondenz zwischen Frankel und Marx, 82 ff., 192 ff.), die es ihm ermöglichte, sich trotz der Umklammerung von Paris durch deutsche und Versailler Truppen verhältnismäßig gut über die Vorgänge in und um Paris zu unterrichten. Desgleichen gibt schon ein kurzer Blick auf das Inhaltsverzeichnis darüber Aufschluß, daß die Feststellung von Marx und Engels, man habe „mehrere hundert Briefe (in Sachen der Kommune) in alle Ecken der Welt geschickt“, von denen jedoch nur ein Bruchteil erhalten ist, keine leere Behauptung war. Die Antwortschreiben führender Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung, ihre Sorge um das Fortbestehen der Pariser Kommune und ihr Wunsch nach weiteren Informationen legen Zeugnis ab vom solidarischen Eintreten für die Kommune.

Die Darstellung schließt mit der gekürzten Wiedergabe der Adresse über den „Bürgerkrieg in Frankreich“, die Marx schon zwei Tage nach den letzten Kämpfen in Paris dem Generalrat in London zur Billigung vorlegte. In ihr finden sich die Lehren vereinigt, die Marx aus der Vorgeschichte, dem Verlauf und dem Ende der Kommune gezogen und somit für die Arbeiterschaft seiner Zeit fruchtbar gemacht hat. Die hier vorgetragene Analyse der Kommune als eine „Regierung der Arbeiterklasse“, als die „endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“, gelangte zu zentraler Bedeutung für die marxistisch-leninistische Staatstheorie, zur Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, auch wenn sie von an der Kommune beteiligten Zeitgenossen (z. B. Lissagaray) wie auch später von Lenin in einzelnen Punkten korrigiert werden mußte.

Gerd Schneider (Landau)

**Schneider, Dieter Marc (Hrsg.):** Pariser Kommune 1871.

Bd. I: Bakunin, Kropotkin, Lavrov [zit. (a)], Bd. II: Marx, Engels, Lenin, Trotzki [zit. (b)] Texte des Sozialismus und Anarchismus. rororo klassiker, Bd. 286 u. 287. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1971 (207 u. 198 S., br., je 5,80 DM).

**Lavrov, P. L.:** Die Pariser Kommune vom 18. März 1871. Rotbuch, Bd. 25. Wagenbach Verlag, Berlin-West 1971 (192 S., br., 7,80 DM. — zit (c).

Bakunins „Proklamation der revolutionären Föderation der Kommunen“ (a 7) vom 26. September 1870, die diese Sammlung einleitet, verhiess die Rettung Frankreichs von Lyon aus auf der Basis des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes des französischen Volkes unter Abschaffung der Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie des Staates. Sein Fragment „Die Commune von Paris und der Staatsbegriff“ soll „die philosophischen Prinzipien und die praktischen Ziele, die sozusagen die handelnde Seele, die Grundlage und das Ziel dessen (sind), was wir die soziale Revolution nennen“ (a 8), auseinandersetzen. Indem die „revolutionären Sozialisten“ die Arbeiter mit dem Ziel organisieren, die Zerstörung der Staaten herbeizuführen, tun dies die „autoritären Kommunisten“ zur Erringung der politischen Macht im Staate. Diese Organisation erfolgt von unten nach oben durch Assoziierung der Arbeiter mit dem Ziel, die Freiheit in einer großen internationalen Föderation zu erlangen (a 16). Die soziale Revolution vollziehe sich in spontaner und fortgesetzter Aktion der Massen; sie könne nicht von einer konstituierenden Versammlung oder Diktatur dekretiert werden. Da dies von der Kommune weder beachtet noch gefördert wurde, konnte sie nach Bakunin unter den gegebenen Umständen ihre Aufgabe nicht erfüllen und mußte scheitern. Indem er wenig später die Kommune als „eine kühne, sehr ausgesprochene Verneinung des Staates“ (a 11) bezeichnete, hoffte er, die Ziele der Kommune mit seinen anarchistischen Leitgedanken zur Deckung bringen zu können.

Kropotkins 1891 erschienene Schrift über die Pariser Kommune (a 23 ff.) basiert auf Gesprächen mit dem Kommunemitglied Malon und Fakten aus Arnoulds Kommune-Buch. Als das Volk Ohnmacht und Unfähigkeit der Regierung erkannt habe, die Verteidigung Frankreichs zu garantieren und die innere Entwicklung zu fördern, kam es zur Kommune. Sie sei zwar nur ein schwacher Anfang, da wichtige Maßnahmen wie die Expropriation des Kapitals und die Organisation der Arbeit unterblieben (a 25), dennoch sollte sie nicht daran gemessen werden, was sie geleistet hat, sondern daran, „was sie dereinst zu tun imstande ist“ (a 28). Ihr Scheitern habe festgestanden, als man sich wieder „vom Regierungs-Aberglauben hinreißen“ ließ und die Fühlung mit den Massen verlor. Im Interesse des Proletariats muß daher eine zukünftige Revolution die „sofortige Einführung des kommunistischen Anarchismus und freie Organisation der Güter-Erzeugung“ gewährleisten (a 33).

Trotz heftiger Attacken Bakunins und Kropotkins auf die „autoritären Kommunisten“ geht ihre Interpretation der Pariser Kommune sowie die Verteidigung ihrer Prinzipien viel häufiger mit der Marx'schen Analyse konform, als man dies zunächst erwarten würde. Allerdings ist Kropotkins Ansicht, die Kommune hätte die Auswirkungen des Deutsch-Französischen Krieges zum Anlaß gehabt, seit der weiter zurückblickenden Herleitung von Marx ebenso widerlegt wie der Versuch der beiden Anarchisten, zentralistische Tendenzen innerhalb der Kommune für das Scheitern des Pariser Aufstandes verantwortlich zu machen.

Lavrovs erweiterte Fassung seiner Vorlesung über die Pariser Kommune (a 37 ff.) ist eine echte Neuerscheinung. Sein Augenzeugenbericht diente zwar Lenin und Trotzki als Hauptquelle für die Vorgänge in Paris, wurde aber über Rußland und russische Exilkreise hinaus nicht bekannt. Jener proletarischen und sozialistischen Revolution zur Verwirklichung der Arbeiterdemokratie, die am 18. März 1871 begann und aus den sozioökonomischen Antagonismen des Kaiserreichs und der Septembrisrepublik resultierte (c 20 ff., 43 ff.), fehlte es nach Ansicht Lavrovs an einer sozialistischen Strategie, die der ökonomischen Neuordnung Vorrang eingeräumt und den Interessen der Massen entsprochen hätte (c 95 f., 104). Fehler im taktischen Bereich („unüberlegte Wahlen“) führten dazu, daß „die Bewegung dem Zufall überlassen wird und die Kandidaten nicht frühzeitig in Zusammenhang mit wohlgedachten und klar umrissenen Zielen von einer Parteiorganisation aufgestellt werden“ (c 97). Die so vorgetragene Kritik und die Hinweise auf praktische Probleme sollten zukünftigen Revolutionären den Kampf um Ablösung des Kapitalismus erleichtern, wobei der Frage nach dem Verhältnis von ökonomischer und politischer Revolution und der hierbei der revolutionären Partei zukommenden Entscheidungsfunktion zentrale Bedeutung beigemessen werden sollte. Die Einschätzung Lavrovs aber, daß „nur ein entschlossener Umsturz, der die Proletarier ökonomisch sofort (!) mit ihren früheren Herren auf eine Stufe gestellt hätte, eine gesunde Basis für den Aufbau eines politischen Ganzen abgeben (könnte)“ (c 95), ist wenig realistisch — zumindest was das Jahr 1871 angeht. Daß der ökonomischen Neuordnung im revolutionären Prozeß Priorität zukommen muß, kann indes nicht bestritten werden. Das zweite Rowohlts-Bändchen beginnt mit Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ (b 7 ff.) und der später hierzu von Engels verfaßten Einleitung (b 47 ff.; s. o. S. 1002). Verschiedene Schriften Lenins zur Kommune aus der Zeit von 1905 bis 1917 schließen sich an (b 59 ff.). Sie zeigen den Einfluß der Kommune auf die von Lenin entwickelte Theorie einer proletarischen Revolution. Wenn Engels die Kommune als Diktatur des Proletariats bezeichnet, so hatte er nach Lenin „die ideologisch führende Teilnahme des Proletariats in der revolutionären Regierung von Paris im Auge“ (b 64). Die Tatsache aber, daß das klassenbewußte Proletariat gegenüber der Kleinbourgeoisie noch in der Minderheit war, konnte zwar zu einer demokratischen, nicht aber schon zu einer sozialistischen Umwälzung führen.

Gegenüber Plechanows Versuch, im nachhinein unter Verweis auf Marx das gewaltsame Vorgehen russischer Revolutionäre im Jahr 1905 zu diskreditieren, aktualisiert Lenin die Aussagen der Briefe Marx' an Kugelmann: Zwar habe Marx die französischen Arbeiter vor überstürzten Maßnahmen gewarnt, doch als „die historische Initiative der Massen“ (b 97) zur Kommune geführt hatte, unterstützte er sie durch solidarische Kritik und praktische Vorschläge.

Es habe sich sodann gezeigt, daß die Verknüpfung gegensätzlicher Aufgaben — Patriotismus und Sozialismus — zu Kompromissen führte, die die „Expropriation der Expropriateure“ und die Vorname „rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg“ verhinderten (b 70 ff.). Die Nutzanwendung dieser Lehren habe schließlich im bewaffneten Kampf von 1905 in Rußland eine neue Etappe der Revolution eingeleitet.

Das 3. Kapitel seiner Schrift „Staat und Revolution“ aus dem Jahr 1917 ist gewissermaßen als die Summe seiner Kommunerezeption anzusehen (b 80 ff.). Hier hat Lenin die zuvor vertretene starre Unterscheidung von „demokratischer“ und „sozialistischer“ Revolution zugunsten eines im Kampf der Kommune für die Republik sich vollziehenden allmählichen Übergangs der einen in die andere aufgegeben. Dabei muß die Arbeiterklasse die „fertige Staatsmaschinerie“ zerschlagen und darf sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken, wie dies die Revisionisten fälschlicherweise aus dem Kommunistischen Manifest ableiten wollten (b 81). An die Stelle des alten Staates treten — wie schon in der Kommune — Institutionen prinzipiell und qualitativ anderer Art. Das „unterdrückende Organ Staat“ ist in die Hände der Mehrheit des Volkes übergegangen. Mit dem damit verbundenen Absterben des Staates ist der Umschwung angelegt, der zur proletarischen Demokratie führt. Neben dieser Erkenntnis war Lenins politische Praxis der allernächsten Zeit bestimmt von dem Vorbild der Kommune, die den herkömmlichen Parlamentarismus durch neue arbeitende, ausführende und kontrollierende Vertretungskörperschaften ersetzte (b 86 ff.) und ihm darüber hinaus ganz allgemein als „Anleitung zum Handeln“ diente.

Trozkis Abhandlung „Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky“ (1920) diskutiert auf dem Hintergrund der Pariser Kommune und der russischen Revolution Fragen der Strategie und Taktik im Bürgerkrieg (b 107 ff.). Ging die Kommune noch vorwiegend von patriotischen Erwägungen aus, so ließ man sich 1917 vom Gesichtspunkt der internationalen Revolution leiten (b 109). Wenn Kautsky anklagend die Humanität der Kommune der Oktoberrevolution gegenüberstellt, so verkennt er nach Trotzki, daß auch die Kommune „von der Logik des Kampfes gezwungen... den Weg der Abschreckung“ gehen mußte (b 112). Trotzki versucht im weiteren die Absicht Kautskys zu vereiteln, den russischen Revolutionären den Spiegel der Kommune vorzuhalten, indem er die Kommune-Interpretation Kautskys widerlegt und die direkte Beziehung zwischen Kommune und Oktoberrevolution herausstellt.

Die hier vorliegenden Texte stellen einen guten Querschnitt durch die theoretische Literatur zur Pariser Kommune dar. Der Herausgeber hat sich bemüht, den Zugang zu diesen Schriften durch nützliche Anmerkungen und durch ein Nachwort (b 170 ff.) zu erleichtern. Eine vornehmlich das deutsche Schrifttum umfassende Bibliographie schließt diese empfehlenswerte Sammlung ab.

Gerd Schneider (Landau)

**Villain, Jean:** Die großen 72 Tage. Ein Report über die Pariser Kommunarden. Verlag Volk und Welt, Berlin/DDR 1971 (383 S., Ln., 16,20 DM).

Schon der Titel will zeigen, daß es sich hier nicht um eine der üblichen aus Anlaß des 100. Jahrestags der Pariser Kommune verfaßten Schriften handelt. Aufzeichnungen von Augenzeugen und Beteiligten, Artikel aus zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften jeder politischen Richtung, Polizei- und Generalstabsberichte werden vom Verfasser mit knappen Worten zu einer spannenden Reportage verknüpft, die unter Verzicht auf einen wissenschaftlichen Apparat an ein breites Publikum gerichtet ist.

Originell ist der Aufbau: Am Anfang steht die von der Pariser Nationalversammlung 1873 als Ausdruck der Bußfertigkeit gestiftete Kirche Sacre-Coeur auf dem Montmartre, mit der man hoffte, „den Geist der ersten sozialistischen Revolution der Weltgeschichte — den Geist der Pariser Kommune“ einmauern zu können (8). Den Kreis schließt am Ende des Reports ein Interview, das Jacques Duclos, der stellvertretende Generalsekretär der KPF, dem Autor gab (350 ff.), und eine Schilderung jener Massendemonstration, die alljährlich am Jahrestag der Kommune die Pariser und internationalen Arbeiter an die Mauer der Föderierten auf dem Friedhof Père-Lachaise führt (359 ff.). Dazwischen finden sich Zeugnisse bekannter und weniger bekannter Zeitgenossen zu den Vorgängen während der 72 Tage der Kommune (Arthur Arnould, Prosper Lissagaray, Elie Reclus, Jules Vallès u. a.) in loser Folge aufgereiht, darunter auch jene Berichte des damaligen Korrespondenten einer hannoverschen Zeitung und späteren Verfasser eines Bändchens „Pariser Briefe“, G. Schneider, die trotz ihrer interessanten Aufschlüsse der Forschung bislang verborgen geblieben waren.

Wenn an dieser mit sehr viel zeitgenössischem Bildmaterial ausgestatteten Jubiläumsschrift überhaupt Kritik anzumelden ist, so bewegt sich diese in formalen Bahnen: So sachkundig im einzelnen die Quellen ausgewählt wurden — an keiner Stelle findet sich ein Wort über den Auswahlcharakter und die Kriterien für die Favorisierung der einen Quelle zum Nachteil der anderen.

Gerd Schneider (Landau)

**Bruhat, Jean, Jean Dautry u. Emile Tersen:** Die Pariser Kommune von 1871. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1971 (359 S., Ln., 28,— M).

Dieser reichbebilderte und dokumentierte Prachtband französischer marxistischer Historiker stellt an Materialreichtum, Dichte der Interpretation und wissenschaftlicher Exaktheit alle übrigen, aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Kommune-Aufstandes entstandenen Schriften bei weitem in den Schatten.

In umfassender Weise werden Vorgeschichte, Verlauf und Liquidierung der Pariser Kommune geschildert, gestützt auf viele zeitgenössische Quellen und unter Einbeziehung der bis 1971 erschienenen wissenschaftlichen Literatur (ausführliche Bibliographie 399 ff.). Indem es den Autoren gelingt, in ständigem Bemühen den Vorurteilen, falschen Ansätzen, Verzerrungen und Entstellungen seitens bürgerlicher Historiker und Politiker zu entgegnen und ihre Argumente zu widerlegen (etwa 73, 93, 101, 295 und passim), entsteht ein klares Bild der Vorgänge in Paris und in der Provinz.

Eine ausführliche Einleitung (7 ff.) untersucht die sozialen Implikationen der wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich seit 1848. Der Umschlag der 2. Republik in ein autoritäres Kaiserreich, die Fortschritte der Industrie in Paris und in der Provinz in den 23 Jahren bis zur Kommune, die „die Kraft, die Klassenstruktur, das Bewußtsein und die Lebensbedingungen des Proletariats verändert“ (8) haben, das Ausmaß der Krise, die das Staatsgefüge vor allem seit 1867 erschütterten und die Kommune bereits jetzt ankündigten, sind zentrale Punkte der Einleitung.

Trotz zunehmender Organisation der Arbeiter fehlte eine ausgesprochene Arbeiterpartei, die der uneinheitlichen Arbeiterklasse (in ihr waren Anhänger Proudhons und Blanquis mit ihren kleinbürgerlich-sozialistischen Ideen vorherrschend) den Weg zur ideologischen Einheit über die Rezeption des wissenschaftlichen Sozialismus gewiesen hätte (23 ff.). Dies führte dazu, daß die Revolution des Jahres 1871 trotz fortschreitenden Einflusses seitens der I. Internationale insgesamt noch ungenügend vorbereitet war.

Der Gang der Ereignisse ist durch den Deutsch-Französischen Krieg nicht wenig beeinflusst worden (53 ff.), und die vom Versagen der „Regierung der nationalen Verteidigung“ ausgehende Desillusion über Bestand der gerade erst begründeten Republik, Verbesserung der sozialen Verhältnisse sowie siegreiche Beendigung des Krieges hatte unmittelbar auslösende Funktion für die Konstituierung der Kommune.

Der Verbindung der Kommune mit den Volksmassen ist ein eigenes Kapitel gewidmet (124 ff.). Die Ziele des Zentralkomitees der Nationalgarde, die der Pariser Sektionen der Internationale, der politischen Klubs und der Frauenorganisationen entsprachen trotz gelegentlicher Kritik an ihren Maßnahmen und ihrem taktischen Vorgehen in der Regel den Grundabsichten der Kommune. Nur die Tatsache der engen Verbindung des Pariser Proletariats und seiner Or-

ganisationen mit dem Rat der Kommune machen es verständlich, daß sich die Kommune länger als zwei Monate gegen das stillschweigende Bündnis zwischen Thiers und Bismarck halten konnte.

„Das Werk der Kommune“ (163 ff.) ist nur dann richtig zu würdigen, wenn man die Bedrohung durch Versailles von außen und durch Verräter im Innern bei gleichzeitigem Mangel an finanziellen Mitteln und geschulten Kräften für die zu bewältigenden Aufgaben in Rechnung stellt. Auf diesem Hintergrund müssen die Verbesserungen in der Sozialpolitik, im Volksbildungswesen, im kulturellen Bereich usw. gesehen werden. Da der Gegenschlag der Versailler unausbleiblich war, sah sich die Kommune schon bald gezwungen, ihr Fortbestehen auch militärisch zu sichern. Die trügerische Hoffnung, daß nur politische Entscheidungen die Lösung bringen würden, ließ sie die Offensive auf Versailles vergessen. „Das hieß, sie vergaßen, daß eine Klasse nicht von sich aus auf ihre Privilegien verzichtet und daß eine revolutionäre Klasse nach der ‚Waffe der Kritik‘ zur ‚Kritik der Waffen‘ genötigt sein kann“ (183).

Die Frage eines Bündnisses der Pariser Kommune mit der Provinz, die sich bis auf wenige Ausnahmen ruhig verhielt und die Zerschlagung der Kommune scheinbar unbeteiligt hinnahm, weist auf ein weiteres gravierendes Versäumnis hin (247 ff.). So überließ man die politische Beeinflussung der riesigen Bauernmassen auf dem flachen Land nahezu kampflos der Propaganda von Thiers. Dennoch: „Die Isolierung von Paris glich niemals einer Zwietracht, einem Zerwürfnis zwischen ihm und dem übrigen Frankreich“ (268). Noch während der Regierung der Kommune kam es in allen Teilen Europas und Nordamerikas zu Solidaritätserklärungen und Aufrufen der Arbeiterklasse (276 ff.), die Zeugnis darüber ablegen, daß sich die internationale Arbeiterschaft sehr wohl über den Charakter der Pariser Revolution im klaren war.

Der Wert dieses Bandes wird durch eine umfangreiche Auswahl von „Biographien gewählter Vertreter, der wichtigsten Organisatoren und Kämpfer der Kommune“ (316 ff.) noch gesteigert. Indem es die Autoren nicht bei einer bloßen Apologie der Kommune und ihrer Maßnahmen belassen, sondern diese auch einer kritischen Wertung unterziehen, wird dem Leser ein wohlfundierter Eindruck vom Werden, Wesen und Wirken der Pariser Kommune vermittelt.

Gerd Schneider (Landau)

**Krause, Fritz:** *Pariser Commune 1871.* Marxistische Taschenbücher, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1971 (92 S., br., 3,— DM).

Dieses sehr knappe und offensichtlich in formaler Anlehnung an das große Werk von Bruhat, Dautry und Tersen entstandene Buch will nicht mehr sein als ein kurzer Überblick über Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnisse der Pariser Kommune. Dabei kommen vor allem



Marx, Lenin und ein nicht näher genanntes Werk von Maurice Choury (gemeint ist wohl „La Commune au cœur de Paris“, Paris 1967) zu Wort. Die Vielzahl kleiner Ungenauigkeiten läßt auf allzu eilige Herstellung schließen, die den Wert dieses zur ersten Information durchaus brauchbaren Bändchens herabmindert.

Gerd Schneider (Landau)

**Léon, Abraham:** Judenfrage und Kapitalismus. Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel. Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas. Tricont Verlag, München 1971 (141 S., br., 7,80 DM).

Dieses Buch ist 1942 im nazibesetzten Belgien geschrieben worden. Der Verfasser, Jude und Widerstandskämpfer, wurde im Alter von 26 Jahren in Auschwitz ermordet. Das verschollene Buch ist 1968 unter dem Titel „La conception matérialiste de la question juive“ mit einem Vorwort von Maxim Rodinson in Paris erschienen. Die vorliegende Ausgabe beruht auf der französischen.

Der Verfasser geht von der bekannten Schrift „Zur Judenfrage“ von Karl Marx aus. Während aber Judentum für den jungen Marx eindeutig eine Metapher für bürgerliche Gesellschaft ist, keineswegs ein ethnischer Begriff, definiert Léon: „Die Juden sind eine Klasse, oder besser noch eine Volks-Klasse“ (6).

Dieser von Léon geschaffene Begriff, Grundlage seiner Geschichtsdarstellung, bringt weitreichende Implikationen mit sich. Die Juden seien in ihrer ganzen Geschichte, von der Antike bis zur Gegenwart, Händler gewesen; sie bildeten die „Volks-Klasse“ der Händler. Gerade durch ihre Zerstreung, die sie befähigte, die Funktion des Händlers auszuüben, hätten sie sich durch die Jahrhunderte erhalten (32). Antisemitismus entstehe, sobald die Juden als Volksklasse der Händler überflüssig werden. „Als erste von dem zerfallenden Feudalismus abgestoßen, werden die Juden auch als erste von dem sich im Todeskampf aufbäumenden Kapitalismus zurückgeworfen. Die Juden finden sich zwischen dem Amboß des absterbenden Feudalismus und dem Hammer des niedergehenden Kapitalismus“ (91).

Das führt den Verfasser zu der Formulierung vom „Mythos des ewigen Antisemitismus“. Auch der moderne Antisemitismus sei entstanden, als man begonnen hatte, die Juden aus der kapitalistischen Gesellschaft auszustoßen. „Die Ausrottung des Judentums begleitet den Niedergang des Kapitalismus“ (105).

Diese Überlegung führt Léon weiter zu dem Schlusse, daß der Zionismus nicht eine nationale Bewegung sei, wie andere bürgerlich-nationale Bewegungen, sondern ein Anachronismus. „Weit entfernt, Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte zu sein, ist der Zionismus gerade die Konsequenz des totalen Stillstandes der Entwicklung, das Resultat der kapitalistischen Erstarrung“ (103).

Zu beachten ist, daß Léon in seiner Ablehnung des Zionismus als einer „ungleichzeitigen“ Bewegung diese nicht zu einer „Verschwörung“ verteufelt. So ist auch der Ausweg, den er empfiehlt, trotz der theoretischen Mängel, die der ganzen Argumentation anhaften, plausibel: „Der Sozialismus führt im nationalen Bereich notwendigerweise zur Demokratisierung im weitesten Sinne. Er muß den Juden die Möglichkeit geben, in allen Ländern, in denen sie ansässig sind, ein eigenes nationales Leben zu führen. Er muß ihnen außerdem ermöglichen, sich auf ein oder mehrere Gebiete zu konzentrieren, ohne natürlich die Interessen der einheimischen Bevölkerung zu verletzen. Nur eine so weit wie möglich ausgedehnte proletarische Demokratie wird es erlauben, die jüdische Frage mit einem Minimum von Leiden zu lösen“ (116).

In einem Nachwort weist der Trikont-Verlag auf die Reihe neuer historischer Umstände, wie beispielsweise die Existenz des Staates Israel, oder das „Weiterbestehen eines zum Teil ganz massiven Antisemitismus in verschiedenen Formen in den Ländern des sog. Ostblocks, vor allem in Polen und der Sowjetunion“ hin. Diese neuen Umstände, meint der Verlag, würden Léon zwar nicht zu einer Revision seiner Theorie zwingen, „ihn jedoch vielleicht zu einer Neuinterpretation und Modifizierung“ bewegen.

Entschieden weiter geht die Kritik von Maxim Rodinson in seiner umfangreichen Einleitung zur französischen Ausgabe, die der Trikont-Verlag in seiner Ausgabe weggelassen hat. Rodinson, ein bedeutender Orientalist marxisierender Richtung, beschuldigt Abraham Léon, dem Vulgärmarxismus nahezukommen. Was die Theorie von der „Volks-Klasse“ anbelangt, so habe diese nur entstehen können, indem Léon ein Jahrtausend jüdischer Geschichte übersprungen habe. Es widerspreche den historischen Fakten zu behaupten, die Juden wären in ihrer Geschichte immer Händler gewesen. In Wirklichkeit wurden sie erst nach den Kreuzzügen gezwungen, sich dem Handel, und besonders dem Geldhandel zuzuwenden. Mit Berufung auf die Untersuchungen von B. Blumenkranz (*Juifs et Chrétiens dans le monde occidental*, Paris-La Haye 1960) weist Rodinson darauf hin, daß die Juden in Europa bis zum 11. Jahrhundert alle Berufe unbehindert ausüben konnten; es gebe nicht einen einzigen Text aus dieser Zeit, der vom jüdischen Wucher spricht; noch mehr gelte dies für die Antike, worüber unzählige Zeugnisse vorliegen.

Aber Léon selbst zeigt eine deutliche Unsicherheit in dieser Frage. Auf einer und derselben Seite 40 ist einerseits die Rede vom Grundbesitz der Juden im Mittelalter „als Ergebnis ihrer wucherischen und kaufmännische Aktivität“, andererseits von dem schon sehr früh ausgesprochenem Verbot der Feudalherrn, den Juden Grundbesitz zu überlassen.

Léon ist in der Beurteilung der „jüdischen Frage“ im wesentlichen bei Kautsky stehengeblieben; dieser setzte statt „Volks-Klasse“ „Kaste“. Auch an den österreichischen Kommunisten Otto Heller (*Der Untergang des Judentums*, 1933) ist zu erinnern. Das tragische Schick-

sal Otto Hellers gleicht dem Abraham Léons: beide, bemüht, das Problem des Antisemitismus zu relativieren, wurden von den Nazis ermordet. Es ist kaum zu bestreiten, daß die sog. jüdische Frage, mit dem Problem des Antisemitismus als Zentrum, durch Ausschwitz eine neue Dimension erhalten hat, die qualitativ neue Antworten erforderlich macht.

Bruno Frei (Wien)

## Soziale Bewegung und Politik

**Kadelbach, Gerd (Hrsg.):** *Wissenschaft und Gesellschaft. Einführung in das Studium von Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, Volkswirtschaft, Recht, Soziologie, Bd. I.* Fischer Bücherei Bd. 6100, Frankfurt/M. 1967 (342 S., br., 4,80 DM).

1966/67 führte die Frankfurter Universität im Hessischen Rundfunk ein „Funk-Kolleg zum Verständnis der modernen Gesellschaft“ durch. Im vorliegenden Band sind die Einführungsvorlesungen in die beteiligten Fachrichtungen publiziert. Die daran anschließenden Fachkollegs sind in jeweils gesonderten Bänden ebenfalls in der Taschenbuchreihe der Fischer-Bücherei erschienen.

Obwohl die Veröffentlichung zunächst wohl eher als Textgrundlage für Teilnehmer an einem „Funk-Kolleg“ gedacht war, hätte sich für die inzwischen erfolgten Nachdrucke die Anführung eines den hochschuldidaktischen und bildungspolitischen Erfolg einschätzenden Kapitels empfohlen. Denn immerhin ist dieses Experiment als hochschulbestimmter Beitrag zur Auseinandersetzung um das Studium im Medienverbund zu werten. Als ein Beitrag allerdings, der eine Universität präsentiert, die in weiten Teilen unberührt geblieben zu sein scheint von den wissenschaftstheoretischen, hochschuldidaktischen und wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen der sechziger Jahre; dem Schlußwort Hans Scheuerls zufolge bekennt sie sich ungebrochen zum Humboldtschen Universitätsideal.

Trotz dieses programmatischen Bezugs entbehrt die vorliegende Einführung maßgeblicher Momente des früheren bürgerlichen Bildungsideals, insbesondere des integralen gesellschaftstheoretischen Ansatzes und des Bewußtseins von der Klassenspezifität des eigenen Wissenschaftsverständnisses. Das Funk-Kolleg hat nicht versucht, durch integrierte Ansätze ein „Verständnis der modernen Gesellschaft“ herbeizuführen, sondern es liefert ein unkorrigiertes Abbild der rigorosen Arbeitsteilung unter den Einzeldisziplinen; deren gesamtgesellschaftlicher Bezug drückt sich bestenfalls aus im Verweis auf die Aufgaben jeweils hilfswissenschaftlich begriffener Nachbar-disziplinen. Darüber hinaus wird mit Ausnahme der Einführung in die Rechtswissenschaft (Wiethölter) die jeweilige gesellschaftswissen-

schaftliche Fachdisziplin als losgelöst von spezifischen gesellschaftlichen Prägungen und als die überhaupt einzig mögliche Wissenschaftsanschauung dargestellt. Nach der Lektüre von Rueggs Einführung in die Soziologie etwa wäre zu vermuten, es habe nie eine andere Möglichkeit gegeben zum „Verständnis der modernen Gesellschaft“ als den normativen Funktionalismus. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß jeder Hinweis auf Parsons und andere Vertreter dieser Richtung fehlt, wie überhaupt den meisten Beiträgen dieses Buches zufolge, wissenschaftliche Auseinandersetzungen höchstens um Methoden, kaum je um Theorien geführt zu werden scheinen. Wird der Marxismus schon durchweg mit heftiger Polemik als doktrinärer Irrglaube verketzert, so hätte wenigstens der Hinweis auf Schulenstreite innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft das schöne Bild der heilen Ordnungswissenschaft beeinträchtigen können.

Die theoretisch weitgehend unreflektierte Selbstdarstellung der Einzelwissenschaften (hier ist wiederum die Einführung in die Rechtswissenschaft auszunehmen) wirkt sich unmittelbar aus als ein Mangel der didaktischen Konzeption. Das läßt sich verdeutlichen an der in der Durchführung besonders gelungenen Einführung in die Politikwissenschaft, weil diese Disziplin weder über einen Kanon von Lernstoff verfügt noch sich zurückziehen kann hinter bornierte Modelldiskussionen. Iring Fetscher gehört zu den hervorragendsten Vertretern einer historisch orientierten Regierungslehre und seine für das Funk-Kolleg entstandene Abhandlung über die englische Verfassung zu den lesenswertesten Arbeiten dieser politikwissenschaftlichen Richtung. Was dennoch, vor allem in der hier abgedruckten Einführung, gänzlich fehlt, ist der Nachweis eines notwendigen Bezugs der als „exemplarisch“ vorgestellten Einzelanalysen auf eine allgemeine Theorie der Gesellschaft. Da diese fehlt, bleiben auch die in der Einführungsvorlesung angerissenen Arbeitsgebiete der internationalen Politik und der Friedensforschung seltsam zufällig; ebensowohl hätte eingegangen werden können auf Wahlforschung, Parteienanalyse und politische Entscheidungslehren. Angesichts dieser für die Politikwissenschaft sehr typischen stofflichen Unsicherheit mag es den Hörern wie unzähligen Politikstudenten ergangen sein, denen diese Wissenschaft sich darbietet als eine nichtüberschaubare Ansammlung wissenschaftlicher Fakten und Beschreibungen, für deren Selektion jeweils nur die persönlichen Vorlieben des Prüfenden Richtschnur zu sein scheinen. Ohne theoretisches Bewußtsein vom eigenen Gegenstand, von den Bedingungen und Wirkungen der herrschaftlich organisierten Gesellschaft, ist Politikwissenschaft nicht mehr und nicht weniger als „sehr interessant“. Sie eignet sich damit vorzüglich zum Gegenstand einer Einführung in die Universität des Bildungsbürgertums.

Wie nachhaltig dieses Funk-Kolleg als Initiation in die Welt der Bildung geraten ist, verdeutlicht u. a. Wiethölters didaktisch ansonsten wohl durchdachte Methode, latente Rechtsbegriffe aus Sprich- und Dichterworten zu erschließen. Die allgemeine Bekanntheit der letzteren wird dabei so deutlich vorausgesetzt, daß ein Gewerk-

schaftler mit Volksschulabschluß ganz sicherlich verschreckt den Versuch eingestellt hat, in diesem Kolleg etwas mehr über Arbeitsrecht zu lernen. Handelt es sich hier um ein didaktisches Manko und im Beitrag zur Politikwissenschaft um eine allgemeine Tendenz, so wird in der Einführung in die Geschichtswissenschaft der Charakter der Wissenschaft als Bildungsgut manifest. Stolpert man bereits über Feststellungen einer „echt historischen Art“ und „natürlicher Träger der Geschichte“, so läßt die seitenlange Auseinandersetzung mit dem Problem der „tatkräftigen Persönlichkeiten“ und das schließliche Bekenntnis zur sogenannten Ereignisgeschichte nur noch staunen. Diese Geschichtswissenschaft, die ihren Hauptgegenstand sieht in den „großen politischen Gemeinschaften, in die der einzelne und auch der größte eingeschlossen ist und bleibt: die Völker und Staaten“, hält nicht nur den Marxismus für eine „streng deterministische“ Irrlehre, sondern offensichtlich auch die Sozialwissenschaften in ihrer bürgerlichen, etwa Max Weberschen Ausprägung für der Geschichte nicht würdige Hilfswissenschaften. So kommen denn auch „Analysen“ zustande, denenzufolge das englische Parlament „allmächtig und die Regierung mit dem Premier an der Spitze ein Ausschuß dieses Parlaments und mit dessen Zustimmung zu ungefähr allen politischen Handlungen berechtigt ist“. Da ist „Demokratie mit politischer Bildung gleichzusetzen“, als ob historisch nie deutlich geworden wäre, daß Bildung sehr und Schulung sehr nahe beieinander liegen können, und da sind Kenntnisse notwendig über das „befreundete und das andere Lager“. Dies alles, nicht aber, daß Geschichte eine Quelle der Erkenntnis über die menschliche Natur und die Gesetze der sozialen Entwicklung darstellt, macht Historie hier zum Gegenstand des Studiums.

Eine Bemerkung schließlich noch zur bürgerlichsten aller Wissenschaften, der Nationalökonomie in ihrer hier vorgestellten Form. Sie stellt sich dar als eine Wissenschaft, in welcher „theoretisch fruchtbare Ansätze ... weitgehend auf Intuition“ beruhen und Forschung sich ausdrücklich darauf beschränkt, Schlüsse aus den selbstgewählten Voraussetzungen zu ziehen. In diesem Zusammenhang gelingt Häuser eine Formulierung, die als Leitspruch über die Misere der in der BRD derzeit herrschenden Nationalökonomie gesetzt zu werden verdiente: „Eine gewisse Kenntnis der Wirklichkeit ist zwar nützlich und nötig, aber wiederum nur insoweit, als sie dazu dient, zweckmäßige Annahmen zu wählen und ihre Bedeutung für die Realität abzuschätzen.“ Ist so der Verzicht auf Realanalyse programmatisch für die ökonomische Theorie geworden, so verwundert nicht, daß die Einführung in das Verständnis der Ökonomie anhand des altbekannten Bildes vom Kuchenbacken vorgenommen wird. Dieser werde gebacken aus den Zutaten der Produktionsfaktoren und über seine Größe und seine Art entschieden die beim Backen beschäftigten Personen. In Konsequenz solcher Bilderbuchökonomie werden denn auch die Wirtschaftsformen modellhaft nach einem (falsch rezipierten) Adam Smith und nach Eucken vorgestellt. Und obwohl er nicht müde wird zu betonen, daß Modelle nicht mit der Realität übereinstimmen,

gelingt es Häuser mittels eines durch keine Logik nachvollziehbaren Argumentationssaltos schließlich doch, das Modell der Marktwirtschaft als Realalternative der Zentralverwaltungswirtschaft gegenüberzustellen. Die Entscheidung für eine der beiden Formen, anscheinend der Hauptzweck des Kollegs, wird ganz den Hörern überlassen. Nur nebenbei wird als Entscheidungshilfe mitgeteilt, daß der Prozeß der Marktwirtschaft einem demokratischen Abstimmungsverfahren ähnele.

Häusers sich anschließende Einführung in sein Spezialgebiet, die Geldtheorie, ist ungleich besser. Verwundert mögen allerdings seine Hörer die eklatanten inhaltlichen Widersprüche zwischen den beiden Teilen der Einführungsvorlesung zur Kenntnis genommen haben. Handelt es sich im ersten Teil um krude, modellgebastelte Ideologie, so im zweiten um die Erörterung bestimmter Sonderprobleme des tatsächlichen Wirtschaftssystems. Dessen Deskription muß deshalb im Interesse der adäquaten Mitteldiskussion realitätsgreuer ausfallen. Die Gegenüberstellung der beiden Teile zur Einführung in die Wirtschaftswissenschaft und die Analyse ihrer Widersprüche ergäbe in anderem Zusammenhang eine gute Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie.

Heide Gerstenberger (Göttingen)

**Kautsky jr., Karl (Hrsg.):** August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. Nr. II N.F. Van Gorcum & Comp. N.V., Assen (Niederlande) 1971 (LX, 394 S., Ln., 60,50 DM).

Eine Edition des Briefwechsels Bebel-Kautsky wird große Erwartungen wecken. August Bebel und Karl Kautsky waren jahrzehntelang die einflußreichsten Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie mit internationaler Resonanz. Ihre Kooperation erscheint einem Teil der bürgerlichen Forschung (und ihrer sozialdemokratischen Variante) über die Geschichte der SPD vor 1914 als der personelle Kristallisationspunkt des „Kautskyanismus“, also einer Verbindung von radikaler Theorie und pragmatischer, die Einheit der Organisation über revolutionäre Konsequenz stellender Tagespolitik. Überdies spielten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Briefwechsel eine wichtige Rolle bei der Weiterbildung von Theorie und Praxis der SPD: dies gilt für die in Briefform vorgetragene Kritik Marx' und Engels' am Gothaer Programm ebenso wie für die Korrespondenz zwischen August Bebel und Friedrich Engels. Der Bebel-Engels-Briefwechsel enthält eine ausführliche Diskussion über die Rolle der bürgerlichen Demokraten in der sozialistischen Revolution, Anweisungen Engels' für eine Proklamation des Rechts auf Revolution in der parlamentarischen Agitation und schließlich — über zahlreiche Briefe zerstreut — die ausführlichste Zusammenstellung seiner Einschätzungen der Beziehungen von parlamentarischer Politik und revolutionärer Strategie.

Dem gespannten Interesse, das diese wichtige Tradition brieflicher Diskussion unter Sozialisten zunächst weckt, kann die vorliegende Sammlung von über 300 Briefen aus den Jahren 1879 bis 1913 — 277 von Bebel, 26 von Kautsky — aus mehreren Gründen nicht völlig gerecht werden: Die Nachlässe Karl Kautskys und August Bebels im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) sind der Forschung schon lange zugänglich. Ihre wichtigsten Angaben sind deshalb bereits in der Sekundärliteratur verwertet worden. Briefliche Auseinandersetzung war nicht die Hauptform der Diskussion zwischen Bebel und Kautsky: sie lebten lange Zeit beide in Berlin und hatten so häufig Gelegenheit zur mündlichen Klärung ihrer Positionen. Der Briefwechsel enthält deshalb zumeist ausschließlich taktische und technische Absprachen und persönliche Einschätzungen über Parteigenossen und politische Gegner; beide Partner gehen dabei von einer von vornherein hergestellten Übereinstimmung aus, die auch nicht — wie in der Korrespondenz Bebel-Engels — durch die unterschiedlichen Erfahrungsbereiche der Briefschreiber differenziert wird. In den zwei Fällen, in denen es zu schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Kautsky gekommen war — anlässlich der Veröffentlichung von Marx' Kritik des Gothaer Programms und in den Auseinandersetzungen um Kautskys Broschüre „Der Weg zur Macht“ — erfolgen ebenfalls nur beiläufige briefliche Erörterungen (75 f.; 202 f.).

Als historische Quelle ist der Briefwechsel eher für die Geschichte der „Neuen Zeit“ als für die Entwicklung der Partei insgesamt belangvoll. Kautsky und Bebel erörterten ausführlich die Aufgaben und aktuelle Probleme dieses theoretischen Organs, für das Kautsky Bebel zu häufigerer Mitarbeit zu gewinnen suchte. Dabei erscheint Bebel durchgehend als der Anleitende, der die „Neue Zeit“ und Kautskys Schriftstellerei in seine praktische Politik einzufunktionieren suchte. So forderte er z. B. 1895 Kautsky zu scharfer Kritik an einem Agrarprogrammwurf auf, an dem er selbst mitgearbeitet hatte, wobei er offensichtlich sich in der Kommission nicht gegen die Reformisten durchsetzen konnte und deshalb Kautsky zu Hilfe rief (91). Ebenso forderte er Kautsky mehrmals zu schärferem Vorgehen gegen die Revisionisten auf (113; 120 f.).

In den letzten Lebensjahren Bebels — seit etwa 1908 — gewinnen persönliche Mitteilungen in den Briefen immer mehr Gewicht. Es bestätigt sich, daß Bebel, der außerhalb der Reichstagsession ständig in der Schweiz lebte, sich dem Alltagsleben der Partei stark entfremdete und keinen großen tatsächlichen Einfluß mehr auszuüben vermochte. So erkennt er auch nicht die grundsätzliche Bedeutung der Kontroverse zwischen Kautsky und Rosa Luxemburg über Massenstreik und Republik 1910: dies sei ein Zank „um ungelegte Eier“ (221), den Bebel lediglich unter redaktionstaktischem Gesichtspunkt beurteilt (226).

Unter den zahlreichen Charakterisierungen von Personen fallen die Äußerungen über Franz Mehring auf, die zeigen, daß man ihm in diesem engsten Kreis auch persönlich miteinander befreundeter

Parteiführer immer mit größtem Mißtrauen begegnete: er blieb isoliert und wurde wegen seiner publizistischen Qualitäten zwar gebraucht, zugleich aber von faktischem Einfluß — jenseits seiner journalistischen Tätigkeit — sorgfältig ferngehalten. Als Mehring sich endgültig mit Kautsky überwarf, schlug sich Bebel sofort auf dessen Seite, zumal er zu gleicher Zeit in eine wissenschaftliche Fehde mit Mehring über die Einschätzung Lassalles und Schweitzers geriet. Noch kurz vor seinem Tod dirigierte er Kautskys Angriffe auf Mehring (329—358).

Der Herausgeber hat der Sammlung ein umfangreiches Vorwort vorangestellt, dessen politische Einschätzungen sich stark an Kautskys Selbstverständnis orientieren. Seine Kommentare zu den einzelnen Briefen bringen Parallelmaterial heran, das ihre historische Einordnung erleichtert. S. 207, Anm. 1 verwechselt er zwar die Zuchthaus- mit der Umsturzvorlage und datiert Engels' Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ versehentlich auf 1891, doch wiegt dies nicht schwer im Vergleich zu einem Streich des Verlags auf dem Waschtzettel: der Briefwechsel befasste sich, heißt es, „mit dem Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft aus den Tiefen des sie verfemenden Sozialistengesetzes zu der mächtigsten Arbeiterpartei der westlichen Welt“.

Georg Fülberth (Marburg)

**Autorenkollektiv:** Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972 (511 S., Ln., 16,80 DM).

Eine sowjetische Autorengruppe hat 1970 die offiziellen Verlautbarungen der Parteien der Sozialistischen Internationale (vor allem SFIO, SPD und SPÖ) sowie theoretische Beiträge führender Sozialdemokraten analysiert. Das von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR edierte Werk ist (von Günter Heyden redigiert) in deutscher Übersetzung zunächst in der DDR und dann — als Nachdruck der DDR-Ausgabe — in der BRD erschienen.

Der Begriff „Sozialdemokratismus“ erscheint zwar im Titel der deutschen Ausgabe (während im russischen Titel „Reformismus“ steht), ist aber im Text durchgehend durch „Reformismus“ ersetzt. Innerhalb des Reformismus unterscheiden die Autoren zwei Hauptrichtungen: „Ein Teil der Reformisten betrachtete Reformen als einzig reale Methode zur Umgestaltung der Ausbeuterordnung, als Mittel, um den Sozialismus zu erreichen. Ein anderer Teil der Reformisten stellte sich keine sozialistischen Ziele, sondern erklärte die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zum Hauptanliegen und bezeichnete hierbei Reformen als das Allheilmittel gegen alle Gebrechen des Kapitalismus“ (319). Diese Ambivalenz des Reformismus, die bereits in der II. Internationale bestand, wurde nach 1945 in den Führungsgremien und Programmen der größten westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien — nach einer „Reform des Reformismus“ (417) — durch die Dominanz des „Demokratischen Sozialismus“ ersetzt. Dieser



ist eine unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiterentwickelte Form der integrationistischen Variante des „alten“ Reformismus, die Ideologie der im Dienst monopolkapitalistischer Integrationsstrategien stehenden sozialdemokratischen Führungsschicht (413), während „die erdrückende Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der sozialdemokratischen Parteien (...) dem traditionellen Reformismus treu (blieb), der den Sozialismus als Endziel anerkennt und seinem Wesen nach in offensichtlichem Widerspruch zum ‚neokapitalistischen‘ Reformismus der heutigen rechten Führer der Sozialdemokratie steht“ (418). Vom „traditionellen“ Reformismus und dem „Demokratischen Sozialismus“ wird — als nicht-sozialdemokratische Ideologie — der „Revisionismus“ unterschieden. Er ist eine Taktik der antirevolutionären Transformation (angeblichen „Verbesserung“) des Marxismus, die sich in marxistischen Parteien auszubreiten sucht und in ihrer objektiven Funktion sowie ihren gesellschaftspolitischen Zielstellungen mit den verschiedenartigen Formen des sozialdemokratischen Reformismus konvergiert (325 ff.).

Gegenstand der Analyse ist in erster Linie der „Demokratische Sozialismus“, während der „traditionelle“ — subjektiv sozialistische — Reformismus in geringerem Maße behandelt wird. Als methodische Prämisse des „Demokratischen Sozialismus“ nennen die Autoren ein grundsätzlich idealistisches Herangehen an die gesellschaftliche Wirklichkeit (27 ff.), aus dem eine lediglich ethische Sozialismusdefinition und Verzicht auf reale Klassenanalyse resultiert. Beide Richtungen des Reformismus bestimmen ihren Sozialismusbegriff unterschiedlich: während die Anhänger der traditionellen Position noch einer — allerdings oft ausschließlich moralisch motivierten — Vorstellung von einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel folgen, die allerdings nur auf friedlichem Wege erreicht werden soll, versuchen die Vertreter des „Demokratischen Sozialismus“ „im Grunde das Gleichheitszeichen zwischen den Sozialismus und die bestehende kapitalistische Wirklichkeit zu setzen mit dem einzigen Vorbehalt, daß diese Wirklichkeit mit dem abstrakten ‚moralischen Ideal‘ zu ‚durchdringen‘ sei“ (420). Für die Definition von Kapitalismus und Sozialismus wird die Eigentumsordnung unerheblich: in der „postindustriellen“ Gesellschaft ist nach der Theorie des „Demokratischen Sozialismus“ die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel von den Kapitaleignern auf eine klassenindifferente Technostruktur übergegangen, auf die ein ebenso klassenneutraler Staat, in dem die Sozialdemokratie an der Macht zu partizipieren sucht, einwirkt. Es handelt sich hier also um die Rezeption spätkapitalistischer Ideologie durch eine Partei, die diese Ideologie an eine weitgehend proletarische Wähler- und Mitgliederschaft weitervermittelt, auf dieses Substrat aber zugleich Rücksicht nehmen muß.

Von diesen Grundpositionen des „Demokratischen Sozialismus“ sind die Stellungnahmen der sozialdemokratischen Führung zu zentralen Problemen der Politik bestimmt: ihre Bereitschaft zur Übernahme irrationalistischer und fideistischer Ideologien (32 ff.; 211 ff.), die Teilnahme an imperialistischen Durchdringungsstrategien in der

Dritten Welt unter Vorspiegelung eines „dritten Wegs“ (281 ff.), Antikommunismus (351 ff.) und aktive Förderung kapitalistischer Militär- und Wirtschaftspakte, Streben nach einer Auflösung sozialistischer Systeme (383 ff.) mit der theoretischen „Absicherung“ durch Konvergenztheorien (396 ff.).

Das Kapitel „Revolution und Reform in den Konzeptionen der Ideologen des Reformismus“ (255—279) setzt sich nicht nur mit den Anhängern des „Demokratischen Sozialismus“, sondern auch des „traditionellen“, sozialistisch orientierten Reformismus auseinander: der Verabsolutierung eines einzigen politischen Mittels, der friedlichen Reformen mit parlamentarischen und gewerkschaftlichen Mitteln durch beide Richtungen, entspreche ein abstraktes Demokratieverständnis, das die unbedingte Einhaltung der bürgerlichen Legalität über den Klasseninhalt einer revolutionären Umwälzung oder auch nur der Verteidigung von Positionen der Arbeiterklasse (277) stelle.

Die Ideologie und Praxis des „Demokratischen Sozialismus“ sehen die Autoren als Produkt einer bestimmten historischen Epoche, nämlich des Vierteljahrhunderts nach dem zweiten Weltkrieg; daraus wird der transitorische Charakter dieser Erscheinung abgeleitet. Eine zunehmende Differenzierung in den einzelnen sozialdemokratischen Parteien und zwischen den Parteien verschiedener Länder sowie Grenzen in der Durchsetzbarkeit der integrationistischen Ideologie ergeben sich gleichermaßen aus dem sozialen Charakter der Sozialdemokratie wie aus den Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses: Trotz der Verstärkung des rechten Flügels der Sozialdemokratischen Parteien „bleiben in den sozialdemokratischen Massen nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Potenzen unbedingt erhalten“ (413). Die Führung muß auf sie Rücksicht nehmen: „Ein großer Irrtum wäre daher die Annahme, daß die sozialdemokratischen Massen selbst weder auf die Positionen der Führer noch auf den Kurs der Partei Einfluß nehmen können“ (412). Dieses Verhältnis drückt sich in der Tatsache aus, daß „es in den Reihen der Sozialdemokratie auch Führer (gibt), die geneigt sind, die Forderungen der Werktätigen auf ökonomischem und sozialem Gebiet, im Kampf für die internationale Sicherheit und den Frieden zu berücksichtigen“ (411). So ist es zu erklären, daß die ideologische Formulierung der sozialdemokratischen Parteien sogar in den vierziger und fünfziger Jahren nicht völlig durchgesetzt werden konnte. Selbst im Godesberger Programm „koexistieren“ „einzelne Elemente des ‚alten‘ Reformismus und des ‚demokratischen Sozialismus‘“ (419). Diese demokratischen und sozialistischen Potenzen der sozialdemokratischen Parteien drücken sich auch in allmählich sichtbar werdenden Modifikationen sozialdemokratischer Politik — im Vergleich zu den fünfziger Jahren — in dem Maße aus, wie sie durch äußere Faktoren, vor allem einen Wandel in den internationalen Beziehungen, unterstützt werden. Dies gilt für Lockerungen des Antikommunismus (381), Zweifel am Atlantismus (402) und eine verstärkte Differenzierung zwischen den einzelnen Parteien im internationalen Maßstab: gehören die SPD, die britische Labour-Party,

die SPÖ, die Demokratisch-Sozialistische Partei Japans und die israelische Sozialdemokratie weiterhin zum äußersten rechten Flügel der Sozialistischen Internationale, so unterscheiden sich in der Realisierung von Programmpunkten des traditionellen Reformismus und auf dem Feld der Außenpolitik die skandinavischen Parteien bereits deutlich von ihnen (obwohl hier die Autoren „eine allmähliche Evolution nach rechts“ [443] konstatieren), während die SP Japans ein wichtiges Moment der demokratischen und sozialistischen Opposition (besonders in der Auseinandersetzung mit den japanisch-amerikanischen Bündnisbeziehungen) ist (444 f.; zu erklären wäre, weshalb die SPJ als „Hauptkraft der demokratischen Opposition“ bezeichnet wird, ohne daß in diesem Zusammenhang die Kommunisten erwähnt sind). Diese komplizierte Situation der sozialdemokratischen Parteien, ihr zwieschlächtiges Klassenwesen, muß für die Kommunisten ein Ansatzpunkt zu einer Politik der Aktionseinheit auf allen Ebenen — auch auf derjenigen der Leitungsorgane (456) — sein.

Die Rezeption des Buches wird durch seinen unglücklichen Aufbau sehr erschwert: die ideologiereferierenden und -kritischen Kapitel erscheinen ganz am Anfang, ehe Position zum Klassencharakter der verschiedenartigen Formen des Reformismus bezogen wird, und sie reihen deshalb zunächst nur phänomenologisch die rechtsozialdemokratischen Ideologeme aneinander. Die Kapitel IX („Revolution und Reform in den Konzeptionen der Ideologen des Reformismus“), XI („Reformismus und Revisionismus“) und XIV („Die Kommunisten und die Sozialdemokraten“) machen erst in differenzierter Weise die sozialen Voraussetzungen für die Widersprüche und Unterschiede in den und zwischen den sozialdemokratischen Parteien klar. In ihren historischen Rückbezügen ist die Arbeit, soweit es sich um notwendige Verweise auf die Geschichte der Sozialdemokratie vor 1945 handelt, oft unpräzise. Dies beeinträchtigt z. B. die Revisionismusdefinition zumindest dann, wenn man nicht bereit ist, unter „Revisionismus“ nur aktuelle Erscheinungen zu begreifen. Über den Revisionismus der Jahrhundertwende wird ausgeführt: „In den meisten sozialdemokratischen Parteien trat der Reformismus unter der Maske des Marxismus, das heißt als Revisionismus“ auf (320). Dies kann nicht für Bernstein gelten, dessen Grundlegung des Revisionismus sich sehr bald expressis verbis gegen Marx richtete. Kautsky kann auch nicht — anders als Bernstein — als Anhänger des Kantianismus bezeichnet werden, wie es hier aber geschieht (332). Angesichts der Distanzierung der sozialdemokratischen Führer von der Oktoberrevolution heißt es: „Man kann faktisch von diesem Augenblick an von einem offiziellen Bruch der Sozialdemokratie mit der marxistischen Theorie sprechen“ (407). Dies bedeutet eine Verharmlosung der Haltung der meisten sozialdemokratischen Parteien zum ersten Weltkrieg.

Die Übersetzung ist nicht immer einleuchtend. Dies gilt besonders bei Rückübersetzungen oder für Begriffe, die auch im deutschen Kontext gewöhnlich englisch gebraucht werden, hier aber „eingedeutscht“ sind (72: Bernsteins „Probleme des Sozialismus“ erscheinen als „Soziale Probleme“; 138: „Druckgruppe“ = *pressure group*; 333: „Fabier

Skizzen“ = Fabian Essays). Ein weiterer Mangel des Buchs ergibt sich aus zahlreichen Wiederholungen zwischen den einzelnen Beiträgen: fast jeder Autor versucht in seinem Kapitel noch einmal eine Grundlegung, die aber durch die Arbeitsergebnisse der vorangegangenen Abschnitte dem Leser, der den Band kontinuierlich durchgeht, schon bekannt ist. Nützlich für denjenigen, der sich nur über Einzelpunkte informieren will und so jedesmal mehr erfährt, als er eigentlich nachschlagen wollte, hemmt dieser Verzicht auf redaktionelle Straffung und Vereinheitlichung doch den Gang der Argumentation.

Neben diesen kompositorischen, historischen und technischen Mängeln muß jedoch, sie überwiegend, der quantitative Reichtum des analysierten ideologischen Materials und vor allem die große strategische Bedeutung derjenigen Passagen dieses Werks, die die realsoziologischen Voraussetzungen zur vorgezogenen Ideologiekritik liefern, hervorgehoben werden. Die Arbeit ist der erste Versuch, eine wissenschaftlich und politisch gleich befremdliche Lücke zu schließen: von allen sozialen Bewegungen ist der Sozialdemokratismus in seinen neueren Formen — also nach etwa 1914 — bislang am wenigsten Gegenstand politologischer und soziologischer Analyse geworden (trotz einer Unmenge von historischen Schriften zur Geschichte der Arbeiterbewegung). Auch in der DDR haben ja die Untersuchungen Bertschs über FDP und CDU/CSU kein Pendant über die SPD. Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED wendet für die Zeit nach 1918 der KPD weit größere Aufmerksamkeit zu als der auch hier nicht ausführlich analysierten SPD. In der BRD hat die Godesberger SPD eher eine historische Legitimation gesucht (Matthias, Miller) als eine aktuelle Selbstdarstellung. Die Gründe für diese Mängel sind vielfältig. Das ungelöste Problem der „Arbeiteraristokratie“ in den marxistisch-leninistischen Analysen (auch in der „Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart“ ist die Darstellung der „Arbeiterbürokratie“ einleuchtender als die der „-aristokratie“, 452 f.), zu geringe politische Distanz gerade der „kritischen“ Sozialwissenschaftler in der BRD zum Gegenstand, schließlich die komplizierte klassenpolitische Befindlichkeit des Objekts: sie standen bisher und stehen noch einer tiefgreifenden wissenschaftlichen Analyse im Wege, zu der die Arbeit des sowjetischen Autorenteamts wichtige Handreichungen gibt.

Georg Fülberth (Marburg)

**Hartwich, Hans-Hermann:** Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970 (461 S., br., 25,— DM; Ln., 42,— DM).

Das Grundgesetz formuliert in Art. 20 den Auftrag, einen sozialen Staat zu verwirklichen. Diese Sozialstaatlichkeit gehört — zusammen mit der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie — nach dem Willen des GG zu den unantastbaren Grundsätzen der Verfassung, die auch

durch qualifizierte Mehrheiten nicht verändert werden dürfen (Art. 73,3). Die wissenschaftliche Auslegung des Sozialstaatsprinzips ist in der Vergangenheit weitgehend der Staatsrechtslehre überlassen worden, und das Ergebnis war entsprechend. Die Untersuchungen einer kleinen kritischen Minderheit, der Wolfgang Abendroth von Anfang an angehörte, wurden dort gar nicht zur Kenntnis genommen.

Der Berliner Politologe Hartwich versucht nun, in seiner Habilitationsschrift — anknüpfend an die Thesen dieser Minderheit — eine kritische politikwissenschaftliche Interpretation systematisch zu entwickeln, d. h. Genese und Auslegung der Verfassung im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Praxis seit 1948 darzustellen. Dabei zeigt sich, daß die Linke im Verfassungsrecht Bestimmungen, die die Möglichkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung auf eine sozialistische Demokratie durch die demokratisch legitimierte Staatsgewalt gewährleisten, noch zu einer Zeit (1948/49) durchsetzen konnte, als realgesellschaftlich die Entscheidung schon zugunsten einer Restauration des Kapitalismus gefallen war. Sozialstaatspostulat und Sozialisierungsartikel (Art. 15 und 20) blieben dennoch in der Folgezeit Anknüpfungspunkte für gesellschaftskritische Tendenzen und also Verfassungselemente, die den restaurativen Kräften äußerst störend erschienen. So vollzog sich, nachdem die Kämpfe um eine gesellschaftliche Neuordnung 1951/52 gescheitert waren und der Sieg der Reaktion im Betriebsverfassungsgesetz juristisch abgesichert worden war, parallel zur Festigung der kapitalistischen Ordnung die Aushöhlung dieser GG-Normen — und zwar nicht durch Veränderung des Verfassungstextes, sondern durch „wissenschaftliche“ Interpretation. Die führende Rolle übernahm seit 1953 der durch seine rechtswissenschaftliche Leistungen im faschistischen System für dergleichen besonders qualifizierte Ernst Forsthoff. Dessen Interpretation wurde bald in der Staatsrechtslehre wie in der Rechtsprechung zur herrschenden — was angesichts der autoritären Traditionen der deutschen Rechtswissenschaft und der personellen Kontinuität der Professoren und Richter seit der faschistischen Periode nicht weiter verwunderlich ist. Ihr entsprach aber auch die sozialpolitische Praxis der von der CDU geführten Bundesregierungen, die Hartwich ausführlich darstellt.

Diese herrschende Lehre behauptete, die Sozialstaatsklausel bedeute lediglich, daß der Staat gewisse Fürsorgefunktionen übernehme. Da es das seit Bismarcks Sozialgesetzgebung ohnehin gegeben habe, beschreibe diese Formel also nur den status quo. Der Sozialisierungsartikel sei durch Nichtanwendung „obsolet“ geworden, die „freie Marktwirtschaft“ somit verfassungsrechtlich garantiert. Implizit bedeutete dies: sozialistische Bestrebungen seien verfassungsfeindlich. Den Vogel schoß Hans Nipperdey, der Präsident des Bundesarbeitsgerichts ab, der aus dem Art. 2 GG, der die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet, die verfassungsrechtliche Garantie der freien Unternehmerinitiative deduzierte und so kundtat, daß die Grundrechte nur für Kapitalbesitzer zu gelten hätten.

Hartwich kann nun nicht nur den Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Restaurationsprozeß und diesen „wissenschaftlichen“ Interpretationen herausarbeiten, sondern zugleich nachweisen, daß diese, nimmt man auch nur die Prinzipien bürgerlicher Rechtsauslegung ernst, wissenschaftlich absolut haltlos sind. Er zeigt, daß die Formel vom Sozialstaat nach dem Willen der Verfassungsgeber und der Verfassung im Zusammenhang mit dem Grundrechtssystem interpretiert werden muß. Sie bedeutet dann die Pflicht des Staates, den Rechtsstaat nicht nur formal, sondern auch materiell zu verwirklichen, d. h. soziale Gerechtigkeit herzustellen. Und sie bedeutet ferner, daß die Grundrechte nicht in herkömmlicher Weise als bloße liberale Abwehrrechte, sondern als soziale Teilhaberechte aufzufassen sind, und sie bedeutet schließlich, daß das GG den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft und also auch den Kampf dafür ausdrücklich als legal garantiert. Diese Garantie wurde auch vom Bundesverfassungsgericht, das sich insoweit der „herrschenden Lehre“ nicht angeschlossen hat, mehrfach bestätigt. Dieser Punkt hat durch die Ministerpräsidentenbeschlüsse betreffend die sogenannten „Radikalen“ im öffentlichen Dienst neue Aktualität erlangt. Die Art. 20 und 15 zwingen den Staat bei der angestrebten Sozialistenverfolgung zu erheblichen Umwegen und verbessern die Verteidigungschancen der Sozialisten — wenn sie auch natürlich für sich allein keine ausreichende Verteidigung darstellen, sondern mit politischem Kampf verbunden werden müssen.

Die Analyse von Hartwich ist nicht in allen Punkten konsequent. Vor allem kann er sich terminologisch nicht recht entscheiden, ob es sich z. B. um „Abhängigkeiten der Industriegesellschaft“ handelt, denen Rechnung zu tragen sei, oder um Abhängigkeiten einer bestimmten Industriegesellschaft, nämlich der kapitalistischen. Da er jedoch in der Sache ausschließlich von der letzteren handelt, fällt dies nicht allzu stark ins Gewicht. Insgesamt liegt hier ein Buch vor, das von der Fragestellung, vom Materialreichtum und von den Resultaten her zu den wichtigsten gehört, die in den letzten Jahren über die BRD erschienen sind, auch wenn es hinsichtlich der theoretischen Durchdringung des Materials und der Stringenz der Methode unkonsequent bleibt.

Reinhard Kühnl (Marburg)

**Beyme, Klaus von:** Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa. R. Piper u. Co. Verlag, München 1970 (1025 S., Ln., 125,— DM).

Das breit angelegte Werk des Tübinger Politologen ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten, der 1967 von der philosophischen Fakultät in Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen wurde, behandelt von Beyme die Entwicklung der parlamentarischen Regierungssysteme in Europa, im zweiten deren Funktionsweise. Er geht von den ständischen Verfassungen des 18. Jahrhunderts aus und stellt dann die Entwicklung des Parlamentarismus von der französischen

Revolution bis zur Gegenwart dar, wobei er sich besonders eingehend mit Frankreich und Deutschland befaßt. Was hier an Materialien zusammengetragen wurde, ist imposant. Leider beschränkt sich die Untersuchung auf die Ebene politischer Ideen und Institutionen und auf die Wiedergabe von Auseinandersetzungen in Parlamenten und Publizistik. Daß alledem gesellschaftliche Interessen und Klassenkämpfe zugrunde liegen, wird nirgends hinreichend deutlich — nicht einmal bei der Darstellung der Revolution von 1848 oder der des Bürgerkriegs in Frankreich 1871. Diese Sicht wird auch im zweiten, systematischen Teil durchgehalten.

So erfährt der Leser viel Wissenswertes über Entstehung und Funktionsweise des parlamentarischen Systems. Zu der Frage allerdings, wozu der ganze komplizierte Betrieb da ist, der hier so detailliert geschildert wird, welche sozialen Inhalte er verwirklicht und welchen Interessen er dient, erfährt er so gut wie nichts. Dies gilt auch für das ohnehin nur 10 Seiten umfassende Kapitel „Soziale Grundlagen des parlamentarischen Systems“, in dem der Verfasser zunächst das Problem des Föderalismus behandelt und dann vom Standpunkt der Pluralismustheorie aus gegen die Ansicht polemisiert, die gegenwärtige Gesellschaft könne als Klassengesellschaft begriffen werden. Über den Faschismus kann von dieser Position aus nicht viel mehr gesagt werden, als daß er antiparlamentarisch aufgetreten sei. Weshalb das parlamentarische System von angebbaren gesellschaftlichen Kräften unter angebbaren Bedingungen in einer ganzen Reihe von Fällen — von Italien 1922 bis Griechenland 1967 — beseitigt worden ist, bleibt so unerklärlich.

Reinhard Kühnl (Marburg)

**Coudenhove-Kalergi, Richard:** Weltmacht Europa. Seewald Verlag, Stuttgart 1971 (195 S., Ln., 16,80 DM).

Der Gründer und unermüdliche Wortführer der privaten, 1923 erstmals in Erscheinung getretenen Paneuropa-Bewegung hat sich wieder einmal publizistisch in Erinnerung gebracht. In der Manier der meisten seiner bisherigen Propagandaschriften soll auch die vorliegende Monographie augenscheinlich den geringen politischen Einfluß des Autors kompensieren helfen und seine lebenslange missionarische Tätigkeit vorweg mit der Aura der säkularen historischen Leistung versehen. Beide Intentionen färben auf den Inhalt des Buches ab. Das gleiche gilt für das Motiv aus aktuellem politischen Anlaß: da Coudenhove das Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz als großangelegte diplomatische Finte der weltkommunistischen Verschwörung, als Anschlag auf die Freiheit Westeuropas durchschaut zu haben glaubt (52, 147, 175), meint er, in einem emphatischen Appell noch einmal das Bild einer europäischen „Schicksalsgemeinschaft“ (u. a. 96) heraufbeschwören zu müssen. (Erhellender als ein ausführlicher exegetischer Versuch mag die Tatsache sein,

daß diese Grundtendenz des Buches sogar Franz Josef Strauß, der das Vorwort schrieb, einige sympathetische Floskeln abnötigt.)

So bietet der Autor zum wiederholten Male Vermischtes: Skizzen eines universalhistorischen Panoramas wechseln mit trivialen demographischen, politischen und geographischen Empiremen, eine düstere prognostische Arithmetik ergänzt die zahlreichen geopolitischen Paraphrasen auf das Thema Europa. Daneben sollen einige morphologische Streifzüge durch das Europa der vergangenen Jahrhunderte, die keine, auch nicht die gewagteste Analogie umgehen (z. B. 40 f., 46 f.), die faktische europäische Einheit erweisen, der lediglich noch der politische Überbau zur Vollendung fehlt. Hinzu kommt ein ideengeschichtlicher Exkurs, der etliche ausgewählte Einigungsprojekte — von Dubois über den Friedensbund Georg von Podjebrads und den „Grand Dessein de Henri IV“ bis hin zu den Plänen des Abbé de St. Pierre und Giuseppe Mazzinis — kurz umreißt. Bei diesem kursorischen Gang durch die Geschichte des europäischen Einigungsgedankens dürfte es sich um den einzigen Teil des Buches handeln, der das historische Informationsbedürfnis des Lesers wenigstens annähernd befriedigt. Dieses Urteil könnte auch noch für den folgenden Teil gelten, der vom Eintritt der Europa-Idee in die politische Realität des Völkerbundsystems und der multilateralen antikommunistischen Staatsaktionen der späten vierziger Jahre handelt, wenn er nicht unter dem weithin bekannten Hang des Autors zu narzistischer Selbstdarstellung und ideologischer Verstiegtheit die letzten historiographischen Proportionen verlöre. So erweckt Coudenhove den Anschein, als hätten die diversen europäischen Integrationsprozesse von politischen Impulsen der Paneuropa-Union ihren Ausgang genommen (z. B. 65, 150 f.) und als seien diese wiederum ohne seinen urbanen Umgang mit der politischen Elite Europas und der USA undenkbar gewesen (u. a. 113, 134). Nach neueren Erkenntnissen der zeitgeschichtlichen Forschung zur europäischen Integration ist diese Einschätzung selbst für den Fall gegenstandslos, daß deren ökonomische Antriebe außer Betracht bleiben. Zwar mag es zutreffen, daß die Briand-Initiative der Jahre 1929/1930 in einigen Elementen den Stand der paneuropäischen Bewegung widerspiegeln; als gesichert kann indes gelten, daß sich der politische Einfluß Coudenhoves und der von ihm 1947 begründeten Europäischen Parlamentarier-Union auf den Gang der europäischen Integration in engen Grenzen hielt. Zieht man die Geschichte des Europarats als repräsentatives Beispiel der — auch von Coudenhove als fragmentarisch erkannten (142) — Überbau-Integration heran, so wird deutlich, daß die von Churchill in unionistischer und antikommunistischer Richtung umgestülpte neue Europa-Bewegung der ersten Nachkriegsjahre einen viel bedeutsameren Anteil an der Entwicklung hatte als die sich ihr erst später assoziativ verbündende Bewegung Coudenhovescher Provenienz.

Da man vom Autor keine historische Bestandsaufnahme der europäischen Einigungsbewegung erwarten darf, die im Gefolge einer kritischen und gleicherweise selbstkritischen Analyse den geschicht-



lichen Realitäten auch nur annähernd gerecht würde, und da Coudenhove als emphatischer Apologet des Kapitalismus — den er zum Individualismus uminterpretiert (48) — schlechterdings unfähig ist, die augenfällige Divergenz zwischen ökonomischer und politischer Integration als Folgeerscheinung der Entwicklungsgesetze des Spätkapitalismus zu begreifen, verlieren manche seiner an sich zutreffenden Diagnosen ihre historische Erklärungsfunktion. Diese beiden dominanten Unzulänglichkeiten mögen — verbunden mit seinem hypertrophen Antikommunismus (25, 43, 95 etc.) und seinem unreflektierten Anti-Nationalismus (typisch: 72 ff.), die Ursachen dafür sein, daß Coudenhove ideologisch die Orientierung verloren hat.

Er kann nicht einmal mehr den Anschluß an die technokratisch-föderalistische Europa-Bewegung halten, den er etwa im Zeitraum 1940—49 wenigstens vorübergehend herzustellen vermochte. Selbst in den Reihen dieser teils durchaus noch militant antikommunistischen Bewegung werden die Beiträge Coudenhoves zum Programm der politischen europäischen Integration hinter vorgehaltener Hand als anachronistisch belächelt. Dies kann nicht verwundern: läßt Coudenhove doch durchblicken, daß er die politische Einheit Europas am liebsten im Zuge einer Renaissance der Karlsbund-Idee hergestellt sähe (151). Von hier aus bestimmt sich auch sein ambivalentes Verhältnis zur Europa-Politik des Gaullismus. Einerseits glaubt er, in der „katholischen Trauung von Reims“ (Treffen Adenauer — de Gaulle am 8. Juli 1962) (17) in nuce die Wiedererstehung eines erneuerten Karolingerreiches sehen zu können, während er andererseits retardierende nationalistische Elemente in der französischen Europa-Politik der sechziger Jahre konstatieren muß (147 ff.), die seinem eigenen Einigungskonzept entschieden zuwiderlaufen.

Aus all diesen Aporien, Anachronismen und Ungereimtheiten kristallisieren sich jedoch ein ideologischer und ein programmatischer Kernsatz heraus, die jeweils nicht nur die Zielrichtung der von Coudenhove selbst inaugurierten Einigungsbewegung offenlegen, sondern darüber hinaus auch ein besseres Verständnis der gesamten Europa-Ideologie ermöglichen. Es ist dies zum einen die unmißverständliche Gleichsetzung von paneuropäischen und antikommunistischen Inhalten der Einigungsbewegung (140) und zum anderen die Vision eines vereinigten Kleineuropas, das — zur vierten Weltmacht aufgestiegen — als Schutzwall gegen die „russische Sturmflut“ (94) fungieren kann. Diese beiden Aussagen machen den eigentlichen Gehalt der vorliegenden Monographie aus. Frank Niess (Heidelberg)

**Prognosen für Europa.** Die siebziger Jahre zwischen Ost und West. Aktuelle Außenpolitik. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Leske Verlag, Opladen 1968 (144 S., br., 6,80 DM).

Um — wie Helmut Schmidt im Vorwort bemerkt — die Außenpolitik der BRD auf „nüchterne, vorurteilsfreie Gegenwartsanalyse“ und

die „sich daraus ableitenden Zukunftsprognosen“ (6) zu bauen, untersuchte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und ihr Forschungsinstitut die voraussichtliche Deutschlandpolitik der zehn für die Deutschlandfrage wichtigsten Länder — und zwar für die Periode der siebziger Jahre. Trotz mangelhafter theoretischer Grundlage ist das Ergebnis hinsichtlich der außenpolitischen Perspektiven Europas nicht gerade falsch: „Das Bedürfnis nach wirtschaftlichem und technologischem Fortschritt nimmt in der Rangliste der nationalen Interessen der europäischen Staaten einen um so höheren Platz ein, je mehr das Sicherheitsbedürfnis an akuter Dringlichkeit verliert“ (136). Diese „akute Dringlichkeit“ sei deshalb heute nur noch in geringerem Maße gegeben, weil in Europa inzwischen „jeder begrenzte Krieg zwischen den Einflußsphären der beiden Weltmächte wegen der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung Europas die Tendenz hätte, bis zum Einsatz der äußersten Mittel zu führen, die keiner der Beteiligten einsetzen will“ (135). Deshalb werde ein europäischer Krieg, „wenigstens von den Europäern selbst, mehr und mehr aus dem Bereich der realistischen Zukunftserwartungen ausgeschlossen“ (135). Die Konsequenz sei ein allseitiges Interesse an einer dauerhaften Ordnung, die allen Völkern Europas die Gewähr für die ungestörte Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt biete. Der stärkste Antrieb entspringe „in wirtschaftlichen Motiven, wobei auf östlicher Seite das Bedürfnis nach Modernisierung ihrer Wirtschaft eine besondere Rolle zu spielen scheint, auf westlicher Seite die Suche nach Märkten“ (139).

Was allerdings an Analyse möglicher Tendenzen in einzelnen Staaten geboten wird, ist wenig überzeugend. Für die USA konstatiert H. B. Meyer eine „Abneigung gegen weltweite Verpflichtungen“ (13), obwohl er gleichzeitig sieht, daß die Industrie auf Grund von Weltmarktinteressen und „Investierungen in anderen Erdteilen“ ein „bedeutsamer Faktor für eine aktive globale Außenpolitik“ (14) bleiben wird. Der US-Imperialismus kann nicht übersehen, wohl aber beschönigend umschrieben werden. Damit ist die Möglichkeit nicht verbaut, die Sowjetunion nach wie vor für alle „Aggressivität“ im weltpolitischen Kräftespiel verantwortlich zu machen, was Boris Meissner denn auch ausgiebig tut. Seine „Analyse“ gipfelt in der kühnen Bemerkung, die bleibende Expansionstendenz der Sowjetunion sei heute „stärker vom russischen Nationalismus als der Weltrevolution als Triebkraft bestimmt“ (109). Solche Kalte-Kriegs-Ideologie kann richtig nur feststellen: „Weltpolitisch werden die Vereinigten Staaten, auch wenn ihr Vorsprung auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet bestehen bleibt, wahrscheinlich in die Defensive geraten“ (17).

Für die Außenpolitik der BRD ergibt sich daraus wenigstens ein kurzfristig realistisches Konzept: Verzicht auf unmittelbaren Wiedervereinigungsanspruch, Anerkennung der bestehenden Realitäten in Europa, Mitarbeit an einem europäischen Sicherheitssystem. Langfristige Perspektiven lassen sich auf der Grundlage solch mangelhafter Analyse kaum andeuten. Schon die kurzfristigen Prognosen haben sich inzwischen aber meist als falsch erwiesen: Eine Annähe-

zung zwischen USA und China sei nicht zu erwarten, eine Volksfrontkoalition in Frankreich werde nur durch ihre Opposition gegen de Gaulle zusammengehalten und sei deshalb für die Zukunft kein ernst zu nehmender Faktor etc. Wer die sozioökonomische Realität von Gesellschaften nicht untersucht, wer die zunehmende innere Labilität des Kapitalismus nicht zur Kenntnis nimmt, der kann bestenfalls zu praktischen Konzeptionen gelangen, die pragmatisch auf wissenschaftlich begründete Initiativen sozialistischer Staaten (wie z. B. eine Europäische Sicherheitskonferenz) reagieren — immerhin ein Fortschritt im Vergleich zu den vorher in der BRD dominierenden offen reaktionären und aggressiven politischen Vorstellungen.

Karl Theodor Schuon (Marburg)

**Gleißberg, Gerhard, u. a.:** *Zu Pressekonzentration und Meinungsmanipulierung.* Beiträge einer Arbeitsgruppe des IMSF. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972 (202 S., br., 7,50 DM).

An der Buchfassung der aus einem Arbeitskreis des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen“ (Frankfurt/M.) hervorgegangenen Darstellung haben, neben Gleißberg (zuletzt Chefredakteur der „Anderen Zeitung“), J. U. Dietrich, J. Griesebach und H. Brüdigam mitgewirkt; H. Holzer hat „freundlicherweise“ der Aufnahme eines Teiles einer Arbeit zugestimmt (6 f.). Dem Band darf man mit Aufmerksamkeit begegnen; denn er bemüht sich offensichtlich, eine Kritik der „monopolistischen Manipulierung der öffentlichen Meinung“ (5) vorzutragen, die Theorie und Praxis vereint und somit vor allem auch hilft, die Pressearbeit und -politik der DKP zu fundieren und zu verstehen.

Die Intention besteht darin, aufzuzeigen, „... daß die Pressekonzentration eine besondere Form des kapitalistischen Konzentrationsprozesses ist und deshalb innerhalb des kapitalistischen Systems nicht überwunden werden kann, daß also Gegenmaßnahmen und Gegenaktionen gegen die Pressekonzentration, um wirksam zu sein, sich nicht auf ‚systemimmanente‘ Gesetze, Reformen und Kontrollen werden beschränken können“ (201). Gegen die Konzentration der Presse wird eine Politik „antimonopolistischer Reformen“ gefordert, nachdem anhand von Globaldaten und qualitativ ausgewerteter Einzelfallbeispiele — über das Wirken der Springer-Presse gegen die Verträge von Moskau und Warschau, zur Berichterstattung über den DKP-Parteitag (Essen 1969) und über die Septemberstreiks (1969) — auf die Kausalbeziehungen zwischen Pressemonopolen, Monopolverpresse und Manipulation hingewiesen worden ist. Angesprochen wird als Träger dieser Politik — neben den Gewerkschaften (bes. 183) und der Opposition einer demokratischen Öffentlichkeit (bes. 201 f.) — auch ein Staat, der „nicht nur als politische Interessenvertretung des

Kapitals, als Exekutive und Organisation der kapitalistischen Gewinn- und Monopolwirtschaft fungiert“ (177). Konkretisiert wird aber kein Hinweis auf diese Gegenkräfte, vor allem der demokratieorientierte Staat wird nur vage und völlig ohne eine strategische Einschätzung vorausgesetzt. Hier finden sich lediglich Aussagen folgender Qualität: „Der Staat, der den Monopolen Beschränkungen auferlegt, wird sich von dem unterscheiden, der die Monopole hemmungslos wachsen ließ. Der Staat, der den Monopolen ein Ende macht, wird ein anderer sein als der, der sie nur einzudämmen versuchte“ (181). Die Träger des Kampfes „gegen die Pressemonopole“ und „für die geistige Befreiung der Arbeiterschaft“ (181) werden somit in keiner Weise konkret definiert und aus der strategischen Diskussion einer „antimonopolistischen“ Politik abgeleitet, so daß die praktischen Aussagen dementsprechend unbefriedigend bleiben müssen.

Wenig befriedigend sind aber auch die theoretischen Passagen, die versuchen, den Bezug zwischen der Konzentration einer Presse (die nicht „der Information der Leser und der Entwicklung demokratischen Bewußtseins“, sondern nur dem „Gewinn- und Machtstreben der Verleger“ dient [181]) und ihrer manipulativen Wirkung zu begreifen. Manipulation wird dabei verstanden als der vermittels konzentrierter privatkapitalistischer Medien zu verwirklichende Willen, „auf das Bewußtsein der Leser so ein[z]uwirken, daß keiner auf die Idee kommt, diese Grundprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft, Eigentum und Profitmaximierung und damit ‚Ausbeutung des Menschen durch den Menschen‘ in Frage zu stellen“ (49).

Nur in Holzers Beitrag wird einmal angesprochen, daß die Qualität der Medienkommunikés „von der Synchronisation ihres Angebots mit den Dispositionen eines Publikums abhängt, das im Verwertungs- und Verwaltungszusammenhang eines staatsmonopolistischen Kapitalismus seiner Fähigkeit, klassenkämpferisch auf Unterdrückung zu antworten, beraubt worden ist“ (62). Über diese abstrakte und zu wenig vermittelte und ausdifferenzierte Feststellung wird nicht hinausgegangen; ja, selbst diese Feststellung geht in den hier verwendeten Manipulationsbegriff nicht ein. Ohne sozialpsychologische und wirkungsanalytische Ausführungen zu machen, reduziert sich Manipulation auf die durch Konzentration potenzierten Manipulationschancen und auf den Willen des Kapitals. Diese Chancen aber werden sogleich als realisiert begriffen, wobei die gesellschaftlichen Ursachen in vermittelter Form nicht untersucht werden.

Theoretisch wie praktisch schreibt der vorliegende Band deshalb nur die Positionen der DDR-Medienforschung (z. B.: Manipulation. Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie, 1968; Knipping, Pressemonopole — Monopolpresse, 1963; ders., Monopole und Massenmedien, 1969) fort; seine Bedeutung liegt lediglich in dem Versuch, diese Diskussion zu aktualisieren und in der BRD zu verbreiten. — Die relevante Fragestellung aber ist nicht die, warum „Kapitalisten“ über ihre privaten Medien „manipulieren“ wollen, sondern

warum und wie sie es können —: diese Frage nach den fördernden und behindernden Faktoren der Konstituierung von „Klassenbewußtsein“ bleibt ungestellt; und nicht nur das, sie wird verstellt. Für eine kritisch gegen das Scheitern von Aufklärung gerichtete Medientheorie bleibt noch viel zu tun. Eike Hennig (Frankfurt/M.)

**Springer, Axel C.:** Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen. Nachwort von Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Seewald Verlag, Stuttgart 1972 (320 S., Ln., 26,— DM).

An dem Band ist vor allem interessant, daß er zeigt, wie der Monopolkapitalist Springer in der Öffentlichkeit gesehen werden will. Zugleich wird dadurch deutlich, welche Stereotype Springer für in seinem Sinne wirksam hält. Nachdem die Kampagne „Enteignet Springer“, von der Studentenbewegung ausgehend, nicht ohne Widerhall geblieben war und die Möglichkeit ihrer Auswirkung auf medienpolitische Entscheidungen sich nicht mehr ganz von der Hand weisen ließ, bemühte sich Springer um eine Reparatur seines Image. Eines der Mittel im Rahmen einer entsprechenden politischen Marketingstrategie dokumentiert der vorliegende Band mit seinen Reden, Artikeln, stilisierten „Briefen“ und „Gesprächen“. Der Leser begegnet zunächst einer komplexen, aus verschiedenen „Sprachen“ zusammengesetzten Phraseologie, in denen Springer sein Image mit ebenso vielen Charaktermasken zusammensetzt. Da spricht der Deutsche, der gläubige Christ, der um Menschlichkeit bemühte Mitbürger, der von Verantwortungsbewußtsein erfüllte Staatsbürger.

Erst bei näherem Hinsehen zeigt sich der harte einheitliche Kern. Daß das Geldmachen und die politische Manipulation die Angelpunkte des Pressemonopols sind, erscheint unmittelbar als unwahr, als sein Gegenteil. Da hat die Presse „die schwere Aufgabe übernommen, dem Staatsbürger jenes Maß staatsbürgerlicher Unterrichtung zu geben, die er braucht, wenn er als Staatsbürger tätig werden soll“ (172). Es geht um Bildung und Mündigkeit des Bürgers. Und zu diesem Behuf um „Pressefreiheit“. Unter den Phrasen, die sie umschreiben, zeigt sich die Forderung nach Freiheit von allen Schranken, die der Ausdehnung des Springerschen Monopols im Wege stehen oder künftig stehen könnten. Nachdem Springer jahrelang vergeblich versucht hat, ein privatwirtschaftlich betriebenes Fernsehen zu erreichen, das er dann mit bewährten Mitteln unter seine Kontrolle bringen könnte, denunziert er nun als Bedrohung der Pressefreiheit die „auf breiter Front in die Bereiche der freien Wirtschaft“ eingebrochenen und „im Besitz einer Monopolstellung befindlichen“ (181) Funk- und Fernsehanstalten, die der Presse die Existenzgrundlage der Werbung entzögen. Gegen mögliche medienpolitische Eingriffe zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs auf dem Zeitungsmarkt gewendet,

warnet er wiederum davor, das Prinzip des freien Wettbewerbs durch Marktanteilsbegrenzung und Subventionierung anzutasten (185, 203) und behauptet scheinheilig, „daß das Heranwachsen größerer Zeitungsunternehmungen die Presse insgesamt schließlich freier machen wird. . . Und unter dem Schutz der Flügel großer Verlage können auch unabhängige, kleinere, lokale oder regionale Blätter sich gegen jedweden Druck zur Wehr setzen; denn die Pressefreiheit wird heute am besten von den Großen garantiert: Auch die Kleinen haben davon Nutzen“ (212). Man erkennt die bündnispolitischen Bemühungen des Großkapitalisten um die noch nicht verschluckten mittleren Kapitalisten. Um sich gegen Beschränkungen, die zu ihrem Schutz konzipiert werden könnten, zu schützen, versucht er, eine Einheitsfront mit ihnen zustande zu bringen.

Als ideologische Grundlage sowohl der eigenen Rechtfertigung wie auch der politischen Ausrichtung der von Springer kontrollierten Massenmedien werden vier „Grundsätze“ beschworen (34, 126, 152, 255), die jeder von Springer abhängige Redakteur umsetzen muß. Sie reduzieren sich letztlich auf das Monopol des Privateigentums an Produktionsmitteln. Springer dreht die Sache bezeichnenderweise so hin, als ob dies Monopol, das er im vierten Grundsatz als „freie Marktwirtschaft“ verherrlicht, im Grundgesetz der BRD verbindlich gerechtfertigt, ja sogar vorgeschrieben sei, was keineswegs der Fall ist — im Gegenteil. Daher kann die „Wiedervereinigung Deutschlands“ unter solchen Produktionsverhältnissen (Grundsatz eins) aus dem Grundgesetz der BRD nicht abgeleitet werden. Die heuchlerische Gleichsetzung des Sozialismus mit dem Faschismus, das Ineinsetzen jeglichen „Radikalismus“ und „Extremismus“ (97), die für „dämonische Gewalten und Mächte“ ausgegeben werden und „luziferischen Charakters“ seien (52) (Grundsatz drei), wehrt in der bekannten bauernfängerischen Manier den Anspruch gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel ab, den ja schon der Faschismus mit seinen beispiellosen, in bürgerlichem Klasseninteresse begangenen Verbrechen abwehrte. Der aufdringliche Prosemitismus schließlich (Grundsatz zwei) soll einerseits die nachträgliche Interpretation des Faschismus als bloßem Ausfluß von irrationaler Antisemitismus propagieren; andererseits können der Blitzkrieg gegen Ägypten und die gewaltsame „Wiedervereinigung“ Jerusalems als moralisch-politisches Exempel für die Deutschen benutzt werden.

Das Klassenprivileg des Privateigentums an Produktionsmitteln und seine Verteidigung, der skrupellose Antikommunismus — im Dienste dieses doppelten Prinzips fungieren alle Gesichter, die Springer ins Image bringt: seine *Religiosität*, die die Verkündung der „Liebeslehre Christi“ (279) für „ein christliches Zeitungshaus“ (246) zur verbindlichen (240) Hauptaufgabe (243) der Nachrichtenpolitik (242) macht; der „leidenschaftliche *Patriotismus*“, der ein Deutschland gesehen haben will, „das wieder all unserer Liebe würdig ist“ (30); sodann die gegen die „Trägheit des Herzens“ (27), die „Preis und Fluch“ des Abfalls von Gott und folglich vom Menschen sei, gewandte *Nächstenliebe*, besonders die Verbundenheit mit dem Kleinen Mann

(280); auch das *Mitleid* und die *Hoffnung* für „meine versklavten Landsleute“ (207), „die jetzt in Mitteldeutschland im Stand stalinistischer Unfreiheit leben“ (151), wobei die Politik nicht zum „Kompromiß mit politischer Kriminalität“ (16) — und der Sozialismus ist vom Standpunkt des Privateigentums an Produktionsmitteln der Inbegriff aller Verbrechen — führen dürfe; endlich die *Beunruhigung* und *Sorge* um den doch „nachweisbaren Erfolg unseres volkskapitalistischen Systems“ (102), wenn das „Privateigentum nicht mehr rückhaltlos anerkannt“ wird (101) und die „Gewerkschaftsführung“ machtpolitische Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung stellt, was „Ausdruck einer von Interessierten geschürten und in Wirklichkeit bei der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer nicht vorhandenen Unzufriedenheit“ sei — das verlogene agitatorische Gegenstück zu der von Springer und allen gleichermaßen am Kapitalprivileg Interessierten geschürten und in Wirklichkeit bei der großen Mehrheit der Werktätigen nicht vorhandenen Zufriedenheit. In Springers Version wird neuerdings in der BRD „ein tiefer und gefährlicher Einbruch in unsere Gesellschaftsordnung“ von oben versucht, denn „die Sozialisierung von unten wird von der Bevölkerung abgelehnt“ (107).

Diese ideologischen Versatzstücke, von denen Springer kaum ein denkbare ausläßt, sind jedermann aus der Periode des Kalten Krieges zwangsläufig bekannt. Deutlich wird bei der Lektüre, daß sie — zumindest in der von Springer vorgetragenen Form — ihre Wirksamkeit unter den veränderten politischen Bedingungen einzubüßen beginnen. Es bleibt die Frage, ob Springer den Wandel zu raffinierteren Formen des Antikommunismus nicht mitvollziehen kann oder bewußt darauf setzt, im Zuge einer Machtergreifung der Rechtskräfte die alten Klischees wieder uneingeschränkt zum Zuge kommen zu lassen. Damit hängt eine weitere, hier ebensowenig beantwortbare Frage zusammen: ob Springer nämlich mit subjektiver Überzeugung hinter den von ihm verbreiteten abgedroschenen Ideologien steht, oder ob er nur als sich tarnender, die Masken nach Belieben auf- und absetzender Taktiker aufzufassen ist.

Die Sentimentalität, die in der durchgehenden Wehklage über das deutsche Schicksal zum Ausdruck kommt, die Inbrunst, mit der er von Gott spricht, die weinerliche Reaktion angesichts der Unmöglichkeit privaten Fernsehens, die tiefe Erschütterung an der Mauer, die Tränen über gescheiterte Flucht, die Empörung und Entrüstung, mit der er den verabscheuten (97), vom Osten finanzierten und ferngelenkten radikalen Gegnern seines Konzerns widerspricht (154 f., 157, 262), all dies können durchaus subjektiv genuin erscheinende Regungen sein. Andererseits mag es gerade das leidenschaftlich verkörperte Kapitalprivileg sein, das in seiner Abstraktheit alle möglichen zupaß kommenden Regungen ergreift und sich zurechtfindet. So spricht sich Springer begeistert gegen eine „Entidealisierung politischen Denkens, Fühlens und Handelns“ aus (16), und alles in zwanzig Jahren Erreichte erfüllt ihn mit „demütiger Dankbarkeit“ (32). Die Träne, die er für Deutschlands Einheit vergießt, wird einem unzugänglichen Absatzmarkt nachgeweint. Über sein weitgehend aus

Steuern finanziertes Hochhaus in Westberlin äußert er sich mit allem Pathos, dessen die Kapitalseele in der Gier nach Profit und mehr Kapital fähig ist: „Der Bau ist errichtet worden gegen die kühl rechnende geschäftliche Vernunft, gegen den Rat der Buchhalter und Kaufleute. Dieses Haus ist für jenen Tag gebaut, an dem Deutschland wiedervereinigt sein wird“ (214). Auch daß Springer „seinem Schöpfer dafür dankbar ist, daß er gerade hier (an der Mauer) bauen durfte“ (23), ist wegen der hohen Steuervergünstigung, in deren Genuß er dadurch kommt, verständlich.

Mit den zunehmend geringer werdenden Legitimationsmöglichkeiten der Springerschen Version kapitalistischer Presse-Unternehmerfreiheit, von der im Grundgesetz nicht die Rede ist, werden auch die Freiheitspostulate immer herbeigezogener und konstruierter. Man sieht den besonderen Interessen des Konzerns die Mühe an, mit der sie sich in den Formulierungen seines Besitzers zu Freiheiten stilisieren. Sie alle sind nicht verallgemeinerbare, negativ sich bestimmende Freiheiten, indem sie gesellschaftliche Ansprüche nach Demokratisierung abwehren: die Freiheit des Unternehmers *von* gesellschaftlicher Kontrolle und *von* Marktbeschränkungen; die Freiheit *von* Zensur und *von* demokratischen Grenzen der Pressefreiheit; die Befreiung *vom* staatlichen Fernsehmonopol. In der verschlüsselten Sprache, in der die Sonderinteressen sich öffentlich allein noch aussprechen können, lautet die Losung im rücksichtslosen Kampf um die Aufrechterhaltung des Monopols: „Ich sehe nur eine Überlebenschance: Wir müssen unseren unbeugsamen Glauben an die Moral unserer freien Gesellschaft erhalten“ (39).

Holm Gottschalch und Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

**Liebhart, Ernst H.:** Nationalismus in der Tagespresse 1949—1966. Studien zur Anwendung quantifizierender Inhaltsanalyse. Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie, Bd. 12. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1971 (282 S., br., 38,50 DM).

Über den Zeitraum der 17 Jahre (1949—1966) analysiert Liebhart 34 bayerische Tageszeitungen, die FAZ, „Die Welt“ und die „Bild“-Zeitung. Gruppiert werden die Zeitungen nach Extremen bezüglich der Auflage, der Konkurrenz, des CSU- und NPD-Stimmenanteils im Verbreitungsgebiet, des Anteils der Landbevölkerung und der Konfessionen. Am Material dieser Extremgruppen überprüft Liebhart eine Reihe von Hypothesen, um „Indikatoren für nationale Einstellungen“ (4) sowie um verschiedene Korrelationen dieser Indikatoren zu finden. Zu diesem Zweck wird vor allem die Berichterstattung über die Gedenktage des 17. Juni 1953 (sog. „Tag der deutschen Einheit“), des 13. August 1961 („Mauerbau“), der bedingungslosen Kapitulation und Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 und der sog.



„Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 analysiert. Diese Gedenktage interpretiert Liebhart als „Reizereignisse“, welche die Zeitungsredaktionen zur Manifestation ethnozentrischer Attitüden, Verdrängungen, antikommunistischer Positionen etc. führen. Insofern liefert die Studie einen Beitrag zur Deskription der ideologischen statements des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses. Von seinem Wissenschaftsverständnis (1) her verzichtet Liebhart aber auf die Analyse und Interpretation dieser Befunde.

Ohne auf die Wahlerfolge der NPD 1966/67 einzugehen, vermag Liebhart immanent doch durch die Bildung zeitlicher Untersuchungsintervalle (1956/57, 1962/63) quantitative Aussagen zur Vorbereitung dieser Wahlerfolge zu machen. Er kann nämlich aufzeigen, daß die Tendenz nationaler Argumentation im Gegensatz zu derjenigen liberaler Qualität steigend ist.

Abgerundet werden diese Ergebnisse durch Studien über die Berichterstattung zur EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ (Oktober 1965), zur Diskussion über die Verjähung von NS-Verbrechen im März 1965, über die Fußballweltmeisterschaften 1954, 1958, 1962 und 1966 sowie über die Verbrechen von Ausländern und Deutschen. Der Befund konsistenter Tendenzen wird durch diese Studien nicht aufgehoben: „Die Presse . . . stilisiert sich zur Vertreterin nationaler Werte gegenüber vermeintlich verbreitetem Desinteresse. Es finden sich strukturelle Analogien zu rechtsradikaler Agitation. Diese Durchschnittsergebnisse gelten im allgemeinen nicht oder in geringerem Maß für große Zeitungen mit intensiver publizistischer Konkurrenz sowie für solche, die überwiegend in Gebieten mit hohem SPD-Stimmenanteil und/oder überwiegend protestantischer Bevölkerung verbreitet sind“ (254).

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

**Berliner Autorenkollektiv Presse (J. Anfermann, W. Breede, K. D. Funke, R. Klatt, M. Knoche, Th. Krüger, R. Sülzer, A. Zerdick):**  
Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit. Mit einem Vorwort von Heinrich Böll. Rowohlt-Verlag,rororo-aktuell 1599, Reinbek 1972 (206 S., Tb., 3,80 DM).

Am 4. Oktober 1973 meinte Dr. Johannes Binkowski, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), auf der Hannoveraner Jahrestagung dieses Verbandes: „Mitbestimmung in der Presse findet ihre natürlichen Grenzen dort, wo das Grundrecht der Pressefreiheit gedrosselt wird.“ Diese Information wurde von den meisten Tageszeitungen in der BRD übermittelt. Allenfalls in einem Nebensatz tauchte aber in der allgemeinen Berichterstattung über die Jahrestagung des BDZV auf, daß Binkowski die „Grenze der Mitbestimmung“ dort zog, „wo eine sachgerechte Lösung des Produk-

tionsprozesses in Frage gestellt“ werde. Zu deutsch: Wenn der Ablauf der kapitalistischen Nachrichtenproduktion und -weitervermittlung durch Mitbestimmung der Produzenten (Journalisten hauptsächlich) „gestört“ wird, ist die Pressefreiheit bedroht. Oder: Wenn der Profit der Zeitungsunternehmer nicht mehr im Mittelpunkt steht, ist die durch das Grundgesetz abgesicherte Pressefreiheit in Gefahr. Der Präsident des BDZV bestätigt damit die Autoren des vorliegenden Taschenbuches. Das Autorenkollektiv geht nämlich von der These aus, daß das Grundrecht der Pressefreiheit dem Streben nach Gewinnerhöhung untergeordnet ist. Der Band will Schwierigkeiten aufzeigen, die beim Auf- und Ausbau von Journalisten-Gewerkschaften auftreten.

Ausgangspunkt der Untersuchung des Autorenkollektivs ist der im Grundgesetz fixierte Anspruch auf Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit, der den tatsächlichen historischen und ökonomischen Bedingungen der Presse in der BRD gegenübergestellt wird.

Die Autoren weisen einleuchtend im ersten Teil die politische Funktion der Presse nach. Bereits in den Anfängen der Nachrichtenübermittlung — durch Marktrufer und Erzähler beispielsweise — war Berichterstattung ein gewerbsmäßiger und gewinnbringender Handel. Die Neuigkeiten und Geschichten wurden verkauft. Die späteren „Korrespondenzen“ tragen zudem noch privaten Charakter besonders dadurch, daß sie ausschließlich einem bestimmten Auftraggeber übermittelt wurden. Die Ware Nachricht war also schon zu Beginn der Nachrichtenübermittlung in den Händen der Herrschenden, der Besitzenden. Die Forderung nach „objektiver Berichterstattung“, kann unter diesen Umständen im Grunde nichts anderes bedeuten, als vorzüglich überparteiliche, über den Klassen stehende, die gesellschaftliche Ungleichheit des „Oben“ und „Unten“ verschleiernde Berichterstattung. Für die große Mehrheit der BRD-Bürger besteht das Grundrecht der „Informations- und Meinungsfreiheit“ lediglich darin, unter einer begrenzten Anzahl von Presseerzeugnissen wählen zu können, deren Inhalt immer am Gewinn der Unternehmer orientiert ist.

„Wer von den finanziellen Mitteln weiß, die zur Herausgabe einer Tageszeitung z. B. erforderlich sind, wird hier eindeutig die Grenzen sehen, die der Pressefreiheit bei uns gesetzt sind. Wer die Millionenbeträge nicht besitzt, kann tatsächlich auch nicht von der Pressefreiheit Gebrauch machen. Sie ist und bleibt Verlegerfreiheit, solange die Freiheit des Kapitals existiert. Die Informations- und Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland ist durch die Pressefreiheit keineswegs gesichert“ (33).

Ausführlich wird die Entwicklung des Pressewesens in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. Dabei konzentrieren sich die Autoren auf eine nähere Untersuchung der Pressepolitik in der US-Zone, da die anderen Westzonen nur unwesentlich davon abwichen. Kaum bekannte Tatsachen werden ans Licht geholt. Wenige wissen, daß der heutige DKP-Funktionär und stellvertretende Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat“, Emil Carlebach, einer

der ersten Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“ war und gemeinsam mit anderen nicht antikommunistischen Redakteuren in der Zeit des Kalten Krieges an die Luft gesetzt wurde. Die Unterdrückung der Mitbestimmung innerhalb der Redaktionen begann in der US-Zone massiv mit dem Aufbau von Verlegerverbänden; die alten Verleger, die nicht nach den Richtlinien der „Entnazifizierung“ enteignet worden waren, kehrten wieder zurück. Nur ein einziger Verlag war von den US-Behörden enteignet worden: der NSDAP-eigene Ammann-Verlag. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau ließen die USA den konformen Zeitungen aus dem sogenannten GARIOA-Fonds 15 Millionen DM zufließen. Nur die „prowestliche Linie“ wurde gefördert, das wurde offen erklärt. Die „Welt“ erhielt beispielsweise allein eine Million DM. Die weitere Entwicklung des westdeutschen Pressewesens machen folgende Angaben deutlich: 1952 war das Einnahmeverhältnis der bundesdeutschen Tageszeitungen noch (schwach) vertriebsbetont (57 % der Erlöse kamen aus dem Verkauf/Vertrieb der Zeitung, während 43 % durch Anzeigen eingingen), im Jahr 1971 aber waren die Anzeigenerlöse bereits auf rund 70 Prozent gestiegen! Die Einnahmen aus dem Verkauf von Anzeigenraum wurden also zur ökonomischen Basis der Zeitung, das „Unternehmen“ wurde werbeabhängig, damit abhängig von den Anzeigenkunden.

Eine weitere Folge der privatwirtschaftlichen Struktur der bundesdeutschen Presse ist der zunehmende Konzentrationsprozeß, ablaufend etwa nach folgendem Schema: höhere Auflage — mehr Anzeigen — mehr Erlös — mehr Investitionen — höhere Auflage. Die Umkehrung ergibt dann einen wesentlichen Grund für das „Pressesterben“. Dennoch sehen die Verfasser die größte Gefahr für die Pressefreiheit nicht im zunehmenden Konzentrationsprozeß, auf den die Ergebnisse der 1968 im Regierungsauftrag arbeitenden „Günther-Kommission“ im wesentlichen fixiert waren. Denn: Die Werbung richtet sich auf verschiedene Zielgruppen. Da Zeitungen im Kapitalismus in erster Linie auf möglichst umfangreiche Einnahmen durch Werbung angewiesen sind, wird es auch weiterhin notwendig sein, verschiedengerichtete Organe am Leben zu erhalten, um alle möglichen Zielgruppen mit der Werbung zu erreichen. Größer ist für die Verleger die „innere Gefahr“. Gewerkschaftlich organisierten oder gar sozialistisch engagierten Journalisten wurde gekündigt. Nur einige Fälle: Eckart Spoo („Frankfurter Rundschau“), Hans Winter („Trierscher Volksfreund“), Siegfried Hermann Franke („Telegraf“), Jörg Barczynski („Main Echo“), Hannelore Messow („tz“, München) Hofmann, Zeuner, Gremliza, Köhler („Spiegel“), Peter Kleinert („Stadt Anzeiger“, Köln), schließlich Dieter Brumm („Spiegel“). An Hand der Beispiele Eckart Spoo und Jörg Barczynski führen die Autoren dokumentarisch vor, mit welchen Mitteln Verleger versuchen, engagierte Journalisten loszuwerden. Betriebsrat oder Redaktionsbeirat werden meist umgangen. Übrigens: Die Untersuchung wäre um ein Problem zu erweitern. Es ist bedauerlich, daß viele „linke“ Zeitungen noch nicht einmal einen Betriebsrat haben, geschweige denn Redaktionsstatut oder Beirat.

Nach Ausführungen über die kapitalistische Presse-Praxis ist die Problematik des Aufbaus kampfstarker Interessenvertretungen der Journalisten angesprochen unter den Gesichtspunkten des Arbeitsrechtes, der Arbeitsvertragstheorie, des Tarifvertragsgesetzes, des Streikrechts und des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Grenzen der Demokratisierung werden eindeutig festgelegt in den Grenzen des kapitalistischen Systems.

Im letzten Teil der Publikation wenden sich die Verfasser dem Verhältnis Zeitungsinhalt—Leser zu. Sie räumen auf mit dem Märchen von der „Vielfalt“ der Informationen. Allein die Tatsache, daß der allergrößte Teil der Informationen an die verschiedenen Zeitungen von dpa (Deutsche Presse Agentur) kommt, müßte ausreichen, die Vielfalt-These zu widerlegen. Denn: dpa liefert von täglich einer halben Million eingehenden Wörtern an die Redaktionen nur durchschnittlich 40 000 aus — erste Informationslenkung durch Auswahl. Die Steuerungsfunktion wird deutlicher, wenn man weiß, daß dpa eine GmbH ist, in der nur Verleger und Rundfunkanstalten Gesellschafter sein dürfen. dpa zensiert die Nachrichten, die Verleger und Herausgeber, die Besitzer der Zeitungen selbst kontrollieren, zensieren und lenken die Verarbeitung durch die Journalisten.

Ulf G. Stuberger (Karlsruhe)

## Jura

**Roellecke, Gerd:** Der Begriff des positiven Gesetzes und das Grundgesetz. v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 1969 (316 S., kart., 42,— DM).

Roellecke, ehemaliger Assistent des Bundesverfassungsrichters Leibholz, ist seit August 1972 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Seine Wahl löste die Bestürzung der Bundesassistentenkonferenz aus, die darin einen Sieg der Reaktion sah. Er selbst versteht sich als Mann der Mitte. Mit der hier angezeigten Schrift hat er sich 1967 habilitiert. Gemessen an andren juristischen Publikationen erscheinen auf den ersten Blick drei Dinge bemerkenswert: das Selbstverständnis des Autors als Dialektiker (260 f.), der eigens betonte „Anspruch auf Wissenschaftlichkeit“ (18) und die Veröffentlichung in einer Reihe mit dem Namen „Sozialwissenschaftliche Bibliothek“. Lassen diese Indizien auf ein Bestreben des Autors schließen, die wissenschaftliche Isolation der Rechtswissenschaft zu überwinden, so gilt es aufzuzeigen, wie er in der ideologisch zugespitzten erkenntnistheoretischen Diskussion zu Beginn der Studentenbewegung Stellung bezogen hat, ob er die Illusion einer objektiven, wertfreien Rechtswissenschaft aufrechterhält und welche Konsequenzen sich aus seiner Untersuchung des Gesetzesbegriffs ergeben.

Die „praktische Bedeutung“ seiner Arbeit sieht Roellecke darin, daß die Interpretation des Gesetzesbegriffs für die Fragen maßgeblich sei, „wie weit die persönliche Freiheit oder die Meinungsfreiheit reicht oder wie weit die Befugnisse der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung gehen oder ob jemand bestraft wird“ (18). Es geht ihm um „das rechte Freiheitsverständnis“ (7). Die Widersprüche des Gesetzesbegriffs, wie sie in der Fixierung besondrer Inhalte in der Form allgemein geltender Normen, in der Befestigung realer Ungleichheit durch den Maßstab abstrakter Gleichheit zutage treten, führt Roellecke nicht auf die gesellschaftlichen Widersprüche zurück, aus denen sie entspringen; er sieht darin lediglich ein erkenntnistheoretisches Problem der „Voraussetzungen des Verhältnisses von Allgemeinem und Besonderem“ (234). Zur Klärung dieses Verhältnisses greift er auf Kant und Hegel zurück. Kants Annahme synthetischer Sätze a priori widerlegt er mit Hegels Dialektik. Hegel glaubt er widerlegen zu können, indem er „nach der Dialektik der Dialektik“ fragt, wobei er, Hegel mißinterpretierend, die Dialektik auf ein Sprachproblem reduziert: „die Dialektik (ist) das Wesen der Sprache und die Sprache das Wesen der Dialektik“ (258).

Damit fällt er allerdings auf eine agnostizistische Position zurück, die Hegel gerade überwunden hatte. Für Roellecke verbirgt sich die Wahrheit als „Unsagbarkeit des Gegenstands“ (260). Er beruhigt sich mit der Phrase, daß wir (i. e. Roellecke) uns „im Bewußtsein des immer möglichen Irrtums (...) dem schlichten Menschenverstand“ beugen (261). Hegel selbst hat diesem zum Prinzip erhobenen Erkenntnisverzicht entgegengehalten, es sei „wohl die schlechteste der Tugenden eine solche Bescheidenheit des Denkens, welche das Endliche zu einem schlechthin festen, einem Absoluten macht und die ungründlichste der Erkenntnisse, in dem, was seinen Grund nicht in sich selbst hat, stehenzubleiben. Die erwähnte Bescheidenheit ist das Festhalten des Eitlen, des Endlichen gegen das Wahre — und darum das Eitle“ (Encycl. d. Philos. Wissenschaften, hrsgg. v. G. Lasson, Leipzig 1920, S. 336).

An dieser Bescheidenheit krankt Roelleckes Darstellung der Theorien über den Gesetzesbegriff, die mehr als die Hälfte seiner Arbeit einnimmt, ebenso wie seine eigene Konstruktion eines Gesetzesbegriffs. Die Theorien betrachtet er losgelöst von ihrer historischen Funktion und Bedingtheit, da er sich außerstande sieht, „der Weltgeschichte oder auch nur der Menschheits- oder Sprachgeschichte im Ganzen eine Entwicklung zu insinuieren“ (260). So bringt er lediglich eine Sammlung von Fakten zustande, denen der Charakter des Zufälligen anhaftet, als habe sich hier der eine etwas ausgedacht und dort ein anderer etwas anderes. Dadurch hält er die Illusion eines unbeeirrten Bemühens der Wissenschaft aufrecht, abseits vom Lärm der Geschichte ein ausschließlich juristisches Problem zu lösen. Die ideologische Aufgabe dieser Wissenschaft, die jeweils bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren, wird durch eine derart „objektive“ Betrachtungsweise der Analyse und Kritik entzogen.

Die Theorien über den Gesetzesbegriff interessieren Roellecke als „Material“ für seine eigne Konstruktion eines „richtigen“ Gesetzesbegriffs (22). Dabei geht er von dem Axiom aus, daß der richtige Gesetzesbegriff „richtigkeitsneutral“ sein müsse, d. h. er dürfe keine Aussage „über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des positiven Gesetzes“ enthalten (40). Anhand dieses ganz äußerlichen und willkürlichen Kriteriums verwirft er den naturrechtlichen Gesetzesbegriff Hobbes und Rousseaus ebenso wie den „relativistischen“ (d. h. auf Aussagen über die Welt im Ganzen verzichtenden) Gesetzesbegriff C. Schmitts, Kelsens, Smends und Krügers oder den „dogmatischen“ (positivistischen) Labands, Jellineks, Anschützs, Hellers, Kaufmanns und Forstoffs. Ihnen allen wirft Roellecke vor, daß sie im Ergebnis jedes positive Gesetz legitimierten, sei es durch Rekurs auf die gesellschaftliche Natur oder auf den Willen des jeweiligen Gesetzgebers (vgl. 68, 156, 220).

Besondere Mühe verwendet Roellecke darauf, zu zeigen, daß es auch Marx und Engels nicht gelungen sei, einen „richtungsneutralen“ Gesetzesbegriff zu formulieren (was sie nie versucht haben). Um den Nachweis der Unvereinbarkeit des wissenschaftlichen Sozialismus mit dem „rechten Freiheitsverständnis“ (7) bemüht, läßt er sich sogar zur Polemik hinreißen, indem er die alte Mär von einer „marxistischen Eschatologie“ kolportiert, die die bekannten „vier Phasen der Weltgeschichte“ unterscheidet: anfängliches Paradies, Sündenfall des Privateigentums und der Ausbeutung, Erlösung durch die proletarische Revolution und schließlich ewige Seeligkeit in der klassenlosen Gesellschaft (78 f.). Daraus folgert er, daß es „Gesetze im Rechtssinn . . . nur in der dritten Phase geben (kann). In der ersten und in der vierten Phase braucht niemand Gesetze zu erlassen, weil niemand mehr oder anderes will, als er hat. In der zweiten Phase kann niemand Gesetze erlassen, weil jeder nur das nachplappert, was ihm die ökonomischen Verhältnisse ins Ohr flüstern. Nur in der dritten Phase muß jemand Gesetze erlassen, damit sich das besondere Interesse der herrschenden Klasse nicht länger als Gemeininteresse gerieren kann . . .“ (79). Auf diese Weise führe der marxistische Gesetzesbegriff, und damit auch der Sozialismus, „unausweichlich zum Absolutismus des jeweiligen Gesetzgebers und damit zum Unrecht“ (288).

Hier wird deutlich, warum die bürgerliche Rechtswissenschaft hinter ihren im vorigen Jahrhundert mit Hegel erreichten Höhepunkt zurückfällt und sich weigert, den Zusammenhang der historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche mit der Rechtsentwicklung zu reflektieren. Es zeigt sich, was W. F. Haug an anderer Stelle nachgewiesen hat: wie die propagandistische Anstrengung der Abwehr des Sozialismus das bürgerliche Bewußtsein bis in seine Grundlagen modifiziert (Das Argument Nr. 63, S. 81).

Einen „richtigkeitsneutralen“ Gesetzesbegriff konstruiert Roellecke, indem er den Begriff des positiven, von einem Gesetzgeber erlassenen Gesetzes um das Kriterium des offenen Verfahrens erweitert. Das Verfahren des Gesetzesvollzugs müsse begriffsnotwendig gewährleisten, daß der einzelne Staatsbürger dem Gesetz widersprechen könne (281).

Damit habe der Begriff den Widerspruch von Allgemeinem und Besondrem in sich aufgenommen; denn der einzelne brauche das Gesetz nun nicht mehr „bedingungslos hinzunehmen, er kann sich mit ihm in einem offenen Verfahren auseinandersetzen. Ob und inwieweit ein Gesetz ist, hängt deshalb immer auch von ihm ab“ (290). Die Art des Verfahrens des Gesetzesvollzugs soll „das einzig absolute Kriterium“ sein, „nach dem die Richtigkeit eines Gesetzes und die Legitimation eines Gesetzgebers beurteilt werden kann“ (281).

Wie stellt sich nun das „rechte Freiheitsverständnis“, das in dieser Theorie steckt, bei Licht betrachtet dar? Da Roelleckes einzig absolutes Kriterium ganz formal, ohne jeden Inhalt ist, liegt darin das Eingeständnis, daß es für die Frage der materiellen Gerechtigkeit eines Gesetzes kein wissenschaftlich begründbares Kriterium mehr geben soll. Die Grundrechte der Verfassung werden obsolet; der Staat als gesetzgebende und vollziehende Gewalt von allen verfassungsmäßigen Beschränkungen befreit. Beispielsweise wären Gesetze, die nach herrschender Auffassung die Menschenwürde verletzen, Roellecke zufolge solange richtig, wie sie der Form nach in einem offenen Verfahren vollzogen werden; denn „die Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG besteht ... in dem, was sich jeder einzelne in concreto unter seiner Würde vorstellt, und in seiner Chance, diese Vorstellung in einem offenen Verfahren durchzusetzen“ (301). Die Richtigkeit eines solchen Gesetzes werde auch dann nicht berührt, wenn es den Betroffenen nicht gelinge, ihre Vorstellungen und Interessen durchzusetzen. Denn „dieser Einwand wird ... unseren erkenntnistheoretischen Voraussetzungen nicht gerecht, nach denen die Wirklichkeit das Ungreifbare, Widersprüchliche und deshalb schlechthin offene ist. In Wirklichkeit ist das Gesetz immer offen“ (282).

Um herauszufinden, für wessen Interessen ein Gesetz in Wirklichkeit immer offen ist, ist es jedoch notwendig, sich der Mühe zu unterziehen, die Roellecke scheut, nämlich die Gesetze dieser Wirklichkeit selbst zu analysieren. Dabei ist die Marxsche Erkenntnis, daß Gesetze Klasseninteressen ausdrücken, hilfreicher als die vergebliche Suche nach allgemein „richtigen“ Gesetzen. Der von Roellecke gewiesene Weg hilft jedenfalls den theoretischen Boden für den fortschreitenden Abbau der materiellen Freiheitsgarantien des Grundgesetzes bereiten.

Michael Blank (Berlin/West)

**Schröder, Dieter:** Die Krise der marxistisch-leninistischen Staatstheorie. Ein Beitrag zur allgemeinen Staatslehre in der Gegenwart. Hamburger öffentlich-rechtliche Nebenstunden. Hrsg. von H. Krüger. Bd. 17. Alfred Metzner Verlag, Hamburg 1967 (55 S., 9,80 DM).

Diese Abhandlung will nachweisen, daß nicht nur bei uns, sondern auch im Osten die Frage nach dem „Wesen des Staates“ nicht mehr eindeutig beantwortet wird, kurzum, es handle sich um eine „weltweite Krise“. Solchermaßen um die mögliche Perspektive gebracht,

wenden wir uns der Beweisführung zu. Marx habe in seiner frühen Jugend, angeregt durch einige rechtswissenschaftliche Vorlesungen in Bonn, die Vorstellung entwickelt, die menschliche Emanzipation könne sich nur als Befreiung zur „wahren Staatlichkeit“ vollziehen. Als Beleg dient dem Verfasser die Marxsche Feststellung aus „Zur Judenfrage“: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurückerkennet und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht“ (MEW 1, 370). Der Verf. schließt daraus, daß der Mensch hier ausschließlich als politischer Mensch gesehen und die Befreiung des Menschen als Befreiung zur Politik und zum Staat, als völlige Politisierung des Menschen verstanden wird. Doch schon ein Jahr später spreche Marx in den Pariser Manuskripten von der Aufhebung des Staates als Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung (13). Von diesem Zeitpunkt an verstehe er den Staat als „Staatsmacht und als solche als ein Instrument zur Durchsetzung von Klasseninteressen“. Die weitere Argumentation soll beweisen, daß man von einem radikalen Bruch im Jahr 1844 gar nicht reden könne, im Gegenteil, Marx' „eigentliches Ziel“ sei „die Suche nach den Voraussetzungen für wahre Staatlichkeit“ gewesen (17). Denn er habe in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ von dem „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, im „Kommunistischen Manifest“ und im „Elend der Philosophie“ von einer „Assoziation“ als Ergebnis des Wegfalls der Klassenunterschiede gesprochen. Aus alledem werde „deutlich“, daß „die öffentliche Gewalt nicht an sich, sondern als Klassengewalt verschwinden soll“ (21). Marx wolle also keine staatlose Gesellschaft herbeiführen, sondern eine „wahre Republik mit entpolitizierter, d. h. von Klasseninteressen befreiter öffentlicher Gewalt“ (22). Wie falsch wäre es daher, „Marxens grundsätzliche Bejahung der Staatlichkeit“ zu übergehen.

Schlägt man bei Marx nach, sieht die Sache allerdings ganz anders aus, als Schröder sie darstellt. Wenn Marx in „Zur Judenfrage“, in den „Briefen aus den deutsch-französischen Jahrbüchern“ und in der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ vom wirklichen Staat spricht, so hat er den französischen, englischen und nordamerikanischen Staat im Gegensatz zum preußischen vor Augen. Der noch halbfeudale preußische Staat wird als „widerwärtiger Despotismus“ kritisiert (MEW 1, 337). Entgegengehalten wird ihm der Staat des Liberalismus, der „Staat in seiner vollständigen politischen Ausbildung“ (MEW 1, 351). Hier hat die „vollendete politische Emanzipation“ (MEW 1, 352) stattgefunden. Wenn sie auch ein „großer Fortschritt“ ist, so ist sie „zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung“ (MEW 1, 356). Die vollendete politische



Emanzipation vollzog sich über eine Revolution, die die „Herrscher-macht“ der Feudalität stürzte und den politischen Staat als allgemeine Angelegenheit, d. h. „als wirklichen Staat konstituierte“ (MEW 1, 368). Dieser wirkliche Staat ist der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. In den Marx'schen Vorstellungen ist die Existenz des Staates als äußerlicher Zwangsgewalt an den Bestand der Klassen gebunden (MEW 4, 182). Schröder erliegt aber in diesem Punkt dem Mißverständnis, daß das Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaft gleichzusetzen sei mit einer Gesellschaft ohne organisierte Ordnung. Für ihn heißt Ordnung immer auch „organisierte Gewalt“ (42). Da nun die marxistisch-leninistische Staatstheorie an dem Ziel des Absterbens des Staates festhalte und dennoch eine organisierte Gewalt bestehen müsse, könne es nur den Ausweg in die organisierte Gewalt der „Partei der Arbeiterklasse“ geben. Damit sei an die Stelle des Staates die „Partei-tyrannie“ getreten. Ein solcher Entwurf widerspräche Marxens Grunderkenntnis über die wahre Staatlichkeit, „die nur im ‚wirklichen Staat‘, im gerecht zur Allgemeinheit geordneten oder verfaßten Staat . . . verwirklicht werden kann“ (42). Marx habe die „Bedeutung der geordneten Gesellschaft für (sic!) die Existenz des Staates“ herausgestellt. Damit wird der Staat als ewige Notwendigkeit gerettet, die marxistisch-leninistische Staatstheorie müsse — wie wohl vertraut klingt das in unseren Ohren — „zur Theorie der Ordnung der Macht an sich, zur Theorie der richtigen Verfassung werden“ (43).

Hasso Arwid (Berlin/West)

**Zippelius, Reinhold:** Allgemeine Staatslehre. Verlag C. H. Beck, München 3 1971 (XI, 264 S., br., 15,80 DM).

Das Buch ist in der renommierten Reihe „Juristische Kurz-Lehrbücher“ des Beck-Verlages erschienen, die in erster Linie für den Gebrauch durch Jurastudenten bestimmt ist. Der offensichtliche Verkaufserfolg (bereits dritte Auflage innerhalb kurzer Zeit) dürfte zum großen Teil auf eingängige, repetierfreundliche Gliederungsüberschriften zurückzuführen sein (vgl. Kapitel III: Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt; Kapitel IV: Staatstypen. A. Der Aspekt der organisatorischen Form, B. Der Aspekt der sozialen Gewalten, C. Der Aspekt der Gewaltenbeschränkung usw.). Die Darstellungsweise ist vordergründig auf Information und Deskription angelegt, der Stil ist flüssig und z. T. betont modernistisch. Wahrscheinlich sollte der reichliche Gebrauch von Vokabeln wie „Establishment“ (73 f.) oder von Sentenzen wie „Wahltag ist Zahhtag“ (173) pädagogische Wirksamkeit entfalten.

Das einleitende Methodikkapitel macht die Mängel dieser als „Lernbuch“ konzipierten Darstellung sichtbar: Postuliert wird zunächst eine scharfe begriffliche Unterscheidung zwischen Wertung und Wirklichkeit (Staatsideal und Staatswirklichkeit), deren tatsächliche Interdependenz in der Nachfolge Max Webers als normative Komponente des soziologischen Tatbestandes zugestanden wird (5).

Die weitere hermeneutische Arbeit wird hauptsächlich Erfahrungsregeln, der Lebenserfahrung (15) oder einer inhaltlichen Gerechtigkeit (14) überlassen, letztere verstanden als rechts- und sozialetische Vorstellungen, die in der Gemeinschaft herrschen, d. h. die breitestmögliche Basis zwischenmenschlichen Konsenses finden (104). Das Problem der Feststellbarkeit eines solchen herrschenden Rechtsethos kann nicht durch einen lakonischen Hinweis auf die öffentliche Meinung (80) oder durch eine bloß begriffliche Absetzung der Legitimität von der Legalität (239) gelöst werden, soll nicht der Vorwurf des Dezisionismus, den der Verfasser anderen macht (14), auf ihn zurückfallen.

Zippelius bezeichnet seinen methodischen Ansatz als dialektisch (29). In Wahrheit kapituliert der Jurist vor der Komplexität dessen, was man Staat nennt, und rekurriert ständig auf eine hausbackene Lebenserfahrung (z. B. 69, 72, 73, 74, 76), die geeignet ist, Probleme zu verwischen, anstatt sie anzupacken. Was soll man davon halten, wenn als Ursache für die Entstehung eines „Establishments“ u. a. folgende „anthropologische Tatsache“ angegeben wird (73): „Viele ziehen es vor (!), ihre Individualität stärker auf anderen, privaten (!) Lebensgebieten zu entfalten, etwa in einem Gewerbe, in Forschung und Kunst, im Sport, in der Familie...“? Natürlich ist dann die „politische Gleichgültigkeit der Menge“ (73) nicht mehr hinterfragbar, zeigt die Masse der Bevölkerung „erfahrungsgemäß die Beharrungstendenz, eine einmal vorhandene Führung wiederzuwählen“ (74). Die Entwicklungen in der CSSR oder — harmloser — die Wahlergebnisse in Großbritannien scheinen für den Autor keine „Lebenserfahrung“ geworden zu sein.

Der Tendenz des Verfassers, aufgrund einer voraussetzungslosen Zweckmäßigkeit „die rechte Mitte zu finden“ (16), entspricht das unreflektierte Festhalten an traditionellen Begriffen, z. B. des liberalistischen Grundrechtsbegriffes (146), der Hang zu vereinfachenden Definitionen („Die Tendenz, möglichst das ganze Leben einer Gemeinschaft zu durchdringen und zu formen, ist das Kennzeichen des totalitären Staates“, 121) und eine Häufung ärgerlicher Schnitzer. Ohne Rücksicht auf die auch in konservativen Kreisen umstrittene Frage (vgl. Sitzungsbericht 0 zum 48. Deutschen Juristentag 1970) wird der Beamtenschaft die Funktion eines *pouvoir neutre* zugeordnet. Beharrlich spricht der Verfasser von „marxistischen Staaten“ (98, 256) — wie überhaupt der wahrhaft mutige Versuch, sich mit Marxismus bzw. Marxismuskritik zu befassen, besser unterblieben wäre. Der Abschnitt S. 89 ff. bezieht seine Anregungen trotz eindrucksvoller Bibliographie hauptsächlich aus den Taschenbüchern von Wetter. Unfreiwillige Komik bei den Widerlegungsversuchen: „War aber das Abenteuer des Kolumbus seinerseits ausschließlich oder auch nur primär ökonomisch bedingt (97)?“ Der angeblich „wirklichkeitswissenschaftliche“ (?) Ansatz (2) vernachlässigt unbequeme Fakten. Der Pluralismus moderner Eliten (98) wird im eigenen Haus widerlegt: Die deutsche Richterschaft rekrutiert sich überwiegend aus sich selbst. Detlef Czybulka (München)

**Simitis, Spiros:** Informationskrise des Rechts und Datenverarbeitung. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1970 (161 S., br., 11,80 DM).

Die Diskussion über die Anwendbarkeit der elektronischen Datenverarbeitung im Recht setzte in der BRD erst sehr viel später ein als in den USA und den sozialistischen Ländern, vor allem der UdSSR, CSSR und DDR. Dies dürfte darin begründet sein, daß sich die Rechtswissenschaft in der BRD vorwiegend auf dogmatische Probleme beschränkt hat. Hinzu kommen die überwiegend konservative Grundhaltung der Juristen und deren mangelnde Reflexion ihrer Funktion in der Gesellschaft. Der „unabhängige Richter“ bedarf bei seiner „freien Entscheidungsfindung“ nicht des Einsatzes neuartiger Informationssysteme. Industrie und Verwaltung aber haben die Brauchbarkeit von EDV-Systemen für die Steuerung von Prozessen im ökonomischen und politischen Bereich erkannt. Willfähige Technokraten sind dabei, geeignete Mechanismen und Systeme zu entwickeln.

Simitis ist einer der ersten Juristen in der BRD, die sich mit der Anwendbarkeit von EDV-Systemen im Recht befaßt haben. Er ist weder der Gruppe der Konservativen zuzurechnen noch gehört er zu den Technokraten, die heute euphorisch mit Computern spielen und dabei nicht mehr in der Lage sind, die Konsequenzen ihres Handelns zu überdenken.

Simitis geht aus von der Informationskrise im Recht, zu der die „Normenflut“ und die Fülle der „von den Richtern geschaffenen Regeln“ geführt haben. Durch die pauschale Außerkraftsetzung entgegenstehenden Rechts im Gesetzgebungsverfahren sicherten sich Exekutive und Legislative gegen ihre eigene Unkenntnis ab, in anderen Fällen gestehe man dem Betroffenen zu, „daß es zuviel von ihm verlangt wäre, zu wissen, was denn nun geltendes Recht sei“ (31).

Eine Reduzierung der Gesetze kann nach Ansicht von Simitis nur dazu dienen, die Informationskrise notdürftig zu verschleiern (37). In einer hochtechnisierten Gesellschaft sei vielmehr ein überdifferenziertes und sich ständig adaptierendes Normensystem erforderlich. Auch mit Freiräumen für Richter ließen sich die Probleme, vor die die Judikatur gestellt sei, nicht lösen.

In dieser Situation könne die elektronische Datenverarbeitung einen Ausweg bieten. Zum einen, weil die EDV von Anfang an als Informationssystem konzipiert worden sei; andererseits setze sich hier der Traum fort, Willkür bannen zu können. An die Stelle der möglichst vollständigen Kodifikation, die Gerechtigkeit erzeugen soll, trete die Hoffnung auf die Maschine, die durch Logizität des Kalküls eine rationalisierte Rechtsanwendung ermöglichen soll (46). Hier wird Gerechtigkeit mit Rechtssicherheit gleichgesetzt, und dies wird noch deutlicher, wenn Simitis schreibt: „Nur die Gewisheit, daß Recht berechenbar und transparent sein muß, schafft und zementiert die Zuversicht, daß Leben und Tätigkeit des einzelnen nicht

Spielball der Herrschenden sind, sondern den eigenen Interessen gemäß geplant und gestaltet werden können“ (49).

Zwar sieht auch Simitis, daß sich „Diskriminierungen“ keineswegs nur durch bessere Information beseitigen lassen. Das Schwergewicht liege vielmehr eindeutig bei der inhaltlichen Gestaltung der einzelnen Normen (56). Und damit wird deutlich, und dies wird bei Simitis zu wenig betont, daß der Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen nicht zu einer besseren Rechtsordnung und zu mehr Gerechtigkeit führt! Doch könnte die EDV dazu beitragen, Privilegierungen und Diskriminierungen in der Rechtsordnung noch transparenter zu machen, andererseits — und das ist wahrscheinlicher — dazu führen, bei gleichen Inhalten die Judikatur effektiver für diejenigen zu gestalten, die bereits heute von ihr profitieren.

Dem Argument, die Informationsaufbereitung könne die Spontaneität des Richters gefährden, hält Simitis entgegen, daß andere Steuerungsmechanismen bereits weitaus stärker wirksam seien: Kommentare, Ausbildung, Struktur und Ablauf des Arbeitsprozesses. Es könne sich vielmehr ein Zwang zur Reflexion ergeben, der den Schleier der Zitate lüften helfe (82). — Dennoch bliebe zu untersuchen, ob die Informationsaufbereitung nicht zu einem wesentlich stärkeren Konformitätsdruck führen wird, wenn sie (bei gleichbleibender Ausbildung) zwar herkömmliche Steuerungsinstrumente (Kommentare, Zeitschriften) überflüssig macht, aber möglicherweise den Arbeits- und Entscheidungsprozeß so verändert, daß der Zwang zur „Revisionssicherheit“ und die Bindung an Obergerichtsentscheidungen verstärkt und damit ein Abweichen von der „herrschenden Meinung“ praktisch unmöglich wird.

Abgesehen von der Bewältigung der Informationskrise sieht Simitis im Bereich der Rechtsanwendung Möglichkeiten, EDV-Anlagen einzusetzen, z. B. im Steuer-, Renten- und Unterhaltsrecht, im Straßenverkehrs-, Grundbuch- und Personenstandsrecht beim Mahnverfahren und zur Gewinnung von Entscheidungsmodellen für Situationen, bei denen Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe zur Debatte stehen (104).

Bereits in diesen wahrscheinlich leicht auf Computer umsetzbaren Rechtsgebieten sind Fehlentwicklungen denkbar; vorstellbar ist z. B. ein Datenverbundsystem zwischen Großversandhäusern und dem zuständigen Amtsgericht zur automatischen Ausfertigung von Zahlungsbefehlen an säumige Kunden. Die Ausnutzung von EDV-Systemen im Interesse der Herrschenden wird in ihrer Problematik noch deutlicher bei der Speicherung von Sozialdaten. Diese Daten können die Erarbeitung von Gesetzen erleichtern, wahrscheinlicher aber ist, daß sie der Manipulation Tür und Tor öffnen werden.

Simitis fordert, daß die Aufbereitung der Daten von institutionalisierten Gremien kontrolliert werden müsse. Es seien Vorkehrungen zu treffen, die eine Freiheit des Informationszuganges gewährleisten, und es müßten Sicherungen getroffen werden, um eine mißbräuchliche Verwendung von Daten gegenüber dem einzelnen zu verhindern. Doch stellt sich hier, in Kenntnis der Tendenzen bei der bis-

herigen Gesetzgebung zum Datenschutz, die Frage, wie diese dringlichen Forderungen durchgesetzt werden sollen und können. Für die Verwaltung steht im Vordergrund das Problem der Automationsgerechtigkeit, nicht die Frage nach Transparenz, freiem Zugang und Kontrolle durch die Betroffenen. Automationsgerechtigkeit bedeutet, daß man die technischen Voraussetzungen für die optimale Nutzung automatisierter Verfahren schaffen muß. Daher müssen Formvorschriften, Genehmigungs- und Zustimmungsvorbehalte abgebaut werden, weil diese den Verfahrensablauf komplizieren; man muß schematisieren, da Differenzierung die maschinelle Bearbeitung kompliziert (126 f.). Bedenklich wird dies, wenn verfügt wird, Generalklauseln zu vermeiden (Bayrische Staatsregierung), oder wenn andererseits automatisch erstellte Bescheide für den Betroffenen nicht mehr verständlich sind (z. B. Ablehnungen im Zulassungsverfahren in numerus-clausus-Fächern).

Simitis betont die Notwendigkeit der Anwendung von EDV-Anlagen in der Justiz. Er zeigt die damit verbundenen Probleme auf und macht die Gefahren deutlich. Für ihn ist ein Ausweg aus der Informationskrise nur denkbar, solange der Zugang zu Daten keine Privilegierungen schafft. Besondere Risiken bestehen im Hinblick auf die Manipulationsmöglichkeiten bei der Aufbereitung der zu speichernden Daten (112). Die Wahrscheinlichkeit der Informationsverzerrung wächst bei privaten Datenbanken, da diese ihre Informationen stark absatzorientiert auswählen dürften (109).

Die Überlegungen über EDV-Anwendung im Recht bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Private Datenbanken auf dem Gebiete des Rechts arbeiten bereits, ein juristisches Informationssystem wird vom Bundesjustizministerium aufgebaut. Vorkehrungen gegen Mißbrauch und Überlegungen hinsichtlich der Konsequenzen fehlen weitgehend. Von daher werden die Ausführungen von Simitis zur Lektüre empfohlen.

Michael Helmert (Berlin/West)

**Weiss, Manfred:** Die Theorie der richterlichen Entscheidungstätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1971 (148 S., Ln., 38,— DM).

In Anbetracht der rasch wachsenden Zahl von Veröffentlichungen, die auf das unter BRD-Juristen in den letzten Jahren erwachte Interesse an Rechtssoziologie spekulieren, kommt das hier angezeigte Buch viel zu spät. Die unkomplizierte Diktion und die Bescheidenheit des Autors lassen es fast wie einen Fremdkörper in der nun auch hierzulande sich geschäftig einrichtenden Justizsoziologie erscheinen. Seine Bedeutung liegt darin, daß es ohne vorschnelle Einengung des Gegenstandes in die amerikanische Richtersozio­logie einführt und deren politische und gesellschaftliche Bedingungen deutlich ausspricht. Richterliche Entscheidungstätigkeit als Gegenstand empi-

risch orientierter Sozialwissenschaft war für die Bundesrepublik vor einigen Jahren etwa Neues und eine Entdeckung, die man in den USA machen konnte. Weiss macht diese Entdeckung als *Jurist*; das bezeichnet Vorteile wie Nachteile des aus einer Gießener Dissertation hervorgegangenen Buchs. Die Nachteile vorweg: Das Interesse des Autors an Sozialwissenschaften scheint erst mit dem Interesse an Rechtssoziologie erwacht zu sein. Demgemäß werden die sozialwissenschaftlichen Methoden so gut wie nicht problematisiert, die die behavioristisch orientierte Justizforschung in den USA anwendet. Die kurze Darstellung beschränkt sich auf die Wiedergabe der Auffassung, die der bekannteste Vertreter der behavioristischen Justizforschung, Glendon Schubert, von seiner eigenen Arbeit hat (111 ff.). Von Vorteil ist, daß Weiss die einzelnen Ansätze der Sociological Jurisprudence, des Rechtsrealismus und der Richtersozologie so referiert, wie ein Jurist Lehrmeinungen zu einem beliebigen Thema wiedergibt. Dadurch gelingt es ihm gut, „die Grundlinien eines bislang fast ausschließlich innerhalb der USA geführten Gesprächs so transparent zu machen, daß der deutsche Leser daran teilnehmen und daran anknüpfen kann“ (11).

Die Darstellung beschränkt sich nicht auf die Ansätze, die amerikanischen Politologen seit dem New Deal (1933) zur Erfassung der politischen Bedeutung des US Supreme Court entwickelt haben. In der Untersuchung dieser Institution und, noch mehr, der Herkunft, der Persönlichkeitsattribute und des Entscheidungsverhaltens ihrer neun Richter erschöpft sich der überwiegende Teil der amerikanischen Richtersozologie. Weiss gibt darüber hinaus eine ausgezeichnete Darstellung der Vorläufer dieser Richtersozologie, nämlich Sociological Jurisprudence und Rechtsrealismus. Zusammen mit der Schilderung der „theoretischen Ausgangssituation“, die — mitunter ein wenig zu dissertationshaft-akribisch — bis auf Blackstone und Bentham zurückverfolgt wird, nimmt diese Darstellung über die Hälfte des Buches ein.

Betrachtete man diesen ersten Teil lediglich als Einführung in die heute gängige Richtersozologie, so wäre er viel zu umfangreich. Ein ideengeschichtlicher Faden, der Sociological Jurisprudence und Rechtsrealismus einerseits, behavioristische Richtersozologie andererseits verbindet, ist kaum auszumachen. Der Zusammenhang und damit die Bedeutung des ersten Teils des Buchs liegen in etwas anderem. Es sind die gleichen sozialen Gegensätze und ihr je anders verzerrter Widerschein in der Entscheidungstätigkeit vornehmlich des (Federal) Supreme Court, die Roscoe Pound, die Rechtsrealisten und schließlich die das Verhalten der Supreme-Court-Richter messenden Politologen auf den Plan riefen. Die wichtigsten Konstellationen (Entscheidungen zur Arbeitszeitregelung zu Beginn des Jahrhunderterts, Widerstand des Supreme Court gegen Roosevelts New Deal in den Jahren 1936 und 1937) werden bei Weiss ausführlich geschildert (43 ff., 82 ff.).

Diese Konstellationen waren Anlaß, die richterliche Aufgabe primär als politische Funktion zu betrachten und die Vorstellungen

näher zu untersuchen, mit denen Richter an ihre Tätigkeit herangehen. Dieser politische Zusammenhang vermag freilich nicht nur die Verwandtschaft von soziologischer Jurisprudenz, Rechtsrealismus und den behavioristischen Justizforschern aufzuweisen. Er kann auch, was bei Weiss freilich nicht mehr ausgeführt wird, Aufschluß geben über die Erkenntnisinteressen, die der gegenwärtigen Justizforschung zugrunde liegen. Das hat besondere Bedeutung für die westdeutsche, am Leitbild des Richters orientierte Juristenausbildung. Gelänge es, die Ergebnisse der amerikanischen Justizforschung kritisch zu rezipieren, ohne ihrem *bias* zu erliegen, so könnte das möglicherweise dazu beitragen, der konservativen Sozialisation von Jurastudenten entgegenzuarbeiten. Die Besinnung auf die auslösenden politischen Konstellationen zeigt nun aber, daß dieser *bias* jedenfalls sehr stark ist. Zwar geht es der amerikanischen Justizforschung nicht, wie gelegentlich vermutet, in erster Linie um Voraussagen, wie der Supreme Court in künftigen Fällen entscheiden werde. Solche Prädiktion ist oft bloße Spielerei, das Ausprobieren anderswo erprobter Forschungsstrategien am neuen Objekt. Allenfalls dient sie dazu, Hypothesen begrenzter Reichweite zu überprüfen, deren Verwendungszusammenhang zunächst unklar ist. Die Festigkeit einer Institution wie des Supreme Court hindert die Justizforscher daran, unmittelbar sozialtechnische Empfehlungen zu geben. Dennoch ist zu vermuten, daß die amerikanische Justizforschung auf die Behandlung von Folgeproblemen zielt, die die staatliche Garantie der kapitalistischen Produktionsweise aufwirft und für deren Behandlung, wie befürchtet werden mag, Institutionen wie der Supreme Court in bestimmten Lagen nicht mehr angemessen sind. Besser als andere macht die vorliegende Darstellung deutlich, daß es in erster Linie um rationale Bewältigung solcher Folgeprobleme geht. Erkenntnisse über die soziale und politische Bedeutung der richterlichen Tätigkeit sind allenfalls ein Abfallprodukt dieser Justizforschung.

Klaus Lenk (Frankfurt/M.)

## Ökonomie

**Friedman, Milton** Kapitalismus und Freiheit. Seewald Verlag, Stuttgart 1971 (258 S., Ln., 22,— DM).

Zur Zeit findet eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern einer diskretionären Wirtschaftspolitik (Fiskalisten) auf der einen Seite und den Anhängern eines regelgebundenen Konzepts (Monetaristen) auf der anderen Seite statt. „Chefideologe“ der Letzgenannten ist der amerikanische Nationalökonom Milton Friedman. Wirtschaftspolitische Konzeptionen in kapitalistischen Ländern sind Antworten auf Krisenerscheinungen in diesen Wirtschaftssystemen.

Die genannte Kontroverse ist deshalb vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA seit Mitte der 50er Jahre zu sehen. Sie ist eine Neuauflage der Auseinandersetzungen in den 30er Jahren zwischen den Vertretern des New Deal und der Chicagoer Schule. Mit dem Auftreten ähnlicher Erscheinungen in der BRD (Strukturkrisen, Stagflation) ist diese Kontroverse auch hier angefallen.

Die wachsende Konzentration vermindert zunehmend die Effektivität Keynesischer Globalsteuerungsstrategien. Die zeitlichen Verzögerungen diskretionärer fiskalischer und monetärer Maßnahmen können prozyklisch wirken und sind zum Teil zu grobschlächtig, um die strukturellen Veränderungen und damit zusammenhängende Krisenerscheinungen in den Griff zu bekommen. Die Keynesische Wirtschaftspolitik ist damit auf Makroebene keine zeitgemäße Stabilisierungspolitik mehr. Folgende Wege für die Entwicklung von Konzeptionen staatlicher Wirtschaftspolitik werden daher besprochen: Entweder wird die Keynesische Variante verfeinert und ausgebaut zu einer Struktur- und Regionalpolitik, oder aber es werden erneut die „selbstheilenden Kräfte“ des Marktes angepriesen. Im zweiten Fall wird versucht, die staatliche Wirtschaftspolitik auf wenige Bereiche einzuschränken und den Staat wieder allein auf die Rolle der Sicherung bestimmter Rahmenbedingungen für die Produktion und den Austausch im privatwirtschaftlichen Sektor festzulegen. Diese liberal-konservative Variante vertritt Friedman. Die zentrale These des Buches besagt, daß Reformpolitik, die das Gute nicht nur will, sondern auch bewirkt, heute konservative Politik sei.

In einer freien Gesellschaft, so Friedman, sollte die Regierung als Spielleiter und Schiedsrichter fungieren (45 ff.). „Bei unterschiedlicher Interpretation der Regeln soll die Regierung vermittelnd eingreifen und die wenigen zur Einhaltung der Regeln zwingen, die das Spiel sonst nicht mitspielen würden“ (49). Vor allem für den Bereich der Geld- und Währungspolitik soll sich der Staat ständiger ad-hoc-Eingriffe enthalten und stattdessen die Wachstumsrate der Geldmenge stabilisieren sowie flexible Wechselkurse einführen.

Die einzelnen Kapitel des Buches beschäftigen sich damit, nachzuweisen, daß der Staat sich in zu viele Bereiche gedrängt (Geldwesen, Finanzpolitik, Erziehungswesen, Sozialpolitik, Verteilungspolitik etc.) und damit den Marktmechanismus ausgeschaltet habe. Der Staat bzw. die Zentralbank hätten durch ihre ständigen Einmischungen die Instabilitäten des an sich stabilen, sich selbst steuernden privatwirtschaftlichen Sektors hervorgerufen. Das gelte insbesondere für die großen Krisen in den 20er und 30er Jahren, aber auch für andere Perioden von „Talfahrten“. Friedmans stärkste Waffe bei der „Beweisführung“ seiner Thesen ist die Plausibilität. Kausalität und Korrelation werden verwechselt, was sich auch in seinen sonstigen, vor allem geldtheoretischen Arbeiten zeigt. Aus der Tatsache, daß „die Geldmenge, die Preise und die Produktion sich ohne Zweifel nach der Einführung des Federal Reserve Systems erheblich instabiler entwickelt (haben) als in der Zeit davor“ (70), folgert Friedman, daß die



Einführung des Federal Reserve Systems kausal für diese Entwicklung war. Wo wenigstens Erwägungen angebracht wären, ob nicht die verstärkte Staatstätigkeit aus den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation resultiere, wird von Friedman umgekehrt der privatwirtschaftliche Sektor als Opfer des Staates dargestellt.

Statt einer Analyse bietet Friedman immer wieder Beispiele an, konstruierte oder historische, die stets das eine „beweisen“ sollen: der Markt ist für alle Bereiche das geeignetste Mittel, um mit den Problemen moderner Gesellschaften fertig zu werden. Er bietet nicht nur die besten Voraussetzungen für Produktion und Austausch, sondern verhindert auch Diskriminierungen von rassischen und religiösen Minderheiten. „Paradoxerweise setzen sich die Feinde der freien Marktwirtschaft... in unverhältnismäßig hohem Maße aus Mitgliedern dieser Gruppen zusammen“ (44). Bei der Wahl seiner Beispiele ist Friedman nicht zimperlich. So sind für ihn Gesetze, die die Gleichstellung von Personen auf dem Arbeitsmarkt fordern, die bisher wegen ihrer Hautfarbe, Rassen- oder Religionszugehörigkeit diskriminiert wurden, im Prinzip gleichzusetzen mit den Nürnberger Rassen-Gesetzen Hitlers und den Gesetzen in den Südstaaten, durch die den Negern besondere Benachteiligungen auferlegt wurden (150). Auch andere Beispiele bewegen sich am Rande des Zynismus. So, wenn Friedman die durch eine Reprivatisierung des Schulwesens bewirkten größeren Wahlmöglichkeiten für die Eltern anpreist (121). Hier könne privates Unternehmertum die Freiheit in der Gesellschaft erhöhen. Eltern, die ihre Kinder in andere Schulen schicken wollten, bräuchten dann nicht mehr in andere Stadtteile mit den gewünschten Schulen umzuziehen, weil sich dann in jedem Stadtteil eine Vielfalt von privaten Schulen befinden würde. Diese Argumentation belegt Friedman mit folgendem Beispiel: „In welcher Beziehung ist denn der Bewohner eines Stadtteils mit allgemein niedrigerem Einkommen — ganz zu schweigen von einem Neger-Getto in einer größeren Stadt — am meisten benachteiligt? Wenn er besonderen Wert, sagen wir, auf ein Auto legt, kann er sich nach entsprechendem Sparverhalten genau das gleiche Auto kaufen wie der Einwohner eines wohlhabenderen Stadtteils. Um das zu erreichen, muß er nicht umziehen. Im Gegenteil: Er bekommt das Geld für das Auto sogar leichter, weil er an seiner Wohnung spart. Und genauso ist es mit Kleidung, Möbeln, Büchern oder was es auch immer sei“ (123). Bei dieser Art von Argumentation ist es verständlich, daß George Wallace bei einem Wahlsieg Friedman als einen möglichen Kandidaten für das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers vorgesehen hatte. Harald Mattfeldt (Berlin/West)

**Theiler, Hans:** Nicht-montäre Indikatoren zur Bestimmung von Konjunkturtendenzen. Dargestellt am Beispiel der BRD. Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. N. F. Hrsg. v. d. Direktion des Instituts, Bd. 4. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1971 (VI, 277 S., 36,— DM).

Das Ziel der Arbeit (einer Dissertation der TH Zürich) kommt schon im Titel zum Ausdruck: Dem Verfasser geht es um die Ableitung und beispielhafte Darstellung bzw. ‚Überprüfung‘ von Indikatoren für die Zwecke der Konjunkturprognose. Die vorgeführten statistischen Zeitreihen beziehen sich auf die BRD (überwiegend für den Zeitraum 1950—1969), wobei als Demonstrationsgegenstand ihrer prognostischen Qualität die Rezession von 1966/67 dient. Der Vergleich hier präsentierter Indikatoren und ihrer Aussagefähigkeit mit denen der amtlichen Statistik bzw. mit darauf basierenden Prognosen von Bundesbank und Bundesregierung geben eine Art Gütetest *ex post* ab.

Der zentrale Gesichtspunkt bei der Ableitung von Indikatoren ist im vorliegenden Fall der Versuch, Zeitreihen zu finden, deren Verlauf relativ früh konjunkturelle Umbrüche anzeigt (sogenannte Frühindikatoren oder *leading indicators*), und die zugleich für die Konjunkturpolitik rechtzeitig zur Verfügung stehen. Diesen Anforderungen entsprechen die meisten Zeitreihen makroökonomischer Variabler (Sozialprodukt, Beschäftigtenzahl, Preisniveau etc.), auf die sich auch die entwickelten ökonometrischen Prognosemodelle stützen, im allgemeinen nicht: Ihre Wendepunkte sind weitgehend identisch mit dem Umschlag der Konjunktur überhaupt oder hinken sogar nach (*roughly coincident* oder *lagging indicators*); zudem sind sie für die Wirtschaftspolitik nicht rechtzeitig verfügbar.

Auf das Sozialprodukt und andere aggregierte Variable als Referenzgrößen möchte der Autor aber aus wirtschaftspolitischen (Ziel: Hilfestellung bei der Globalsteuerung der Wirtschaft) und theoretischen Gründen nicht verzichten (36 ff.). Er lehnt Konjunkturbeobachtung (bzw. -diagnose) und -prognose ohne Bezug zur ökonomischen, insbesondere zur Konjunkturtheorie ab, da andernfalls die Ergebnisse stets zufällig, insofern willkürlich sein müssen und zudem bestimmten Analyse- und Überprüfungsverfahren, etwa ökonometrischen, nicht zugänglich sind. Von einigem Interesse sind deshalb auch Darstellung und Kritik der Methode des National Bureau of Economic Research, der führenden (amerikanischen) Institution auf dem Gebiet der Indikatorenanalyse, die als *„measurement without theory“* (Koopmans) disqualifiziert wird (25 ff.).

Seine eigene konjunkturtheoretische Position legt der Autor kurz dar; sie ist gekennzeichnet durch eine starke Betonung der Bedeutung der Investitionsschwankungen als Ursache der Konjunkturbewegung (Verbindung von Multiplikator- mit Akzelerator- und Wachstumseffekt der Investitionen). Was hier als *„Stand der Konjunkturtheorie“* resümiert wird (41 ff.), ist ganz pragmatisch orientiert: Die Konjunkturtheorie hat Mittel zur praktischen Konjunktursteuerung bereitzustellen bzw. Möglichkeiten und Bedingungen des Mitteleinsatzes bei vorgegebenen Zielsetzungen (-werten) zu analysieren. Der Zyklus als solcher wird mehr oder weniger vorausgesetzt und ist nicht erklärungsbedürftig.

Aus den theoretischen Erwägungen folgt, daß — wenn die aggregierten Variablen selbst keine adäquaten Frühindikatoren abge-

ben — solche doch aus ihnen abgeleitet werden sollten. Als Methode dient die Desaggregation der Makrovariablen, „angefangen beim Bruttosozialprodukt und dessen Komponenten, zurück zur Produktions- und Verbrauchsstruktur einer Wirtschaft“ (49). Vor allem Produktion und Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen sowie Halbfabrikaten könnten als Frühindikatoren der Konjunktur dienen, denn sie sind wiederum den besonders konjunktursensiblen Bruttoanlageinvestitionen theoretisch und praktisch vorgelagert. Die Mengenmeßziffern interessieren dabei stärker als die zeitlich meist nachhinkenden Wertgrößen, deshalb die Hervorhebung nicht-monetärer Indikatoren (49 f.).

Die Arbeit beschäftigt sich in ihrem Hauptteil mit der theoretischen Bestimmung, empirischen Darstellung, methodischen Kritik und Interpretation derartiger Indikatoren. Ein Ergebnis ist, daß die Verbrauchsziffern (Inlandsverbrauch oder -versorgung von bzw. mit bestimmten Roh- und Hilfsstoffen) als besonders konjunkturreegel gelten dürfen und gute Frühindikatoren abgeben. Der Autor zeigt, daß mit Hilfe der von ihm abgeleiteten Indikatoren die Rezession 1966/67 in der BRD sehr viel eher und sicherer hätte prognostiziert werden können, als es auf der Basis herkömmlicher Indikatoren tatsächlich geschehen ist.

Theoretisch ist die Arbeit anspruchslos, in bezug auf die Konjunkturtheorie — soweit sie referiert wird — sogar dürftig, was der Autor sicher mit seinen pragmatischen Interessen begründen würde, die zu kritisieren hier nicht der Ort ist. Die Ausführungen zur Indikatorenanalyse bleiben im Rahmen dessen, was man auch, teilweise sogar besser, an anderer Stelle nachlesen kann (z. B. Koopmans zur Methode des NBER und Sturm sowie Gerstenberger u. a. zu den Indikatoren des Sachverständigenrats).

Interesse kann sie im wesentlichen nur als Kompendium von Indikatoren für die Konjunktur- und Wachstumsanalyse der BRD seit 1950 beanspruchen. Die hier vorgelegte Sammlung von Langzeitreihen — meist auf Quartals-, teilweise sogar auf Monatsbasis — und entsprechenden Graphiken kann wohl als die bisher brauchbarste gelten, insbesondere da sie noch die Werte für 1969 einschließt.

Reinhard Spree (Berlin/West)

**Triffin, Robert:** Wegweiser vom Währungswirrwarr.  
Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin/West 1967 (448 S., Ln., 40,— DM).

Das bereits 1967 in deutscher Übersetzung erschienene Buch, das verschiedene Arbeiten Triffins aus den Jahren 1957 bis 1966 enthält, hat durch die jüngste Verschärfung der permanenten Währungskrise in den kapitalistischen Ländern und durch die sich abzeichnende Reform des sog. Weltwährungssystems noch einmal unerwartete Aktualität gewonnen.

Triffin, international bekannter Währungsspezialist, beweist erstens, daß schon in den 50er Jahren das institutionalisierte Währungswirrwarr erkennbar war, da insbesondere mit der Herausbildung des Golddevisenstandards auf der Grundlage der Leitwährungen „Dollar“ und „Pfund Sterling“ ein Strukturmerkmal in das Weltwährungssystem eingegangen ist, das zwangsläufig zur Instabilität und Gefährdung der Funktionsfähigkeit des Weltwährungssystems führen mußte. Zweitens sind seine breit angelegten Bemühungen um eine Beseitigung der Funktionstörungen zum festen Bestandteil der Reformdiskussion um das Weltwährungssystem geworden.

Zur Entwicklung seines eigenen Reformkonzeptes präsentiert Triffin eine ausführliche Kommentierung des Keynes-Planes (115 bis 134), der in den Vereinbarungen über ein neues Weltwährungssystem in Bretton Woods 1944 an den mächtigen amerikanischen Interessen — nach Triffin an dem „grenzenlosen persönlichen Dünkel und (der) schneidenden Rücksichtslosigkeit“ (134) des Amerikaners H. D. White und dessen Konzeption — gescheitert war. Triffin gehört seit langem zu den engagiertesten Verfechtern des Keynes-Planes und trug seinen Teil dazu bei, daß in der bald einsetzenden Reformdiskussion immer wieder auf diesen zurückgegriffen wurde. Mehr aus verhandlungstaktischen Erwägungen wandelte Triffin den Keynes-Plan um, und seitdem (1961) gehört zur Reformdiskussion auch der Triffin-Plan (83 ff., 255 ff.). Bemerkenswert ist, wie das entscheidende Element dieser Konzeptionen, ein international zu schaffendes Reservemedium an Stelle der Leitwährungen und des Goldes heute in Form der Sonderziehungsrechte erste Konturen annimmt.

Daneben haben sich seine optimistischen Erwartungen über die Entwicklung des Weltwährungssystems (167, 286) und in den Leitwährungsländern (72, 177), über die Konvertibilität der Währungen (179 ff.), die westeuropäische Währungsunion (368 f.) und die Weltwährungsreform (83, 242) allesamt als falsch erwiesen; sie mußten an der tatsächlichen Entwicklung scheitern, da Triffin dem Gleichgewichtdenken bürgerlicher Ökonomie, insbesondere der klassischen Freihandelslehre, verhaftet geblieben ist; antagonistische Widersprüche in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften passen in seine Vorstellungen von den Selbstheilungskräften einer trotz aller „Betriebsunfälle“, zum harmonischen Gleichgewicht tendierenden Wirtschaft nicht hinein. Triffin verbreitet den Glauben, mit einer adäquaten Reform des Weltwährungssystems (z. B. angelehnt an den Keynes-Plan, 242) sei eine von Deflation und Inflation befreite wirtschaftliche Entwicklung in den kapitalistischen Ländern gewährleistet (132, 294). Für ihn ist Inflation ein monetär zu erklärendes Phänomen, wie selbst die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre hauptsächlich eine monetäre Krise war (393). So offenbart sich hinter der außerordentlich detaillierten Darstellung institutioneller, währungshistorischer und -theoretischer Elemente des derzeitigen Weltwährungssystems eine enttäuschende Fachborniertheit.

Ulrich Bernath (Gießen)

**Fredborg, Arvid:** Die manipulierte Inflation. Währungs- politik und Geldentwertung. Fritz Molden Verlag, Wien—Mün- chen—Zürich 1971 (208 S., Ln., 18,— DM).

Im Mittelpunkt des Buches steht die Beschreibung der insbeson- dere in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu beobachtenden Preisniveauerhöhungen der letzten Jahre sowie die Aufzählung der Schuldigen dieser Erscheinung. Der theoretische Bezugsrahmen wird offenbar (nicht explizit) durch einen einfachen quantitätstheoretischen Ansatz gebildet: Steigt die Geldmenge, dann sinkt der Geldwert. Die Argumentationen des Autors sind indes so unsystematisch und haben so wenig Substanz, daß es sich nicht lohnt, ausführlich auf einzelne Gesichtspunkte einzugehen.

Der Hauptschuldige der Inflation ist nach Fredborgs Ansicht der Staat als Inhaber des Geldmonopols. Er reißt, „vor allem durch eine überproportionierte Sozialpolitik“ (12), immer größere Teile des Nationalprodukts an sich. Um seine sozialen Ambitionen verwirklichen zu können, ist er gezwungen, Manipulationen am Geldwert vorzuneh- men (12). Das alte Unternehmerargument von der Lohn-Preis- Spirale wird von Fredborg oft bemüht. Nach seiner Ansicht liegen die Lohnerhöhungen meist über den Produktivitätssteigerungen und sind somit eine weitere wichtige Ursache für die Inflation. Deswegen befürwortet Fredborg, der sonst extrem „staatsfeindlich“ argumen- tiert, energische staatliche Maßnahmen, etwa in Großbritannien, um die Lohndisziplin der Gewerkschaften wieder herzustellen (125 ff.). Grotesk wird seine Argumentation, wenn er einen weiteren Schuldigen der Inflation nennt: die Neue Linke. Sie untergrabe mit ihrer Kritik die staatliche Autorität, was sich automatisch auf die wirt- schaftliche Entwicklung und damit auch auf den Geldwert auswirke, denn durch diese Kritik werde der Staat gezwungen, seine Ausgaben für soziale Zwecke zu erhöhen (42). „Manch einer kannte vielleicht die Worte Lenins, daß es keine bessere Methode gäbe, die kapitalistische Gesellschaft zu zersetzen, als die Grundlagen ihres Geldsystems zu untergraben“ (40). Oder was soll man davon halten, wenn der Autor meint, die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich und ihre Wirkungen auf den Geldwert der französischen Währung damit plausibel erklä- ren zu können, daß den Sowjetrussen die Reise de Gaulles nach Ru- mänien nicht gefiel und, um ihm deshalb „im eigenen Land eins aus- zuwischen“ (44), die Revolte anzettelten.

Solcher und ähnlicher Unsinn zeichnen das Buch aus. Es findet sich kaum eine Passage, die nicht schon hinreichend von der bürgerlichen Theorie kritisiert worden wäre. Es handelt sich also in keiner Weise um ein populärwissenschaftliches Werk, wie der Titel andeuten mag, das den derzeitigen Stand der bürgerlichen Ökonomik zum Thema Inflation wiedergibt, sondern um Wirtschaftsjournalismus im Bild- Zeitung-Stil.

Harald Mattfeldt (Berlin/West)

**Schäfer, Wolf:** *Der Euro-Dollarmarkt. Kieler Studien,* Bd. 120. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1971 (92 S., br., 25,— DM).

Schäfer geht es darum, die Funktionsweise und die Entstehung des Euro-Dollarmarktes sowie die damit verbundenen währungspolitischen Probleme darzustellen. Im ersten Teil behandelt er die Struktur und Funktionsweise des Euro-Dollarmarktes. Zu Beginn wird eine Definition der Euro-Dollar gegeben als „Sichtforderungen auf amerikanische Banken, die auf dem Kreditwege unter spezifischen Geldmarktbedingungen gehandelt werden, wobei mindestens eine der beteiligten Parteien eine in Europa befindliche Bank ist“ (8). Daneben werden in diesem Kapitel die Teilnehmer am Euro-Dollarmarkt, nämlich Geschäftsbanken, Zentralbanken und Währungsbehörden sowie Nichtbanken und ihre Motive (Zinsarbitrage, Spekulation, Hedging) aufgezählt. Das alles geschieht ohne theoretisches Gerüst. Das eingestreute empirische Material ist reine Illustration und wird nicht etwa zur Stützung von Hypothesen herangezogen. Die in den Arbeiten über internationale Geld- und Kreditmärkte übliche rutschbahnförmige graphische Darstellung der Angebots- und Nachfragekurven wird nicht auf der Grundlage theoretischer Erörterungen abgeleitet. Der an die Graphiken der gängigen ökonomischen Lehrbücher (wenn — dann) gewöhnte Leser wird sie schon schlucken!

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entstehung und Entwicklung des Euro-Dollarmarktes. Seine Entstehung wird an die Voraussetzungen einer Zunahme der liquiden Auslandsverbindlichkeiten der USA und dem Vorhandensein von Anbietern und Nachfragern an Dollar-Zahlungsmitteln sowie der Ausländerkonvertibilität (seit 1958 gegeben) geknüpft. Der Autor zählt eine Reihe von Bestimmungsfaktoren für das Euro-Dollarangebot und die Euro-Dollarnachfrage auf (Zinsgefälle zwischen den USA und Westeuropa, Regulation Q und andere geldpolitische Aspekte). Das alles bleibt in einer oberflächlichen Beschreibung stecken. Vor allem vermißt man die Ableitung der genannten Faktoren im Zusammenhang mit der inneramerikanischen und westeuropäischen wirtschaftlichen Entwicklung, der Analyse der Interessenlagen in den USA, die etwa in der Regulation Q ihren Ausdruck fanden.

Auch im letzten Teil, der sich mit den währungspolitischen Fragen befaßt, die im Zusammenhang mit dem Euro-Dollarmarkt neu auftauchen, werden die Probleme lediglich angedeutet. Gerade zum Einfluß des Euro-Dollarmarktes auf das Bretton Woods System sowie auf die nationale Geldpolitik hätte man sich wegen seiner Bedeutung etwas eingehendere theoretische Ausführungen gewünscht.

Harald Mattfeldt (Berlin/West)

**Feinberg, Gerald:** Projekt Prometheus. Die langfristige Planung der Menschheitsziele. Walter-Verlag, Olten-Freiburg 1970 (262 S., Ln., 20,— DM).

„Gerald Feinberg spricht deutlich aus (. . .): Es ist nicht mehr länger zu verantworten, unser Geschick und das der kommenden Generation allein den Wissenschaftlern und den Regierungen zu überlassen. Er ruft alle weitsichtig denkenden Menschen auf, an der langfristigen Menschheitsplanung mitzuwirken“ (Waschzettel). Freilich interessieren hier weniger die „theoretischen“ Voraussetzungen, die im Vorwort von Karl Steinbuch aufgezählt sind, vielmehr käme es auf die Darstellung jener praktischen Voraussetzungen an, die die Verwirklichung dieses Projekts möglich machen könnten. Hierzu enthält der Band allein Postulate und Spekulationen. So sollen die festzulegenden Ziele „von freien Menschen frei gewählt werden“ (19), wobei der Maßstab für die Unterscheidung von Freiheit und Unfreiheit in prähistorischen Räumen gesucht wird: Es „steht wohl außer Frage, daß es sich in der Welt von 1970 sicherer und angenehmer leben läßt als im Jahre 10 000 vor Christi“ (23). Trotz gegenteiliger „Behauptungen“ (!) „gibt es Anzeichen dafür, daß wir uns in die Richtung auf größere Willensfreiheit und Selbstbestimmung bewegen“ (161). Dies soll hinreichen, um freien Gedankenaustausch zu gewährleisten, und mit „dem Ergebnis dieser Diskussion können die Regierungen fast automatisch Maßnahmen treffen“ (75). Wo immer diese Freiheit bedroht wird, etwa vom „Ostblock“, kommt die Konvergenztheorie zum Einsatz; Feinberg hofft, „daß sich die noch bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaftsformen immer mehr verwischen“ (20 f.).

Fazit: Von der kapitalistischen Gegenwart wird abgelenkt durch den Vergleich mit einer unendlich weit entfernten Vergangenheit und im selben Atemzug durch Projektion gewaltiger Konflikte in eine ebensoweit entfernte Zukunft. Der Rest des Buches ist vor diesem Hintergrund zu beurteilen: Interessenten einer sozialistischen Alternative sollen die Konvergenz der Systeme (70/71) einsehen, Unterschiede in der Verwendung der Technologie zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften bestehen angeblich nicht. Der Technik „an sich“ werden ungeheure Möglichkeiten zugeschrieben (vgl. 32 f., 45, 48 f., 55, 58, 70, 93—250), von deren Beschneidung durch ihre Indienstnahme für kapitalistische Profitinteressen ist mit keinem Wort die Rede.

Folgerichtig beschränkt sich das „Projekt Prometheus“ auf bloße Änderungen im Bewußtsein (etwa 69, 123, 127), Politik wird auf „Wollen“ reduziert. Allerdings: niemand „will“ den Atomkrieg (247), daß er dennoch vorbereitet wird, begründet der Verfasser mit der irrationalen Rationalität unseres Systems, wobei er aber sogleich wieder Trost findet: „glücklicherweise wird in unserer Wirtschaft — wenigstens bis zu einem gewissen Grad — mehr an das Wohlergehen der Menschen als an abstrakte Nutzeffekte gedacht“ (92).

„Brennende Fragen“ schließlich, die „Projekt Prometheus“ notwendig machen, sind für Feinberg u. a.: ob es parapsychologische Phänomene gibt (51), daß man sterben muß (56, 58, 180) und daß das Leben Ungeborener weitgehend vorherbestimmt sein kann (115, 191 f.). Die Möglichkeiten biologischer und psychologischer Manipulation wären dabei gewiß ein wichtiger Diskussionsgegenstand, Feinbergs Programm „langfristiger Ziele“ ist jedoch auf andere Perspektiven konzentriert — ihm schwebt vor, den Prozeß des Alterns bei gleichzeitiger Geburtenkontrolle auf zunächst 1000 Jahre auszudehnen und „ein universales Bewußtsein“ zu schaffen (185). Probleme wie Überbevölkerung, Ernährungskrise, Umweltverschmutzung — nicht zu reden von Ausbeutung und Unterdrückung — werden sich seiner Meinung nach „von selbst“ lösen. Der Autor plädiert außerdem für eine „mehr bejahende Philosophie“ (107) und betrachtet „das Bestreben, die Welt zu erneuern, als einen Kampf zwischen Mensch und Natur“ (40). — Sicher: „Die Spekulation über die Form einer menschlichen Gesellschaft, deren Mitglieder ein höheres Bewußtsein erreicht hätten, ist etwas Faszinierendes“ (193). Weil aber Feinberg hierbei alle Übel in der realen Gesellschaft vergißt und sie seine Leser vergessen machen will, ist dieses Buch gefährlich.

Heinz Knoth (Hanau)



<i>Campbell, Josef: Myths to live by (Laermann)</i> . . . . .	957
<i>Stegmüller, Wolfgang: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie, Bd. II (Leist)</i> . . . . .	958
<i>Klüver, Jürgen: Operationalismus (Hieber)</i> . . . . .	962

### **Soziologie**

<i>Matthes, Joachim: Einführung in das Studium der Soziologie (Schöfthaler)</i> . . . . .	964
<i>Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung (Meurer)</i> . . . . .	883
<i>Hummell, Hans Joachim: Psychologische Ansätze zu einer Theorie sozialen Verhaltens (Wetzel)</i> . . . . .	909
<i>Hummell, Hans Joachim, und Karl-Dieter Opp: Die Reduzierbarkeit von Soziologie auf Psychologie (Wetzel)</i> . . . . .	909
<i>Rapp, Uri: Handeln und Zuschauen. Untersuchungen über den theatersoziologischen Aspekt in der menschlichen Interaktion (Hofmann)</i> . . . . .	927
<i>Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation (Beutler)</i> . . . . .	970
<i>Zoll, Ralf, und Eike Hennig: Massenmedien und Meinungsbildung (Müller-Doohm)</i> . . . . .	971
<i>Zoll, Ralf (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung (Müller-Doohm)</i> . . . . .	971
<i>Holzer, Horst: Gescheiterte Aufklärung (Müller-Doohm)</i> . . . . .	971
<i>Jaeggi, Urs: Für und wider die revolutionäre Ungeduld (H. Gottschalch)</i> . . . . .	977
<i>Millett, Kate: Das verkaufte Geschlecht (F. Haug)</i> . . . . .	938
<i>Schwarzer, Alice (Hrsg.): Frauenarbeit — Frauenbefreiung (F. Haug)</i> . . . . .	938
<i>Pilgrim, Volker Elis: Der Untergang des Mannes (F. Haug)</i> . . . . .	938

### **Psychologie**

<i>Preuss, Hans G.: Illusion und Wirklichkeit. An den Grenzen von Religion und Psychoanalyse (Enderwitz)</i> . . . . .	980
<i>Castel, Robert: Le psychanalysme (Laermann)</i> . . . . .	981
<i>Peterfalvi, Jean-Michel: Introduction à la psycholinguistique (Laermann)</i> . . . . .	984
<i>Jappe, Gemma: Über Wort und Sprache in der Psychoanalyse (Sievers)</i> . . . . .	985

### **Medizin**

<i>Szasz, Thomas S.: Geisteskrankheit (Wurm)</i> . . . . .	987
<i>Szasz, Thomas S.: Ideology and Insanity (Keupp)</i> . . . . .	990
<i>Szasz, Thomas S.: The Manufacture of Madness (Keupp)</i> . . . . .	990
<i>Kranz, Heinrich, und Kurt Heinrich (Hrsg.): Schizophrenie und Umwelt (Seidel)</i> . . . . .	993
<i>Mishler, Elliot G., u. Nancy E. Waxter: Interaction in Families (Ziob)</i> . . . . .	994
<i>Rosenthal, David, u. Seymour S. Kety (Eds.): The Transmission of Schizophrenia (Abholz)</i> . . . . .	995

### **Geschichte**

<i>Swoboda, Helmut (Hrsg.): Die Pariser Kommune 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	996
<i>Pariser Kommune (G. Schneider)</i> . . . . .	999
<i>Lissagaray, Prosper: Geschichte der Commune von 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	1000

<i>Marx, Karl, u. Friedrich Engels: Tagebuch der Pariser Kom- mune (G. Schneider)</i> . . . . .	1002
<i>Schneider, Dieter Marc (Hrsg.): Pariser Kommune 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	1003
<i>Lavrov, P. L.: Die Pariser Kommune vom 18. 3. 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	1003
<i>Villain, Jean: Die großen 72 Tage (G. Schneider)</i> . . . . .	1006
<i>Bruhat, Jean, Jean Dautry u. Emile Tersen: Die Pariser Kom- mune von 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	1007
<i>Krause, Fritz: Pariser Commune 1871 (G. Schneider)</i> . . . . .	1008
<i>Léon, Abraham: Judenfrage und Kapitalismus (Frei)</i> . . . . .	1009

### **Soziale Bewegung und Politik**

<i>Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft (Gerstenberger)</i> . . . . .	1011
<i>Kautsky jr., Karl (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky (Fülberth)</i> . . . . .	1014
<i>Autorenkollektiv: Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart (Fülberth)</i> . . . . .	1016
<i>Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesellschaft- licher status quo (Kühnl)</i> . . . . .	1020
<i>von Beyme, Klaus: Das parlamentarische Regierungssystem in Europa (Kühnl)</i> . . . . .	1022
<i>Coudenhove-Kelergi, Richard: Weltmacht Europa (Niess)</i> . . . . .	1023
<i>Prognosen für Europa. Die 70er Jahre zwischen Ost und West (Schuon)</i> . . . . .	1025
<i>Gleißberg, Gerhard, u. a.: Zu Pressekonzentration und Mei- nungsmanipulation (Hennig)</i> . . . . .	1027
<i>Springer, Axel C.: Von Berlin aus gesehen (H. Gottschalch u. W. F. Haug)</i> . . . . .	1029
<i>Liebhardt, Ernst H.: Nationalismus in der Tagespresse 1949— 1966 (Hennig)</i> . . . . .	1031
<i>Berliner Autorenkollektiv Presse: Wie links können Journa- listen sein? (Stuberger)</i> . . . . .	1033

### **Jura**

<i>Roellecke, Gerd: Der Begriff des positiven Gesetzes und das Grundgesetz (Blank)</i> . . . . .	1036
<i>Schröder, Dieter: Die Krise der marxistisch-leninistischen Staatstheorie (Arwid)</i> . . . . .	1039
<i>Zippelius, Reinhold: Allgemeine Staatslehre (D. Czybulka)</i> . . . . .	1041
<i>Simitis, Spiros: Informationskrise des Rechts und Datenverar- beitung (Helmert)</i> . . . . .	1043
<i>Weiss, Manfred: Die Theorie der richterlichen Entscheidungs- tätigkeit in den Vereinigten Staaten (Lenk)</i> . . . . .	1045

### **Ökonomie**

<i>Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit (Mattfeldt)</i> . . . . .	1047
<i>Theiler, Hans: Nichtmonetäre Indikatoren zur Bestimmung von Konjunkturtendenzen (Spree)</i> . . . . .	1049
<i>Triffin, Robert: Wegweiser vom Währungswirrwarr (U. Bernath)</i> . . . . .	1051
<i>Fredborg, Arvid: Die manipulierte Inflation (Mattfeldt)</i> . . . . .	1053
<i>Schäfer, Wolf: Der Euro-Dollarmarkt (Mattfeldt)</i> . . . . .	1054
<i>Feinberg, Gerald: Projekt Prometheus (Knoth)</i> . . . . .	1055